

# Geschäftsbericht 2012



## Wichtige Kennzahlen

### Einzelabschluss HGB

<b>Aus der Bilanz in Mrd. €</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Bilanzsumme	79,2	81,3
Forderungen an Kreditinstitute	51,2	51,8
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	22,0	25,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3,6	3,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	62,2	62,8
<b>Eigenmittel in Mio. €</b>	<b>3 957,5</b>	<b>3 639,0</b>
<b>Aus der GuV in Mio. €</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Zinsüberschuss	352,9*	417,2
Verwaltungsaufwendungen	44,7	40,5
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung</b>	<b>303,7*</b>	<b>369,8</b>
Risikovorsorge/Bewertung	252,7	320,8
Jahresüberschuss	51,0	49,0
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>12,8</b>	<b>12,3</b>
<b>Ausgewählte Kennziffern in %</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Cost-Income-Ratio	14,8*	11,8
Gesamtkapitalquote	27,5	25,7
Kernkapitalquote	21,3	16,7
Mitarbeiter	256	240

\* aufgrund einer Ausweisänderung nicht mit dem Vorjahr vergleichbar, Erläuterung siehe Seite 69

### Konzernabschluss IFRS

<b>Aus der Bilanz in Mrd. €</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Bilanzsumme	88,4	88,9
Forderungen an Kreditinstitute	51,2	51,4
Finanzanlagen	22,6	24,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2,9	3,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	66,6	68,2
Bilanzielles Eigenkapital	2,5	1,7
<b>Aus der Gesamtergebnisrechnung in Mio. €</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	365,9	361,9
Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	20,7	15,6
Verwaltungsaufwendungen	48,9	48,0
<b>Betriebsergebnis vor Fair Value- und Hedge-Bewertung</b>	<b>299,5</b>	<b>283,1</b>
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	-55,7	-352,4
Veränderung der Neubewertungsrücklage	583,8	-359,8
<b>Konzerngesamtergebnis</b>	<b>827,6</b>	<b>-429,1</b>
<b>Konzernbilanzgewinn</b>	<b>12,8</b>	<b>12,3</b>

### Rating

	Langfrist-Rating	Kurzfrist-Rating
Moody's Investors Service	Aaa	P-1
Standard & Poor's	AAA	A-1+
Fitch Ratings	AAA	F1+

# Geschäftsbericht 2012



# Inhaltsverzeichnis

Kurzporträt: Die Landwirtschaftliche Rentenbank .....	4
Vorwort des Vorstandes .....	5
Von der Milchquote zum Weltmarkt.....	12
Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft im Jahr 2012 .....	30
<b>Informationen zum Geschäftsjahr 2012</b>	
Fördertätigkeit für die Agrarwirtschaft .....	38
Förderungsfonds und Rehwinkel-Stiftung .....	44
Refinanzierung der Rentenbank .....	50
Aktiv-Passiv-Steuerung .....	53
Weitere Aktivitäten .....	55
Nachhaltigkeit .....	57
Corporate Governance .....	59
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter .....	63
<b>Einzelabschluss HGB</b>	
Bilanz und GuV .....	69
Jahresbilanz .....	70
Gewinn- und Verlustrechnung .....	72
Konzernlagebericht .....	75
<b>Konzernabschluss</b>	
Konzern-Gesamtergebnisrechnung .....	104
Konzernbilanz .....	105
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung .....	106
Konzern-Kapitalflussrechnung .....	107
Konzernanhang (Notes) .....	109
Versicherung der gesetzlichen Vertreter .....	149
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers .....	150
Organe .....	151
Bericht des Verwaltungsrates .....	155
Glossar .....	156

## Kurzporträt: Die Landwirtschaftliche Rentenbank

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft und der ländliche Raum stehen durch den permanenten Strukturwandel vor Herausforderungen, die einen speziellen Finanzierungsbedarf und hohe Anforderungen an ihr Liquiditäts- und Risikomanagement mit sich bringen.

Als Förderbank für die Agrarwirtschaft stellt die Landwirtschaftliche Rentenbank zinsgünstige Kredite für vielfältige agrarbezogene Investitionen einschließlich erneuerbarer Energien bereit. Unser Angebot richtet sich sowohl an Produktionsbetriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus als auch an Hersteller landwirtschaftlicher Produktionsmittel sowie Handels- und Dienstleistungsunternehmen, die mit der Landwirtschaft in enger Verbindung stehen. Wir finanzieren darüber hinaus Vorhaben der Ernährungswirtschaft sowie sonstiger vor- und nachgelagerter Unternehmen. Außerdem fördern wir Investitionen von Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts im ländlichen Raum sowie privates Engagement für die ländliche Entwicklung. Unsere Kredite vergeben wir wettbewerbsneutral über andere Banken.

Die Refinanzierung unseres Kreditgeschäfts erfolgt überwiegend an den nationalen und internationalen Kapital- bzw. Interbankenmärkten durch die Emission von Wertpapieren und die Aufnahme von Darlehen. Die langfristigen Verbindlichkeiten der Bank werden mit der jeweils höchsten Bonitätseinstufung AAA bzw. Aaa bewertet.

Die Rentenbank wurde 1949 durch Gesetz als zentrales Refinanzierungsinstitut für die Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft mit Sitz in Frankfurt am Main errichtet. Die Bank ist eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts mit einem gesetzlichen Förderauftrag. Der Bund trägt die Anstaltslast. Die Geschäftstätigkeit der Bank unterliegt der laufenden Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), das seine Entscheidungen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) trifft. Die Rentenbank ist Mitglied des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands e.V., Berlin (VÖB).

Der Grundstock des Eigenkapitals ist in den Jahren 1949 bis 1958 von der Land- und Forstwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland aufgebracht worden. Deshalb verwenden wir auch unseren Bilanzgewinn für die Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums.

## Vorwort des Vorstandes

In der Agrarwirtschaft ist es manchmal wie im Fußball: Neben den Spielern auf dem Platz gibt es Millionen von Zuschauern, die wissen, wie es besser geht. In diesem Spannungsfeld bewegen sich derzeit auch Tierhaltung und Öffentlichkeit. Nicht selten bildet sich Widerstand gegen neue Stallbauten. Und auch Meinungsumfragen zeigen, dass intensive Produktionssysteme von einem Großteil der Bevölkerung kritisch gesehen werden.

Für Tierhalter ist diese Auseinandersetzung sehr wichtig, steht doch am Ende vielleicht eine Lösung für den schwierigen Spagat zwischen Preisdruck und Tierwohl. In der Landwirtschaft hat sich mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt, dass dafür eine bessere Kommunikation und Transparenz notwendig sind. Denn das Informationsdefizit bei Verbrauchern ist offensichtlich: Einerseits berichten Medien über Tierhaltung fast ausschließlich im Zusammenhang mit Skandalen. Andererseits zeigt die Lebensmittelwerbung eine vermeintlich heile Welt, die uns häufig eine Landwirtschaft wie zu Zeiten unserer Großeltern präsentiert.

Doch beides sind verzerrte Darstellungen der Wirklichkeit. Denn die deutsche Landwirtschaft ist eine moderne und leistungsfähige Branche, von der wir alle mit einer hohen Produktqualität und günstigen Lebensmittelpreisen profitieren, einschließlich hoher Standards beim Tier- und Naturschutz. Für diese Leistung sind effiziente Prozesse und betriebswirtschaftliches Know-how grundlegende Voraussetzungen. Nicht zuletzt deshalb, weil es hohe Investitionen bedarf, um im Wettbewerb zu bestehen.

Ein Sektor, der aktuell einem besonders starken Wandel unterliegt, ist der Milchmarkt. In unserem Sonderthema widmen wir uns daher intensiv diesem Kernbereich der Landwirtschaft, der immerhin für 20 % ihres Produktionswerts steht – und exemplarisch auch für die großen Umbrüche in der gesamten Branche. Denn das Ende der Milchquote 2015 ist in Sicht und damit eine weitgehende Liberalisierung nach vielen Jahrzehnten der Regulierung. Als Förderbank haben wir im vergangenen Jahr viele Betriebe dabei unterstützt, sich auf die neue Situation vorzubereiten. Wir waren daher nicht verwundert, feststellen zu können, dass die meisten deutschen Milchviehhalter und Molkereien ihrer Zukunft positiv entgegensehen.

Auch das Fazit des Rentenbank-Geschäftsjahres 2012 ist ein positives. Mit Neuzusagen in Höhe von 6,5 Mrd. € erreichten unsere Programmkredite für die Agrarwirtschaft erneut ein Rekordniveau, und der Jahresüberschuss nach Risikovorsorge und Bewertung stieg von 49 auf 51 Mio. €. Wir dürfen also auch in diesem Jahr mit unserer Leistung für die deutsche Agrarwirtschaft zufrieden sein. Alle Einzelheiten erfahren Sie in unserem ausführlichen Bericht. Wir freuen uns über Ihr Interesse.



Dr. Horst Reinhardt



Hans Bernhardt

Dr. Horst Reinhardt

Hans Bernhardt

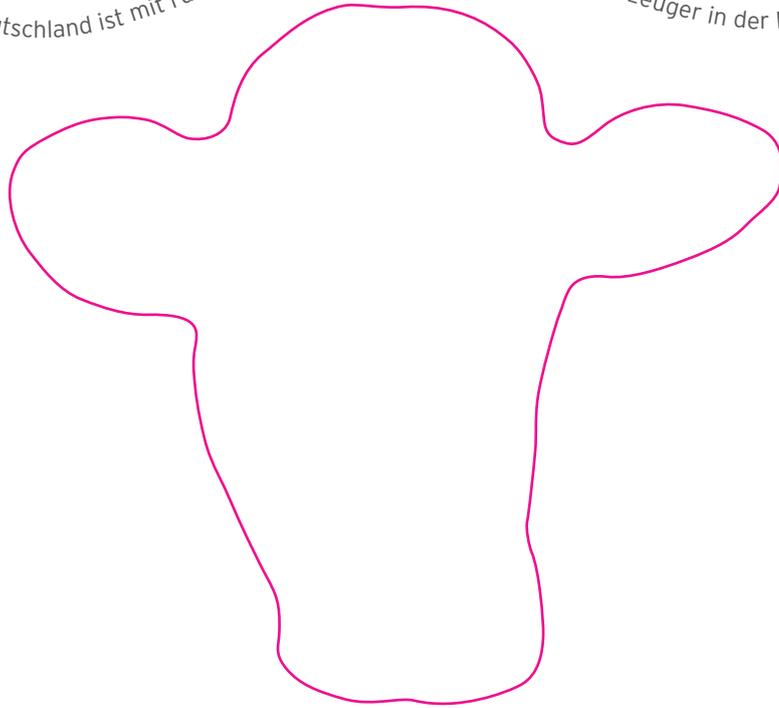


## Das Bildkonzept „Fokus“

Ein inhaltlicher Schwerpunkt dieses Geschäftsberichts sind die Umbrüche in der Milchwirtschaft. Dieses Thema greift auch das Bildkonzept „Fokus“ auf. Die einzelnen Motive zeigen verschiedene Bereiche aus der Wertschöpfungskette in der Milchwirtschaft. Gleichzeitig werden aktuelle Aspekte wie die Technisierung und Globalisierung der Branche sowie die Liberalisierung und Volatilität der Märkte behandelt. Die Fotografien unterscheiden sich dabei nicht nur durch das jeweilige Sujet, sondern auch durch ihren Grad der inhaltlichen und künstlerischen Überhöhung. Ergänzt werden sie durch kurze Textzeilen mit interessanten Informationen zum Thema. Darüber hinaus präsentieren sich die Motive auf formaler Ebene mit einem gewissen Extra, um die Bedeutung bestimmter Bildelemente zu unterstreichen. Lassen Sie sich überraschen ...



Deutschland ist mit rund 4 Millionen Kühen der größte Milcherzeuger in der EU.







# Von der Milchquote zum Weltmarkt

## Die Milchwirtschaft im Wandel

Milch gilt als sicheres und gesundes Lebensmittel. Doch nicht nur vom Lebensmittel selbst, sondern auch von der traditionellen Milchviehhaltung existiert ein positives Bild: glückliche Kühe auf grünen Wiesen. Die Milchwirtschaft nutzt das gute Image und setzt dieses Bild bewusst ein. Tatsächlich haben 42% der Milchkühe in Deutschland die Möglichkeit, auf die Weide zu gehen. Gleichzeitig wandelt und modernisiert sich die Milchwirtschaft stark. Dies ist für die Tiere und viele Landwirte von Vorteil: Die Milchkühe werden in modernen tiergerechten Boxenlaufställen gehalten und die Arbeitsbedingungen für Landwirte verbessern sich zunehmend. Allerdings ist die Umsetzung des technischen Fortschritts mit einem erheblichen Kapitalbedarf verbunden. Dieser muss gerade bei großen Wachstumsschritten durch Banken bereitgestellt werden.

Auch die Molkereiwirtschaft schreibt eine Erfolgsgeschichte. Sie hat es geschafft, aus dem Rohstoff Milch eine Vielzahl hochwertiger Produkte zu entwickeln. Denn während der Trinkmilch- und Butterkonsum seit der Nachkriegszeit rückläufig ist, steigt der Absatz von Joghurt, Molkeprodukten und hochwertigem Käse an. Beschleunigt wird der Wandel in der Milchwirtschaft durch die stufenweise Liberalisierung des europäischen Milchmarkts. Als Antwort darauf richten sich die Molkereien entweder zunehmend auf den Export aus oder spezialisieren sich auf Markenprodukte oder Spezialitäten. Viele Landwirte sehen in dieser Entwicklung Chancen und erweitern bzw. modernisieren ihre Ställe oder stellen ihre Betriebe in zukunftssträchtigen Nischen neu auf.

### **Deutsche sind nicht nur Weltspitze im Bierkonsum, sondern auch im Milchverbrauch.**

Jeder Bundesbürger verzehrt im Schnitt die beachtliche Menge von 317 kg Kuhmilch pro Jahr. Davon werden 53,8 Liter Milch direkt als Trinkmilch verbraucht. Damit liegt Deutschland mit an der Weltspitze. Der Hauptteil der Milch steckt jedoch in verarbeiteten Produkten. So fließt etwa die Hälfte der deutschen Milch in die Käseproduktion. Ob Camembert, Parmesan, Feta oder Harzer – Europäer essen besonders gern veredelte Milchprodukte. Hier gibt es eine große Vielfalt und jedes Land hat seine eigenen Traditionen.

Für Milch spricht aber nicht nur der Geschmack: Milchprodukte sind auch ein wichtiger Lieferant hochwertiger Nährstoffe. Unstrittig ist, dass in der Milch viel „Gutes“ steckt. Sie enthält fast alle essentiellen Aminosäuren, die der Körper selbst nicht herstellen kann, ebenso wie Kalium, Magnesium, Jod, fettlösliche Vitamine und vor allem Kalzium.

Die Milchwirtschaft ist für Europäer seit jeher wichtig. Dies ist daran zu erkennen, dass Nord- und Mitteleuropäer zu einer weltweiten Minderheit gehören, die im Erwachsenenalter überwiegend keine Laktoseintoleranz haben: Dass sich diese genetische Variation durchgesetzt hat, zeigt, wie wichtig Milch auch schon in der Ernährung unserer Vorfahren war.

Auch für die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft hat die Milchwirtschaft eine herausragende Bedeutung: Der Produktionswert der Milch

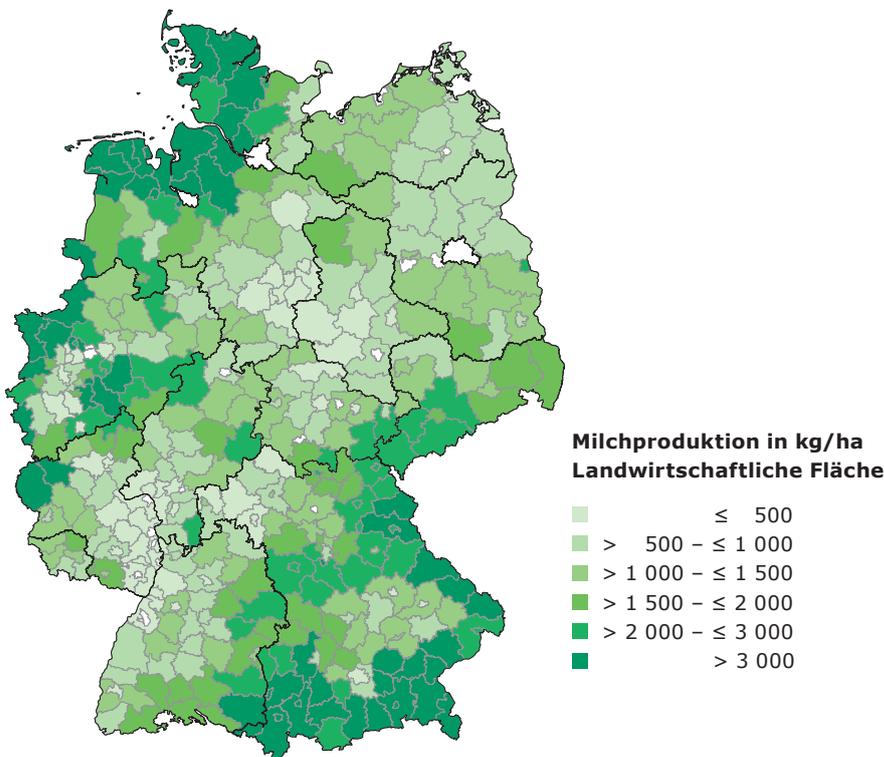
macht rund ein Fünftel des gesamten landwirtschaftlichen Produktionswerts aus. Im Jahr 2011 wurden 10,1 Mrd. € Milchgeld von den Landwirten erlöst und 4,1 Millionen Milchkühe gehalten.

Damit ist Deutschland innerhalb Europas der größte Milchproduzent. Die Milchproduktion ist über ganz Deutschland verteilt. Die Bedeutung der Milchviehhaltung für die landwirtschaftlichen Betriebe ist jedoch regional sehr unterschiedlich. In Bayern hielten 2010 beispielsweise knapp 45 % aller Betriebe Milchkühe, in Rheinland-Pfalz hingegen nur 12 %.

Gerade in Gebieten mit hohem Grünlandanteil ist die Milchwirtschaft die wirtschaftliche Grundlage vieler landwirtschaftlicher Betriebe. Hier ist die Milchviehhaltung besonders vorteilhaft, da Milchkühe das Grünland gut als Futtergrundlage verwerten können. Außerdem trägt sie dort maßgeblich zum Erhalt der Kulturlandschaft bei.

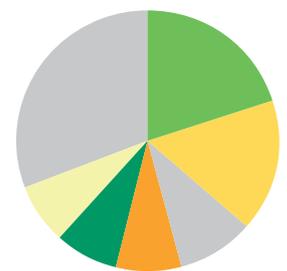
Die Milchproduktion verlagert sich seit einigen Jahren zunehmend in die milchwirtschaftlichen Gunstregionen an der Küste und ins Alpenvorland sowie in einige Mittelgebirgslagen, z. B. in die Oberpfalz. Dies wurde möglich, weil Milchquoten innerhalb Deutschlands schrittweise handelbar wurden. Seit 2007 gibt es für Milchquoten nur noch die zwei Handelsgebiete Ost- und Westdeutschland. Bereits heute wird an der Küste sowie im Alpenvorland pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche am meisten Milch produziert. Zukünftig ist auch mit Verlagerungen der Milchproduktion innerhalb Europas zu rechnen. Für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit ist die Bewegung hin zu effizienten Betrieben in Gunstlagen zu begrüßen.

### Verteilung der Milchproduktion in Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE, 2011), Berechnung Thünen-Institut, milchtrends.de

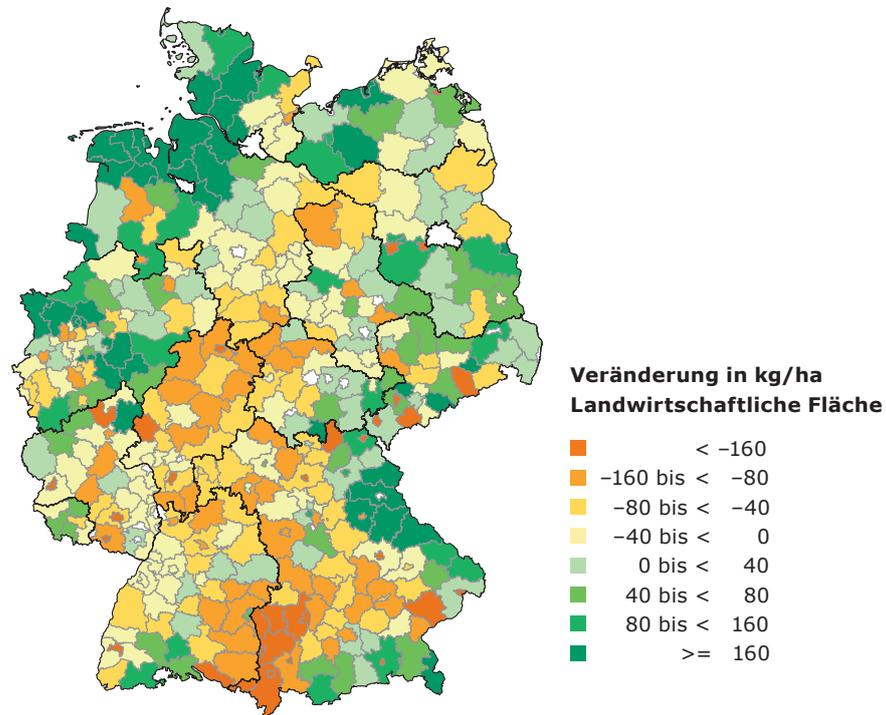
**Milcherzeugung in der EU 2011**  
(insgesamt 151 Mio. t)



- Deutschland 20,0 %
- Frankreich 16,6 %
- Großbritannien 9,3 %
- Polen 8,2 %
- Niederlande 7,8 %
- Italien 7,5 %
- Sonstige 30,6 %

Quelle: Zentrale Milchmarkt Berichterstattung GmbH (ZMB)

## Verlagerung der Milchquote von Juli 2007 bis 2012



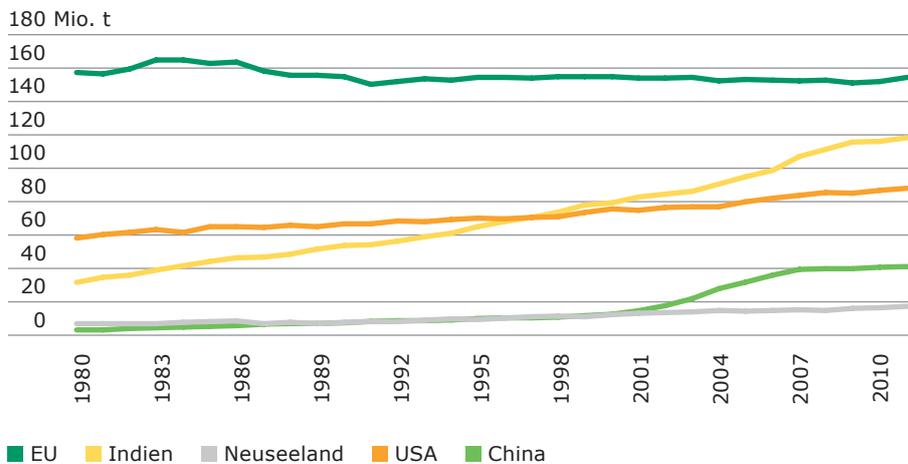
Quellen: Milchquotenbörsendaten des BMELV, Berechnung Thünen-Institut, milchtrends.de

## Europäische Union: Stabile Produktionsmengen

In den vergangenen Jahrzehnten war die Höhe der erzeugten Milchmenge in der EU sehr stabil, da die Milchmenge durch die Quote begrenzt ist und sich auch regional nur eingeschränkt verschieben konnte. International dagegen stieg die Milchproduktion in den vergangenen Jahren stark an, insbesondere in den Schwellenländern China und Indien. Weltweit wurden 2011 727 Mio. t ermolken. Global gesehen ist die EU aber immer noch mit einer Erzeugung von 151 Mio. t Kuhmilch und einem Anteil von ca. 25 % an der Weltproduktion die größte Erzeugerin. Beim Vergleich der Zahlen zur Milchproduktion ist zu beachten, dass etwa in Indien, dem Land mit der höchsten Milchproduktion weltweit, der Großteil der Milch nicht an Molkereien abgeliefert wird. Damit hat die dortige Produktion nur einen eingeschränkten Einfluss auf die Weltmarktentwicklung.

Der Anteil der EU an den weltweiten Milchexporten ist von über 60 % Anfang der neunziger Jahre auf aktuell ca. 30 % gesunken. Während der Export in der Vergangenheit nur mit Hilfe von Exporterstattungen möglich war, findet er heute ganz ohne staatliche Unterstützung statt. Dies ist auch ein Ergebnis der europäischen Agrarpolitik und zeigt die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Milchwirtschaft.

### Milchproduktion in ausgewählten Ländern und der EU



Quelle: Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO)

### Ende der Milchquote 2015

Mit der Agrarreform 2008/09, dem sogenannten Health Check, wurde das Ende der Milchquote in Europa für 2015 beschlossen.

In der europäischen Agrarpolitik gibt es eine lange Tradition der Milchmarktregulierung. Damit sollten einerseits eine sichere und ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Milchprodukten gewährleistet und andererseits die Einkommen der Milchbauern gesichert werden. Infolge dessen mussten die Verbraucher im Vergleich zum Weltmarkt höhere Preise bezahlen. Die mit den politisch gesetzten Preisen verbundenen Produktionsanreize führten jedoch schon bald zu „Butterbergen“ und „Milchseen“. Immer mehr teure Aufkäufe und Exporterstattungen wurden notwendig, um die Preise stabil zu halten. Daher standen gerade die Exporterstattungen bei den WTO-Verhandlungen (World Trade Organization) bzw. im Rahmen des damaligen GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) heftig in der Kritik.

Als Antwort auf diese Probleme wurde 1984 die Milchquote eingeführt, eine Mengenbeschränkung der Milchlieferungsmenge. Danach dürfen die Landwirte nur soviel Milch verkaufen, wie im Referenzjahr 1982/83 tatsächlich ermilken wurde. Wollen sie mehr produzieren, müssen sie die Milchquote von einem anderen Landwirt erwerben. Ziel der Quotenregelung war es, die Kosten für den Steuerzahler zu begrenzen. Kurzfristig konnten die Einkommen der Landwirte durch die Milchquote und den Außenschutz auch tatsächlich gesichert werden. Als problematisch an der Quotenregelung gelten jedoch der dadurch gebremste Strukturwandel und der erhebliche finanzielle Aufwand für den Quotenkauf.

Im Vorfeld des beschlossenen Quotenausstiegs wurden die Interventionspreise von 2004 bis 2007 stufenweise von 28 ct auf 22 ct pro kg Milch abgesenkt und die erlaubte Liefermenge erhöht. Die Milchquote hat dadurch in vielen Ländern der EU schon jetzt ihre restriktive Wirkung verloren. Doch mit dem beschlossenen Quotenausstieg ist klar: Nach Jahrzehnten der Mengensteuerung, Marktabschottung und Garantiepreise verändern sich

die Rahmenbedingungen für Milchbauern, auch in Deutschland, grundlegend.

Ein Teil des erwarteten Einkommensausfalls in der Landwirtschaft wurde von der EU durch Direktzahlungen kompensiert. Damit passt die Milchpolitik in die Strategie der europäischen Agrarpolitik: Weg von der Marktsteuerung und hin zu Direktzahlungen und liberalisierten Märkten. Die faktische Wirkung der Ausstiegsbeschlüsse wird an den fallenden Milchquotenpreisen sichtbar. Während die Milchquote um das Jahr 2000 durchschnittlich noch ca. 70 ct pro kg kostete, sind es heute rd. 5 ct pro kg.

Die gute Nachricht für die Landwirte: Sie haben keine Quotenkosten mehr und müssen keine Strafzahlungen bei Mengenüberschreitungen fürchten. Auf der anderen Seite ist die Milchwirtschaft nun aber zunehmend dem Weltmarkt und dessen Preisschwankungen ausgesetzt.

### **Stimmung der Milchviehhalter ist gut**

Wie aber sehen die Landwirte diese Veränderungen? Im Rahmen des Konjunkturbarometers Agrar wurden die Landwirte im Dezember 2012 nach ihrer Einschätzung gefragt. Den Quotenausstieg beurteilen die Mehrheit der Milcherzeuger in Nord- (75 %) und Ostdeutschland (70 %) als sehr gut, gut oder neutral. Im Süden, wo ein Großteil der kleineren Betriebe liegt, sieht die Hälfte (51 %) den Quotenausstieg als schlecht oder sehr schlecht an. Dennoch begreifen viele Milchviehhalter die Veränderung sowohl für sich als auch für die Milchbranche im Ganzen als Chance und blicken positiv in die Zukunft. 40 % der Milchviehbetriebe schätzen die Zukunftsaussichten gut bzw. sehr gut ein, 50 % stehen der Entwicklung neutral gegenüber. Nur eine kleine Minderheit von 10 % blickt negativ in die Zukunft.

Dies ist bemerkenswert, da sich die Milchwirtschaft in einem fortwährenden Strukturwandel befindet. Die Anzahl der Betriebe sank trotz Marktregulierung und Quotenregelung kontinuierlich von 1,6 Mio. in den 50er Jahren auf rd. 85000 im Jahr 2012. Zugleich wachsen die Betriebe und werden immer leistungsfähiger. Die Milchleistung pro Kuh und damit auch die Effizienz steigt. Während eine Milchkuh 1990 im Durchschnitt noch 4700 kg pro Jahr gab, waren es 2012 schon 7350 kg pro Jahr. Bei den Milchleistungsprüfungen werden in den neuen Bundesländern inzwischen durchschnittlich 9000 kg pro Jahr ermolken – bei intensiven Spitzenbetrieben noch deutlich mehr.

Auch die Haltungsbedingungen haben sich geändert. Die Milchkühe werden zunehmend in größeren Herden gehalten. Dies wird begleitet durch die Entwicklung hin zu modernen und vor allem tiergerechten Ställen. 72 % der Milchkühe werden inzwischen in Laufställen gehalten, in denen sich die Kühe frei bewegen können. Sie verfügen über Liege- und Fressplätze. Das Stallklima in einem modernen Laufstall mit offener und luftiger Bauweise entspricht viel mehr als früher den natürlichen Anforderungen der Milchkühe.

In der Milchviehhaltung gibt es erhebliche regionale Unterschiede mit einem historisch bedingten Größengefälle der Betriebe von Ost- über Nord- nach Süddeutschland. Während – in Bayern – dem wichtigsten Milchland – im Schnitt 31 Kühe pro Betrieb (2012) gehalten werden, sind es in Brandenburg 210 Kühe pro Betrieb. Dies sagt nicht zwingend etwas über die Wirtschaft-

lichkeit der Betriebe aus, denn die Ausrichtung der Betriebe kann sehr unterschiedlich sein. Während es sich bei den großen Betrieben meist um spezialisierte Milchviehbetriebe handelt, sind gerade kleinere Betriebe oft vielseitig aufgestellt. Die Milchviehhaltung wird mit zusätzlichen Einnahmequellen wie „Urlaub auf dem Bauernhof“ oder der Produktion erneuerbarer Energien kombiniert. Alternativ spezialisieren sich die Betriebe auf Nischen, wie Bio-milch oder Direktvermarktung. Hinzu kommt, dass die Ausgleichszahlungen für Agrarumweltprogramme in Süddeutschland eine höhere Bedeutung haben.

Welche Dynamik in der Milchviehhaltung steckt, zeigt sich an der unverändert steigenden Produktion, obwohl in den letzten Jahren ca. 4 % der Milcherzeuger jährlich ausgeschieden sind. Durch die Realisierung von Skaleneffekten und Spezialisierungsvorteilen lassen sich in vielen Betrieben weitere Kostensenkungen erzielen.

### Der Weltmilchmarkt: Nachfrage steigt

Hier lautet die wichtigste Botschaft: Milch ist mehr denn je weltweit gefragt. Nach dem Einbruch 2008/09 hat sich der europäische Milchmarkt, getragen von der positiven Entwicklung auf den Weltmärkten, wieder erholt. In den vergangenen Jahren hat sich das Weltmarktpreisniveau von ca. 15 ct auf ca. 30 ct pro kg nahezu verdoppelt.

#### Milchpreisentwicklung

60 € pro 100 kg Milch



- Marktwert Milch auf dem Weltmarkt
- Marktwert Milch in Deutschland
- Marktwert Milch nach Interventionspreisen
- Milchzahlungspreis

Quellen: United States Department of Agriculture (USDA), EU-Kommission, Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft GmbH (ZMP), Butter und Käse-Börse Kempten, milchtrends.de

Neben dem Milchzahlungspreis ist auch der Marktwert der Milch eine wichtige Größe. Dieser errechnet sich aus den Erlösen beim Verkauf der Hauptmilchinhaltsstoffe Eiweiß, Laktose und Fett in Form von handelbarem Milchpulver bzw. Butterreinfett. Er ist international vergleichbar und an ihm orientiert sich mit einer zeitlichen Verzögerung auch der Milchzahlungspreis.

2007 schnellten die Preise in die Höhe und der Marktwert Milch koppelte sich vom europäischen Interventionspreis ab. Auslöser war besonders die stark steigende Nachfrage aus den Schwellenländern, vor allem aus China. Aber auch die Produktion wächst dort stark. Von 12 Mio. t Milch im Jahr 2000 ist sie heute auf über 40 Mio. t angezogen. Es bleibt abzuwarten, ob sich die zusätzliche Nachfrage oder das steigende Angebot langfristig schneller entwickelt. Verstärkend wirkten 2006/07 die leeren Interventionslager in der EU und der USA, so dass Nachfragezuwächse nicht wie in der Vergangenheit aus den Lagern gedeckt werden konnten.

In der Wirtschaftskrise brach der Preis zwischenzeitlich wieder ein. Daraufhin kam es zu starken Protesten seitens der Milchbauern, die in einem Milchstreik gipfelten. Die Politik reagierte darauf. Neben dem Milchgipfel in Deutschland wurde auf europäischer Ebene kurzzeitig mit Interventionskäufen in den Markt eingegriffen. Dies ist auch im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise zu sehen. Im Zuge des Krisenmanagements wurden auch für den Milchmarkt Hilfsmaßnahmen beschlossen. Die Lage entspannte sich und ab Mitte 2009 stiegen die Milchpreise wieder. Die Interventionsbestände der EU konnten sogar gewinnbringend verkauft werden.

### **Hohe Preisvolatilitäten kennzeichnen Weltmilchmarkt**

Die Liberalisierung der Milchmärkte führt zu hohen Preisvolatilitäten. Für die europäische Milchwirtschaft ist das eine neue Situation. Im Gegensatz zu den Schweinehaltern, die mit dem Schweinezyklus und den damit einhergehenden Preisschwankungen schon lange Erfahrungen haben, muss sich die Milchwirtschaft erst darauf einstellen. Historisch gesehen sind hohe Volatilitäten in Zeiten von politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten normal und Schwankungen im Weltmilchmarkt kein neues Phänomen.

Im Verhältnis zur weltweit produzierten Milchmenge wird nur ein kleiner Teil international gehandelt. Auf dem relativ kleinen Weltmarkt führen daher Produktions- und Nachfrageschwankungen zu großen Preisausschlägen. Das Angebot ist kurzfristig vergleichsweise unelastisch. Schnelle Anpassungsreaktionen sind in der Milcherzeugung sehr schwierig. In den vergangenen Jahren zeigte sich, dass die Einkommensentwicklung der Konsumenten, die Entwicklung der Weltkonjunktur und die Wechselkurse einen Einfluss auf die Milchpreisentwicklung haben.

Das Preisrisiko tragen dabei vor allem die Milcherzeuger. Denn die nachgelagerten Stufen geben die Preisänderungen auf den Absatzmärkten zum großen Teil weiter. Schwanken also die Preise von Milchpulver und Co., schwanken auch die Erzeugerpreise.

Gleichzeitig entwickeln sich die Milcherzeuger hin zu spezialisierten Großbetrieben mit hohem Fremdkapitalanteil. Dies erfordert ein entsprechendes Finanz- und Risikomanagement. Mögliche Preisschwankungen müssen in den Planungsrechnungen berücksichtigt werden. Eine entsprechende Rentabilitäts- und Liquiditätsplanung und ein betriebliches Controlling sind notwendig. Ergänzend können Absicherungen am Warenterminmarkt sinnvoll sein.

## **Exportpreis für Milchpulver wichtig für innereuropäische Milchauszahlungspreise**

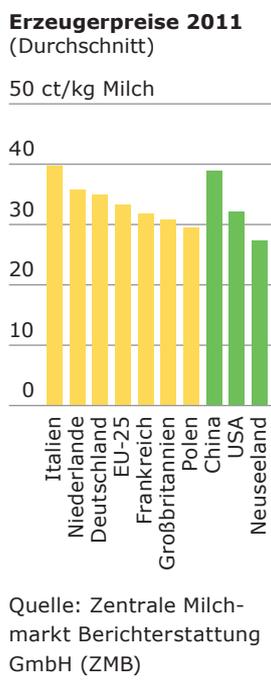
Momentan ist die EU Nettoexporteur von Milchprodukten. Exportiert werden vor allem Voll- und Magermilchpulver. Bei Vollmilchpulver macht der Export ca. 60 %, bei Magermilchpulver ca. 35 % der Produktionsmenge aus. Über alle Produktgruppen hinweg „fließen“ zwar lediglich netto 6 % der Milch auf den Weltmarkt, trotzdem beeinflussen die im Export erzielten Preise für Milchpulver die Milchauszahlungspreise innerhalb der EU und in Deutschland.

Der Export von Trockenmilchprodukten ist für die Molkereien eine wichtige Alternative. In den Preisverhandlungen mit dem Lebensmittelhandel über den Verkauf von Standardmilchprodukten hat der Export als alternative Verwertungsmöglichkeit der Milch eine wichtige Funktion und bildet die Preisuntergrenze. Je niedriger der Weltmarktpreis für Milchpulver ist, umso ungünstiger ist die Verhandlungsposition gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel. In der Preisgrafik auf Seite 17 ist gut zu erkennen, dass die deutschen Milchauszahlungspreise, abgesehen von saisonalen Schwankungen, dem Marktwert der Milch auf dem Weltmarkt seit etwa 2007 mit leichter Verzögerung folgen.

Für das Weltmarktpreisniveau sind nicht die kostengünstigsten Produzenten entscheidend, sondern die Produktionskosten des Grenzanbieters, also der zusätzlich produzierten Milch. Kostenführer sind die Standorte mit mildem Klima und ganzjähriger Weidehaltung, wie z. B. Neuseeland. Heute ist Neuseeland aufgrund seines kleinen Heimatmarkts und der in den letzten Jahren stark gestiegenen Produktion der größte Exporteur von Milchprodukten. Inzwischen scheint die Produktion auf Grünlandbasis dort aber weitgehend ausgereizt. Für das Preisniveau entscheidender sind daher die Produktionskosten an den Standorten, die mit den hiesigen natürlichen Bedingungen vergleichbar sind. Ein Beispiel sind etwa die USA. Dort ist eine Stallhaltung mit einer ähnlichen Kostenstruktur wie in Europa üblich. Für die deutschen Milchproduzenten folgt daraus, sich weniger an den Produktionskosten neuseeländischer Unternehmen zu orientieren, als vielmehr an denen der eigenen Nachbarn.

Im weltweiten Vergleich hat Deutschland Kostennachteile: Die Fläche ist knapp und die Arbeitskraft ist teuer. Andererseits kann der Standort aber durch ein stabiles wirtschaftliches Umfeld, gutes Know-how und einen großen Heimatmarkt punkten. Nicht zuletzt sind auch gute Finanzierungsmöglichkeiten in einem kapitalintensiven Bereich ein Standortvorteil.

Bei der Vermarktung der Milch sind die Möglichkeiten der Landwirte begrenzt. Der direkte, nicht vertraglich gebundene Verkauf von Rohmilch an verschiedene Molkereien ist nur in wenigen Ausnahmefällen für die Landwirte eine Option. Der Landwirt muss daher seine Kosten und die Produktionstechnik optimieren. Gerade in Zeiten zunehmender Preisvolatilitäten ist die Leistungsfähigkeit der gesamten Kette für die Wettbewerbssituation der einzelnen Akteure, wie auch des gesamten Sektors, entscheidend.



## Milchzahlungspreise im Vergleich

Ein Maßstab für die Leistungsfähigkeit der Milchwirtschaft ist aus Sicht des Landwirts der Milchzahlungspreis. Neben der Milchleistung und den Produktionskosten ist für den Landwirt der Erlös der verkauften Milch der entscheidende Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg seiner Produktion. Im Jahr 2011 betrug der durchschnittliche Auszahlungspreis in Deutschland 34,8 ct pro kg. Im EU-weiten Vergleich lagen die durchschnittlichen Auszahlungspreise zwischen 28,1 ct pro kg in Rumänien und 43,1 ct pro kg in Griechenland. Im internationalen Vergleich sind in China, dem größten Importland, die Milchpreise relativ hoch. Dies ermöglicht einen rentablen deutschen Export von Milchprodukten und führt gleichzeitig auch zu einer starken Produktionsausweitung in China.

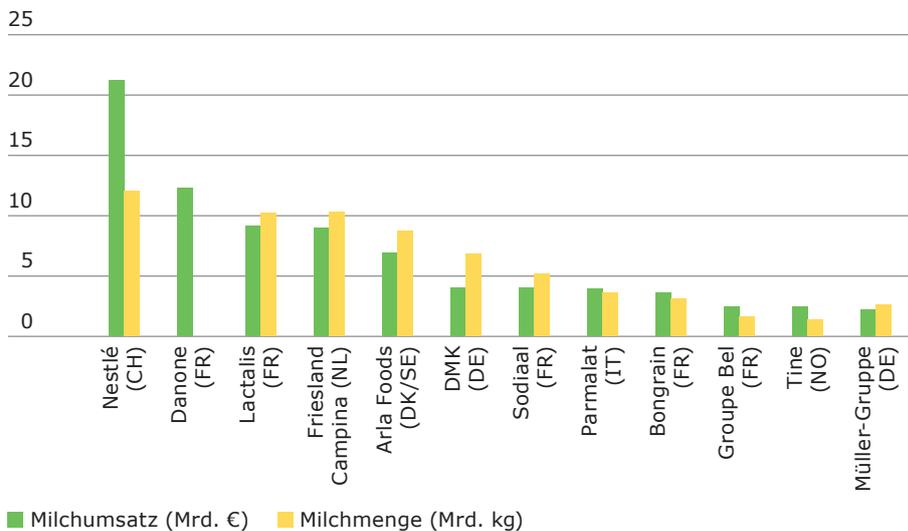
Die Spanne der Auszahlungspreise reichte Ende 2012 in Deutschland von 28,5 ct bis zu 36 ct pro kg. Die Unterschiede scheinen gering, haben jedoch eine hohe einzelwirtschaftliche Bedeutung.

## Molkereiwirtschaft im Wandel

Die Molkereien spielen eine besondere Rolle in der Agrarwirtschaft, die vor allem mit den Besonderheiten des Produkts Milch zusammenhängen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Agrargütern wird Rohmilch naturgemäß fortlaufend produziert. Gleichzeitig ist sie nur begrenzt lagerfähig und muss folglich regelmäßig geliefert werden. Ein Transport von Rohmilch über weite Strecken hinweg ist aber teuer. Für die Milchbauern bedeutet dies, dass Rohmilch nur an örtliche Molkereien verkauft werden kann. Daraus ergeben sich gegenseitige Abhängigkeiten zwischen Molkereien und Milchlieferanten. Vielfach sind die Molkereien in Form von Genossenschaften im Eigentum der Landwirte. Etwa 2/3 der Milch werden von diesen Molkereigenossenschaften verarbeitet, bei denen nicht die Gewinnerzielungsabsicht im Vordergrund steht, sondern die Auszahlung eines hohen und stabilen Milchpreises an die Landwirte. Kontrolliert werden die Genossenschaften von den Vertretern der Landwirte in ihren Gremien. Ein Molkereiwchsel ist nur nach langen Kündigungsfristen möglich. Viele genossenschaftliche Molkereien produzieren traditionell eher Standardprodukte. Sie verfügen kaum über starke Marken oder Spezialitäten und haben eine entsprechend schwache Position bei Verhandlungen mit dem Handel. In schwierigen Marktphasen führt dies zu geringen Auszahlungspreisen. Einige Privatmolkereien erzielen im Vergleich eine wesentlich höhere Wertschöpfung pro kg Milch und sind dadurch in der Lage, bessere Preise zu bezahlen.

Für die Molkereien bieten sich nun mehrere Strategien an. Manche setzen auf Diversifizierung und konzentrieren sich auf Spezialitäten oder regionale Produkte. Ein Beispiel hierfür ist die zunehmende Anzahl von kleinen Hofmolkereien. Andere versuchen, eine eigene starke Marke aufzubauen, was jedoch hohe langfristige Investitionen und entsprechende Marketingkenntnisse erfordert. Ein dritter möglicher Weg ist es, größere und effizientere Strukturen zu schaffen, um gegenüber dem Handel ein Gegengewicht zu bilden und Exportmärkte erschließen zu können. Ausdruck dieser Entwicklung sind die zunehmenden Investitionen vieler Molkereien in Trockentürme zur Herstellung von weltmarktfähigem Milchpulver.

### TOP 12 der Milchverarbeiter in Europa 2010



Quelle: Milchindustrie-Verband e.V. (MIV)

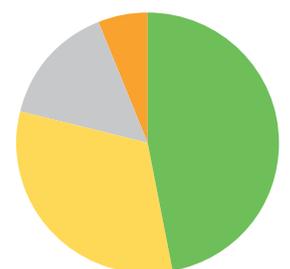
Zugleich unterliegt die Molkereiwirtschaft einem Strukturwandel mit Konzentrationstendenzen. Beispiele sind die Fusion der beiden damals größten deutschen Molkereien Humana und Nordmilch zum Deutschen Milch Kontor (DMK) und der verstärkte Einstieg der skandinavischen Arla bei deutschen Molkereien. Damit folgt die Molkereiwirtschaft ähnlich wie die Landwirtschaft einem langfristigen Trend zu größeren Einheiten. Trotz dieser Entwicklung ist die deutsche Molkereiwirtschaft immer noch mittelständisch geprägt. Zum Vergleich: Die größte deutsche Molkerei DMK befindet sich nach der Fusion im stark vernetzten europäischen Milchmarkt mit einem Umsatz von ca. 4 Mrd. € auf dem 6. Platz.

Der Wettbewerb auf dem stagnierenden Heimatmarkt ist intensiv. Entsprechend haben sich die deutschen Molkereien aufgestellt. Sie gelten als sehr effizient, haben hohe Qualitätsstandards, produzieren aber hauptsächlich Standardprodukte. Wie die nebenstehende Abbildung zeigt, ist Käse das wichtigste Produkt der deutschen Milchwirtschaft. Meistens handelt es sich um Standardsorten, die zum Großteil exportiert werden.

Mit der Liberalisierung stehen insbesondere die genossenschaftlichen Molkereien vor neuen Herausforderungen, denn sie sind verpflichtet, die gesamte Produktion ihrer Mitglieder abzunehmen. Künftig kann die Produktion nach dem Wegfall der Mengenregelungen jedoch stärker schwanken. Dies erschwert die Vorausplanungen. Wird zuviel Milch angeliefert, muss diese zu geringeren Preisen vermarktet werden, da der Absatz von Marken- und Premiumprodukten begrenzt ist. Hier besteht Abstimmungsbedarf zwischen Molkereien und Landwirten. Wie die Lieferverträge zwischen Molkereien und Landwirten zukünftig ausgestaltet werden, ist zurzeit noch offen.

Im Rohmilchmarkt stehen den Molkereien grundsätzlich sehr viele kleine Anbieter gegenüber. Damit die Marktposition der vielen Landwirte gestärkt wird, hat die europäische Politik ein Milchpaket beschlossen.

### Verwendung von Rohmilch in Deutschland 2010 (Insgesamt 30,2 Mio. t)



Quelle: Milchindustrie-Verband e. V. (MIV)

## Lieferbeziehungen zwischen Milcherzeugern und Molkereien

Mit dem endgültigen Inkrafttreten des Milchpaketes (VO (EU) 261/2012) im Herbst 2012 und der Novellierung des Agrarmarktstrukturgesetzes (AgrarMSG) wurden auf europäischer und nationaler Ebene die Rahmenbedingungen zwischen Molkereien und Milcherzeugern neu gesetzt. Für die deutschen Milcherzeuger ergeben sich aus dem Milchpaket und AgrarMSG keine gravierenden Änderungen. Die hier gesetzten Bündelungsobergrenzen geben den deutschen Milcherzeugergemeinschaften ausreichend Spielraum.

Kernelemente in den Lieferverträgen und Milchlieferordnungen bzw. -satzungen der genossenschaftlichen Molkereien werden weiterhin Anlieferungsmengen, Milchzahlungspreis, Vertragslaufzeiten und Qualität sein. Wie diese vier Parameter zu definieren sind, ist den Vertragspartnern überlassen. Im Zuge der Marktliberalisierung werden die Lieferbeziehungen voraussichtlich stärker variieren als bisher üblich.

Momentan liegt der Schwerpunkt der Diskussion auf der Prognose der Milchmenge und auf neuen Preisfindungsmodellen. Vor allem die genossenschaftlichen Molkereien sind aufgrund ihrer vollständigen Abnahmepflicht an einer möglichst genauen Mengenprognose interessiert. Derzeit führen einige Molkereien Befragungen ihrer Milchlieferanten hinsichtlich ihrer Betriebsentwicklung und geplanten Anlieferungsmengen durch. Dies ist zukünftig regelmäßig zu erwarten. Aufgrund der Konkurrenzsituation werden wahrscheinlich auch die Privatmolkereien keine vertragliche Mengenfixierung vornehmen.

Bezüglich der vertraglichen Festlegung des Milchzahlungspreises ist zwischen privatwirtschaftlichen Molkereien und genossenschaftlichen Molkereien zu unterscheiden. Die Preisfindung zwischen privatwirtschaftlichen Molkereien und Milcherzeugergemeinschaften bzw. nicht organisierten Lieferanten findet in der Regel am Verhandlungstisch statt. Hier fließen Informationen aus Marktnotierungen und -prognosen sowie regionale bzw. bundesweite Durchschnittspreise ein. Bei den genossenschaftlichen Molkereien ergibt sich der Milchzahlungspreis als wirtschaftliches Residuum, ist daher de facto nicht verhandelbar und hängt von der Verwertungsstärke der jeweiligen Molkerei ab.

Bisher erfahren die Milcherzeuger die Höhe des Auszahlungspreises in der Regel erst einen Monat nach Anlieferung ihrer Milch. Um die Planungssicherheit für den Milcherzeuger zu erhöhen, werden vorhergehende Preisinformationen diskutiert. Einige Molkereien setzen bereits um. Für die Vertragslaufzeiten ist aufgrund der wachsenden Marktdynamik eine zunehmende Flexibilisierung denkbar. Ein Teil der Milchmenge könnte von den Landwirten über Vorverträge zu einem festen Preis an die Molkereien vermarktet werden. Diese können die Molkereien über die Warenterminbörsen absichern. Das setzt jedoch funktionierende Warenterminmärkte für Milchprodukte voraus.

Es bleibt festzuhalten: Voraussichtlich werden die Milchliefervträge und die Milchpreise im Zuge der Marktliberalisierung variabler. Für die Landwirte bedeutet dies, dass sie verstärkt die Milchmärkte im Blick haben und sich mehr als bisher mit der Vermarktung ihrer Milch beschäftigen sollten.

## Starke Marktposition des Lebensmitteleinzelhandels

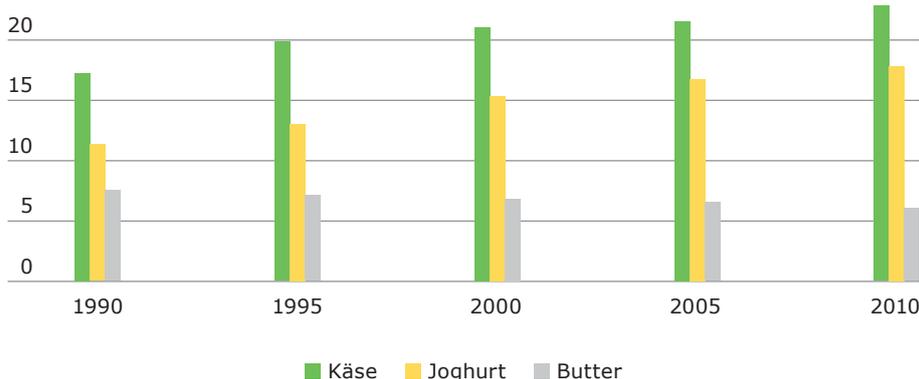
Wird die Marktposition der einzelnen Stufen der Wertschöpfungskette untereinander verglichen, so zeigt sich, dass die Molkereiwirtschaft im Vergleich zum Lebensmitteleinzelhandel klein strukturiert ist. Denn der Lebensmitteleinzelhandel wird in Deutschland von wenigen Handelsketten dominiert, die zueinander in einem intensiven Preiswettbewerb stehen. Im europäischen Vergleich ist der Anteil der preissensitiven Discounter mit 44 % extrem hoch. Standardmilchprodukte wie Butter und Trinkmilch gelten als Eckpreisprodukte, an Hand derer die Kunden die Preislage des gesamten Sortiments einschätzen. In der Folge liefern sich die Handelsunternehmen hier einen harten Wettbewerb um den günstigsten Preis. Für Standardprodukte werden die Preise meistens in einem Ausschreibungsverfahren ermittelt, bei nicht differenzierten Produkten findet der Wettbewerb über den Preis statt.

Durch die Handelsmarken, die einen wesentlichen Teil des Absatzes ausmachen, können die Molkereien also als Lieferanten schnell gegeneinander ausgetauscht werden. Anders sieht die Situation aber bei Markenprodukten und Spezialitäten aus. Hier verfügen die Molkereien über eine stärkere Verhandlungsposition.

---

### Verbrauch von Milchprodukten in Deutschland

25 kg/Person



Quellen: Zentrale Milchmarkt Berichterstattung GmbH (ZMB),  
Milchindustrie-Verband e.V. (MIV)

---

### Verbraucher eher preissensibel

Frischmilchprodukte und Käse sind zentrale Wachstumstreiber unter den Lebensmitteln. Im gesättigten Lebensmittelmarkt ist dies beachtlich und spricht für die Innovationskraft der Branche und die Vielseitigkeit des Rohstoffs Milch. Zwischen 2002 und 2009 ist der Absatz von Frischmilchprodukten um 1,9 % jährlich gestiegen. Zwischen den Milchprodukten kommt es jedoch zu Verschiebungen. Während der Butterkonsum rückläufig ist, steigt der Verbrauch von Joghurt und Käse stetig an. Inzwischen weisen die Deutschen nach den Franzosen und Griechen mit 23,2 kg pro Person und Jahr den dritthöchsten Käsekonsum innerhalb Europas auf.

Traditionell gelten die deutschen Konsumenten bei Lebensmitteln als sehr preissensibel Käufer. Untersuchungen haben ergeben, dass in der Preiserhöhungsphase der Verbrauch an Milchprodukten in Deutschland auch tat-

sächlich gesunken ist. Statistische Auswertungen haben zudem gezeigt, dass Preisänderungen bei Rohmilch in der Wertschöpfungskette weitergegeben werden und die Marktsignale entsprechend funktionieren. Der Verbraucher profitiert von fallenden Milchpreisen und schränkt umgekehrt seinen Konsum ein, wenn die Preise steigen, weil die Milch knapp ist.

Nach rund zwei Jahrzehnten wachsender Discount- und Handelsmarkenanteile zeichnet sich eine leichte Erholung des Qualitätssegments ab. Es findet eine stärkere Marktdifferenzierung statt. Nicht nur starke Marken, sondern auch laktosefreie Produkte, regionale Spezialitäten und Gourmetartikel erweisen sich als Wachstumstreiber. Der Biomarkt ist ein Beispiel für eine Nische, die seit Jahren erfolgreich wächst. Bioprodukte stehen für nachhaltig erzeugte und „gesunde“ Lebensmittel und bedienen damit ein wachsendes Bedürfnis in der Bevölkerung. Milchprodukte waren im Biomarkt für viele Geschäfte und Verbraucher die Einstiegsprodukte. Ursprünglich haben die Molkereien für Biomilch nur geringe Aufschläge gezahlt. Zwischenzeitlich hat sich der Biomilchmarkt als eigenes Segment etabliert und der Biomilchpreis hat sich teilweise vom konventionellen Milchmarkt abgelöst. Die Biomilchpreise haben sich für die Erzeuger wesentlich positiver entwickelt als die konventionellen Preise. Dies war möglich, nachdem die Mengenüberschüsse, die durch die staatlich geförderte Umstellungswelle auf Biomilchwirtschaft in den 90er Jahre entstanden sind, abgebaut waren. Nun bietet der Biomilchmarkt für viele Milchbauern und Molkereien die Möglichkeit, sich neu zu positionieren. Inzwischen hat Biomilch einen Umsatzanteil von über 5 % an den Milchprodukten in Deutschland.

Marktbeobachter gehen von weiteren Differenzierungsmöglichkeiten aus, auch auf landwirtschaftlicher Ebene. Denkbar ist beispielsweise eine regionale Vermarktung von handwerklich erzeugten Produkten. Das vielseitige Produkt Milch bietet hier sowohl in der Produktentwicklung als auch in der Vermarktung viele Möglichkeiten, den zahlungskräftigen großen Heimatmarkt weiter zu erschließen. Dies wird unterstützt durch das positive Bild, das die Verbraucher von der Milchviehhaltung haben. Milchviehhaltung wird im Gegensatz zur Geflügel- und Schweinehaltung vom Verbraucher kaum mit Massentierhaltung in Verbindung gebracht. Sie verfügt weiter über eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung.

### **Ausblick: Chancen im Export, bei Spezialitäten und in Nischen**

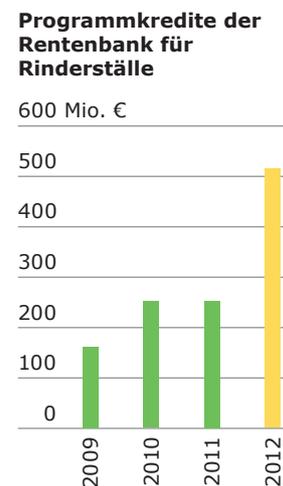
Die Milchwirtschaft befindet sich in einem steten Wandlungs- und Modernisierungsprozess. Dies gilt sowohl für die Milchviehalter als auch für die Molkereien. Beide werden mit dem Wegfall der Milchquote zunehmend den Kräften des freien Marktes ausgesetzt. Die Politik hat traditionell den europäischen Milchmarkt gesteuert und zieht sich schrittweise zurück. Es verbleibt lediglich ein Sicherheitsnetz abgesenkter Interventionspreise.

Für die Molkereien bedeutet dies, dass sie sich im internationalen Wettbewerb positionieren müssen, entweder über Markenprodukte und Spezialitäten oder über eine effiziente Produktion. Beides erfordert Investitionen und Konsolidierungsprozesse. Langfristig entscheidet die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Wertschöpfungskette Milch vom Landwirt über die Molkereien und den Handel, aber auch der Verbraucher, über die zukünftigen Absatzchancen.

Die Aufhebung der Mengenbeschränkung eröffnet Chancen auf Wachstum in den momentan weltweit boomenden Milchmärkten. Will die deutsche Milchwirtschaft hier bestehen, sollte sie den technischen und züchterischen

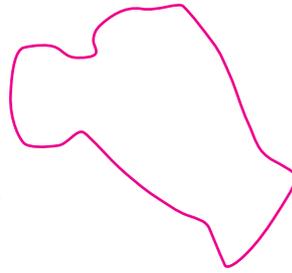
Fortschritt nutzen, um ihre hohen Lohn- und Flächenkosten zu kompensieren. Exemplarisch sind hier große moderne Boxenlaufställe oder Melkroboter zu nennen. Diese Innovationen erfordern erhebliche Investitionen seitens der Landwirtschaft und führen zu einem hohen Kapitalbedarf der Betriebe. Denn die Milchviehhaltung ist wie andere Bereiche in der Landwirtschaft sehr kapitalintensiv. Für jeden Arbeitsplatz in der Landwirtschaft sind statistisch 432000 € notwendig und das mit steigender Tendenz. Die Milchwirtschaft erfordert besonders langfristige Investitionen und verlässliche Rahmenbedingungen. Hier liegen die Stärken des Standortes Deutschland. So sorgt zum Beispiel die Landwirtschaftliche Rentenbank für einen zuverlässigen Zugang zu günstigem Fremdkapital und unterstützt damit auch den Modernisierungsprozess in der Rinderhaltung. Allein im Jahr 2012 wurden Förderkredite über 515 Mio. € in diesem Bereich vergeben. Die Verdopplung im Vergleich zum Vorjahr zeigt die dynamische Entwicklung in der Milchviehhaltung.

Die Aussichten für Milchviehhalter sind positiv. Wie sich der Markt aber letztendlich entwickelt, kann nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden. Schwankungen der Milchpreise werden sicherlich zunehmen. Nicht für jeden Betrieb ist eine Ausrichtung auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit aufgrund seiner Gegebenheiten möglich und sinnvoll. Attraktive Alternativen für landwirtschaftliche Unternehmer bieten Nischen im zahlungskräftigen Heimatmarkt oder die Kombination mit anderen Erwerbsmöglichkeiten. Unabhängig davon, ob der Unternehmer in die Milchviehhaltung, erneuerbare Energien oder Diversifikation investiert – die Landwirtschaftliche Rentenbank unterstützt ihn dabei mit attraktiven Kreditkonditionen. Fest steht, dass viele Milchbauern in die Modernisierung der Milchviehhaltung investieren und allen Grund haben, positiv in die Zukunft zu blicken.





Nur noch ein kleiner Teil der Arbeitsvorgänge  
in der Produktion von Milchprodukten ist Handarbeit.



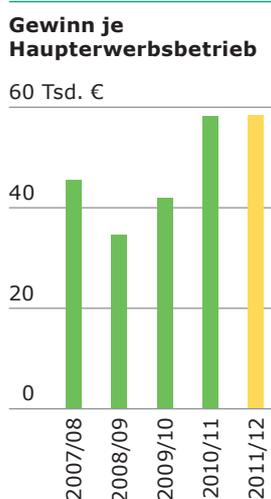




# Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft im Jahr 2012

## Landwirtschaft: Preise auf hohem Niveau

Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2011/12 (1.7.2011 bis 30.6.2012) befanden sich die Preise der wichtigsten Agrarprodukte auf hohem Niveau. Der von der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft errechnete Agrarrohstoffindex für Deutschland erreichte Rekordwerte und übertraf sogar noch den Spitzenwert aus dem Wirtschaftsjahr 2007/08. Da aber gleichzeitig die Betriebsmittelkosten insbesondere für Dünge- und Futtermittel sowie Energie weiter gestiegen sind, konnten die wirtschaftlichen Ergebnisse der meisten Betriebszweige in der Landwirtschaft lediglich gehalten werden. Der durchschnittliche Gewinn der Haupterwerbsbetriebe stieg daher nur leicht um 0,2 % auf 58 151 €. Das Einkommen der deutschen Landwirte lag damit in etwa auf Vorjahresniveau, aber deutlich über dem fünfjährigen Durchschnitt von 47 557 €. Den Angaben zur wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft liegt der Situationsbericht des Deutschen Bauernverbands zugrunde. Die Berechnungen basieren auf 16 146 Jahresabschlüssen von landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben, die durch die LAND-DATA GmbH, den Landwirtschaftlichen Buchführungsverband Kiel sowie die Buchstelle des Bayerischen Bauernverbands bereitgestellt wurden.



Quelle: Situationsbericht Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

### **Einkommenssteigerungen bei Veredlungsbetrieben, sinkende Einkommen bei Ackerbau- und Milchviehbetrieben**

Die Veredlungsbetriebe, also Betriebe mit Schweine- und Geflügelhaltung, konnten ihre Ergebnisse trotz der gestiegenen Futterpreise auf Basis des niedrigen Vorjahresniveaus um 48,7 % auf 55 936 € steigern. Nach der geringen Sojaernte 2012 in Südamerika und den USA hatten sich die Preise für Sojaschrot, eines wichtigen Bestandteils von Futtermitteln, nahezu verdoppelt. Ausgeglichen wurde dieses jedoch durch die äußerst positive Entwicklung der Preise für Schlachtschweine.

Bei den Ackerbaubetrieben sind die Gewinne trotz hoher Preise wegen gesteigener Aufwendungen für Betriebsmittel und aufgrund von Frostschäden um 11,9 % auf 62 676 € je Unternehmen gesunken.

Rückläufig waren die Gewinne auch bei den Milchviehbetrieben (-4,3 %). Im Kalenderjahr 2011 profitierten sie mit durchschnittlich 34,8 ct pro kg noch von hohen Milchpreisen. In der ersten Jahreshälfte 2012 gingen die Milchpreise aber auf 29,3 ct pro kg zurück. Von diesem Tief haben sie sich zwischenzeitlich wieder erholt. Der Gewinn erreichte durchschnittlich 62 125 € je Haupterwerbsbetrieb.

Die Einkommen der Verbundbetriebe, bei denen kein Produktionsverfahren absolut dominiert, entwickelten sich positiv. Höhere Preise für Getreide, Schweine und Mastrinder führten zu einem durchschnittlichen Gewinnwachstum von 6 % auf 52 577 € je Unternehmen.

Die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland wird im Nebenerwerb bewirtschaftet. Diese bearbeiten rd. 25 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Im Wirtschaftsjahr 2011/12 erwirtschafteten Nebenerwerbsbetriebe durchschnittlich 18 138 € und damit 6,5 % mehr als im Vorjahr.

## Rückläufige Gewinne bei ökologisch wirtschaftenden Betrieben

Im Wirtschaftsjahr 2011/12 hat sich die Einkommenssituation im ökologischen Landbau verschlechtert. Die ökologisch wirtschaftenden Haupterwerbsbetriebe erwirtschafteten im Durchschnitt 59 758 € je Unternehmen und damit 9,5 % weniger als im Vorjahr. Die Einflussfaktoren auf Erträge und Aufwendungen waren ähnlich wie bei den konventionell wirtschaftenden Betrieben. Die Erlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,2 %, die Aufwendungen um knapp 6,7 %. Die Ökobetriebe bekamen mit durchschnittlich 19 900 € allerdings deutlich höhere Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen bzw. Flächenprämien im Vergleich zu den konventionellen Haupterwerbsbetrieben mit 3 200 €.

## Hohe Eigenkapitalbildung

Die Eigenkapitalbildung ist eine wichtige Stabilitätskennziffer und Grundlage für die Finanzierung von Nettoinvestitionen. Im Durchschnitt erhöhte sich das Eigenkapital im Wirtschaftsjahr 2011/12 um 11 738 € auf 549 989 € pro Betrieb. Der durchschnittliche Fremdkapitaleinsatz je Haupterwerbsbetrieb stieg im Wirtschaftsjahr um knapp 3 % auf 171 167 Euro. Die Zinsaufwendungen lagen mit 6 300 € je Unternehmen im Durchschnitt 1 % unter dem Vorjahr.

## Zunahme der Investitionen in landwirtschaftliche Vorhaben

Aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage haben viele landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2011/12 mehr investiert. Die Bruttoinvestitionen nahmen um 0,7 % auf durchschnittlich 51 798 € pro Betrieb zu. Die Nettoinvestitionen betragen durchschnittlich 13 881 € je Betrieb. In diesen Zahlen ist nicht berücksichtigt, dass viele Landwirte die betriebswirtschaftlich vorteilhaften Möglichkeiten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) genutzt haben und vor allem in Fotovoltaik- und Biogasanlagen investierten, die in den landwirtschaftlichen Buchführungsabschlüssen nicht oder nur teilweise aufgeführt werden.

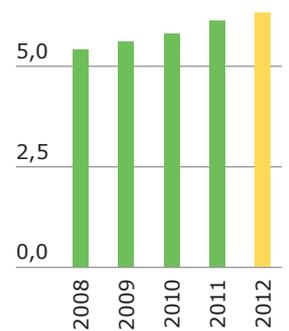
## Deutsche Landwirtschaft sehr kapitalintensiv – Fremdkapitalbestand auf Rekordniveau

Mit 432 000 € Kapital pro Erwerbstätigen (2010) gehört die Landwirtschaft zu den kapitalintensivsten Wirtschaftsbranchen. Der vergleichbare Kapitalbedarf liegt im produzierenden Gewerbe bei 187 400 €. Der Kapitaleinsatz pro Erwerbstätigen ist von 1991 bis 2010 um 127 % gestiegen. Der Fremdkapitalbestand in der deutschen Landwirtschaft erreichte Mitte 2012 mit 44,2 Mrd. € einen neuen Rekordstand. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 6,2 %. 82 % des Kreditbestands sind dabei langfristige Kredite. Vor dem Hintergrund des günstigen Zinsniveaus nutzen Landwirte verstärkt Fremdkapital für Investitionen.

### Ökologischer Landbau

Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland

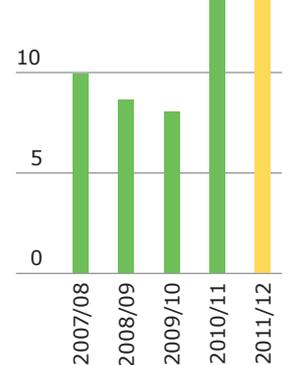
7,5 %



Quelle: Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. (BÖLW)

### Nettoinvestitionen je Haupterwerbsbetrieb

15 Tsd. €



Quelle: Situationsbericht Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

## **Landwirtschaft weiterhin optimistisch**

Tendenziell günstige Marktentwicklungen bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen liefern im laufenden Wirtschaftsjahr 2012/13 die Voraussetzung für eine weiterhin stabile wirtschaftliche Entwicklung in den landwirtschaftlichen Betrieben. Bei insgesamt höheren Milchpreisen dürfte sich die wirtschaftliche Lage auch in den Milchviehbetrieben weiter entspannen. Unsicher ist die Marktentwicklung jedoch in der tierischen Veredlung. Inwieweit sich Veredlungsbetriebe angesichts hoher Futter- und Energiekosten weiter erholen können, bleibt zunächst offen.

Die wirtschaftliche Stimmungslage in der deutschen Landwirtschaft, ermittelt in der Dezemberbefragung des Konjunkturbarometers Agrar, bestätigt die positive Stimmung. Seit Ende 2010 befinden sich die Landwirte in einem Stimmungshoch. Aktuell ist die Einschätzung der Landwirte in allen Betriebsformen positiv. Nicht ganz so gut sind die Erwartungen für die nächsten zwei bis drei Jahre. Bei dieser Einschätzung spielen die Erwartung steigender Produktionskosten, die volatile Preisentwicklung auf den Agrarmärkten sowie eine gewisse politische Unsicherheit eine Rolle.

Die gute wirtschaftliche Lage spiegelt sich auch in der hohen Investitionsbereitschaft der Betriebe wider. Insgesamt wollen die deutschen Landwirte im ersten Halbjahr 2013 die beachtliche Summe von 6,7 Mrd. € gegenüber 5,5 Mrd. € im Vorjahr investieren. Während die geplanten Investitionen in Maschinen lediglich den Vorjahresstand erreichen, sind für Gebäude- und Stallinvestitionen höhere Investitionen geplant.

## **Ernährungswirtschaft: Wachstumsimpulse durch Exporte**

Die deutsche Ernährungswirtschaft profitierte 2012 nicht nur von einem höheren Auslandsgeschäft, sondern auch von einer leicht gestiegenen Nachfrage im Inland. Insgesamt erhöhte sich der Umsatz um 3,7 % auf 152,3 Mrd. € nach einem Plus von 8,5 % im Vorjahr. Der Anstieg war damit stärker als im gesamten Verarbeitenden Gewerbe, das lediglich 0,6 % mehr umsetzte. Ein Teil der Steigerung geht jedoch auf höhere Lebensmittelpreise zurück.

Angesichts gesättigter Märkte und eines hohen Wettbewerbsdrucks bestehen im Inland nur wenig Spielräume, die Umsätze zu steigern. Die deutsche Ernährungswirtschaft kann daher Wachstum fast ausschließlich durch höhere Exporte generieren. Dies zeigte sich auch 2012: Während der Inlandsabsatz lediglich um 3,0 % auf 121,5 Mrd. € zulegte, fiel die Zuwachsrate im Ausland mit 6,3 % auf 30,8 Mrd. € wieder deutlich höher aus. Die Exportquote steigt bereits seit mehreren Jahren und liegt mittlerweile knapp über 20 %.

Die Ernährungswirtschaft in Deutschland ist ähnlich wie die Landwirtschaft stark durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt und weist viele Familienbetriebe auf. Daher ist sie ebenfalls einem gewissen Strukturwandel und Konzentrationsdruck ausgesetzt. 2012 erhöhte sich die Anzahl der Betriebe im Ernährungsgewerbe mit mehr als 50 Beschäftigten weiter um 0,5 % auf 2 658. Gleichzeitig stieg die Zahl der dort Angestellten um 1,2 % auf rd. 450 000. Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungs-

industrie (BVE) schätzt die Gesamtzahl aller Betriebe auf 5 980 und die Zahl der dort Beschäftigten auf 556 500.

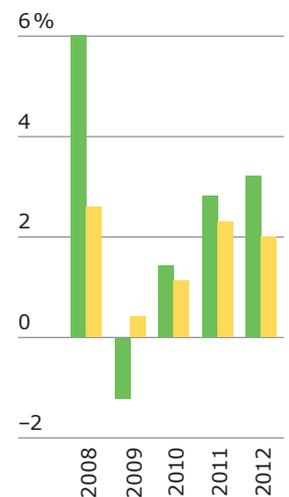
Das Ernährungsgewerbe, das die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie Getränken umfasst, ist gemessen am Umsatz die drittgrößte Einzelbranche innerhalb der deutschen Industrie nach dem Fahrzeugbau und dem Maschinenbau.

### Nahrungsmittelpreise überdurchschnittlich gestiegen

Als Folge einer international höheren Nachfrage nach Agrargütern und gestiegener Energiekosten erhöhten sich 2012 auch in Deutschland die Preise für Lebensmittel. Die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke lagen im Durchschnitt 3,2 % über dem Vorjahr. Damit übertrafen sie erneut den Anstieg des allgemeinen Preisindex für die Lebenshaltung, der lediglich 2,0 % betrug. Auch mittelfristig wirkten sich die Nahrungsmittelpreise preistreibend auf die Lebenshaltung aus. In den letzten fünf Jahren stiegen die Lebensmittelpreise mit 2,4 % im jährlichen Durchschnitt stärker als die allgemeinen Verbraucherpreise (+1,7 %).

Insbesondere für die kleinen und mittelständischen Unternehmen im deutschen Ernährungsgewerbe stellen die Kostensteigerungen eine große Herausforderung dar. Die Konzentration in der Ernährungsbranche ist sehr gering im Vergleich zum Lebensmitteleinzelhandel, aber auch zu anderen Wirtschaftszweigen. Da ihnen die Marktmacht fehlt, können viele Unternehmen die höheren Kosten bei Rohstoffen, Energie und Verpackung nicht vollständig auf die Verkaufspreise überwälzen.

**Preisindex für die Lebenshaltung**  
(Veränderung zum Vorjahr)



■ Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke  
■ Lebenshaltung insgesamt

Quelle: Statistisches Bundesamt

### Umsatz der Betriebe\* des Ernährungsgewerbes nach ausgewählten Branchen im Jahr 2012

	in Mrd. €	zum Vorjahr in %	Exportquote in %
<b>Ernährungsgewerbe insgesamt</b>	<b>152,3</b>	<b>3,7</b>	<b>20,2</b>
davon:			
<b>Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln</b>	<b>134,1</b>	<b>3,6</b>	<b>21,6</b>
darunter:			
Schlachten und Fleischverarbeitung	36,7	6,3	17,3
Milchverarbeitung	24,1	-0,4	25,3
Teig- und Backwaren	15,2	2,2	9,1
Süßwaren	9,7	1,9	33,8
Obst- und Gemüseverarbeitung	9,1	4,7	21,2
<b>Getränkeherstellung</b>	<b>18,2</b>	<b>4,3</b>	<b>10,4</b>
darunter:			
Bier	7,5	2,2	9,2
Erfrischungsgetränke, Mineralwasser	7,1	5,9	7,9

\* Erfasst sind Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten.

Quelle: Statistisches Bundesamt (vorläufige Zahlen); eigene Berechnungen

## **Deutsche Lebensmittel im Ausland sehr gefragt**

Das Exportgeschäft weist schon seit Jahren eine hohe Dynamik auf. Begünstigt durch einen niedrigen Euro-Wechselkurs kamen die Wachstumsimpulse im Jahr 2012 hauptsächlich aus den kaufkräftigen und konsumfreudigen Märkten außerhalb der EU. Weniger gefragt waren deutsche Lebensmittel dagegen in den Krisenstaaten des Euroraums. Dennoch hat der Euroraum eine nach wie vor überragende Bedeutung für die deutsche Ernährungswirtschaft. Knapp 70 % der Exporte wurden 2012 dorthin geliefert.

Besonders gefragt im Ausland sind Fleisch- und Milcherzeugnisse sowie Süßwaren. Aufgrund weltweit hoher Nachfrage steigerte 2012 insbesondere die fleischverarbeitende Industrie, die größte Einzelbranche, ihre Exporte überdurchschnittlich um 9,5 %. Erfolgreich im Ausland sind auch Milchunternehmen. Mit 6,1 Mrd. € erlösten sie bereits jeden vierten Euro im Exportgeschäft.

## **Wachstum in inländischen Nischenmärkten**

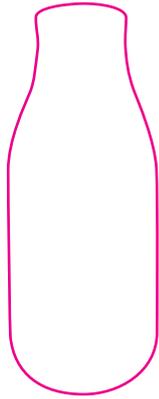
Neben dem stetig wachsenden Auslandsgeschäft konnten einzelne Segmente der Ernährungswirtschaft auch im Inland Zuwächse erzielen. Dazu gehörten erneut Bio-Produkte und Lebensmittel aus den Regionen der Verbraucher. Nach Schätzungen des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) stieg der Umsatz mit Bio-Lebensmitteln 2012 in Deutschland um rund 6 % auf mehr als 7 Mrd. €. Nach wie vor wächst der Markt für Bio-Produkte in Deutschland schneller als die heimische Produktion, sodass der Anteil der importierten Bio-Nahrungsmittel weiter gestiegen ist. Neue Trends, wie bspw. „Regional & Saisonal“, finden immer mehr Anhänger. Verbraucher bevorzugen dabei beim Einkauf von Lebensmitteln wohnortnahe Erzeuger und berücksichtigen das saisonale Angebot z. B. von Obst und Gemüse.

Sich wandelnde Konsumgewohnheiten zeigten sich auch im Außer-Haus-Verzehr. Catering-Unternehmen erzielten 2012 ein Umsatzplus von 3,1 % und waren damit ursächlich für die um 1,6 % höheren Erlöse der gesamten Gastronomie. Das Catering ist bereits seit mehreren Jahren durch überdurchschnittliche Wachstumsraten geprägt. Der Anstieg war allerdings auch hier zum Teil eine Folge höherer Preise.

## **Ausblick: Stabiles Konsumklima und langfristig gute Exportchancen**

Im laufenden Jahr dürften sich die Perspektiven der deutschen Ernährungswirtschaft weiter aufhellen. Die gute Arbeitsmarktlage und die erwartete niedrige Inflationsrate könnten das Konsumklima im Inland positiv beeinflussen. Die allmähliche weltweite konjunkturelle Erholung dürfte gleichzeitig die Exporttätigkeit begünstigen. Dämpfend könnten sich dagegen der steigende Eurokurs und die immer noch rezessiven Tendenzen in einigen europäischen Ländern auswirken.

Mittel- und langfristig besitzt der Export von Lebensmitteln weiteres Wachstumspotenzial. Weltweit steigende Bevölkerungszahlen und höhere Einkommen dürften die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln aus Deutschland insbesondere außerhalb der Europäischen Union beflügeln.



Die Märkte für Molkereiprodukte sind infolge der Deregulierung starken Schwankungen unterworfen.





1.39

1.69

1.49

1.39

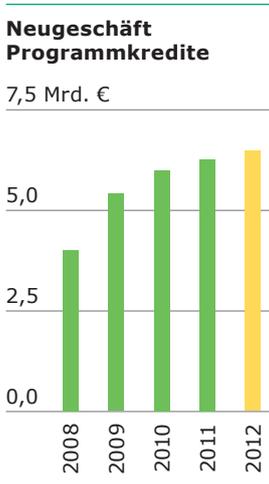
0.75

arme Milch

# Informationen zum Geschäftsjahr 2012

## Fördertätigkeit für die Agrarwirtschaft

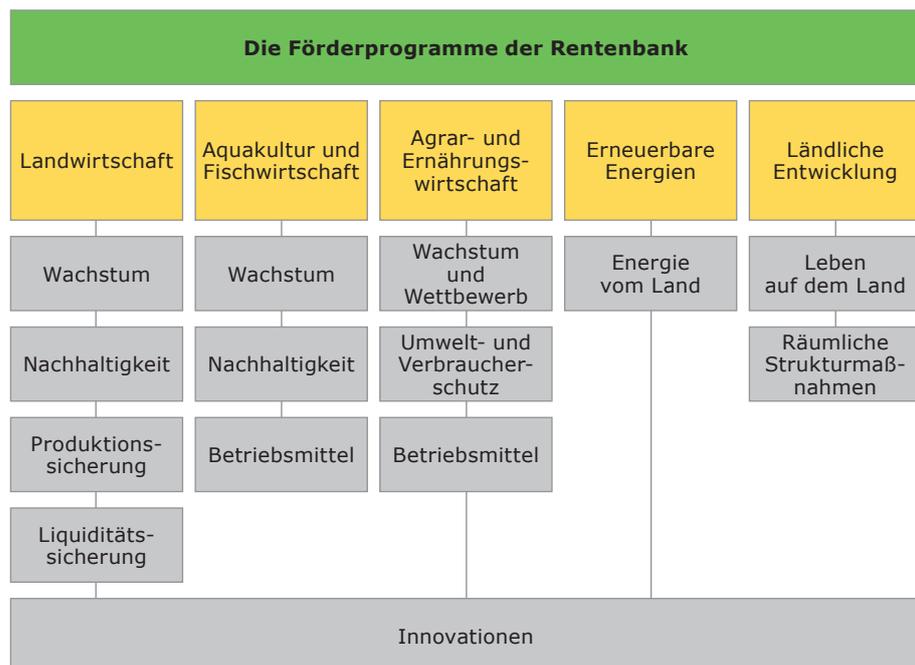
### Programmkredite: Förderung erreicht erneut Rekordniveau



Die Programmkredite für die Agrarwirtschaft und den ländlichen Raum stehen im Zentrum unserer Förderstrategie. Das Neugeschäft in Höhe von 6,5 Mrd. € lag 2012 3,4 % über dem Rekordniveau des Vorjahres (6,3 Mrd. €). Das Wachstum wurde vor allem von der höheren Kreditnachfrage der landwirtschaftlichen Unternehmen in der Fördersäule „Landwirtschaft“ getragen. Insbesondere Milchviehbetriebe nutzten die weiterhin günstigen Finanzierungsmittel der Rentenbank und investierten deutlich mehr in die Modernisierung ihrer Betriebe als in den Jahren zuvor. Die Landwirte bereiten sich damit offenbar auf den näher rückenden Ausstieg der EU aus der Milchquotenregelung vor. Die Investitionsdynamik war abhängig von der Größe der Unternehmen und den regionalen Gegebenheiten sehr unterschiedlich.

In den Fördersäulen „Ländliche Entwicklung“ sowie „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ entwickelte sich die Darlehensnachfrage ebenfalls rege. Der Rückgang der Investitionstätigkeit in der Fördersäule „Erneuerbare Energien“, insbesondere im Bereich Biogas, konnte dadurch mehr als ausgeglichen werden.

Wir haben im abgelaufenen Geschäftsjahr die Finanzierung des Breitbandausbaus im ländlichen Raum in unser Förderspektrum neu aufgenommen. Die Versorgung mit zukunftsfähigen Telekommunikationsnetzen ist für den ländlichen Raum von zentraler Bedeutung, sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung als auch für die Lebensqualität vor Ort. Förderfähig sind hier Glasfaser- und Funklösungen, die für die verschiedenen Telekommunikationsanbieter offen stehen.



Außerdem erweiterten wir das Förderangebot in der Säule „Erneuerbare Energien“ um die Finanzierung von „Bürger- und Bauernwindparks“. Ziel ist es, den Ausbau der Windenergie vor Ort durch lokale Beteiligung von Bauern und Bürgern zu stärken. Auf diese Weise steigt die Wertschöpfung in der Region. Gleichzeitig wird die Akzeptanz in der Bevölkerung verbessert, da auch sie von den Erlösen der Windkraftanlagen profitieren kann.

### Programmkredite: Starker Anstieg der Stückzahlen

Die Anzahl der zugesagten Einzelkredite ist 2012 prozentual stärker gewachsen als das Finanzierungsvolumen. Wir sagten 26324 Einzelkredite zu. Das ist ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 25,7 %. Insbesondere in der Fördersäule „Landwirtschaft“ erhöhte sich die Anzahl der eher kleinvolumigen Maschinenfinanzierungen um 105 %. Dem gegenüber steht ein Rückgang bei großvolumigen Krediten in der Fördersäule „Erneuerbare Energien“.

Neugeschäft Programmkredite in Mio. €	2012	2011
Landwirtschaft	2 438	1 652
<i>darunter zu Top-Konditionen</i>	1 035	714
Aquakultur und Fischwirtschaft	5	3
Agrar- und Ernährungswirtschaft	480	330
Erneuerbare Energien	1 410	2 456
Ländliche Entwicklung	2 130	1 808
Sonstige Programmkredite (inkl. Zweckvermögen)	7	7
<b>Insgesamt</b>	<b>6 469</b>	<b>6 256</b>

### Fördersäule „Landwirtschaft“: Kräftige Zuwächse bei allen Verwendungszwecken

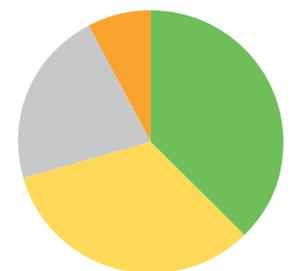
Unsere Finanzierungen wurden im vergangenen Jahr schwerpunktmäßig für klassische landwirtschaftliche Investitionen verwendet. Dazu zählten Gebäude, insbesondere Stallbauten, für die wir 1306,7 Mio. € (908,1 Mio. €) bereitstellten. Für Flächenkäufe vergaben wir 517,5 Mio. € (402,4 Mio. €) und für Maschineninvestitionen 451,1 Mio. € (217,0 Mio. €).

Besonders dynamisch entwickelte sich die Nachfrage nach Finanzierungen für Rind- und Milchviehställe. Hierfür wurden 515,1 Mio. € (306,8 Mio. €) bereitgestellt. Aufgrund positiver Perspektiven für die Milchbranche investierten viele Milcherzeuger, auch um sich auf den Quotenausstieg vorzubereiten. Besonders in Niedersachsen wurde überdurchschnittlich viel in neue Milchviehställe investiert. Die Zusagen für Schweineställe mit 268,0 Mio. € (198,8 Mio. €) und Geflügelställe mit 138,5 Mio. € (137,5 Mio. €) lagen ebenfalls über dem Vorjahr.

Der Anstieg bei Finanzierungen für Flächenkäufe spiegelte im Wesentlichen höhere Bodenpreise wider. Diese Entwicklung blieb nicht nur auf die neuen Bundesländer beschränkt, auch in den alten Bundesländern stieg die Nachfrage nach Krediten für den Kauf von Flächen an.

Insgesamt wurden 2012 in der Fördersäule „Landwirtschaft“ 2,4 Mrd. € (1,7 Mrd. €) zugesagt. Davon entfielen 1,0 Mrd. € (0,7 Mrd. €) auf Programm-

**Neugeschäft  
Programmkredite 2012**  
(insgesamt 6,5 Mrd. €)



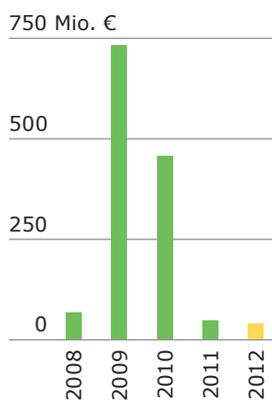
- Landwirtschaft 37,7%
- Ländliche Entwicklung 32,9%
- Erneuerbare Energien 21,8%
- Übrige 7,6%

kredite zu Top-Konditionen für Junglandwirte sowie besonders förderwürdige Vorhaben im Bereich des Tier- und Umweltschutzes. Die Investitionen zeigen, dass die Landwirte zuversichtlich in die Zukunft blicken und in die Modernisierung ihrer Betriebe investieren.

In der Fördersäule „Landwirtschaft“ wurden insgesamt 16304 Darlehen vergeben und damit 58 % mehr als im Vorjahr.

### **Wirtschaftliche Erholung 2012: Rückläufige Nachfrage nach Liquiditätshilfen**

#### **Neugeschäft Liquiditätshilfen**



Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im Jahr 2012 für die meisten landwirtschaftlichen Unternehmen positiv entwickelt. Insbesondere die Erzeugerpreise für wichtige Ackerbauprodukte befanden sich auf einem hohen Niveau. Die Preise für Milch notierten in der ersten Jahreshälfte schwächer, erholten sich jedoch bis zum Jahresende. Die wirtschaftliche Situation in der Schweinehaltung hat sich trotz der gestiegenen Futterpreise, insbesondere für Ferkelerzeuger, verbessert. Daher waren unsere Liquiditätshilfedarlehen weniger gefragt. Insgesamt sagten wir 38,0 Mio. € für Hilfsmaßnahmen zu (44,5 Mio. €).

Trotz guter Preise im Ackerbau gewährten wir hier mit 30,1 Mio. € den größten Teil der Liquiditätshilfen. Insbesondere Unwetter und Frost verursachten größere Schäden, die Hilfsmaßnahmen notwendig machten. In einigen Regionen musste ein großer Teil des Wintergetreides aufgrund von Auswinterungsschäden umgebrochen und die Flächen neu bestellt werden. Im Auftrag einiger Bundesländer gewährten wir zusätzlich bezuschusste Liquiditätshilfen für Frostschäden. Im „Bayerischen Frostschadensprogramm“ wurden Kredite in Höhe von 8,9 Mio. € vergeben. Im Liquiditätshilfeprogramm des Landes Rheinland-Pfalz gewährten wir 1,2 Mio. €, vorwiegend für den Weinbau.

### **Aquakultur und Fischwirtschaft: Nische mit Potenzial**

Seit 2010 fördern wir auch die Aquakultur und Fischwirtschaft. Hier finanzieren wir insbesondere Maßnahmen, die zum Umwelt- und Verbraucherschutz beitragen. Die Bandbreite reicht dabei von energetischen und emissionsmindernden Maßnahmen bis hin zur ökologischen Aquakultur und der Direktvermarktung. Im Berichtsjahr sagten wir in der Säule „Aquakultur und Fischwirtschaft“ Förderkredite in Höhe von 5,2 Mio. € zu. Für Aquakulturen gibt es weltweit ein hohes Wachstumspotenzial, da die Nachfrage nach Fisch steigt, während gleichzeitig die natürlichen Fischbestände zurückgehen. In Deutschland ist die Investitionstätigkeit allerdings noch gering.

### **Fördersparte „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ ausgebaut**

Über unser Förderangebot für den Kernbereich Landwirtschaft hinaus fördern wir die komplette Wertschöpfungskette landwirtschaftlicher Produkte. Hierzu gehören zum Beispiel die Lohnunternehmen als Dienstleister der Landwirtschaft oder der Landhandel. Im Berichtsjahr sagten wir insgesamt 480,2 Mio. € (329,8 Mio. €) für vor- und nachgelagerte Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft zu. Der Schwerpunkt lag dabei auf Finanzierungen für Maschinen (292,6 Mio. €) und Gebäude (135,4 Mio. €).

## Erneuerbare Energien: Fotovoltaik leicht gestiegen, Biogas eingebrochen

Die Energiewende findet auf dem Land statt. Entsprechend stark investieren Landwirte in erneuerbare Energien. Die Investitionstätigkeit wird jedoch stark von politischen Rahmenbedingungen beeinflusst. Folglich spiegeln sich die Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) des letzten Jahres in unserem Fördergeschäft wider. Insgesamt sagten wir 1,4 Mrd. € (2,5 Mrd. €) im Programm „Energie vom Land“ zu und damit 43 % weniger als im Vorjahr. Die Finanzierung von Biogasanlagen ist um 62 % auf 554,0 Mio. € (1472,6 Mio. €) eingebrochen. Ein Großteil der finanzierten Investitionen diente der Modernisierung bestehender Anlagen. Darunter fallen Erneuerungen von Blockheizkraftwerken, Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und zunehmend die Speicherung und Laststeuerung. Der Bau neuer Anlagen kam dagegen weitgehend zum Erliegen. Nach den Auswertungen des Konjunkturbarometers Agrar werden aktuell zwar wieder mehr, aber dafür eher kleinere Investitionen im Zusammenhang mit Biogasanlagen geplant.

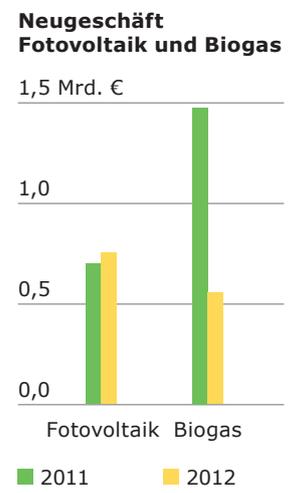
Das Neugeschäft bei Fotovoltaikfinanzierungen lag mit 750,0 Mio. € im Berichtszeitraum höher als im Vorjahr (696,2 Mio. €). Hiervon entfielen allerdings 84 % auf das erste Halbjahr und wurden daher vor der letzten EEG-Novelle durchgeführt. Waren Landwirte lange Jahre aufgrund ihrer großen Dachflächen die Vorreiter beim Ausbau der Fotovoltaik, so wird dieser zukünftig stärker von Verbrauchern getrieben. Nicht nur die Einspeisevergütung, sondern auch der Eigenverbrauch, eventuell in Kombination mit Speichertechnologien, können diese Anlagen rentabel machen.

Neben Biogas und Fotovoltaik finanzieren wir im Programm „Energie vom Land“ den Bau von Windkraftanlagen. Da wir im Bereich Windenergie vorwiegend unsere landwirtschaftliche Kernzielgruppe finanzieren, sank unser Neugeschäft entgegen der Gesamtmarktentwicklung von 271,7 Mio. € auf 83,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Der allgemeine Markttrend geht derzeit eher zur gewerblichen Errichtung von größeren Anlagen. Zukünftig ergeben sich gerade für den ländlichen Raum durch den Ausbau von Windkraftanlagen Chancen, vor allem, wenn die Projekte im Rahmen von sogenannten „Bürger- und Bauernwindparks“ durchgeführt werden.

Unsere Förderung von erneuerbaren Energien erstreckt sich auch auf die Finanzierung von nachwachsenden Rohstoffen für energetische Zwecke wie z. B. Holzhackschnitzelheizungen. Hier stieg das Förderneugeschäft auf 18,9 Mio. € (14,9 Mio. €).

## Nachhaltige Vorhaben mit 1,7 Mrd. € gefördert

Zentraler Bestandteil unserer Förderpolitik ist es, umwelt- und tiergerechte Wirtschaftsweisen der deutschen Agrarwirtschaft mit besonders günstigen Zinssätzen zu unterstützen. Wir förderten 2012 in unseren Programmen „Nachhaltigkeit“ sowie „Umwelt- und Verbraucherschutz“ Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz, zur Minderung von Emissionen sowie zur Förderung des Verbraucherschutzes und des ökologischen Landbaus. Insbesondere die Förderung im Bereich der Tierhaltung konnte von 112,6 Mio. € auf 176,6 Mio. € ausgebaut werden. In diesem Bereich besteht besonderer Handlungsbedarf, um gesellschaftliche Anforderungen und



wirtschaftliche Notwendigkeiten in Einklang zu bringen. Wir haben dazu effektive Kriterien für besonders tiergerechte Haltungsverfahren ausgearbeitet und setzen gezielt Investitionsanreize durch Zinsvergünstigungen.

Einschließlich der Förderung von erneuerbaren Energien unterstützten wir 2012 umwelt- und tiergerechte Investitionen mit insgesamt 1,7 Mrd. € (2,7 Mrd. €). Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr geht auf das geringere Neugeschäft bei Biogasanlagen zurück.

### Förderschwerpunkt „Ländliche Entwicklung“ mit deutlichem Zuwachs

Die ländliche Entwicklung fördern wir überwiegend über Globalrefinanzierungsvereinbarungen mit Förderbanken der Bundesländer. Diese Zusammenarbeit mit den Landesförderinstituten wurde weiter ausgebaut. Auf Basis entsprechender Rahmenverträge sagten wir im Berichtsjahr insgesamt 1,9 Mrd. € (1,7 Mrd. €) zu, hauptsächlich für kommunale Infrastrukturmaßnahmen. Auch Privatunternehmen können in der Fördersäule „Ländliche Entwicklung“ einen Kreditantrag zu besonders günstigen Konditionen speziell für den Breitbandausbau im ländlichen Raum stellen. Im Jahr 2012 unterstützten wir den Aufbau der Breitbandinfrastruktur mit insgesamt 60,7 Mio. €.

Unser Förderprogramm „Räumliche Strukturmaßnahmen“ dient ebenfalls der Finanzierung kommunaler Infrastrukturprojekte in ländlich geprägten Regionen. Es wendet sich an Gemeinden und Zweckverbände im ländlichen Raum und ergänzt so die direkte Förderung der Agrarwirtschaft. Das Neugeschäft nahm 2012 von 146,6 Mio. € auf 210,2 Mio. € zu.

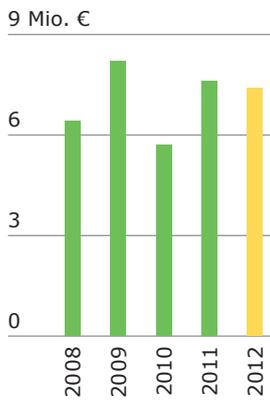
Das Förderprogramm „Leben auf dem Land“ richtet sich auch an Privatpersonen, die z. B. in ehemals landwirtschaftlich genutzte Gebäude investieren wollen. Hier stieg das Zusagevolumen auf 19,8 Mio. € (7,8 Mio. €).

### Zukunftssicherung durch Innovationsförderung

Wir engagieren uns in besonderem Maße für die Förderung von Innovationen in der Agrarwirtschaft. Hierfür werden aus dem Zweckvermögen des Bundes Kredite zu sehr günstigen Konditionen bereitgestellt. Im Berichtsjahr lagen die Zinssätze bei 1,5 % (nominal) p. a. Die Laufzeit und Sollzinsbindung der Darlehen beträgt maximal 20 Jahre. Nach Genehmigung durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bewilligten wir im vergangenen Jahr 18 (26) Darlehen über insgesamt 7,4 Mio. € (7,6 Mio. €). Wir förderten im Jahr 2012 Modellvorhaben, die einen Beitrag zur Verbesserung der Tierhaltung und zur Steigerung der Verbraucherakzeptanz moderner Tierhaltung leisten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Förderung lag in neuen Möglichkeiten zur Einbindung erneuerbarer Energieträger in die Landwirtschaft. Ein Beispiel sind ins Gewächshaus integrierte Fotovoltaik-Module. Wir förderten außerdem neuartige Gerätekombinationen im Ackerbau und Automatisierung in der Tierhaltung. Diese Vorhaben tragen zur verbesserten Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe bei und leisten einen Beitrag zur Senkung von Emissionen. Zusätzlich förderten wir einen besonderen Ansatz bei der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte.

**Innovationsförderung aus dem Zweckvermögen (Darlehen)**



Darüber hinaus erhielten ausgewählte Forschungsprojekte Zuschüsse in Höhe von insgesamt 0,9 Mio. € (2,3 Mio. €) aus Mitteln des Zweckvermögens.

Die gesetzliche Grundlage des Zweckvermögens des Bundes, das die Landwirtschaftliche Rentenbank treuhänderisch für den Bund verwaltet, bildete das Entschuldungsabwicklungsgesetz von 1952. Die Rentenbank führt dem Zweckvermögen jährlich die Hälfte des Bilanzgewinns des Vorjahres zu. Im Jahr 2012 waren das 6,1 Mio. € (5,9 Mio. €).

### Leasinggeschäft bei Maschinen nimmt zu

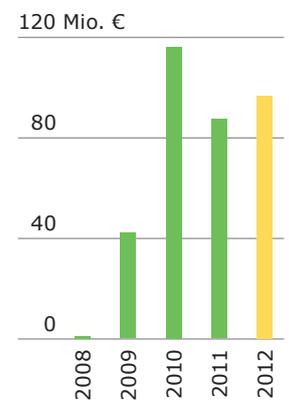
Unsere Leasingangebote werden sowohl zur Finanzierung von erneuerbaren Energien, insbesondere von Fotovoltaikanlagen, als auch für Maschinenfinanzierung eingesetzt. Unser Neugeschäft betrug 2012 insgesamt 96,5 Mio. € (87,2 Mio. €). Das Leasingvolumen für erneuerbare Energien war mit 52,4 Mio. € (60,2 Mio. €) leicht rückläufig. Dagegen nahm die Leasingrefinanzierung für Maschinen deutlich auf 44,1 Mio. € (27,0 Mio. €) zu. Maschinenleasing ist für viele Landwirte und Lohnunternehmer eine attraktive Alternative zur Kreditfinanzierung.

### Regionale Verteilung der Programmkredite

Entsprechend der unterschiedlichen Bedeutung der Agrarwirtschaft zeigt die regionale Verteilung des Neugeschäfts unserer Programmkredite traditionell Schwerpunkte in den Bundesländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern.

Unser Neugeschäft spiegelt auch die hohe Bedeutung der Veredelungswirtschaft bzw. der Milchviehhaltung in diesen Bundesländern wider. Insbesondere die Entwicklung in Niedersachsen ist bemerkenswert. Hier gibt es Regionen mit einer sehr wettbewerbsfähigen landwirtschaftlichen Produktion,

### Neugeschäft Leasing



### Programmkredite ohne „Ländliche Entwicklung“ nach Bundesländern 2012

	Anteil in %	Betrag in Mio. €	zum Vj. in %
Niedersachsen	27,7	1 200,9	-23,0
Nordrhein-Westfalen	14,8	642,8	33,6
Bayern	14,6	633,1	30,6
Schleswig-Holstein	9,4	408,2	-32,1
Mecklenburg-Vorpommern	6,1	263,6	-4,5
Baden-Württemberg	6,1	262,7	16,8
Sachsen-Anhalt	5,9	253,9	12,0
Brandenburg	4,1	177,6	-19,0
Sachsen	3,2	140,4	44,6
Rheinland-Pfalz	2,9	124,1	39,1
Thüringen	2,7	116,9	40,3
Hessen	2,2	95,0	22,7
Saarland	0,2	6,8	152,4
Bremen	0,1	5,2	-30,8
Hamburg	0,1	5,0	-67,6
Berlin	0,1	3,6	154,7
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>4 339,5</b>	<b>-2,4</b>

die aufgrund der hohen Konzentration und guten Verflechtung mit der vor- und nachgelagerten Industrie hervorragend positioniert sind.

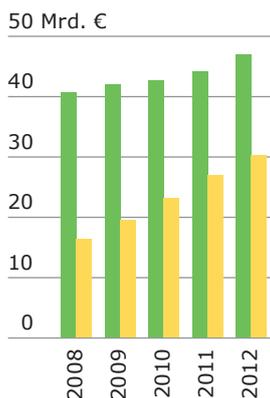
Der Rückgang der Finanzierungen von Biogasanlagen machte sich hauptsächlich in den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen bemerkbar, da dort im Vorjahr besonders viele Biogasanlagen gebaut wurden. Berücksichtigt man allerdings nur die Landwirtschaft, gab es in beiden Bundesländern erhebliche Steigerungen von über 30 %. In den Ländern mit traditionell hohem Anteil an Fotovoltaik wie z. B. in Bayern wurde daher kein rückläufiges Fördergeschäft ausgewiesen.

### Allgemeine Förderkredite über Vorjahr

Neben unseren Programmkrediten für spezielle Verwendungszwecke fördern wir die Agrarwirtschaft auch durch allgemeine Förderkredite. In dieser Sparte sagten wir im Berichtsjahr 2,0 Mrd. € (1,8 Mrd. €) zu. Das Neugeschäft mit verbrieften Finanzierungen sank im Berichtsjahr auf 1,9 Mrd. € (3,8 Mrd. €). Insgesamt erreichten die Abschlüsse im Fördergeschäft 2012 10,4 Mrd. € (11,9 Mrd. €).

Neugeschäft Förderkredite in Mio. €	2012	2011
Programmkredite	6 469	6 256
Allgemeine Förderkredite	2 020	1 817
Verbrieftete Finanzierungen	1 863	3 845
<b>Insgesamt</b>	<b>10 352</b>	<b>11 918</b>

**Bestand mittel- und langfristiger Förderkredite (HGB)**



■ Mittel- und langfristige Förderkredite  
 ■ darunter Programmkredite

### Bilanz (HGB): Fördervolumen gestiegen

Die lebhaftere Nachfrage nach Programmkrediten hatte ein kräftiges Wachstum des Kreditbestands dieser Fördersparte zur Folge. Am 31.12.2012 valutierten die Programmkredite mit 30,2 Mrd. € (26,8 Mrd. €) und übertrafen damit den Vorjahreswert um 12,7 %. Ihr Anteil am Fördervolumen stieg auf 45 % (40 %). In der Bilanz wuchs der Bestand an Förderkrediten insgesamt um 6,3 % auf 46,9 Mrd. € (44,1 Mrd. €). Die verbrieften Finanzierungen, die in der Bilanz in der Position „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen werden, sanken auf 20,2 Mrd. € (22,6 Mrd. €). Das gesamte Fördervolumen erreichte 2012 67,1 Mrd. € (66,7 Mrd. €) und lag damit um 0,6 % über dem Vorjahr.

### Förderungsfonds und Rehwinkel-Stiftung

#### Der Förderungsfonds: Forschung und Weiterbildung im Fokus

Der Bilanzgewinn der Landwirtschaftlichen Rentenbank wird für die Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums verwendet und je zur Hälfte dem Zweckvermögen und dem Förderungsfonds zugeführt.

Dem Förderungsfonds standen im Berichtsjahr 6,4 Mio. € zur Verfügung. Mit diesen Mitteln wurden sowohl Einzelprojekte finanziell unterstützt als auch Institutionen, die für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume

tätig sind. Neben agrarbezogenen Forschungsvorhaben gehören dazu praxisorientierte Modellprojekte, Fortbildungsmaßnahmen und Veranstaltungen. Seit vielen Jahren werden auch die Landjugendarbeit, die Landseniorenarbeit und der LandFrauenverband mit Mitteln aus dem Förderungsfonds unterstützt.

Die Förderung agrarbezogener Forschung bildete auch 2012 einen Schwerpunkt des Förderungsfonds. Fördermittel erhielten z. B. neben dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und anderen Einrichtungen zur Wissenschaftsförderung auch das Institut für ländliche Strukturfor- schung der Universität Frankfurt am Main, das Institut für Strukturfor- schung und Planung in landwirtschaftlichen Intensivgebieten (ISPA) der Hochschule Vechta, das Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung und das Institut für Landwirtschaftsrecht der Universität Göttingen, die Fach- hochschule Südwestfalen und das Geographische Institut der Universität Bonn. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Zuschüsse für die Weiterbil- dung des landwirtschaftlichen Berufsstands. In nennenswertem Umfang erhielt z. B. die Andreas Hermes Akademie für den Unterrichts- und Lehr- betrieb Mittel aus dem Förderungsfonds. Ebenso wurden Seminare und Fortbildungsveranstaltungen der Bildungsstätte des deutschen Gartenbaus, der Bundeslehranstalt Burg Warberg und des Vereins zur Förderung der Land- und Forstarbeiter (VLF) unterstützt. Wir förderten ferner das DLG Trainee-Programm für den Management-Nachwuchs in der Agrarwirtschaft. Projekte der Ernährungsbildung für Kinder und Jugendliche wurden ebenfalls unterstützt, z. B. das Schulgartenprojekt „Kids an die Knolle“.

Auch im abgelaufenen Jahr förderten wir zahlreiche Projekte und Maßnah- men der Öffentlichkeitsarbeit und Image-Werbung verschiedener landwirt- schaftlicher Institutionen. Dazu zählte u. a. der ErlebnisBauernhof auf der „Grünen Woche“ in Berlin sowie die Kampagne „Das ist unsere Landwirt- schaft“, die Verbrauchern auf zahlreichen Veranstaltungen ein Bild der modernen Landwirtschaft vermittelt. Aus dem Förderungsfonds wurden ferner Fördermittel für die Ausrichtung der „Geschmackstage 2012“ bereit- gestellt. Die Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) und der Verband der Landwirtschaftskammern erhielten finanzielle Mittel zur Fortsetzung des gemeinsamen Projekts „bio-offensive“, das den Landwirten die Umstellung auf den Ökolandbau erleichtern soll. Weiterhin wird die vierteljährliche Erhebung des Geschäftsklimas in der Landwirtschaft im Rahmen des „Konjunktur- und Investitionsbarometers Agrar“ zum großen Teil aus Mitteln des Förderungsfonds finanziert.

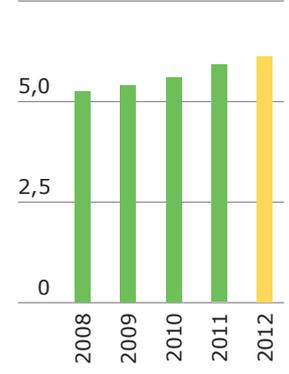
### Edmund Rehwinkel-Stiftung: Förderung von Wissenschaft und Forschung

Im Sinne ihres Namensgebers verfolgt die Edmund Rehwinkel-Stiftung das Ziel, agrarwissenschaftliche Forschungstätigkeit und Forschungsprojekte mit hohem praktischen Nutzen für die Landwirtschaft zu fördern. Die Stiftung wurde 1974 von der Rentenbank zu Ehren des langjährigen Vor- sitzenden ihres Verwaltungsrats gegründet. Seit Dezember 2007 ist die Edmund Rehwinkel-Stiftung eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Stiftungsarbeit stockte die Rentenbank das Stiftungskapital im Jahr 2012 um 2 Mio. € auf nunmehr 12 Mio. € auf.

Zur Erreichung ihres Stiftungsziels schreibt die Edmund Rehwinkel-Stiftung unter anderem jährlich Forschungsprojekte zu aktuellen Themen aus. Sie regt damit den wissenschaftlichen Diskurs zu gesellschaftlich relevanten

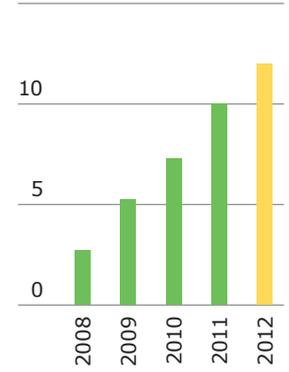
### Mittelzufluss an den Förderungsfonds

7,5 Mio. €



### Rehwinkel-Stiftung: Stiftungskapital zum 31. 12.

15 Mio. €



Fragestellungen an. Einmal im Jahr werden die Ergebnisse im Rahmen eines Symposiums vorgestellt. Das Symposium der 2011 geförderten Studien zum Thema „Veredlungsstandort Deutschland – Herausforderung von Gesellschaft, Politik und Märkten“, fand im Mai 2012 in Berlin statt. Die fünf Studien analysieren mit unterschiedlichem Fokus das Spannungsfeld aus gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, in dem sich die deutsche Veredlungsbranche bewegt. Die Ergebnisse sind im Band 28 der Rentenbank-Schriftenreihe veröffentlicht.

2012 förderte die Stiftung wissenschaftliche Arbeiten zum Thema „Sicherung der Welternährung bei knappen Ressourcen“. Die Ergebnisse werden im Mai 2013 auf dem gleichnamigen Symposium in Berlin vorgestellt. 2013 werden Studien zum Thema „Die Zukunft der Bioenergie“ gefördert.

Seit einigen Jahren widmet sich die Edmund Rehwinkel-Stiftung auch dem Thema Risikomanagement in der Landwirtschaft. Ein wichtiges Ergebnis dieses Engagements ist der Praxisleitfaden „Risikomanagement für Landwirte“. Im Jahr 2012 wurde der hierauf aufbauende „Risikomanager“ im Internetauftritt der Rentenbank online geschaltet. Damit können die Nutzer die Risikosituation ihres Betriebs und ihr bisheriges Risikomanagement besser beurteilen und Maßnahmen zur Absicherung einleiten. Im Sinne eines kontinuierlichen Risikomanagements können die Nutzer die Ergebnisse auf ihren eigenen Geräten speichern, jederzeit wieder aufrufen und bearbeiten. Dadurch bleiben die Daten vor unbefugten Zugriffen geschützt.

Ergänzt wird die Arbeit rund um das landwirtschaftliche Risikomanagement durch den jüngst veröffentlichten Praxisleitfaden „Risikomanagement in Pferdebetrieben“. Der Leitfaden entstand in Zusammenarbeit der Stiftung mit der Universität Göttingen, der R+V Versicherung AG und der Deutschen Reiterlichen Vereinigung.

Ein weiterer wesentlicher Baustein der Stiftungsarbeit ist die Förderung zukünftiger Fach- und Führungskräfte. Die Stiftung vergibt dazu jährlich Stipendien an herausragende Studierende der Agrar- und Ernährungswissenschaften. Das Stipendium wird für zwei Jahre gewährt und umfasst neben einer monatlichen finanziellen Unterstützung auch die Möglichkeit zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen durch Seminare. Das Angebot richtet sich an Studierende, die ihren Masterabschluss an einer deutschen Hochschule anstreben. Auch im laufenden Jahr werden wieder Stipendien vergeben.

Als Ergänzung zum Rehwinkel-Stipendium engagierte sich die Stiftung 2012 erstmals auch beim „Deutschland-Stipendium“. An der Universität Göttingen werden für die Dauer von zunächst einem Jahr zwei Studierende mit dem Studienschwerpunkt Agrarrecht gefördert. Das „Deutschland-Stipendium“ ist eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Die Stipendien werden zur Hälfte vom Bund und zur anderen Hälfte von privaten Geldgebern finanziert.



Mit 6,1 Mrd. € Erlösen deutsche  
Milchunternehmen jeden vierten  
Euro im Export.





MILK POWDER

MILK POWDER

MILK POWDER

RENSCH & CO. BREMERHAVEN  
MILK POWDER - 1000  
OCEAN FRIGHT 703  
BREMERHAVEN 70000  
SHANGHAI 410

MILK POWDER

POWDER

MILK POWDER

OCEAN FRIGHT  
BREMERHAVEN  
SHANGHAI

MILK POWDER

## Refinanzierung der Rentenbank

### Starke Nachfrage sicherheits- und liquiditätsorientierter Anleger

In der Krise der Staatsfinanzen in den „peripheren“ Ländern der Eurozone zeichnete sich im Jahresverlauf eine gewisse Entspannung ab. Das Risikobewusstsein der Investoren blieb aber hoch. Aufgrund der Nachfrage sicherheitsorientierter Anleger hatten wir als Förderbank des finanzstärksten Staates der EU weiterhin einen exzellenten Marktzugang. Der gestiegene Bedarf von Banken an hochwertigen und liquiden Assets im Vorgriff auf die verschärfte Bankenregulierung („Basel III“) kam uns ebenfalls zugute. Trotz leicht gestiegener durchschnittlicher Laufzeit sanken unsere Refinanzierungskosten deshalb gegenüber dem Vorjahr. Auch im kurzen Laufzeitenbereich konnten wir uns über unser Euro Commercial Paper (ECP)-Programm zu sehr attraktiven Sätzen refinanzieren.

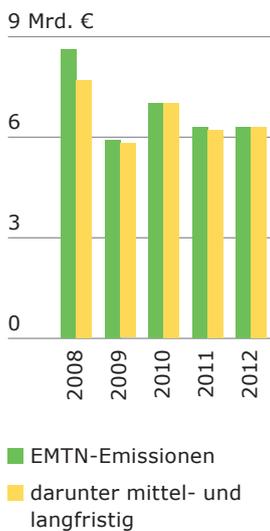
### Mittel- und langfristiges Emissionsvolumen unter Vorjahr

An den in- und ausländischen Kapitalmärkten nahmen wir 9,6 Mrd. € (12,0 Mrd. €) mit Laufzeiten von mehr als zwei Jahren auf. Dieses Volumen lag leicht unter dem Plan von 10 Mrd. €. Nach Refinanzierungsinstrumenten verteilte sich die Mittelaufnahme wie folgt:

#### Mittel- und langfristiges Emissionsvolumen (über 2 Jahre)

	Mrd. €		Anteil in %	
	2012	2011	2012	2011
EMTN	6,3	6,2	65,6	51,7
AUD-MTN	1,1	2,0	11,5	16,6
Globalanleihen	2,2	2,9	22,9	24,2
Internationale Kredite/Schuldscheine	0,0	0,3	0,0	2,5
Inländische Kapitalmarktinstrumente	0,0	0,6	0,0	5,0
<b>Summe</b>	<b>9,6</b>	<b>12,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

#### EMTN-Emissionen



### EMTN-Programm bleibt führend

Mit einem Programmvolumen von 60 Mrd. € ist unser Euro Medium Term Note (EMTN)-Programm das wichtigste Refinanzierungsinstrument. Die Programmauslastung betrug am Jahresende 38,2 Mrd. € (37,8 Mrd. €). Unter einer standardisierten Dokumentation können aus dem EMTN-Programm Emissionen in allen gängigen Währungen mit unterschiedlichen Beträgen und Laufzeiten begeben werden. Im Berichtsjahr nutzten wir das Programm für die Aufnahme von Refinanzierungsmitteln ausschließlich im mittel- und langfristigen Bereich. Das Emissionsvolumen mit Laufzeiten über zwei Jahren erreichte 6,3 Mrd. € (6,2 Mrd. €), einschließlich einer erfolgreich am Markt platzierten Benchmark-Emission über 1,0 Mrd. € mit achtjähriger Laufzeit. Über variabel verzinsliche Euro-Emissionen nahmen wir 2,2 Mrd. € auf. Transaktionen in US-Dollar trugen 0,7 Mrd. € zur Refinanzierung bei. Über das EMTN-Programm refinanzierten wir uns außerdem in sieben weiteren Währungen.

## Zwei US-Dollar-Globalanleihen

Seit 2001 nutzt die Rentenbank bei der amerikanischen Börsenaufsicht SEC registrierte sogenannte Globalanleihen als Refinanzierungsinstrument. Diese ermöglichen den Zugang zum US-Markt und unterstreichen unsere Positionierung als „Agency“ auf dem internationalen Kapitalmarkt. Auf Globalanleihen entfielen im Berichtsjahr 2,2 Mrd. € (2,9 Mrd. €) bzw. 22,9 % (24,2 %) des mittel- und langfristigen Kapitalaufkommens. Neben einer fünfjährigen Globalanleihe über 1,5 Mrd. USD konnten wir im Oktober eine Globalanleihe mit siebenjähriger Laufzeit über 1,25 Mrd. USD emittieren. Beide Anleihen waren massiv überzeichnet. Sie wurden zu fast zwei Drittel bei Zentralbanken und anderen offiziellen Stellen platziert.

## „Kangaroo“-Markt dritte Refinanzierungssäule

Im Berichtsjahr platzierten wir über unser AUD-MTN-Programm Anleihen in Höhe von 1,4 Mrd. Australischen Dollar (AUD) im Gegenwert von 1,1 Mrd. € (2,0 Mrd. €). Mit einem ausstehenden Volumen von 9,7 Mrd. AUD war die Rentenbank wie in den Vorjahren die drittgrößte ausländische Emittentin in diesem Marktsegment. Der „Kangaroo“-Markt bleibt damit eine wichtige Säule für unsere Refinanzierung.

## Kein Absatz inländischer Instrumente

Mit inländischen Kapitalmarktinstrumenten sprechen wir insbesondere inländische Versicherungen an. Diese haben einen langen Anlagehorizont. Refinanzierungsmittel mit Laufzeiten über 10 Jahre benötigen wir aber nur in geringem Umfang. Im Berichtsjahr haben wir deshalb keine Namenspapiere oder Schuldscheindarlehen platziert, verglichen mit 0,6 Mrd. € im Vorjahr.

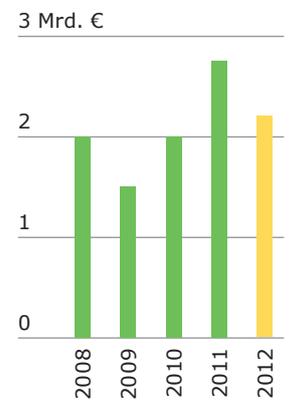
## Geringere Auslastung des ECP-Programms

Innerhalb der kurzfristigen Refinanzierung sind Emissionen aus dem 20 Mrd. € ECP-Programm nach wie vor von großer Bedeutung. Dabei handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen mit unterjährigen Laufzeiten, die in abgezinster, aufgezinster oder indexierter Form begeben werden und auf einer entsprechenden Rahmendokumentation basieren. Die Präferenz für Schuldner mit höchster Bonität ermöglichte auch im Berichtsjahr den Absatz unserer ECP-Emissionen wiederum zu besonders günstigen Konditionen. Im Jahresdurchschnitt war das Programm mit 4,7 Mrd. € (6,3 Mrd. €) ausgelastet. Am Jahresende betrug die Auslastung 5,3 Mrd. € (7,0 Mrd. €).

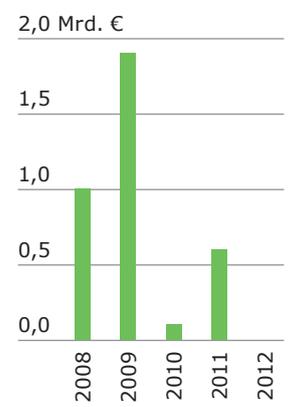
## Nullgewichtung für Rentenbank-Anleihen

Seit 1. Januar 2007 sind Forderungen gegen die Rentenbank gemäß § 28 der Solvabilitätsverordnung (SolvV) hinsichtlich der Risikogewichtung den Emissionen der Bundesrepublik Deutschland gleichgestellt. Im Kreditrisiko-Standardansatz müssen Kreditinstitute in Deutschland und anderen EU-Staaten diese nicht mit Eigenkapital unterlegen. Gerade in Zeiten der Finanzmarktkrise erweist sich daher die Nullgewichtung für unsere Emissionstätigkeit als besonders nützlich. Sie erschließt uns zusätzliche Absatzmöglichkeiten bei nationalen und internationalen Investoren.

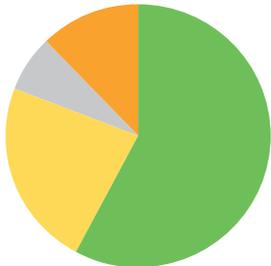
**Emission von Globalanleihen**



**Inländische Kapitalmarktinstrumente**

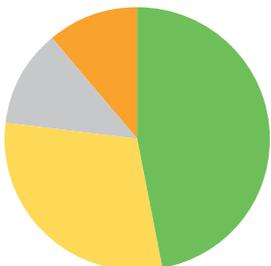


**Mittel- und langfristige Emissionen 2012 nach Regionen**



- Europa 58%
- Asien 23%
- Australien, Neuseeland 7%
- Sonstige 12%

**Mittel- und langfristige Emissionen 2012 nach Währungen**



- EUR 47%
- USD 30%
- AUD 12%
- Sonstige 11%

**Banken erneut wichtigste Investorengruppe**

Im Berichtsjahr erreichte der bei Banken platzierte Anteil am mittel- und langfristigen Emissionsvolumen 53 % (44 %). Diese Käufergruppe suchte nullgewichtete Papiere bester Bonität mit attraktiven Spreads, um damit Kapital- bzw. Risikokosten zu minimieren. Auch die geplante Verschärfung der Liquiditätsanforderungen im Rahmen von „Basel III“ wirkt sich tendenziell positiv auf die Nachfrage der Banken aus, da diese künftig einen Bestand an hochwertigen Aktiva als Liquiditätspuffer halten müssen. Der Anteil der Zentralbanken und anderen offiziellen Stellen ging hingegen leicht zurück. Mit 26 % (30 %) spielen sie aber weiterhin eine wichtige Rolle. Ebenso waren Versicherungen, Unternehmen und Pensionsfonds mit 7 % (10 %) sowie Asset-Manager mit 14 % (16 %) schwächer vertreten.

Die geografische Verteilung unserer Investoren wies ein besonders breites Spektrum auf. Dabei lag der Auslandsanteil mit 73 % (77 %) weiterhin auf hohem Niveau. Der Anteil europäischer Adressen konnte mit 58 % (51 %) ausgebaut werden. Die Nachfrage asiatischer Käufer lag mit 23 % nahezu auf dem Vorjahresniveau (24 %). Der Anteil amerikanischer Investoren ging hingegen deutlich von 14 % auf 6 % zurück. Weitere 7 % (8 %) unserer Emissionen setzten wir in Neuseeland und Australien sowie 5 % (3 %) im Mittleren Osten ab.

**Euro wie im Vorjahr wichtigste Emissionswährung**

Das mittel- und langfristige Emissionsvolumen verteilte sich im Berichtsjahr auf neun Währungen. Der Euro war die wichtigste Emissionswährung und lag mit einem Anteil von 47 % (38 %) deutlich vor dem US-Dollar mit 30 % (36 %). Den dritten Rang nahm mit 12 % (17 %) erneut der Australische Dollar ein. Die übrigen 11 % des mittel- und langfristigen Mittelaufkommens verteilten sich auf Anleihen in Norwegischen Kronen, Türkischen Lira, Schwedischen Kronen, Britischen Pfund, Neuseeländischen Dollar und Südafrikanischen Rand.

**Rentenbank-Emissionen als refinanzierungsfähige Sicherheiten**

Unsere auf Euro lautenden börsennotierten Emissionen erfüllen die Anforderungen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) an refinanzierungsfähige Kategorie-1-Sicherheiten. Unsere Anleihen sind in die Liquiditätskategorie II eingestuft. Nur die Anleihen von Zentralbanken und Zentralstaaten werden der höheren Kategorie I zugeordnet. Die Liquiditätskategorie II beinhaltet u. a. Anleihen supranationaler Institutionen und Emissionen von Instituten mit öffentlichem Förderauftrag. Ferner erkennen die Reserve Bank of Australia unsere „Kangaroo“-Bonds und die Reserve Bank of New Zealand unsere „Kauri“-Bonds als refinanzierungsfähige Sicherheiten an. Auch in privaten Repo-Märkten genießen unsere Emissionen eine bevorzugte Stellung. So akzeptiert z. B. die Eurex unsere Titel als Sicherheiten für den „GC Pooling ECB Basket“. Sie trägt damit der besonderen Sicherheit unserer Schuldverschreibungen Rechnung.

**Rentenbank in den wichtigsten Bond-Indizes**

Unsere großvolumigen Euro- und Dollar-Anleihen sind in den wichtigsten Rentenindizes enthalten, wie u. a. im „Markit iBoxx Euro Index“, im „Bar-

clays Euro Aggregate Bond Index“ bzw. „Barclays U.S. Aggregate Bond Index“ sowie im „BofA Merrill Lynch US Broad Market Index“. Indizes messen die Performance nationaler oder internationaler Marktsegmente. Die Aufnahme in einen Index verbessert deshalb die Absatzmöglichkeiten einer Anleihe, weil viele institutionelle Investoren an deren Wertentwicklung gemessen werden und folglich auch danach steuern.

### **Bestand mittel- und langfristiger Fremdmittel**

Die zur Refinanzierung insgesamt eingesetzten mittel- und langfristigen Fremdmittel beliefen sich am Bilanzstichtag auf 63,6 Mrd. € (62,7 Mrd. €). Der Umlauf von Schuldverschreibungen betrug 61,0 Mrd. € (60,2 Mrd. €). Das Volumen der platzierten Schuldscheine belief sich auf 1,3 Mrd. € (1,2 Mrd. €). Die sonstigen Kapitalmarktmittel betrugen unverändert 1,3 Mrd. € (1,3 Mrd. €).

### **Geldgeschäft**

Zur Refinanzierung des kurzfristigen Kreditgeschäfts, zur Liquiditätssteuerung und zur Sicherung des kurzfristigen Zinsänderungsrisikos setzen wir eine Vielzahl von Instrumenten ein. Die Mittelaufnahme erfolgt über das ECP- und das EMTN-Programm, über Tages- und Termingelder im Interbankenmarkt, Repogeschäfte mit der Eurex sowie über Refinanzierungsfazilitäten bei der EZB. Das Zinsänderungsrisiko steuern wir darüber hinaus mit Derivaten. Das Einlagengeschäft mit Nichtbanken betreiben wir in geringem Umfang und nur im Rahmen unserer öffentlichen Förderaufgaben.

### **Aktienhandel**

Mit Aktien handeln wir grundsätzlich nicht. Unsere Aktienbestände stehen daher nur im Zusammenhang mit Beteiligungsunternehmen.

## **Aktiv-Passiv-Steuerung**

### **Unverändert konservatives Liquiditätsrisiko-Management**

Verschärfte Liquiditätsanforderungen sind ein wesentliches Element der zukünftigen Bankenregulierung im Rahmen von „Basel III“. Die Rentenbank hat der Steuerung dieser Risiken schon immer eine hohe Bedeutung beigemessen. Entsprechend sind die Liquiditätsrisiken der Bank vom Vorstand limitiert. Liquiditätsrisiken in Fremdwährungen schließen wir durch Sicherungsgeschäfte aus. Unsere Risikomessung beschränkt sich deshalb auf Euro-Zahlungen. In der kurzfristigen Liquidität werden alle planmäßigen Euro-Ein- und -Auszahlungen der nächsten zwei Jahre auf Tagesbasis saldiert. Negative Salden müssen stets innerhalb unserer freien Refinanzierungsfazilitäten liegen. Dieser Spielraum wird durch weitere Vorgaben zusätzlich eingeschränkt. Hierdurch ist die Liquidität der Bank jederzeit sichergestellt, selbst wenn Marktstörungen die normalen Refinanzierungsmöglichkeiten einschränken sollten. Im Rahmen der strategischen Liquiditätssteuerung werden im kurzfristigen Liquiditätsstatus zusätzlich Risikoszenarien betrachtet.

Das mittel- und langfristige Liquiditätsrisiko wird auf Quartalsbasis ermittelt. Dies erfolgt durch eine Gegenüberstellung der planmäßigen Fälligkeiten aller Geschäfte für die jeweils folgenden 15 Jahre. Der offene Liquiditätssaldo darf ein vom Vorstand festgelegtes Limit nicht überschreiten.

Die 4. Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) setzen wir zurzeit um. Gleichzeitig stellen wir uns auf die sich abzeichnenden Änderungen im regulatorischen Umfeld im Rahmen von „Basel III“ ein.

### **Steuerung des Marktpreisrisikos**

Unser Festsatzaktivgeschäft sowie die auf Euro lautenden Emissionen werden vorwiegend durch Zinsswaps in variable Positionen getauscht. Die auf Fremdwährungen lautenden Zins- und Kapitalzahlungen aus Aktiv- oder Passivgeschäften tauschen wir zur Absicherung der Marktpreisrisiken ebenfalls nahezu ausschließlich über Zins-Währungsswaps (Cross-Currency-Swaps) oder Zins- und Währungsbasiswaps in Euribor-Positionen. Auch die mit der Emission von strukturierten Anleihen verbundenen Marktpreisrisiken – z. B. Währungs-, Aktien- und Optionsrisiken – sichern wir durch derivative Instrumente ab. Die kurzfristigen Zinsänderungsrisiken aus variablen Aktiv- und Passivgeschäften werden im Geldgeschäft gesteuert. Mit diesem Ansatz können wir Marktpreisrisiken getrennt von der Gesamtbankliquidität flexibel und marktorientiert steuern.

Die auf Festzinsbasis abgeschlossenen Programmkredite werden ebenfalls generell über Zinsswaps in variable Zinspositionen getauscht oder aber durch traditionelle Kapitalmarktinstrumente laufzeitkongruent refinanziert.

Die Überwachung der Risikoposition aus dem Geldgeschäft und dem Kreditgeschäft erfolgt auf der Basis eines täglichen Risikoreportings, mit dem u. a. das Marktrisiko mittels einer Verschiebung der Zinskurve ermittelt wird. Die Bewertung von Marktpreisrisiken erfolgt unter Beachtung der MaRisk.

### **Derivate sichern Marktpreisrisiken ab**

Zur Zins- und Währungssicherung wurden im Berichtsjahr Swaps in Höhe von 21,6 Mrd. € (27,4 Mrd. €) abgeschlossen. Davon entfielen 15,9 Mrd. € (18,6 Mrd. €) auf Zinsswaps sowie 5,7 Mrd. € (8,8 Mrd. €) auf Zins-Währungsswaps und Währungsbasiswaps. Außerdem setzten wir Währungsswaps (FX-Swaps) zur Sicherung der Fremdwährungspositionen aus unseren ECP-Emissionen und den kurzfristigen Fremdwährungskrediten ein.

Derivate nutzen wir ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken auf Basis von Mikro- oder Makro-Hedges. Bei Mikro-Hedges ist jeder Swap mit einem konkreten Bilanzgeschäft verknüpft. Hier setzen wir auch Swap-Optionen zur Absicherung von Marktpreisrisiken ein. Mit Makro-Swaps sichern wir hingegen Marktpreisrisiken aus unseren Programmkrediten auf Portfolioebene ab.

Das Adressenausfallrisiko der von uns eingesetzten Derivate begrenzen wir durch Besicherungsvereinbarungen mit unseren Swappartnern. Diese decken unser gesamtes Derivateportfolio ab.

## **Rentenbank bleibt Nichthandelsbuchinstitut**

Die Rentenbank führt kein Handelsbuch im Sinne des KWG. Wir haben uns deshalb bereits 1998 als Nichthandelsbuchinstitut gemäß § 2 Abs. 11 KWG eingestuft und dies der BaFin und der Deutschen Bundesbank angezeigt. Somit halten wir weder Finanzinstrumente mit dem Ziel eines kurzfristigen Wiederverkaufs, noch übernehmen wir diese in den Eigenbestand, um bestehende oder erwartete Unterschiede zwischen den Kauf- und Verkaufspreisen oder Marktpreisschwankungen kurzfristig zur Erzielung von Eigenhandelserfolgen zu nutzen. Im Rahmen unserer Buy-and-Hold Strategie ordnen wir sämtliche Geschäfte dem Anlagebuch zu.

## **Weitere Aktivitäten**

### **Informations- und Fortbildungsaktivitäten wieder sehr gefragt**

Seit einigen Jahren steigt das Interesse der Banken an der Finanzierung von Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Vor allem landwirtschaftliche Unternehmen werden als Kundengruppe geschätzt. Gleichzeitig weist die Finanzierung von landwirtschaftlichen Unternehmen einige Besonderheiten auf. Diese erfordern ein fundiertes Fachwissen bei den Banken. Deshalb engagieren wir uns seit Jahren in der Aus- und Fortbildung. Unsere Vortrags- und Seminarangebote sind ein fester Bestandteil unserer Förderfähigkeit. Die Angebote richten sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Banken und Sparkassen, Unternehmer der Agrarwirtschaft sowie Berater.

Schwerpunkte im Bereich unserer Fortbildungsaktivitäten 2012 waren Seminare zu Themen rund um die Finanzierung von Unternehmen in der Agrarwirtschaft. Hierzu gehören sowohl Informationen über Agrarmärkte und Entwicklungen in der Agrarpolitik als auch finanzwirtschaftliche Themen. In Zusammenarbeit mit Fortbildungseinrichtungen der Banken und Sparkassen haben wir beispielsweise die Seminare „Zertifizierter Agrarfinanzberater“ und mit dem VÖB „Zertifizierter Fördermittelberater“ durchgeführt. Im Berichtsjahr stießen vor allem unsere Vorträge zu den Themen „Risikomanagement landwirtschaftlicher Betriebe“, „Finanzierungen in der Landwirtschaft“ und „Auswirkungen der Finanzkrise auf die Agrarwirtschaft“ auf reges Interesse. Darüber hinaus initiierten wir Fachgespräche und Bankentagungen, die in erster Linie dem Austausch von Erfahrungen und Meinungen zu aktuellen Entwicklungen in der Landwirtschaft und der Agrarfinanzierung dienen. Zusammen mit dem Deutschen Bauernverband führten wir drei Fachgespräche zur Realisierung von Bürger- und Bauernwindparks durch und stellten das dafür aufgelegte Rentenbank-Förderprogramm vor. Auch die Agrarfinanztagung 2012 zum Thema „Landwirtschaft auf Wachstumskurs – Konsequenzen für das Agrarbanking“ fand großen Anklang. Unser Ziel ist es, das Interesse der Kreditinstitute an der Agrarkreditvergabe weiter zu stärken. Daher setzen wir unsere Informations- und Fortbildungsaktivitäten auch 2013 intensiv fort.

## **Erfolgreiche Messepräsenz der Rentenbank**

Im Jahr 2012 präsentierten wir unser Leistungsangebot erneut auf zahlreichen überregionalen Fachmessen. Die Rentenbank war auf der Biogas-Fachmesse in Bremen, auf der BioFach in Nürnberg, auf den DLG-Feldtagen in Bernburg-Strenzfeld und auf der EuroTier in Hannover vertreten. Die vielfältigen thematischen Schwerpunkte der Messen spiegeln das breite Förderpektrum der Rentenbank wider. Mit unserer Messepräsenz verfolgen wir die Ziele, die Bank und ihr Förderangebot weiter bekannt zu machen, im direkten Dialog mit unseren Kunden und Multiplikatoren wichtige Anregungen zu erhalten und Kontakte zu knüpfen und zu pflegen. Auch im vergangenen Jahr informierten wir zahlreiche investitionswillige Unternehmer aus der Agrarwirtschaft sowie Bankenvertreter und Berater gezielt über unsere Fördermöglichkeiten. Zum zweiten Mal veranstalteten wir einen Hochschultag auf den landwirtschaftlichen Messen „Agritechnica“ bzw. „EuroTier“ in Hannover. Hier konnten sich Studierende der agrarwissenschaftlichen Hochschulen über Karrierechancen im Agrarbanking informieren. Aufgrund der hohen Resonanz werden wir auch 2013 einen Hochschultag ausrichten.

## **Bildkonzept des Geschäftsberichts 2011 ausgezeichnet**

Große Anerkennung fand das Bildkonzept im Geschäftsbericht 2011: Die Rentenbank hat beim Wettbewerb „PR-Bild Award 2012“ mit einem Foto aus dem Geschäftsbericht 2011 eine hervorragende Platzierung erreicht. PR-Fachleute und Journalisten wählten die Fotocollage „Goldreserven“, die goldschimmernde Kartoffeln in einem Banktresor zeigt, in der Kategorie „Unternehmenskommunikation“ auf den dritten Platz. Zum Wettbewerb um die besten PR-Fotos aus Deutschland, Österreich und der Schweiz wurden mehr als 1500 Bilder eingereicht. Der Wettbewerb wurde von den Informationsdiensten news aktuell und APA OTS veranstaltet.

## **Kulturelles und soziales Engagement**

Als Anstalt des öffentlichen Rechts sehen wir uns auch über unseren Förderauftrag hinaus verpflichtet, uns engagiert und verantwortungsbewusst für das Gemeinwohl einzusetzen. Als in Frankfurt ansässiges Institut unterstützen wir als „Unternehmensbürger“ der Stadt vor allem lokale Kulturinstitutionen und einzelne Projekte. Regelmäßig werden u. a. die Oper Frankfurt, die Schirn Kunsthalle, das Städel Museum und die Staatliche Hochschule für Bildende Künste – Städelschule unterstützt. In der Städelschule fördern wir dabei junge Talente durch die Stiftung eines Gruppenpreises im Rahmen des jährlichen „Rundgangs“. Über diese regelmäßige Förderung hinaus waren wir im Berichtsjahr z. B. Sponsor der Operngala 2012 der Oper Frankfurt. Mit einem Sponsoring unterstützt haben wir auch die „Internationale Opernwerkstatt Laubach“. Begabte internationale Nachwuchssängerinnen und -sänger präsentierten in diesem Zusammenhang Mozarts „Die Entführung aus dem Serail“ vor der Kulisse des mittelalterlichen Klosters Arnburg in Lich. Unsere traditionelle Weihnachtsspende ging im Berichtsjahr an die in der Kinder- und Jugendarbeit tätige „Arche Frankfurt“, an die „Malteser Migranten Medizin Frankfurt“ und an die „Stiftung Hofgut Oberfeld“ in Darmstadt. Darüber hinaus haben wir u. a. im Rahmen des ErlebnisBauernhofs auf der Grünen Woche in Berlin der „Welthungerhilfe“ eine Spende zukommen lassen.

## Nachhaltigkeit

### **Nachhaltigkeit ist Bestandteil des Förderauftrags**

Als Anstalt des öffentlichen Rechts mit gesetzlichem Förderauftrag kommt der Landwirtschaftlichen Rentenbank im Bereich Nachhaltigkeit eine besondere Verantwortung zu. Dies gilt umso mehr, als der Begriff Nachhaltigkeit ursprünglich der Forstwirtschaft entstammt. Denn in der Land- und Forstwirtschaft ist durch das Denken in Generationen und durch die Besonderheiten des elementaren nicht reproduzierbaren Produktionsfaktors Boden nachhaltiges unternehmerisches Handeln tief verwurzelt. Die Tätigkeit der Agrarwirtschaft bietet zudem zahlreiche Ansatzpunkte für die Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen. So kann sie insbesondere auch zum globalen Klimaschutz beitragen.

Gesellschaftlich verantwortliches Handeln und der Schutz der Umwelt haben daher für die Rentenbank schon lange einen hohen Stellenwert. Das auf Förderung und Langfristigkeit aufgebaute Geschäftsmodell der Rentenbank ist dabei die Grundlage des Engagements für eine wirtschaftlich stabile und ökologische Gesellschaft. Mit dem Inkrafttreten des 5. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank am 1. August 2002 wurden zudem wesentliche Aspekte des nachhaltigen Handelns explizit in den Förderauftrag der Bank aufgenommen.

### **Besonders günstige Konditionen für nachhaltige Investitionen**

Seit vielen Jahren bietet die Bank zinsgünstige Förderkredite für nachhaltige Investitionen an. 2005 konzentrierte die Rentenbank die Förderung von Investitionen landwirtschaftlicher Betriebe in erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe sowie agrarbezogenen Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz in einem eigenen Programm. Diese Förderkredite bieten wir zu besonders günstigen Konditionen an.

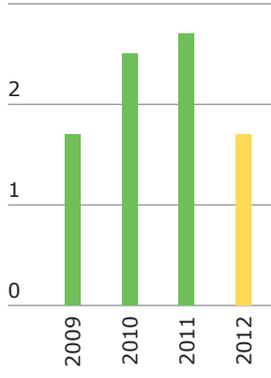
Mit der Neustrukturierung des Förderangebots im Jahr 2008 wurden entsprechende Förderprogramme auch für die Ernährungswirtschaft und die der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche eingeführt. Investitionen in Maßnahmen zur Emissionsminderung und Energieeinsparung, zum Tier- und Verbraucherschutz, ökologischen Landbau und zur regionalen Vermarktung stehen hier im Mittelpunkt. Auch diese Investitionen fördern wir mit besonders günstigen Konditionen. Das ebenfalls 2008 neu aufgelegte Programm „Energie vom Land“ richtet den Fokus darüber hinaus auf die Erzeugung erneuerbarer Energien. Hier hat die Landwirtschaft eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der klimapolitischen Ziele des Bundes und der EU übernommen. Die Rentenbank unterstützt die Branche auf diesem Weg.

Seit März 2012 fördern wir im Rahmen unserer Programmkredite auch Investitionen in sogenannte Bürger- und Bauernwindparks. Wir finanzieren Windenergieunternehmen, die mehrheitlich Bürgern, Unternehmern und Grundstücksbesitzern am Standort des Windparks gehören und sorgen so dafür, dass ein Großteil der Erlöse direkt im ländlichen Raum verbleibt. Zudem erhöht sich hierdurch – und das wird immer entscheidender – auch die Akzeptanz für diese Anlagen.

Im Programm „Räumliche Strukturmaßnahmen“ und über die Landesförderinstitute finanzieren wir nun auch Investitionen in den Aufbau einer Breitbandversorgung, also beispielsweise Leerrohre, Glasfasernetze oder Funklösungen.

#### Neuzusagen für nachhaltig wirksame Projekte

3 Mrd. €



Bei der im Jahr 2010 neu eingeführten Fördersäule für die Aquakultur und Fischwirtschaft werden Investitionen, die dem Umwelt- und Ressourcenschutz zugute kommen, mit besonders günstigen Konditionen gefördert. Die nachhaltige Aufzucht von Fischen ist vor dem Hintergrund des Rückgangs natürlicher Fischbestände und einer gleichzeitig weltweit wachsenden Nachfrage eine vergleichsweise neue Herausforderung für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft.

In den letzten Jahren ist das Zusagevolumen unserer Programmkredite für Investitionen mit Fokus auf Nachhaltigkeitsaspekten stetig gewachsen. Im Geschäftsjahr 2012 war allerdings ein deutlicher Rückgang auf 1,7 Mrd. € (2,7 Mrd. €) zu verzeichnen. Das geringere Zusagevolumen spiegelt dabei insbesondere den starken Rückgang der Finanzierung von Biogasanlagen wider. Ursache hierfür waren Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Mit der Ausgestaltung unserer Programme verfolgen wir auch in Zukunft das Ziel, Investitionen der Agrarwirtschaft in nachhaltige Projekte besonders zu unterstützen.

#### Senkung des Ressourcenverbrauchs im internen Bankbetrieb

Als Dienstleistungsunternehmen tragen wir auch in unserem täglichen Bankbetrieb zur Schonung der Ressourcen bei und gehen sparsam mit Energie und Rohstoffen um. Wir prüfen außerdem, ob es weitere Potenziale gibt, und beziehen ökologische Aspekte in Entscheidungen und Verhaltensweisen mit ein. Im Rahmen des betrieblichen Umweltschutzes der Rentenbank steht seit 2010 die Sanierung der in den späten 50er und frühen 60er Jahren errichteten Mitarbeiterwohnungen im Vordergrund. Inzwischen ist die energetische Sanierung von sechs Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 31 Wohneinheiten abgeschlossen. Im Berichtsjahr wurden insbesondere kleinere Einzelmaßnahmen vorgenommen, die den Ressourcenverbrauch in den Mitarbeiterwohnungen weiter senken.

#### Nachhaltigkeit auch im Leitbild der Rentenbank verankert

Im Jahr 2012 haben wir ein Leitbild für die Rentenbank verabschiedet, in dem unsere Ziele und Werte festgehalten werden. Sowohl der Nachhaltigkeitsgedanke unserer Förderpolitik als auch Nachhaltigkeitsaspekte unseres internen Bankbetriebs sind darin maßgeblich verankert. Wir bekennen uns damit auch in unserem Leitbild zu unserer Verantwortung für die nachhaltige Verbesserung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Lebensbedingungen.

#### Neues Arbeitszeitmodell eingeführt

Mit dem neuen, im Dezember 2012 eingeführten Arbeitszeitmodell können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rentenbank ihre Arbeitszeit wesentlich flexibler gestalten. Unter Berücksichtigung der Anforderungen ihrer internen und externen Geschäftspartner legen die einzelnen Organisationseinheiten so genannte Funktionszeiten fest und definieren, wie lange und

mit wie vielen Mitarbeitern sie erreichbar sein müssen. Im Rahmen von Funktionszeit, Gesetz, Tarifvertrag und Arbeitsvertrag können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nun eigenverantwortlich den Beginn und das Ende ihres Arbeitstags bestimmen.

## Corporate Governance

### **Rentenbank bekennt sich zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes**

Wirkungsvolle Corporate Governance ist von zentraler Bedeutung für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Unternehmensführung. Transparentes und verantwortliches Handeln soll dabei nachvollziehbar gemacht werden. Die Rentenbank hat daher den von der Bundesregierung beschlossenen Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK, Stand 30. Juni 2009) mit Beschluss des Verwaltungsrates vom 16. Juli 2009 übernommen. Der PCGK richtet sich zwar in erster Linie an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des Privatrechts, jedoch wird dessen Anwendung Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, wie der Rentenbank als bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts empfohlen, soweit rechtliche Bestimmungen (z. B. das Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank „LR-Gesetz“) nicht entgegenstehen.

Vorstand und Verwaltungsrat der Rentenbank identifizieren sich mit diesen Grundsätzen und erkennen diese damit an. Die Einhaltung der im Kodex enthaltenen international und national anerkannten Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung liegt ausdrücklich im allgemeinen Bundesinteresse an der Tätigkeit der Rentenbank.

Eventuelle Abweichungen von den Grundsätzen des PCGK werden in der Entsprechenserklärung jährlich offengelegt und erläutert.

### **Leitung und Kontrolle der Bank durch Vorstand und Verwaltungsrat**

Vorstand und Verwaltungsrat arbeiten zum Wohle der Bank eng zusammen und beachten die Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung. Mit dem Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates hält der Vorstand regelmäßig Kontakt und berät wichtige Fragen der Unternehmensführung und -strategie mit ihnen. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats informiert aus wichtigem Anlass den Verwaltungsrat und beruft erforderlichenfalls eine außerordentliche Sitzung ein.

Im Berichtsjahr hat der Vorstand den Verwaltungsrat vollumfänglich über alle die Bank betreffenden Fragen bezüglich Planung, Risikolage, Risikomanagement, Geschäftsentwicklung und finanzielle Lage unterrichtet.

Der Vorstand leitet die Bank in eigener Verantwortung nach Maßgabe des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank und der Satzung. Er ist dabei an das Unternehmensinteresse und den gesetzlichen Förderauftrag gebunden.

Der Verwaltungsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Geschäftsführung der Bank. Er bestellt die Vorstandsmitglieder und plant gemeinsam mit dem Vorstand deren langfristige Nachfolge. Der Verwaltungsrat kann über die Regelungen in der Satzung hinaus bestimmte Geschäfte von seiner Zustimmung abhängig machen.

Für den Vorstand und den Verwaltungsrat bestehen jeweils Geschäftsordnungen.

### **Effizienzprüfung des Verwaltungsrats**

Der Verwaltungsrat hat im Jahr 2012 erneut die Effizienz seiner Tätigkeit überprüft. Die Selbstbeurteilung des Verwaltungsrats wurde anhand strukturierter Fragebögen durchgeführt. Die Beteiligung der Mitglieder des Verwaltungsrats lag bei über 83 %. Die Befragung hat ergeben, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats die Arbeit und Effizienz des Verwaltungsratsplenums sowie die Arbeit und Effizienz der Ausschüsse weitestgehend positiv bewerten. Hervorzuheben ist die fast ausschließlich positiv bewertete konstruktive Kritikmöglichkeit und offene Kommunikation im Plenum sowie die sachgerechte Aufgabenteilung zwischen Plenum und Ausschüssen. Der Verwaltungsrat hat sich in seiner Sitzung vom 13. September 2012 mit den Ergebnissen der Selbstbeurteilung befasst und eventuelle Verbesserungsmöglichkeiten diskutiert. Die Effizienzprüfung soll zukünftig weiterhin in regelmäßigen Abständen erfolgen.

### **Vermeidung von Interessenkonflikten**

Die Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Möglicherweise auftretende Interessenkonflikte im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit sind von den Vorstandsmitgliedern und den Mitgliedern des Verwaltungsrates gegenüber dem Verwaltungsratsvorsitzenden bzw. dem Verwaltungsrat offenzulegen. Interessenkonflikte von Mitgliedern des Vorstandes und des Verwaltungsrates sind im Berichtsjahr nicht aufgetreten.

### **Vergütungsregelung für Vorstand und Verwaltungsrat**

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Verwaltungsrat auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung in angemessener Höhe festgelegt. Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder enthält keine Komponenten mit Anreizwirkung, bestimmte Geschäfte oder Risiken einzugehen.

Bei der Bemessungsgrundlage der Tantieme, die für das vergangene Kalenderjahr gezahlt wird und jeweils in der Frühjahrssitzung des Verwaltungsrates festgelegt wird, orientiert sich der Verwaltungsrat an der individuellen Leistung eines Vorstandsmitglieds, der Leistung der Vorstandsmitglieder insgesamt, der wirtschaftlichen Lage sowie dem nachhaltigen Erfolg und den Zukunftsaussichten der Rentenbank. Zur Operationalisierung dieser Kriterien finden quantitative und qualitative Aspekte Berücksichtigung. Eine unmittelbare Verknüpfung der Höhe der variablen Vergütung der Mitglieder des Vorstandes mit einem oder mehreren dieser Kriterien besteht nicht.

Die Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder regelt die Satzung. Dabei wird sowohl der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Verwaltungsratsmitglieder als auch der wirtschaftlichen Lage der Rentenbank Rechnung getragen.

Im Jahr 2012 wurde eine neue Vergütungsregelung für die Mitglieder des Verwaltungsrats eingeführt. Details hierzu können dem Konzernanhang (Notes) auf Seite 147 entnommen werden.

Die individuelle Vergütung der Vorstands- und der Verwaltungsratsmitglieder ist im Konzernanhang (Notes) auf den Seiten 147 und 148 aufgeführt.

### **Transparenz und Information**

Transparenz und Information sind für die Bank von besonderer Bedeutung. Die Rentenbank verfolgt bei der Informationsverbreitung den Grundsatz der Gleichbehandlung der Anleger bzw. weiterer Interessenten. Die Bank veröffentlicht alle wichtigen Informationen auch auf ihrer Internetseite ([www.rentenbank.de](http://www.rentenbank.de)).

### **Rechnungslegung und Abschlussprüfung**

Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 ist nach IFRS erstellt worden. Auch wird ein Einzelabschluss nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs für große Kapitalgesellschaften und den besonderen Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute aufgestellt und berichtet. Der Verwaltungsrat wählt den Abschlussprüfer, erteilt den Prüfungsauftrag und trifft mit dem Abschlussprüfer die Honorarvereinbarung. Der vom Verwaltungsrat gebildete Bilanzausschuss achtet auf die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers.

### **Abweichungen von den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodexes**

Der PCGK richtet sich in erster Linie an Kapitalgesellschaften. Darüber hinaus sind auch andere juristische Personen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts, deren Gegenstand ein gewerblicher oder sonstiger wirtschaftlicher Betrieb ist, oder einen solchen überwiegend umfasst, Adressaten des PCGK. Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts wird die Beachtung des PCGK empfohlen, soweit rechtliche Bestimmungen (z. B. gesetzliche Vorgaben zur Ausgestaltung der Unternehmensorgane) nicht entgegenstehen.

### **Entsprechenserklärung des Vorstandes und des Verwaltungsrates**

Die Landwirtschaftliche Rentenbank hat im Geschäftsjahr 2012 den Empfehlungen des PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 mit folgender Ausnahme entsprochen:

- Eine Nennung der Vergütung für die Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder erfolgt nicht zusätzlich im Corporate Governance Bericht, da die Vergütung unter Namensnennung in allgemein verständlicher Form im Geschäftsbericht der Rentenbank wiedergegeben wird (Konzernanhang, Seiten 147 und 148).

Die Landwirtschaftliche Rentenbank beabsichtigt, dem PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 mit obiger Maßgabe auch in Zukunft zu entsprechen.

Landwirtschaftliche Rentenbank  
Im März 2013

Der Vorstand  
Der Verwaltungsrat

# Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

## Unser Dank

Das Jahr 2012 war für unsere Bank erneut durch vielfältige Herausforderungen geprägt, die wir dank des Engagements unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Erfolg bewältigt haben. Für ihren Einsatz, ihre Leistung, ihren ganz persönlichen Beitrag zum Unternehmenserfolg und das gute Miteinander sprechen wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern daher unseren besonderen Dank aus. Die große Bandbreite ihrer Fähigkeiten, Erfahrungen und Qualifikationen bilden zugleich die Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft unserer Bank. Dank und Anerkennung gilt auch den Arbeitnehmervertretern für ihr Engagement und die konstruktive Zusammenarbeit.

## Qualifiziertes Wachstum

Am Jahresende 2012 beschäftigte die Rentenbank 256 (240) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 213 (204) in Vollzeit. Darin sind abwesende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgrund von Elternzeit sowie der Vorstand nicht enthalten. Die Neueinstellungen waren erforderlich, um bei weiter zunehmenden aufsichtsrechtlichen, aber auch technischen Anforderungen unseren Kunden und Partnern die gewohnte Qualität unserer Finanzdienstleistungen bieten zu können.

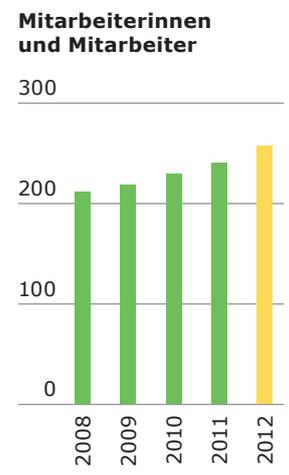
Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit ist leicht auf 11,5 (12) Jahre gesunken. Hier wirkten sich die vielen Neuzugänge in den vergangenen vier Jahren aus. Die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten, wird weiterhin vor allem von Frauen genutzt. Unsere männlichen Mitarbeiter nehmen inzwischen mit leicht steigender Tendenz Elternzeit in Anspruch.

Unser Trainee-Programm ist nach wie vor ein wichtiges Element unserer Personalentwicklung. Es ermöglicht uns, qualifizierte Hochschulabsolventen an uns zu binden und sie innerhalb von zwei Jahren speziell für Aufgaben in unserer Förderbank auszubilden. Das Trainee-Programm steuern wir bedarfsorientiert. Nach sieben Trainees im Jahr 2011 haben wir im vergangenen Jahr lediglich einen Trainee eingestellt. Wir sind zuversichtlich, alle Trainees nach Ablauf des zweiten Jahres unbefristet übernehmen zu können, soweit sie von uns nicht schon entsprechende Angebote erhalten haben.

## Attraktiver Arbeitgeber

Auch um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, haben wir 2012 unser Arbeitszeitmodell stark modifiziert. Kern- und Gleitzeiten wurden abgeschafft, Rahmenzeiten erweitert und „Ampelkonten“ zur Arbeitszeitsteuerung eingeführt. Ziel war es, den Anforderungen, die unsere Mitarbeiter an einen modernen Arbeitsplatz stellen, besser zu entsprechen. An anderen Themen, die es unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erleichtern, Familie und Beruf sinnvoll miteinander zu verbinden, werden wir weiter arbeiten. Dazu gehört z. B. das Angebot einer Kinderbetreuung.

Darüber hinaus ist uns die Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein großes Anliegen. Auch 2012 boten wir eine Reihe von gesundheitsfördernden Maßnahmen an, wie z. B. betriebliche Sportgruppen, Zuschüsse zum Fitnessstudio, eine Gripeschutzimpfung, Augenuntersuchungen sowie eine gesunde und ausgewogene Ernährung in unserer Kan-



tine. Diese Maßnahmen werden wir auch zukünftig um sinnvolle Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge ergänzen.

Im Jahr 2012 wurden die Arbeiten für ein Leitbild abgeschlossen, das uns allen einen verbindlichen Rahmen für ein faires und offenes Miteinander setzt. Wir werden in den kommenden Jahren gemeinsam daran arbeiten, die gesetzten Ziele zu erreichen und die Diskrepanzen zwischen den Leitlinien und dem täglichen Erleben zu verringern.

In einem andauernden schwierigen Branchenumfeld bieten wir als Förderbank weiterhin nicht nur sichere, sondern auch fachlich interessante und zukunftsfähige Arbeitsplätze an. Auch unsere zentrale Lage in der Frankfurter Innenstadt mit idealen verkehrstechnischen Anbindungen wirkt sich positiv auf unsere Attraktivität als Arbeitgeber aus.

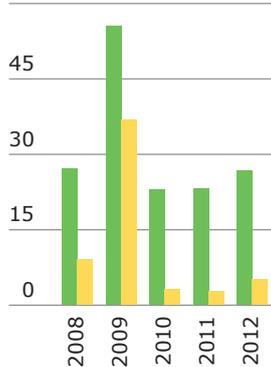
Der besondere Förderauftrag unserer Bank, nachhaltiges Handeln, das Wahrnehmen gesellschaftlicher Aufgaben und die Übernahme der Verantwortung, die wir für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, zeichnen uns aus. Dass wir traditionell zu diesen Werten stehen und entsprechend handeln, sichert uns einen guten Ruf in der Branche und hilft uns, offene Stellen nach wie vor qualifiziert zu besetzen und darüber hinaus die Mitarbeiter an uns zu binden.

#### Zahlen und Fakten

Der Aufwand für „Löhne und Gehälter“ (HGB) ist 2012 aufgrund des höheren Mitarbeiterbestands und der Tariferhöhung um 0,8 Mio. € auf 21,1 Mio. € (20,3 Mio. €) gestiegen. Da 0,6 Mio. € davon für IT-Projekte aktiviert wurden, wiesen wir einen Aufwand für Löhne und Gehälter von 20,5 Mio. € aus. Die „Sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen“ erhöhten sich dagegen stärker um 2,4 Mio. € auf 5,1 Mio. € (2,7 Mio. €). Dies ist auf eine um 1,1 Mio. € höhere Zuführung zu den Pensionsrückstellungen zurückzuführen. Außerdem stiegen die Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten für den tariflichen Vorruhestand um 1,0 Mio. €, da sich die Anzahl der Berechtigten sowie die Inanspruchnahme des Vorruhestandsentgeltes erhöht haben.

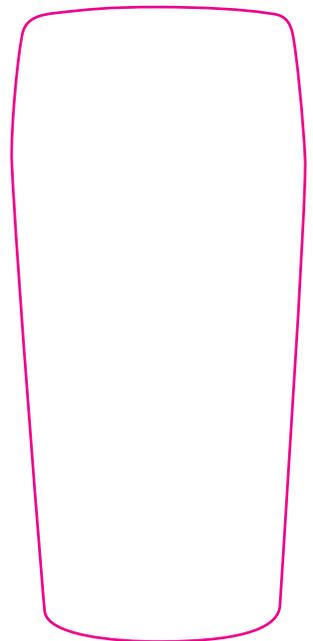
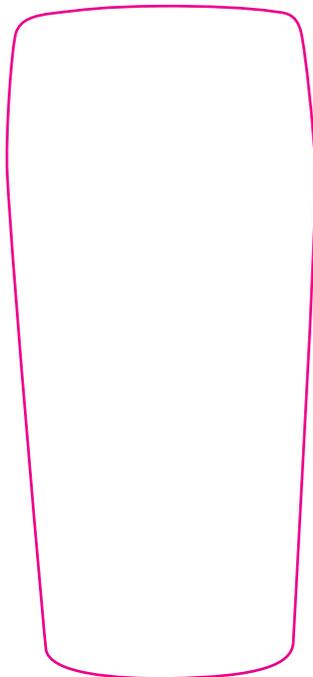
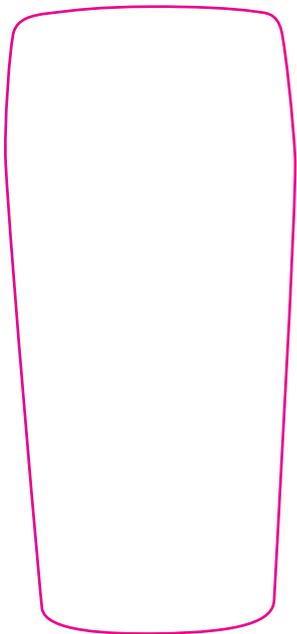
#### Personalaufwand

60 Mio. €



- insgesamt
- darunter „Soziale Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen“

Der Wegfall der Milchquote bedeutet für die Milchproduzenten neue Risiken und Chancen.







Stammtisch



# Einzelabschluss HGB

## Bilanz und GuV

Nach dem Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank erfolgt die Gewinnverwendung der Bank auf Basis des HGB-Abschlusses. Neben dem IFRS-Konzernabschluss erstellen wir deshalb auch einen Einzelabschluss nach HGB. Dessen wichtigste Entwicklungen sind im Folgenden dargestellt.

### Bilanzsumme gesunken

Die Bilanzsumme verminderte sich 2012 um 2,1 Mrd. € bzw. 2,6 % auf 79,2 Mrd. € (81,3 Mrd. €). Da unsere Kredite grundsätzlich wettbewerbsneutral über andere Banken vergeben werden, fielen auf der Aktivseite der Bilanz die Forderungen an Kreditinstitute mit einem Anteil von 64,6 % (63,7 %) besonders ins Gewicht. Diese Position betrug am Jahresende 51,2 Mrd. € und lag damit 0,6 Mrd. € unter dem Vorjahr (51,8 Mrd. €). Der Wertpapierbestand, der sich fast ausschließlich aus Bankschuldverschreibungen zusammensetzt, fiel um 3,2 Mrd. € auf 22,0 Mrd. € (25,2 Mrd. €).

Auf der Passivseite der Bilanz verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 0,2 Mrd. € auf 3,6 Mrd. € (3,8 Mrd. €). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden fielen um 0,8 Mrd. € auf 5,2 Mrd. € (6,0 Mrd. €). Diese Bilanzposition enthielt überwiegend Namensschuldverschreibungen mit einem Bestandsvolumen von 4,0 Mrd. € (4,5 Mrd. €). Die verbrieften Verbindlichkeiten sanken um 0,6 Mrd. € und betrugen 62,2 Mrd. € (62,8 Mrd. €).

### Betriebsergebnis leicht gestiegen

Die anhaltend positive Ertragsentwicklung der Rentenbank setzte sich im Geschäftsjahr 2012 fort. Im Geschäftsjahr 2012 erfolgte im Rahmen einer Ausweisänderung die Umgliederung des Aufwands für die Bildung der Rückstellungen für den Zinszuschuss der Programmkredite in Höhe von 70,6 Mio. € (69,2 Mio. €) in den Zinsaufwand. Der Aufwand für die Bildung dieser Rückstellungen wurde bis zum Vorjahr im Überkreuzkompensationsposten nach § 340f Abs. 3 Handelsgesetzbuch (HGB) ausgewiesen. Deshalb sind beide Positionen zum Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar.

Vor Ausweisänderung wurde 2012 ein Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertung in Höhe von 374,3 Mio. € (Vorjahr 369,8 Mio. €) erreicht. Dies entspricht einem Wert von 303,7 Mio. € nach Ausweisänderung. Auf den Jahresüberschuss hat die Ausweisänderung keinen Einfluss.

Der Jahresüberschuss wurde 2012 mit 51,0 Mio. € (49,0 Mio. €) um 2,0 Mio. € höher als im Vorjahr ausgewiesen. Hieraus wurden 38,25 Mio. € (36,75 Mio. €) der Hauptrücklage zugeführt. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 12,75 Mio. € (12,25 Mio. €), der zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums verwendet wird.

### Eigenmittel gestiegen

Die Eigenmittel erreichten 2012 nach der Dotierung der Hauptrücklage und der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken 3 957,5 Mio. € (3 639,0 Mio. €). Sie lagen damit 318,5 Mio. € über dem Vorjahr. Die Eigenmittel setzten sich wie folgt zusammen:

	31. 12. 2012	31. 12. 2011
	Mio. €	Mio. €
Grundkapital	135,0	135,0
Hauptrücklage	769,9	709,8
Deckungsrücklage	115,9	137,7
Fonds für allgemeine Bankrisiken	2 219,2	1 928,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	717,5	728,3
<b>Summe</b>	<b>3 957,5</b>	<b>3 639,0</b>

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde um 291,0 Mio. € auf 2 219,2 Mio. € aufgestockt. Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben sich durch Wechselkurseffekte bei der Umrechnung der auf Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten um 10,8 Mio. € auf 717,5 Mio. € vermindert. Der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme betrug 5,0 % (4,5 %).

Aufsichtsrechtlich beliefen sich die Eigenmittel der Bank zum 31.12.2012 vor Beschluss über den Jahresabschluss auf 3 740,8 Mio. € (3 517,5 Mio. €). Die nach § 10 Abs. 1 KWG auf Basis der Solvabilitätsverordnung errechnete Gesamtkapitalquote lag am Bilanzstichtag mit 27,5 % (25,7 %) ebenso wie die Kernkapitalquote mit 21,3 % (16,7 %) weit über den gesetzlichen Mindestanforderungen.

# Jahresbilanz der Landwirtschaftlichen Rentenbank,

## AKTIVSEITE

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	31.12.2011 Mio. €
<b>1. Barreserve</b>				
a) Kassenbestand		0,2		0,2
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		204,2		778,4
darunter:			204,4	778,6
bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 204,2 (i. Vj. Mio. € 778,4)				
<b>2. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) täglich fällig		808,4		10,1
b) andere Forderungen		50 407,2		51 740,1
			51 215,6	51 750,2
<b>3. Forderungen an Kunden</b>				
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
Kommunalkredite				
Mio. € 4 251,6 (i. Vj. Mio. € 2 645,5)			4 560,9	2 984,7
<b>4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von anderen Emittenten		0,0		40,1
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € 40,1)				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	1 345,7			1 392,0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 1 226,9 (i. Vj. Mio. € 1 211,1)				
bb) von anderen Emittenten	20 047,0	21 392,7		23 117,2
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 19 036,7 (i. Vj. Mio. € 21 399,2)				
c) eigene Schuldverschreibungen		633,6		633,6
Nennbetrag Mio. € 700,7 (i. Vj. Mio. € 713,3)			22 026,3	25 182,9
<b>5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>			0,2	0,1
<b>6. Beteiligungen</b>				
darunter: an Kreditinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)			4,2	4,2
<b>7. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>				
darunter: an Kreditinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)			0,0	0,0
<b>8. Treuhandvermögen</b>				
darunter: Treuhandkredite				
Mio. € 104,5 (i. Vj. Mio. € 103,7)			104,5	103,7
<b>9. Immaterielle Anlagewerte</b>				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			14,1	5,2
<b>10. Sachanlagen</b>			17,1	17,5
<b>11. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			1 034,1	455,0
<b>12. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			5,1	4,5
<b>Summe der Aktiva</b>			<b>79 186,5</b>	<b>81 286,6</b>

# Frankfurt am Main, zum 31. Dezember 2012

## PASSIVSEITE

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	31.12.2011 Mio. €
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>				
a) täglich fällig		1,0		437,7
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3 597,5		3 368,7
			3 598,5	3 806,4
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>				
a) andere Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig		69,3		417,0
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5 179,8		5 615,0
			5 249,1	6 032,0
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>				
a) begebene Schuldverschreibungen			62 151,4	62 820,6
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>				
darunter: Treuhandkredite				
Mio. € 104,5 (i. Vj. Mio. € 103,7)			104,5	103,7
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			3 683,2	4 435,6
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			30,3	38,8
<b>7. Rückstellungen</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		86,4		84,8
b) andere Rückstellungen		312,8		313,4
			399,2	398,2
<b>8. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			717,5	728,3
<b>9. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			2 219,2	1 928,2
<b>10. Eigenkapital</b>				
a) gezeichnetes Kapital		135,0		135,0
b) Gewinnrücklagen				
ba) Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes				
über die Landwirtschaftliche Rentenbank	709,8			
Einstellungen aus der Deckungsrücklage	21,8			
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss	38,3	769,9		709,8
bb) Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes				
über die Landwirtschaftliche Rentenbank	137,7			
Entnahmen gemäß § 2 (3) Rentenbank-Gesetz	21,8	115,9		137,7
c) Bilanzgewinn		12,8		12,3
			1 033,6	994,8
<b>Summe der Passiva</b>			<b>79 186,5</b>	<b>81 286,6</b>
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			2,7	3,1
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			1 238,9	950,1

# Gewinn- und Verlustrechnung der Landwirtschaftlichen Rentenbank,

## AUFWENDUNGEN

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	2011 Mio. €
<b>1. Zinsaufwendungen</b>			2 406,5	2 414,7
<b>2. Provisionsaufwendungen</b>			2,4	2,6
<b>3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	20,5			20,3
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützungen	5,1			2,7
		25,6		23,0
darunter:				
für Altersversorgung Mio. € 2 415,9 (i. Vj. Mio. € 0,3)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		17,1		15,0
			42,7	38,0
<b>4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			2,0	2,5
<b>5. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			7,8	9,2
<b>6. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			291,0	580,2
<b>7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>			0,0	1,8
<b>8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>			0,0	0,0
<b>9. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen</b>			0,1	0,1
<b>10. Jahresüberschuss</b>			51,0	49,0
<b>Summe der Aufwendungen</b>			<b>2 803,5</b>	<b>3 098,1</b>
<b>1. Jahresüberschuss</b>			51,0	49,0
<b>2. Entnahmen aus der Gewinnrücklage</b>				
aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank			21,8	21,4
<b>3. Einstellungen in die Gewinnrücklage</b>				
in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank				
aus der Deckungsrücklage			21,8	21,4
aus dem Jahresüberschuss			38,2	36,7
<b>4. Bilanzgewinn</b>			12,8	12,3

## Frankfurt am Main, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

### ERTRÄGE

	Mio. €	Mio. €	2011 Mio. €
<b>1. Zinserträge</b> aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	2 055,5		2 058,0
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	703,1		773,6
		2 758,6	2 831,6
<b>2. Laufende Erträge</b> aus			
a) Beteiligungen		0,8	0,3
<b>3. Provisionserträge</b>		0,3	0,3
<b>4. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		27,4	261,2
<b>5. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>		10,9	0,0
<b>6. Sonstige betriebliche Erträge</b>		5,5	4,7
<b>Summe der Erträge</b>		<b>2 803,5</b>	<b>3 098,1</b>



# Konzernlagebericht

## Wirtschaftliches Umfeld

Das Jahr 2012 stand weiter im Zeichen der europäischen Finanz- und Staatsschuldenkrise. Deren Folgen machten sich inzwischen auch deutlich in der Realwirtschaft bemerkbar. Sparmaßnahmen der Regierungen und Befürchtungen, die Europäische Währungsunion könne auseinanderbrechen, dämpften die Konsum- und Investitionsbereitschaft und führten in vielen Euro-Staaten zu Anpassungsrezessionen.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euroraums ging im Jahr 2012 erstmalig seit drei Jahren wieder zurück, und zwar um 0,5 %, nachdem es im Vorjahr noch um 1,4 % angestiegen war. Dabei war die Situation in den einzelnen Euro-Staaten sehr unterschiedlich. Besonders ausgeprägt war die Rezession in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien, während Deutschland mit einem BIP-Wachstum von 0,7 % den Euroraum-Durchschnitt erneut übertraf. Dennoch schwächte sich die Dynamik auch in Deutschland ab. 2011 wuchs die Wirtschaft noch um 3,0 %. Auch 2012 beruhte das Wachstum insbesondere auf dem starken Export in Schwellenländer und auf der Binnennachfrage. Die Ausfuhren in den Euroraum gingen dagegen zurück. Die Arbeitslosenquote sank in Deutschland weiter von 6,0 % im Vorjahr auf 5,5 % im Jahresdurchschnitt 2012 (ILO-Standard). Im Euroraum dagegen erreichte sie ein neues Rekordhoch. Die durchschnittliche Quote stieg von 10,2 % auf 11,4 % im Jahresvergleich und lag Ende 2012 bei 11,7 %.

Trotz rezessiver Tendenzen ließ der Preisdruck im Euroraum nur wenig nach. Der Anstieg der Verbraucherpreise 2012 lag mit 2,5 % geringfügig unter dem Wert des Vorjahres (2,7 %). Dafür waren insbesondere steigende Rohstoff-, Energie- und Lebensmittelpreise verantwortlich. Zum Preisanstieg trug aber auch bei, dass die Verbrauchssteuern in einigen europäischen Staaten erhöht wurden.

Die Europäische Zentralbank (EZB) nahm im ersten Halbjahr 2012 zunächst keine zinspolitischen Änderungen vor und beließ ihren Leitzins bei 1,0 %. Vor dem Hintergrund der schwachen Wirtschaftsentwicklung im Euroraum und der anhaltenden Unsicherheit im Finanzsektor senkte die EZB den Leitzins Anfang Juli auf 0,75 %. Gleichzeitig wurde der Zinssatz für die Einlagefazilität auf 0,0 % gesenkt. Darüber hinaus erweiterte die EZB 2012 ihre geldpolitischen Sondermaßnahmen zur Stabilisierung des Bankensektors. So wurden unter anderem der Sicherheitenrahmen für Refinanzierungsgeschäfte der Banken mit der EZB

ausgedehnt und ein weiterer Dreijahrestender bereitgestellt, den die Banken Ende Februar mit rund 530 Mrd. € in Anspruch nahmen. Außerdem nahm die EZB im August die Käufe von Staatsanleihen wieder auf, um finanzschwache Staaten des Euroraums zu stützen. Die Zentralbank kündigte darüber hinaus Anfang September an, unter bestimmten Bedingungen unbegrenzt Staatsanleihen von Mitgliedsländern der Währungsunion am Sekundärmarkt zu kaufen, um die Risikoaufschläge von Staatsanleihen der Krisenländer zu begrenzen und um damit in der Lage zu sein, den geldpolitischen Transmissionsmechanismus in allen Ländern des Euroraums zu gewährleisten.

Die Renditen sicherer Anlagen wie Bundesanleihen sanken 2012 auf neue Tiefststände und blieben auf niedrigem Niveau. Die Risikoaversion vieler Investoren stieg insbesondere infolge der Diskussion um einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion. Außerdem zweifelten sie daran, ob ein europäischer Fiskalpakt zustande kommt. Entsprechend fiel die Rendite für zehnjährige Bundesanleihen vor allem zur Jahresmitte deutlich bis hin zu einem Rekordtief von 1,17 % im Juli. Bei Geldmarktpapieren des Bundes waren die Renditen zeitweise sogar negativ. In der zweiten Hälfte des Jahres entspannte sich die Situation wieder etwas. Dennoch blieb die Präferenz der Anleger für „sichere Häfen“ hoch. Am Jahresende lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen bei 1,32 %.

In der deutschen Landwirtschaft sorgten gute Bedingungen an vielen wichtigen Absatzmärkten für eine anhaltend positive wirtschaftliche Stimmung. Dämpfend wirkten sich jedoch hohe Betriebsmittelpreise aus, insbesondere für Futtermittel und Energie. Nicht zuletzt aufgrund niedriger Zinsen blieb jedoch die Bereitschaft hoch, in die Primärproduktion zu investieren. Dagegen wurde in erneuerbare Energien aufgrund des novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) deutlich weniger investiert. Betroffen waren insbesondere Biogasanlagen.

## Rahmenbedingungen

Die Rentenbank ist eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie unterhält keine Zweigniederlassungen.

Alle wesentlichen Risiken sind auf die Rentenbank konzentriert und werden von dieser konzernweit ge-

steuert. Die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften ist eng begrenzt. Für ihre LR Beteiligungsgesellschaft mbH hat die Rentenbank eine Patronatserklärung abgegeben. Die Tochtergesellschaften refinanzieren sich ausschließlich konzernintern.

Als Förderbank für die Agrarwirtschaft und den ländlichen Raum stellt die Rentenbank Mittel für eine Vielzahl von Investitionen bereit. Das Angebot richtet sich an Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus sowie der Aquakultur/Fischwirtschaft. Finanziert werden ebenfalls Vorhaben der Ernährungswirtschaft, sonstiger vor- und nachgelagerter Unternehmen sowie Investitionen in erneuerbare Energien und im ländlichen Raum.

Die Geschäftsstrategien werden segmentbezogen dargestellt. Die Segmente unterteilen sich in „Fördergeschäft“, „Kapitalstockanlage“ und „Treasury Management“.

Das Segment „Fördergeschäft“ umfasst das Förderkreditgeschäft, die verbrieften Finanzierungen sowie die Refinanzierung des Konzerns. Im Rahmen des Förderkreditgeschäfts vergibt die Rentenbank Programmkredite sowie allgemeine Förderkredite, z. B. in Form von Schuldscheindarlehen. Die Geschäfte werden weitestgehend mit anderen Banken getätigt. Die verbrieften Finanzierungen umfassen Investitionen in Wertpapiere zur Sicherung der Liquidität der Bank sowie zur Anlage flüssiger Mittel. Sie dienen damit auch und insbesondere der Erfüllung bankregulatorischer Anforderungen an das Liquiditätsmanagement. Der Konzern hält keine Wertpapiere bzw. Forderungen mit strukturierten Kreditrisiken, wie ABS (Asset Backed Securities) oder CDO (Collateralized Debt Obligations).

Im Berichtsjahr nahm die Bank an den nationalen und internationalen Finanzmärkten nominal 9,6 Mrd. € (12,0 Mrd. €) auf. Für die Refinanzierung auf dem Kapitalmarkt wurden dabei folgende Instrumente eingesetzt:

	2012		2011	
	Mrd. €	%	Mrd. €	%
EMTN	6,3	65,6	6,2	51,7
Globalanleihen	2,2	22,9	2,9	24,2
AUD-MTN	1,1	11,5	2,0	16,6
Internationale Kredite / Schuldscheine	0,0	0,0	0,3	2,5
Inländische Kapitalmarktinstrumente	0,0	0,0	0,6	5,0
<b>Summe</b>	<b>9,6</b>	<b>100,0</b>	<b>12,0</b>	<b>100,0</b>

Das Segment „Kapitalstockanlage“ beinhaltet die Anlage des bilanziellen Eigenkapitals und der langfristigen Rückstellungen.

Im Segment „Treasury Management“ wird die kurzfristige Liquidität sowie das kurzfristige Zinsrisiko gesichert und gesteuert.

## Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Rentenbank war 2012 durch eine weiterhin lebhaftere Nachfrage nach Förderfinanzierungen gekennzeichnet. Programmkredite waren insbesondere wegen der regen Investitionstätigkeit aufgrund guter Rahmenbedingungen im Agrarsektor sehr gefragt. Die benötigten Fremdmittel konnte sich die Rentenbank erneut zu günstigen Konditionen beschaffen, da Anleger sichere Anlagen präferierten.

Das Fördervolumen, das sich aus den Segmenten „Fördergeschäft“ und „Kapitalstockanlage“ zusammensetzt, erreichte in der Bilanz insgesamt 78,6 Mrd. € (die Werte in den Klammern beziehen sich auf den 31.12.2011: 75,8 Mrd. €) und lag damit um 3,7 % über dem Vorjahr. Durch das höhere Neugeschäft wuchs der Bestand an Programmkrediten um 3,4 Mrd. € bzw. 12,7 % auf 30,1 Mrd. € (26,7 Mrd. €). Das Volumen der verbrieften Finanzierungen ging im Vergleich zum Vorjahr aufgrund höherer Fälligkeiten und eines niedrigeren Neugeschäfts zurück. Die Neuabschlüsse in den Segmenten „Fördergeschäft“ und „Kapitalstockanlage“ erreichten im Geschäftsjahr 2012 nominal insgesamt 10,4 Mrd. € (11,9 Mrd. €).

## Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Aus der Bilanz	31.12.2012 Mrd. €	31.12.2011 Mrd. €	Veränderung Mrd. €
Bilanzsumme	88,4	88,9	-0,5
Forderungen an Kreditinstitute	51,2	51,4	-0,2
Forderungen an Kunden	4,7	2,9	1,8
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7,5	7,8	-0,3
Finanzanlagen	22,6	24,7	-2,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2,9	3,1	-0,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5,8	6,1	-0,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	66,6	68,2	-1,6
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5,8	4,3	1,5
Rückstellungen	0,1	0,1	0,0

Die Bilanzsumme zum 31.12.2012 blieb mit 88,4 Mrd. € im Vergleich zum 31.12.2011 (88,9 Mrd. €) nahezu unverändert. Die konsolidierten Tochtergesellschaften hatten nach HGB zum 31.12.2012 folgende Bilanzsummen:

Gesellschaft	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	220,5	219,9	0,6
DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	14,5	15,0	-0,5

Kredite werden wettbewerbsneutral grundsätzlich über andere Banken vergeben. Auf der Aktivseite der Bilanz spiegelt sich dies in den Forderungen an Kreditinstitute wider, deren Anteil 57,9 % (57,8 %) betrug. Dieser Posten valutierte zum Jahresultimo mit 51,2 Mrd. € (51,4 Mrd. €). Dem deutlich gestiegenen Programmkreditvolumen standen entsprechend reduzierte Termingelder gegenüber.

Die Forderungen an Kunden stiegen durch das Neugeschäft mit deutschen Bundesländern um 1,8 Mrd. € auf 4,7 Mrd. € (2,9 Mrd. €).

Die Finanzanlagen enthalten im Wesentlichen Bankanleihen. Sie verringerten sich um 2,1 Mrd. € auf 22,6 Mrd. € (24,7 Mrd. €), da die Fälligkeiten das Neugeschäft überstiegen. Über das Engagement in den Peripherie-Staaten der Eurozone informiert der Risikobericht im Abschnitt „Adressenausfallrisiken“.

Auf der Passivseite der Bilanz sanken die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 0,2 Mrd. € auf 2,9 Mrd. € (3,1 Mrd. €) und die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 0,3 Mrd. € auf 5,8 Mrd. € (6,1 Mrd. €). Diese Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus den gesunkenen Positionen im kurzfristigen Geldgeschäft.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich nahezu ausschließlich aus Namensschuldverschrei-

bungen und Schuldscheindarlehen zusammen, die unverändert mit Buchwerten von 5,6 Mrd. € zum Jahresende ausgewiesen wurden.

Der Bestand an verbrieften Verbindlichkeiten verringerte sich zum 31.12.2012 auf 66,6 Mrd. € (68,2 Mrd. €), da insbesondere das Euro Commercial Paper (ECP)-Programm zur Geldmarktrefinanzierung in geringerem Umfang genutzt wurde. Der Bestand an ECPs sank um 2,2 Mrd. € auf 5,2 Mrd. € (7,4 Mrd. €). Die Medium-Term-Note-Programme (MTN) waren mit 48,9 Mrd. € (47,3 Mrd. €) weiterhin die wichtigsten Refinanzierungsquellen. Der Buchwert der Globalanleihen lag am Jahresende bei 12,4 Mrd. € (13,5 Mrd. €).

Die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sanken um 0,3 Mrd. € auf 7,5 Mrd. € (7,8 Mrd. €) und die negativen Marktwerte stiegen um 1,5 Mrd. € auf 5,8 Mrd. € (4,3 Mrd. €). Die Marktwertänderungen ergaben sich insbesondere aus Wechselkursänderungen. Derivate dienen ausschließlich dazu, bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken abzusichern. Es wurden mit allen Kontrahenten, mit denen derivative Geschäfte getätigt werden, Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen. Die Bank tätigt keine Geschäftsabschlüsse mit Credit Default Swaps (CDS).

Die Rückstellungen reduzierten sich geringfügig auf 103,9 Mio. € (104,2 Mio. €). Den Pensionsrückstellungen wurden 6,3 Mio. € (6,4 Mio. €) zugeführt.

## Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
<b>1) Gewinn- und Verlustrechnung</b>			
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	365,9	361,9	4,0
Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	20,7	15,6	5,1
Verwaltungsaufwendungen	48,9	48,0	0,9
Übriges Ergebnis	3,2	-15,2	18,4
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>299,5</b>	<b>283,1</b>	<b>16,4</b>
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	-55,7	-352,4	296,7
<b>Konzernjahresüberschuss (-fehlbetrag)</b>	<b>243,8</b>	<b>-69,3</b>	<b>313,1</b>
<b>2) Sonstiges Ergebnis</b>			
Veränderung der Neubewertungsrücklage	583,8	-359,8	943,6
<b>3) Konzerngesamtergebnis</b>	<b>827,6</b>	<b>-429,1</b>	<b>1 256,7</b>

### Operatives Ergebnis

Die operative Ertragslage entwickelte sich im Geschäftsjahr 2012 positiv. Die Zinserträge einschließlich der Ergebnisbeiträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen addierten sich auf 3 959,5 Mio. € (3 906,5 Mio. €). Abzüglich der Zinsaufwendungen von 3 593,6 Mio. € (3 544,6 Mio. €) ergab sich ein Zinsüberschuss von 365,9 Mio. € (361,9 Mio. €). Zum Anstieg um 4,0 Mio. € trugen insbesondere die verbesserten Margen im Fördergeschäft bei.

Von den Verwaltungsaufwendungen für Löhne und Gehälter wurden Anschaffungsnebenkosten von 0,6 Mio. € für die Implementierung von Software aktiviert und deshalb nicht im Operativen Ergebnis zum 31.12.2012 ausgewiesen.

Im Jahr 2011 wurden für ein Wertpapier die in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital erfassten Bewertungsverluste von 11,3 Mio. € in das Ergebnis aus Finanzanlagen, das in der oben dargestellten Tabelle im Übrigen Ergebnis enthalten ist, umgegliedert. Grund hierfür war eine Wertminderung auf Basis von erwarteten Zahlungsausfällen. Dies führte zu einer einmaligen Ergebnisbelastung im Vorjahr. Im Berichtsjahr wurde dieses Wertpapier mit einem Buchgewinn von 3,1 Mio. € veräußert.

### Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung

Sämtliche Derivate und bestimmte nicht-derivative Finanzinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden als unrealisierte Gewinne oder Verluste im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ausgewiesen.

Für Grundgeschäfte in bilanziellen Sicherungsbeziehungen werden nur die Änderungen des beizulegenden

Zeitwerts berücksichtigt, die aus Änderungen der Deposit/Swap-Kurven (Benchmark-Kurven für das Interbankengeschäft) resultieren. Für die restlichen zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente werden sämtliche Marktparameter, wie z. B. auch der Credit-Spread, herangezogen.

Die Entwicklung des Ergebnisses aus Fair Value- und Hedge-Bewertung wird fast ausschließlich durch Änderungen der Credit-Spread-induzierten Risikoaufschläge beeinflusst. Zins- und Wechselkursänderungen führen aufgrund der fristenkongruenten Refinanzierung sowie der Absicherung durch derivative Geschäfte zu keinen wesentlichen Bewertungseffekten.

Durch die geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) im Zusammenhang mit der anhaltenden Finanz- und Staatsschuldenkrise verringerten sich im Geschäftsjahr 2012 die Credit-Spread-induzierten Risikoaufschläge – auch für Emittenten aus den von der Krise besonders betroffenen Ländern. Dies führte zu Bewertungsgewinnen bei den höher zu bewertenden Vermögenswerten. Durch die starke Nachfrage nach sicheren Anleihen sanken auch die Credit-Spread-induzierten Risikoaufschläge der Rentenbank, sodass hieraus Bewertungsverluste aus höher zu bewertenden eigenen Emissionen resultierten.

Insgesamt ergab sich zum 31.12.2012 mit -55,7 Mio. € ein gegenüber dem Vorjahr (-352,4 Mio. €) deutlich geringerer Bewertungsverlust.

Durch die Buy and Hold-Strategie des Konzerns mit dem Status eines Nichthandelsbuchinstituts stellen Bewertungsgewinne oder -verluste lediglich eine temporäre Größe dar, sofern kein Geschäftspartner ausfällt. Spätestens bis zur Fälligkeit der jeweiligen Geschäfte neutralisieren sie sich.

### Konzernjahresüberschuss

Das um 16,4 Mio. € gestiegene operative Ergebnis führte zusammen mit dem um 296,7 Mio. € verbesserten Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung zu einem Konzernjahresüberschuss in Höhe von 243,8 Mio. € (Konzernjahresfehlbetrag: -69,3 Mio. €).

### Sonstiges Ergebnis

Das Sonstige Ergebnis gibt Veränderungen der Neubewertungsrücklage wieder. Es erfasst vor allem die Credit-Spread-induzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Wertpapiere, die auf Schwankungen der Deposit/Swap-Kurve basieren, werden im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ausgewiesen. Daneben enthält das Sonstige Ergebnis die Amortisation der Bewertungsergebnisse von Wertpapieren, die im Jahr 2008 mit dem zu diesem Zeitpunkt ermittelten Marktwert in die Kategorie „Held to Maturity“ umgewidmet wurden.

Die insgesamt gesunkenen Credit-Spread-induzierten Risikoaufschläge erhöhten die Marktwerte der Wertpapiere. Es ergaben sich Bewertungsgewinne von 575,3 Mio. € (Bewertungsverluste: -402,9 Mio. €) in der Neubewertungsrücklage. Unter Berücksichtigung der Amortisation von 8,5 Mio. € (43,1 Mio. €) für die im Jahr 2008 umgewidmeten Wertpapiere veränderte sich die

### Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital betrug 2 521,0 Mio. € (1 705,7 Mio. €). Es setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen	2 552,8	2 321,8	231,0
Neubewertungsrücklage	-179,6	-763,4	583,8
Bilanzgewinn	12,8	12,3	0,5
<b>Summe Eigenkapital</b>	<b>2 521,0</b>	<b>1 705,7</b>	<b>815,3</b>

Der im Vergleich zum Vorjahr stärker operativ geprägte Konzernjahresüberschuss erhöhte das Eigenkapital. Dessen darüber hinaus gehender Anstieg resultierte aus Bewertungsgewinnen, die in der Neubewertungsrücklage mit 583,8 Mio. € ausgewiesen wurden.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erhöhten sich aufgrund von Marktpreisbewertungen um 12,0 Mio. € auf 924,4 Mio. € (912,4 Mio. €). Die Bedingungen aller nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a Kreditwesengesetz (KWG) und schließen eine vorzeitige Rückzahlung bzw. Umwandlung aus.

Neubewertungsrücklage im Jahr 2012 insgesamt um 583,8 Mio. € (-359,8 Mio. €).

### Konzerngesamtergebnis

Das Konzerngesamtergebnis lag zum 31.12.2012 mit 827,6 Mio. € (-429,1 Mio. €) um 1 256,7 Mio. € über dem Vorjahr. Die Verbesserung ist neben dem höheren Operativen Ergebnis im Wesentlichen auf das um insgesamt 1 240,3 Mio. € höhere Bewertungsergebnis zurückzuführen, das sich aus der Veränderung der Neubewertungsrücklage sowie dem Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung zusammensetzt.

### Überleitung zum Bilanzgewinn

Das Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank beschränkt gemäß § 2 Abs. 3 Satz 2 die maximale Höhe der Deckungsrücklage auf 5 % des Nennbetrages der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen. Da deren Volumen zurückging, wurden entsprechend 21,8 Mio. € (21,4 Mio. €) der Deckungsrücklage entnommen und in gleicher Höhe der Hauptrücklage zugeführt.

Vorbehaltlich der noch ausstehenden Beschlüsse der zuständigen Organe für den Jahresabschluss nach HGB sollen 38,3 Mio. € aus dem Konzernjahresüberschuss in die Hauptrücklage eingestellt werden. Weitere 192,7 Mio. € sollen den anderen Gewinnrücklagen zugeführt werden. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 12,8 Mio. € (12,3 Mio. €).

Aufsichtsrechtlich erhöhten sich die Eigenmittel der Institutsgruppe zum 31.12.2012 vor Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses auf 3 758,4 Mio. € (3 533,1 Mio. €). Die nach § 10 Abs. 1 KWG auf Basis der Solvabilitätsverordnung (SolvV) errechnete Gesamtkapitalquote von 28,2 % (26,4 %) und die Kernkapitalquote von 21,8 % (17,2 %) lagen am Bilanzstichtag weit über den derzeitigen gesetzlichen Mindestanforderungen.

Insgesamt beurteilt der Gesamtvorstand die Geschäftsentwicklung bezogen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage als zufriedenstellend.

## Rechnungslegungsprozess

Der Rechnungslegungsprozess umfasst sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung der erforderlichen Einzel- und Konzernabschlüsse als Zwischen- bzw. Jahresabschluss.

Ziel des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS)/Risikomanagementsystems (RMS) ist es, die Einhaltung der Rechnungslegungsstandards und -vorschriften sicherzustellen und die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung zu gewährleisten.

Der Konzernabschluss der Rentenbank wird nach den in der EU verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. In Handbüchern und Arbeitsanweisungen werden diese Regelungen dokumentiert. Der Bereich Finanzen überwacht diese regelmäßig und passt sie an veränderte gesetzliche und regulatorische Anforderungen an. Die Einbindung des Bereichs Finanzen in den „Neue-Produkte-Prozess“ (NPP) stellt die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sicher.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses entspricht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) und ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar. Bei der Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen werden die gesetzlichen Fristen beachtet.

Die Funktionen der im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche sind klar getrennt. Die Geldgeschäfts-, Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung sind in Nebenbüchern in verschiedenen Organisationseinheiten angesiedelt. Die Daten der Nebenbücher werden über automatisierte Schnittstellen ins Hauptbuch übertragen. Für die Buchhaltung, die Festlegung von Kontierungsregeln, die Buchungssystematik, die Buchungsprogrammsteuerung und die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Finanzen zuständig.

Die Bewertung zum Zeitwert erfolgt täglich automatisiert anhand von externen Marktkursen oder aufsichtsrechtlich anerkannten Bewertungsmodellen.

Die Jahresabschlüsse der Tochterunternehmen werden unter Beachtung der konzernerheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften nach IFRS übergeleitet und in den Konzernabschluss einbezogen. Bei der Kapital-, Schulden-, Aufwands- und Ertragskonsolidierung wird das Vier-Augen-Prinzip beachtet.

Die Rentenbank setzt in der Finanzbuchhaltung eigenentwickelte Finanzsoftware ein. Die Vergabe aufgaben-

spezifischer Berechtigungen schützt den Rechnungslegungsprozess vor unbefugten Zugriffen. Durch Plausibilitätsprüfungen sollen Fehler vermieden werden. Außerdem sollen das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutinen sowie Soll-Ist-Vergleiche im Finanzsystem sicherstellen, dass Fehler entdeckt und korrigiert werden. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, dem Ausweis und der Bewertung von Vermögenswerten und Schulden.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems wird zeitnah, verlässlich und relevant an die Verantwortlichen berichtet. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Gesamtvorstand in Kenntnis gesetzt. Außerdem wird bei besonderen Ereignissen zeitnah informiert.

## Sonstige Leistungsindikatoren

### *Mitarbeiter*

Ende 2012 waren 256 (240) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Darin sind abwesende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgrund von Elternzeit sowie der Gesamtvorstand nicht enthalten. Die neuen Stellen spiegeln insbesondere die weiter steigenden aufsichtsrechtlichen und technischen Anforderungen in der Marktfolge wider.

Freie Stellen konnten mit sehr gut qualifizierten und engagierten Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden. Dies unterstreicht, dass die Bank am Finanzplatz Frankfurt zu den attraktiven Arbeitgebern zählt. Geschätzt wird – neben interessanten und sicheren Arbeitsplätzen – insbesondere die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung, wie sie im Förderauftrag und dem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell zum Ausdruck kommt.

Nach fünf Trainees im Vorjahr wurden 2012 weitere zwei übernommen. Die Bank ist zuversichtlich, auch den derzeit sechs Trainees ein solches Angebot unterbreiten zu können.

Der Aufwand für „Löhne und Gehälter“ ist 2012 aufgrund der höheren Mitarbeiterzahl und der Tarifierhöhung leicht um 0,2 Mio. € auf 20,6 Mio. € (20,4 Mio. €) gestiegen. Für IT-Projekte wurden Personalkosten von 0,6 Mio. € als Anschaffungsnebenkosten aktiviert und damit nicht im Aufwand ausgewiesen. Die Sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und

Unterstützungen erhöhten sich um 1,1 Mio. € auf 9,4 Mio. € (8,3 Mio. €). Darüber hinaus erhöhte sich die Anzahl der Berechtigten sowie die Inanspruchnahme des Vorruhestandentgeltes, so dass den entsprechenden Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten insgesamt 1,0 Mio. € zugeführt wurden.

### *Nachhaltigkeit*

Das auf Förderung und Langfristigkeit aufgebaute Geschäftsmodell der Rentenbank ist die Grundlage des Engagements für eine wirtschaftlich stabile und ökologische Gesellschaft. Wesentliche Aspekte des nachhaltigen Handelns finden sich explizit im Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank. Im Rahmen ihres Fördergeschäfts finanziert die Rentenbank Investitionen der Agrarwirtschaft in erneuerbare Energien, Maßnahmen zur Emissionsminderung und Energieeinsparung, nachwachsende Rohstoffe, ökologischen Landbau und regionale Vermarktung sowie agrarbezogenen Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz zu besonders günstigen Konditionen. In den letzten Jahren ist das Neugeschäftsvolumen der Programmkredite für Investitionen in nachhaltige Projekte stetig gewachsen. Im Geschäftsjahr 2012 ging es allerdings deutlich auf 1,7 Mrd. € (2,7 Mrd. €) zurück. Durch Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sank insbesondere die Nachfrage nach Finanzierungen für Biogasanlagen.

Als Dienstleistungsunternehmen trägt der Konzern auch in seinem täglichen Bankbetrieb zur Schonung der Ressourcen bei und geht sparsam mit Energie und Rohstoffen um. Es wird regelmäßig geprüft, ob es weitere Einsparpotenziale gibt, und es werden ökologische Aspekte in Entscheidungen und Verhaltensweisen mit einbezogen, beispielsweise bei den Mitarbeiterwohnungen. Der Konzern ist ein attraktiver Arbeitgeber und hat das Ziel, Arbeitsplätze anzubieten, an denen man Wertschätzung für die individuelle Leistung und Persönlichkeit erfährt und seine Fähigkeiten für eine sinnvolle Aufgabe einsetzen kann.

## **Risikobericht**

### **Allgemeine Grundlagen**

Das Unternehmensziel des Konzerns, abgeleitet aus dem gesetzlichen Förderauftrag, ist die nachhaltige Förderung der Landwirtschaft sowie des ländlichen Raums. Die Geschäftstätigkeit des Konzerns ist auf dieses Ziel ausgerichtet. Dabei wird darauf geachtet, dass der Konzern jederzeit in der Lage ist, seinen Förderauftrag zu erfüllen. Die Risikostruktur des Konzerns wird wesentlich von den durch Gesetz und

Satzung der Bank vorgegebenen Rahmenbedingungen geprägt.

Der Konzern hat Ende 2012 damit begonnen, die Anforderungen der 4. MaRisk-Novelle (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) umzusetzen. Dies umfasst insbesondere die Risikostrategien, die Kapitalplanungsprozesse, die Risikocontrolling- und Compliance-Funktionen und die Überprüfung des Liquiditätskostenverrechnungssystems.

### **Organisation des Risikomanagementprozesses**

#### *Risikomanagement*

Ausgehend vom gesetzlich abgeleiteten Unternehmensziel legt der Gesamtvorstand die nachhaltige Geschäftsstrategie des Konzerns fest. Sie wird insbesondere von dem Förderauftrag der Bank und den Maßnahmen zu dessen Erfüllung bestimmt. Darüber hinaus werden für die wesentlichen Geschäftsfelder Ziele und Maßnahmen zu deren Erreichung festgelegt.

Die aus der Geschäftstätigkeit resultierenden Risiken werden über ein hierfür implementiertes Risikomanagementsystem auf Basis der Risikotragfähigkeitsrechnung identifiziert, limitiert und gesteuert. Der Gesamtvorstand hat dazu eine Risikostrategie und die daraus abgeleiteten Teilstrategien festgelegt. Diese werden mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls vom Gesamtvorstand angepasst.

Wesentlicher Bestandteil des Risikomanagementsystems ist die Einrichtung, Steuerung und Überwachung von Limiten, die an der Risikotragfähigkeit ausgerichtet sind. Das Risikotragfähigkeitskonzept soll sicherstellen, dass das Risikodeckungspotenzial ausreicht, um alle wesentlichen Risiken abzudecken. Das Risikotragfähigkeitskonzept basiert auf dem „Going Concern-Ansatz“.

Im Konzern wird im Rahmen einer Risikoinventur analysiert, welche Risiken die Vermögenslage, die Kapitalausstattung, die Ertragslage oder die Liquiditätssituation wesentlich beeinträchtigen können. Die Risikoinventur bildet die Grundlage für die Beurteilung der Wesentlichkeit der Risiken.

Risikomanagementfunktionen werden vorwiegend von den Bereichen Treasury, Fördergeschäft, Banken sowie Sicherheiten & Beteiligungen wahrgenommen. Basierend auf den Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen gibt das Risikohandbuch des Gesamtvorstands einen umfassenden Überblick über alle Risiken im Konzern.

Als Teil des Planungsprozesses werden für die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ent-

sprechende potenzielle Risikoszenarien zugrunde gelegt. Soll-Ist-Abweichungen werden im Rahmen eines internen Monatsberichts analysiert. Die Kapitalplanung wird für die nächsten zehn Jahre erstellt. Die Risikotragfähigkeit wird in Form einer Drei-Jahres-Vorschau geplant.

Die Aufnahme von Geschäften mit neuen Produkten, Geschäftsarten, Vertriebswegen oder auf neuen Märkten erfordert es, einen „Neue-Produkte-Prozess“ (NPP) durchzuführen. Im Rahmen des NPP analysieren die involvierten Organisationseinheiten den Risikogehalt, die Prozesse und die wesentlichen Konsequenzen für das Risikomanagement.

#### *Risikocontrolling*

Das Risikocontrolling ist organisatorisch in den Bereichen Finanzen und Banken angesiedelt. Im Bereich Finanzen umfasst es die regelmäßige Überwachung der vom Gesamtvorstand gesetzten Limite sowie eine auf den Risikogehalt und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen abgestimmte Berichterstattung über die Marktpreisrisiken, die Liquiditätsrisiken, die operationellen Risiken und die Risikotragfähigkeit. Der Bereich Banken überwacht die für das Adressenausfallrisiko gesetzten Limite und ist verantwortlich für die Berichterstattung über die Adressenausfallrisiken unter Berücksichtigung von Risikoaspekten und aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Der Gesamtvorstand und der vom Verwaltungsrat gebildete Bilanz- bzw. Kreditausschuss werden mindestens quartalsweise über die Risikosituation informiert. Bei Bekanntwerden wesentlicher risikorelevanter Informationen oder Vorgänge und bei Nichteinhaltung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) müssen umgehend der Gesamtvorstand, die Interne Revision und gegebenenfalls die betroffenen Bereichs- und Abteilungsleiter schriftlich informiert werden. Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden vom Vorstand unverzüglich an den Verwaltungsrat weitergeleitet.

Die Instrumentarien zur Risikosteuerung und -überwachung werden laufend überprüft und weiterentwickelt.

#### *Interne Revision*

Die Interne Revision der Rentenbank ist als Konzernrevision auf Gruppenebene tätig. Da keines der gruppenzugehörigen Unternehmen eine eigene Interne Revision unterhält, übernimmt die Konzernrevision die notwendigen Arbeiten.

Die Konzernrevision ist dem Gesamtvorstand der Rentenbank unmittelbar unterstellt. Sie nimmt ihre

Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr. Der Gesamtvorstand besitzt ein Direktionsrecht zur Anordnung zusätzlicher Prüfungen. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats und der Vorsitzende des Bilanzausschusses können Auskünfte direkt bei der Leitung der Revision einholen.

Auf der Grundlage einer risikoorientierten Prüfungsplanung prüft und beurteilt die Konzernrevision risikoorientiert und prozessunabhängig grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse des Konzerns einschließlich des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems.

#### **Risikokategorien – Wesentliche Einzelrisiken**

Alle wesentlichen Risiken des Konzerns werden im Rahmen der Risikoinventur, des NPP sowie der täglichen Überwachungstätigkeit identifiziert und auf Konzentrationseffekte hin untersucht.

Für Risiken, die als nicht wesentlich eingestuft werden, d. h. von untergeordneter Bedeutung für den Konzern sind, sind angemessene Vorkehrungen getroffen worden. Diese Vorkehrungen sind grundsätzlich durch Arbeits- und Organisationsanweisungen dokumentiert.

#### *Adressenausfallrisiken*

##### **Definition**

Die Vergabe von Krediten und damit die Einschätzung und Übernahme von Adressenausfallrisiken ist ein wesentliches Element der Geschäftstätigkeit.

Das Adressenausfallrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Es umfasst das Kreditausfallrisiko, mit den Elementen Kontrahenten-, Emittenten-, Länder-, Struktur-, Sicherheiten- und Beteiligungsrisiko sowie das Settlement- und das Wiedereindeckungsrisiko.

Das Emittenten-, das Kontrahenten- und das originäre Länderrisiko sind der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern (Kontrahenten/Emittenten/Ländern) unter Berücksichtigung der bewerteten Sicherheiten. Das derivative Länderrisiko ergibt sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Situation des Staates, in welchem der Schuldner seinen Sitz hat. Strukturrisiken (Klumpenrisiken) sind Risiken, die durch Konzentration des Kreditgeschäfts auf Regionen, Branchen oder Adressen entstehen. Sicherheitenrisiken sind Risiken, die aus der unzureichenden Wertbeständigkeit von Kreditsicherheiten während

der Kreditlaufzeit oder einer Fehlbewertung des Sicherungsobjekts resultieren. Beteiligungsrisiken sind Risiken eines Verlustes aufgrund negativer Wertentwicklung im Beteiligungsportfolio.

Die Geschäftstätigkeit des Konzerns ist durch Gesetz und Satzung der Bank weitgehend bestimmt. Danach werden zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums derzeit grundsätzlich nur Kredite an Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen EU-Land sowie Norwegen (seit 2011) vergeben, die Geschäfte mit landwirtschaftlichen Unternehmen, deren vor- und nachgelagerten Bereichen oder im ländlichen Raum tätigen. Darüber hinaus können allgemeine Fördergeschäfte auch mit deutschen Bundesländern abgeschlossen werden. Die Programmkredite sind auf Deutschland als Investitionsstandort beschränkt. Somit ist das Kreditgeschäft der Rentenbank weitestgehend auf die Refinanzierung von Banken sowie sonstiges Interbankengeschäft begrenzt. Das auf den Endkreditnehmer bezogene Ausfallrisiko liegt grundsätzlich bei der Hausbank. Da die Forderung gegen den Endkreditnehmer im Falle von Einzelrefinanzierungsdarlehen an die Rentenbank abgetreten ist, hat eine Wertminderung der vom Endkreditnehmer an die Hausbank gestellten Sicherheit unmittelbare Auswirkungen auf das gedeckte Geschäft. Endkreditnehmerrisiken sind somit Teil des Sicherheitenrisikos.

Im Rahmen von Gesetz und Satzung der Rentenbank können darüber hinaus alle Geschäfte getätigt werden, die mit der Erfüllung ihrer Aufgaben in direktem Zusammenhang stehen. Dies beinhaltet auch den Ankauf von Forderungen und Wertpapieren sowie Geschäfte im Rahmen des Treasury Managements und der Risikosteuerung des Konzerns.

Bei der Kreditvergabe an Unternehmen geht die Rentenbank lediglich im Direktkreditgeschäft und im Konsortialkreditgeschäft Risiken ein. Im Jahr 2012 wurden hier keine Kredite neu zugesagt.

Der Katalog der Fördermaßnahmen sieht im Rahmen des Risikokapitalfonds Agrarwirtschaft (bis zu einer Obergrenze von 100 Mio. €) auch vor, dass geeignete Unternehmen der Agrarwirtschaft Eigenmittel erhalten können, um etablierte Unternehmen mit einwandfreier Bonität in Form von Minderheitsbeteiligungen zu begleiten. Hier wurden bislang keine Geschäfte getätigt.

Zur Diversifikation der Kreditrisiken hat die Bank das Kreditgeschäft mit deutschen Bundesländern intensiviert.

Für Neuabschlüsse von Förderkrediten sind je nach Geschäftsart die Bereiche Fördergeschäft und Treasury verantwortlich. Der Bereich Treasury ist für den

Ankauf von Wertpapieren und Schuldscheindarlehen im Rahmen des allgemeinen Fördergeschäfts und des Treasury Managements sowie für Neuabschlüsse im Geldgeschäft und bei Derivaten verantwortlich. Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken und nur mit Geschäftspartnern im EU- und OECD-Raum durchgeführt. Es werden nur Geschäftspartner berücksichtigt, mit denen eine Besicherungsvereinbarung besteht.

## Organisation

Der Gesamtvorstand der Bank beschließt jährlich die Kreditrisikostategie und legt diese dem Kreditausschuss des Verwaltungsrats zur Kenntnis vor.

Die Risikoüberwachung und Risikosteuerung der Adressenausfallrisiken wird nach einheitlichen Grundsätzen vorgenommen unabhängig davon, aus welcher Geschäftsart diese resultieren. Der Bereich Banken formuliert eine einheitliche Kreditrisikostategie und ist für deren Umsetzung zuständig. Er steuert außerdem die Adressenausfallrisiken. Darüber hinaus werden u. a. Kreditrisiken analysiert, interne Bonitätsklassen ermittelt, Beschlüsse für Kreditentscheidungen vorbereitet, das Marktfolge-Votum erstellt und das Kreditrisiko laufend überwacht. Der Bereich Treasury ist als Marktbereich maßgeblich in die Prozesskette des Kreditgeschäfts eingebunden.

Gemäß MaRisk müssen bestimmte Aufgaben außerhalb des Marktbereichs wahrgenommen werden. Diese als Marktfolge-Funktionen bezeichneten Aufgaben werden von den Bereichen Fördergeschäft, Banken sowie Sicherheiten & Beteiligungen wahrgenommen. Die Bereiche geben das marktunabhängige Zweitvotum für Kreditentscheidungen ab, bearbeiten die Geschäftsabschlüsse und bewerten die Sicherheiten. Sie sind auch zuständig für die Intensivbetreuung sowie die Bearbeitung von Problemkrediten. Erforderliche Maßnahmen werden in Abstimmung mit dem Gesamtvorstand getroffen. Die Prozessverantwortung liegt beim Marktfolge-Vorstand.

Der Bereich Banken überwacht Adressenausfallrisiken auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer sowie des Gesamtkreditportfolios und ist für die Risikoberichterstattung über die Adressenausfallrisiken verantwortlich. Die methodische Entwicklung, Qualitätssicherung und Überwachung der Verfahren zur Identifizierung und Quantifizierung des Adressenausfallrisikos fallen ebenfalls in seinen Zuständigkeitsbereich. Durch die funktionale und organisatorische Trennung des Risikocontrollings und der Bereiche Banken und Sicherheiten & Beteiligungen von den Bereichen Treasury und Fördergeschäft ist eine unabhängige Risikobeurteilung und -überwachung gewährleistet. Die Risikosteuerung

und Risikoüberwachung der Adressenausfallrisiken erfolgen sowohl einzelgeschäftszugewiesen auf Kreditnehmerebene als auch auf Ebene der Kreditnehmereinheit und des Gesamtkreditportfolios. Im Rahmen der Gesamtkreditportfoliosteuerung bzw. -überwachung wird das Kreditportfolio nach verschiedenen Merkmalen unterteilt, wobei Geschäfte mit vergleichbaren Strukturen in Produktgruppen zusammengefasst werden.

### **Bonitätsbeurteilung**

Die aus der bankinternen Bonitätseinstufung und unter Berücksichtigung von externen Ratings ermittelten Bonitätsklassen sind ein maßgebliches Steuerungsinstrument für die Adressenausfallrisiken, die über das Limitsystem abgebildet werden.

Die Bonitätseinstufung nimmt der Marktfolge-Bereich Banken vor. Dabei werden einzelne Geschäftspartner oder Geschäftsarten nach einem intern festgelegten Verfahren in 20 Bonitätsklassen eingestuft. Die besten zehn Bonitätsklassen AAA bis BBB- sind Geschäftspartnern mit geringen Risiken vorbehalten („Investment Grade“). Darüber hinaus sind die sieben Bonitätsklassen BB+ bis C für latente bzw. erhöhte latente Risiken und die drei Bonitätsklassen DDD bis D für Problemkredite und ausgefallene Geschäftspartner eingerichtet.

In Bonitätsklassen eingestuft wird mindestens einmal jährlich, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse auf der Grundlage von Jahresabschlüssen bzw. Geschäftsberichten überprüft werden. Hierbei fließen – neben betriebswirtschaftlichen Kennzahlen – auch sogenannte weiche Faktoren, der Gesellschafterhintergrund sowie weitere Unterstützungsfaktoren, wie die Zugehörigkeit zu einer Sicherungseinrichtung oder staatliche Haftungsmechanismen, ein. Gegebenenfalls werden zusätzlich die Einstufungen von Rating-Agenturen herangezogen. Bei bestimmten Geschäftsarten, wie z. B. Pfandbriefen, werden zudem die Sicherheiten als weiteres Kriterium berücksichtigt. Zusätzlich sind die Länderrisiken als ein für die Bank relevantes Strukturrisiko gesondert zu beurteilen. Darüber hinaus können aktuelle Informationen über negative Finanzdaten oder eine Abschwächung der wirtschaftlichen Perspektiven eines Geschäftspartners auslösen, dass die Bonitätsklasseneinstufung anhand von Frühwarnindikatoren überprüft und gegebenenfalls das Limit angepasst wird. Das interne Risikoklassifizierungsverfahren wird laufend weiterentwickelt und jährlich überprüft.

Die Folgen der internationalen Finanzkrise spiegeln sich auch in der wirtschaftlichen Entwicklung der Konzern-Geschäftspartner wider. Einzelne Kontrahenten sind als Engagements mit latenten Risiken eingestuft. Gleichwohl lässt sich die durchschnittliche Boni-

tät des Gesamtkreditportfolios des Konzerns nicht zuletzt aufgrund eines qualitativ hochwertigen Neugeschäfts weiterhin als gut klassifizieren.

### **Quantifizierung der Adressenausfallrisiken**

Kreditrisikopraxis und Risikotragfähigkeitskonzept sind Steuerungsinstrumente, die auf eine gute Bonität des Gesamtkreditportfolios abzielen.

Das Bonitätsklassensystem der Rentenbank bildet die Basis für die Messung von Kreditausfallrisiken mithilfe statistischer Verfahren. Zur Ermittlung des potenziellen Ausfalls werden die von Rating-Agenturen veröffentlichten historischen Ausfallraten verwendet. Über eigene historische interne Ausfallraten verfügt der Konzern aufgrund vernachlässigbar geringer Ausfälle in den letzten Jahrzehnten nicht. Stichtag für die Berechnungen ist jeweils der Monatsultimo. Zur Abschätzung der Adressenausfallrisiken wird ein Standardszenario (jährlicher, potenzieller Ausfall bezogen auf Inanspruchnahmen) um Stressszenarien ergänzt (jährlicher, potenzieller Ausfall bezogen auf intern eingeräumte Limite unter Annahme von Bonitätsverschlechterungen, geringeren Wiedereinbringungsraten sowie erhöhten Ausfallwahrscheinlichkeiten). Der Konzern fokussiert sich im Rahmen seines Geschäftsmodells auf das Interbankengeschäft. Dies führt zu einem wesentlichen Konzentrationsrisiko. Für diese sektoralen Konzentrationsrisiken wird ein pauschaler Risikobetrag (Risikopuffer) vorgehalten.

Entsprechend dem im Risikohandbuch festgelegten Risikotragfähigkeitskonzept wird den Adressenausfallrisiken ein bestimmter Anteil des Risikodeckungspotenzials zugewiesen. Die tägliche Überwachung der intern eingeräumten Limite stellt sicher, dass dieser Wert jederzeit eingehalten wird.

Die Stressszenarien berücksichtigen auch länderspezifische Einflüsse und stellen auf Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio ab. In zusätzlichen Extremszenarien wird der Ausfall der beiden nach Risiko-Exposure (Berücksichtigung von Verlustquoten) größten Kreditnehmereinheiten bzw. Auslandsengagements sowie der Ausfall aller als erhöhte latente Risiken eingestuftengagements unterstellt. Der in diesen Extremszenarien ermittelte potenzielle Ausfall dient zur Messung von Risikokonzentrationen und ist im „Going Concern-Ansatz“ nicht mit Risikodeckungspotenzial zu unterlegen. Im Vordergrund steht dabei, die Ergebnisse kritisch zu reflektieren und einen möglichen Handlungsbedarf (beispielsweise in Form von Limitreduzierungen oder verschärfter Risikoüberwachung) abzuleiten. Zusätzlich können anlassbezogen im Rahmen weiterer Stressszenarien die Auswirkungen aktueller Entwicklungen auf das Risikodeckungspotenzial untersucht werden.

## Limitierung und Reporting

Die Risikoübernahme und -limitierung ist das Kernelement des Risikomanagements von Adressenausfallrisiken. Die Risikolimitierung stellt sicher, dass die tatsächlich eingegangenen Risiken mit der im Risikohandbuch festgelegten Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit des Konzerns vereinbar sind. Dabei erfolgt die Limitierung sowohl auf der Ebene von Kreditnehmern und Kreditnehmereinheiten als auch des Gesamtkreditportfolios. Grundlage der Limitierung ist die Kreditrisikostategie, aus der sich strategiekonsistente Unterlimite ableiten.

Ausgehend von dem für Adressenausfallrisiken zur Verfügung gestellten Anteil des Risikodeckungspotenzials wird eine Gesamtbergrenze für alle Adressenausfalllimite festgelegt. Daneben gelten einzelne Länderkreditlimite und Ländertransferlimite, eine Blankoobergrenze, eine Höchstgrenze für das Kreditgeschäft mit Unternehmen sowie ein Produktlimit für das Wertpapiergeschäft.

Ein Limitsystem regelt die Höhe und Struktur aller Adressenausfallrisiken. Für alle Kreditnehmer, Emittenten bzw. Kontrahenten sind Limite erfasst, die produkt- und laufzeitspezifisch untergliedert sind. Das Risikoklassifizierungsverfahren der Bank stellt die zentrale Entscheidungsgrundlage für die Limitfestsetzung dar. Die internen Limite für einen Geschäftspartner werden in Abhängigkeit von dessen aktuellen wirtschaftlichen Verhältnissen und der daraus resultierenden Bonität festgelegt. Daneben gibt es eine Gesamtbergrenze je Kreditnehmereinheit, deren Auslastung in Abhängigkeit von den einzelnen Geschäftsarten ermittelt wird. Zusätzlich ist für einzelne Geschäfts- bzw. Limitarten eine bestimmte Mindestbonität erforderlich.

Der zuständige Marktfolge-Bereich überwacht täglich sämtliche Limite. Dabei wird die Ausnutzung der Limite bei Geld- und Förderkreditgeschäften sowie Beteiligungen anhand der jeweiligen Buchwerte ermittelt. Bei verbrieften Finanzierungen setzt sich die Limitausnut-

zung aus den aktuellen Kurswerten und im Falle von Derivaten aus den positiven Marktwerten der Derivateportfolios, gegebenenfalls unter Berücksichtigung erhaltener Barsicherheiten, zusammen. Limitreserven dienen als Puffer für Marktpreisschwankungen. Dem Marktfolge-Vorstand werden täglich die risikorelevanten Limite sowie deren Auslastung gemeldet. Limitüberschreitungen werden dem Gesamtvorstand unmittelbar angezeigt.

Die Bank hat mit allen Kontrahenten, mit denen derivative Geschäfte getätigt werden, Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen, sodass der über die vertraglich definierten Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen in Euro zu besichern ist. Andererseits verpflichtet sich die Bank, den Kontrahenten bei negativen Marktwerten Bareinlagen in Euro bereitzustellen, sofern diese über den entsprechenden Frei- und Mindesttransferbeträgen liegen. Die Besicherungsvereinbarungen reduzieren die Limitauslastungen und somit die Adressenausfallrisiken, die hierfür notwendige Eigenkapitalunterlegung sowie die Auslastung der Großkreditgrenzen.

Jeweils zum Quartalsende erstellt der Bereich Banken (Marktfolge) für den Gesamtvorstand und für den vom Verwaltungsrat gebildeten Kreditausschuss nach den Vorgaben der MaRisk einen Kreditrisikobericht. Dieser Bericht enthält u. a. quantitative und qualitative Informationen über die Entwicklung des Gesamtkreditportfolios, welches nach Strukturmerkmalen wie Bonitätsklassen, Sicherheiten, Größenklassen und Restlaufzeiten beobachtet wird. Daneben wird über den Umfang der intern eingeräumten Limite, die Entwicklung des Neugeschäfts, das Geschäft mit Unternehmen, Beteiligungen, die Entwicklung des potenziellen Ausfalls aus Adressenausfallrisiken, neue Produkte, neue Märkte, neue Vertriebswege, neue Länder sowie Großkreditengagements berichtet. Weitere Informationen sind Vorjahresvergleiche, Veränderungen und deren Kommentierung sowie die Entwicklung von Kontrahenten, welche unter besonderer Beobachtung stehen oder latente Risiken aufweisen.

## Aktuelle Risikosituation

### Maximales Ausfallrisiko

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	51 164,0	51 383,0	-219,0
Forderungen an Kunden	4 652,4	2 853,9	1 798,5
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 210,7	772,5	438,2
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7 486,4	7 847,6	-361,2
Finanzanlagen	22 588,7	24 737,7	-2 149,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	496,2	177,5	318,7
<b>Gesamt</b>	<b>87 598,4</b>	<b>87 772,2</b>	<b>-173,8</b>

Nach IFRS 7 ist das maximale Ausfallrisiko ohne Berücksichtigung von Sicherheiten anzugeben. Es entspricht somit den Buchwerten der betreffenden finanziellen Vermögenswerte bzw. den Nominalbeträgen bei den unwiderruflichen Kreditzusagen.

Für einen Großteil der dargestellten Risikopositionen hat der Konzern Sicherheiten in Form von Forderungsabtretungen, Gewährträgerhaftung sowie Staatsgarantien erhalten. Bei den restlichen Risikopositionen handelt es sich im Wesentlichen um „gedeckte Papiere“, wie Pfandbriefe.

Für die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten stellt das angegebene maximale Ausfallrisiko von 7 486,4 Mio. € (7 847,6 Mio. €) das bilanzielle Forderungsvolumen auf Einzelvertragsebene dar. Die risikorelevante wirtschaftliche Besicherung erfolgt demgegenüber auf Kontrahentenebene. Mit allen Kontrahenten, mit denen derivative Finanzinstrumente abgeschlossen wurden, bestehen Rahmenverträge mit Nettingwirkung und darauf aufbauend Besicherungsvereinbarungen. Unter Berücksichtigung der Nettingvereinbarungen und der Barsicherheiten ergibt sich ein Ausfallrisiko für die derivativen Finanzinstrumente in Höhe von 136,0 Mio. € (514 Mio. €).

Adressenausfallrisikopositionen anhand der internen Bonitätsklassen:

**31.12.2012**

	AAA Mio. €	AA Mio. €	A Mio. €	BBB Mio. €	BB-B Mio. €	CCC-C Mio. €	DDD-D Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	11 509,6	21 861,5	13 725,3	3 760,3	260,7	46,6	0,0
Forderungen an Kunden	4 600,5	0,0	24,1	26,1	0,2	1,5	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	238,4	353,2	479,7	139,4	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	0,0	2 031,3	5 172,0	192,0	91,1	0,0	0,0
Finanzanlagen	10 302,7	5 329,8	4 852,0	1 678,1	371,1	55,0	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	496,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>27 147,4</b>	<b>29 575,8</b>	<b>24 253,1</b>	<b>5 795,9</b>	<b>723,1</b>	<b>103,1</b>	<b>0,0</b>

**31.12.2011**

	AAA Mio. €	AA Mio. €	A Mio. €	BBB Mio. €	BB-B Mio. €	CCC-C Mio. €	DDD-D Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	9 724,0	22 500,4	15 017,5	3 586,2	481,6	73,3	0,0
Forderungen an Kunden	2 147,8	636,0	11,7	55,5	0,0	2,9	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	136,0	193,7	361,6	81,2	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	0,0	3 176,1	4 467,9	164,2	37,8	1,6	0,0
Finanzanlagen	10 680,7	8 556,4	3 297,7	1 396,2	552,7	254,0	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	166,5	0,0	0,0	11,0	0,0	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>22 855,0</b>	<b>35 062,6</b>	<b>23 156,4</b>	<b>5 294,3</b>	<b>1 072,1</b>	<b>331,8</b>	<b>0,0</b>

Risikokonzentration nach Ländergruppen:

**31.12.2012**

	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		OECD (ohne Europa)	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	48 412,7	55,3	2 751,2	3,1	0,1	0,0
Forderungen an Kunden	4 652,4	5,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 210,7	1,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 424,2	1,6	5 091,3	5,8	970,9	1,1
Finanzanlagen	5 707,3	6,5	16 843,9	19,3	37,5	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	496,2	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>61 903,5</b>	<b>70,7</b>	<b>24 686,4</b>	<b>28,2</b>	<b>1 008,5</b>	<b>1,1</b>

**31.12.2011**

	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		OECD (ohne Europa)	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	47 410,6	54,0	3 972,3	4,5	0,1	0,0
Forderungen an Kunden	2 853,9	3,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	772,5	0,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 219,7	1,4	5 488,9	6,3	1 139,0	1,3
Finanzanlagen	6 845,3	7,8	17 852,9	20,3	39,5	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	166,5	0,2	11,0	0,0	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>59 268,5</b>	<b>67,6</b>	<b>27 325,1</b>	<b>31,1</b>	<b>1 178,6</b>	<b>1,3</b>

Risikokonzentration nach Kontrahentengruppen:

**31.12.2012**

	Privatbanken/ Sonstige Banken		Ausländische Banken		Öffentliche Banken		Genossen- schaftsbanken		Zentralbanken		Nichtbanken	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	8 739,4	10,0	2 750,9	3,1	29 381,7	33,5	9 491,9	10,8	800,1	0,9	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4 652,4	5,3
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	216,3	0,2	1,2	0,0	561,5	0,6	431,7	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	840,2	1,0	5 302,7	6,1	260,4	0,3	234,7	0,3	0,0	0,0	848,4	1,0
Finanzanlagen	1 509,8	1,7	15 998,9	18,3	3 320,2	3,8	274,4	0,3	0,0	0,0	1 485,4	1,7
Unwiderrufliche Kreditzusagen	0,0	0,0	0,0	0,0	496,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>11 305,7</b>	<b>12,9</b>	<b>24 053,7</b>	<b>27,5</b>	<b>34 019,8</b>	<b>38,8</b>	<b>10 432,7</b>	<b>11,9</b>	<b>800,1</b>	<b>0,9</b>	<b>6 986,4</b>	<b>8,0</b>

**31.12.2011**

	Privatbanken/ Sonstige Banken		Ausländische Banken		Öffentliche Banken		Genossen- schaftsbanken		Zentralbanken		Nichtbanken	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	11 470,6	13,1	3 971,7	4,5	27 394,6	31,2	8 246,1	9,4	300,0	0,3	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2 853,9	3,3
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	124,6	0,1	0,7	0,0	355,3	0,4	276,3	0,3	0,0	0,0	15,6	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	884,1	1,0	5.516,7	6,3	171,1	0,2	164,5	0,2	0,0	0,0	1 111,2	1,3
Finanzanlagen	1 751,1	2,0	17 046,4	19,4	4 207,6	4,8	272,4	0,3	0,0	0,0	1 460,2	1,7
Unwiderrufliche Kreditzusagen	0,0	0,0	11,0	0,0	166,5	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>14 230,4</b>	<b>16,2</b>	<b>26 546,5</b>	<b>30,2</b>	<b>32 295,1</b>	<b>36,8</b>	<b>8 959,3</b>	<b>10,2</b>	<b>300,0</b>	<b>0,3</b>	<b>5 440,9</b>	<b>6,3</b>

Buchwerte in den Euro-Peripherie-Staaten:

**31.12.2012**

in Mio. €	Staatsanleihen	Anleihen und Schuldschein- darlehen von Banken	Positive Markt- werte aus deri- vativen Finanz- instrumenten	Brutto- Engagement	Sicherheiten	Netto- Engagement
Italien	345,6	1 273,2	-	1 618,8	676,1	942,7
Portugal	125,6	451,3	-	576,9	278,6	298,3
Spanien	95,3	2 620,9	0,0	2 716,2	2 491,4	224,8
<b>Gesamt</b>	<b>566,5</b>	<b>4 345,4</b>	<b>0,0</b>	<b>4 911,9</b>	<b>3 446,1</b>	<b>1 465,8</b>

### 31.12.2011

in Mio. €	Staatsanleihen	Anleihen und Schuldschein- darlehen von Banken	Positive Markt- werte aus deri- vativen Finanz- instrumenten	Brutto- Engagement	Sicherheiten	Netto- Engagement
Griechenland	0,0	18,2	0,0	18,2	13,2	5,0
Irland	0,0	169,8	0,0	169,8	0,0	169,8
Italien	323,5	1 564,1	0,0	1 887,6	604,6	1 283,0
Portugal	116,4	797,0	0,0	913,4	463,6	449,8
Spanien	95,9	3 399,6	6,6	3 502,1	2 842,4	659,7
<b>Gesamt</b>	<b>535,8</b>	<b>5 948,7</b>	<b>6,6</b>	<b>6 491,1</b>	<b>3 923,8</b>	<b>2 567,3</b>

Vor dem Hintergrund der angespannten volkswirtschaftlichen und fiskalpolitischen Entwicklung werden die Euro-Peripherie-Staaten intensiv beobachtet. Dies spiegelt sich auch in der Bonitätseinstufung der entsprechenden Länder wider. Das Engagement in Griechenland wurde im Jahr 2012 beendet. In Irland besteht ausschließlich Swapgeschäft mit dem Tochterinstitut einer US-Großbank, das zum Jahresende kein Adressenausfallrisiko aufwies. In Italien, Portugal und Spanien wurden Engagements in Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken deutlich zurückgeführt. Der Nominalbestand der Staatsanleihen blieb unverändert. Die erhöhten Buchwerte resultieren aus gestiegenen Kursen für diese Wertpapiere.

Freie Kreditlinien oder unwiderrufliche Kreditzusagen mit Kontrahenten in den Euro-Peripherie-Staaten bestehen nicht und wurden im Jahr 2012 auch nicht eingegangen. Bis mindestens Juni 2013 dürfen weiterhin nur durch Barsicherheiten besicherte Derivate abgeschlossen werden.

Der Anteil der Staatsanleihen von Euro-Peripherie-Staaten an der Bilanzsumme zum 31.12.2012 betrug unverändert 0,6 % (0,6 %), der Anteil der Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken sank auf 4,9 % (6,7 %).

Die Staatsanleihen sowie die Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken sind folgenden Bewertungskategorien nach IFRS zugeordnet:

	Staatsanleihen		Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken	
	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €
Available for Sale	324,2	290,9	3 231,8	3 796,8
Held to Maturity	197,5	198,4	262,0	556,5
Loans and Receivables	0,0	0,0	22,0	21,6
Designated as at Fair Value	44,8	46,5	829,6	1 573,8
<b>Gesamt</b>	<b>566,5</b>	<b>535,8</b>	<b>4 345,4</b>	<b>5 948,7</b>

#### Risikoversorge

Eine Risikoversorge wird bei ausfallgefährdeten Engagements gebildet. Zum 31.12.2012 mussten keine Einzelwertberichtigungen auf Forderungen vorgenommen werden. Im Vorjahr war ein Wertpapier aufgrund von erwarteten Zahlungsausfällen wertgemindert. Infolgedessen wurden die in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital erfassten Bewertungsverluste von 11,3 Mio. € in das Ergebnis aus Finanzanlagen umgegliedert. Im Berichtsjahr wurde das im Vorjahr wertgeminderte Wertpapier mit einem Buchgewinn von 3,1 Mio. € veräußert. Zudem wurde im Vorjahr eine Einzelwertberichtigung auf Forderungen an Kunden von 0,1 Mio. € gebildet.

#### Standardszenarien

Basis für die Berechnungen zur Messung potenzieller Kreditausfälle im Standardszenario ist der unter Berücksichtigung von 1-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten ermittelte potenzielle Ausfall, bezogen auf die Inanspruchnahme. Zum 31.12.2012 betrug der kumulierte potenzielle Ausfall einschließlich eines erstmals berücksichtigten pauschalen Risikobetrags von 50,0 Mio. € für sektorale Konzentrationsrisiken 88,9 Mio. € (97,0 Mio. €). Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist überwiegend auf Fälligkeiten in den schlechteren Bonitätsklassen sowie Bonitätsverbesserungen einzelner Bank-Geschäftspartner zurückzuführen. Der durchschnittliche potenzielle Ausfall im Geschäftsjahr 2012 betrug 60,2 Mio. € (117,7 Mio. €).

Im Verhältnis zum allokierten Risikodeckungspotenzial für Adressenausfallrisiken zum Stichtag ergab sich ein durchschnittlicher potenzieller Ausfall von 23,2 % (45,3 %). Die Höchstinanspruchnahme belief sich auf 88,9 Mio. € (161,0 Mio. €) und lag somit unter dem vom Gesamtvorstand genehmigten Limit für das Standardszenario in Höhe von 260 Mio. €. Die niedrigste Inanspruchnahme im Berichtsjahr betrug 36,2 Mio. € (85,0 Mio. €).

#### *Stressszenarien*

In einem ersten Stressszenario wird der potenzielle Ausfall bezogen auf eine volle Ausnutzung der intern eingeräumten Limite unter Berücksichtigung von 1-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten berechnet. Zum 31.12.2012 belief sich der kumulierte potenzielle Ausfall in diesem Stressszenario auf 102,3 Mio. € (133,9 Mio. €). In zwei weiteren Szenarien werden zudem eine Erhöhung der länderspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeiten (mindestens Verdopplung), eine Verschlechterung der Bonität (um mindestens zwei Stufen) sowie höhere Verlustquoten für potenzielle Ausfälle besicherter Geschäfte simuliert. In der Risikotragfähigkeit wird das Stressszenario mit dem höchsten Risikowert zur Anrechnung herangezogen. Zum Stichtag errechnete sich aus den obigen Stressszenarien ein maximaler potenzieller Ausfall von 242,0 Mio. € (384,7 Mio. €). Die Verringerung gegenüber dem Vorjahr ist maßgeblich auf die risikoaverse Neugeschäftsstrategie sowie Limitlöschungen in schlechteren Bonitätsklassen zurückzuführen. In den Berechnungen zur Messung potenzieller Kreditausfälle im Standardszenario und in den Stressszenarien ist erstmals ein entsprechender pauschaler Risikobetrag für sektorale Konzentrationsrisiken von 50,0 Mio. € enthalten.

Neben den Stressszenarien wurden auch zusätzliche Extremszenarien zur Untersuchung von Risikokonzentrationen betrachtet. Im Extremszenario „Ausfall der beiden Kreditnehmereinheiten mit dem größten Risiko-Exposure“ wurde zum 31.12.2012 ein potenzieller Ausfall von 1,3 Mrd. € (1,3 Mrd. €) ermittelt. Im Extremszenario „Ausfall der beiden Länderengagements mit dem größten Risiko-Exposure“ (ohne Deutschland) beträgt der potenzielle Ausfall 2,3 Mrd. € (2,9 Mrd. €). Für das erstmals berechnete Extremszenario „Ausfall aller Engagements mit erhöhten latenten Risiken“ ergibt sich ein potenzieller Ausfall von 85 Mio. €. Diese drei Szenarien unterstützen die Überwachung der Konzentrationsrisiken.

## Marktpreisrisiken

### Definition

Marktpreisrisiken bestehen in Form von Zinsänderungs-, Spread-, Fremdwährungs- und anderen Preisrisiken. Berücksichtigt wird der potenzielle Verlust auf Positionen im eigenen Bestand infolge sich ändernder Marktpreise.

### Organisation

Die Bank als Teileinheit des Konzerns führt kein Handelsbuch gemäß § 2 Abs. 11 KWG. Offene Positionen aus Anlagebuchgeschäften werden nur in eingeschränktem Umfang eingegangen.

Aufgabe des Risikomanagements ist es, Marktpreisrisiken qualitativ und quantitativ zu bewerten und zu steuern. Das Risikocontrolling quantifiziert die Marktpreisrisiken, überwacht die Limite und erstellt das Reporting. Die Abteilung Operations kontrolliert die Marktgerechtigkeit der abgeschlossenen Geschäfte.

### Quantifizierung der Marktpreisrisiken

#### *Zinsänderungsrisiken*

Der Konzern begrenzt das Zinsänderungsrisiko überwiegend, indem er Bilanzgeschäfte mit derivativen Geschäften absichert. Derivate werden auf Basis von Mikro- oder Makro-Beziehungen abgeschlossen.

Fristentransformationsergebnisse werden zum einen bei Geldgeschäften realisiert und zum anderen in geringem Umfang im Förderkreditgeschäft. Da Einzelpositionen im Förderkreditgeschäft aufgrund der geringen Volumina nicht zeitgleich abgesichert werden, entstehen Fristentransformationsergebnisse nur aus kurzfristig offenen Positionen.

Zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene werden täglich für alle zinssensitiven Geschäfte der Segmente „Fördergeschäft“ und „Treasury Management“ Barwertsensitivitäten ermittelt und zusätzlich quartalsweise mit einem barwertorientierten Modell die Zinsänderungsrisiken für alle zinssensitiven Positionen des Konzerns gemessen.

Die quartalsweise durchgeführte Analyse untersucht die Auswirkungen von Zinsänderungen stichtagsbezogen. Dabei werden die einzubeziehenden Positionen – getrennt nach aktivischen sowie passivischen – in Laufzeitbänder eingestellt. Für jedes Lauf-

zeitband wird eine Nettosition ermittelt. Anschließend werden die einzelnen Nettositionen mit ihrem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vorgegebenen laufzeitbandabhängigen Gewichtungsfaktor multipliziert und dann zu einer gewichteten Gesamtnettosition addiert. Das Ergebnis stellt die geschätzte Änderung des Barwerts dar, die in Relation zu den regulatorischen Eigenmitteln gesetzt wird. Bei der Berechnung des Barwerts werden Szenarioanalysen ohne Berücksichtigung von Eigenkapitalbestandteilen durchgeführt. Gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 14 KWG besteht „unverzögliche“ Anzeigepflicht, falls die negative Veränderung des Barwertes 20 % der gesamten regulatorischen Eigenmittel übersteigt.

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die durch Beschluss des Gesamtvorstands festgelegten Risikolimits nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limits wird täglich überwacht und an den Gesamtvorstand berichtet, wobei die Auslastung der Risikolimits barwertorientiert auf Basis einer Sensitivität gemessen wird.

Zur Information wird täglich für das „Geldgeschäft“ ein Value at Risk (VaR) ermittelt. Prognostiziert wird der maximale, potenzielle Bewertungsverlust aufgrund von Markteffekten bei einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 99 % und einer Haltedauer von 10 Tagen. Die verwendeten Szenarien werden aus der Historie abgeleitet. Die Einflussfaktoren bei der Bewertung des Portfolios konzentrieren sich auf die Zinskurven für Interbankenkredite (Deposit/Swap-Kurve) und Derivate (EONIA-Swap-Kurve).

#### *Spreadrisiken*

Veränderungen von Marktparametern in Form von Spreadaufschlägen auf die Deposit/Swap-Kurve, insbesondere Cross Currency-Basiswap-Spreads (CCY-Basiswap-Spreads), Basiswap-Spreads sowie Credit-Spreads, wirken sich unmittelbar auf die Bewertung bestehender Positionen aus und beeinflussen das Risikodeckungspotenzial. Mittels Szenariobetrachtungen werden mögliche Auswirkungen der Spreadrisiken auf das Bewertungsergebnis simuliert und in der Risikotragfähigkeitsanalyse mit Risikodeckungspotenzial unterlegt.

Das Spreadrisiko würde sich erst realisieren, wenn die Buy and Hold-Strategie durchbrochen wird bzw. wenn ein Geschäftspartner ausfällt. Auf der Passivseite ist dies insgesamt ausgeschlossen, da es kein realistisches Szenario gibt, in dem die Rentenbank Verbindlichkeiten zurückkaufen müsste. Unabhängig davon werden aber auch diese Bewertungsergebnisse sowohl in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung als auch in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

#### *Fremdwährungsrisiken*

Fremdwährungsrisiken und andere Preisrisiken aus Bilanzgeschäften werden grundsätzlich durch Sicherungsgeschäfte gesichert. Offene Währungspositionen entstehen durch Abrechnungsspitzen in äußerst geringem Umfang.

#### *Standardszenarien*

Im Standardszenario werden mögliche Marktpreisschwankungen angenommen. Für alle offenen zins-sensitiven Geschäfte der Portfolios „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ wird täglich eine Barwertsensitivität unter Verwendung einer Parallelverschiebung der Zinskurven mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 95 % gerechnet und den jeweiligen Limits gegenübergestellt.

#### *Stressszenarien*

Um Risiken außergewöhnlicher Marktentwicklungen abschätzen zu können, werden regelmäßig und anlassbezogen weitere Zinsänderungsszenarien jeweils für die Portfolios „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ berechnet. Im monatlichen Stressszenario wird nicht eine parallele Verschiebung der Zinskurve wie im Standardszenario untersucht, sondern eine differenzierte Verschiebung im Rahmen von zwei Einzelszenarien.

Für die Ermittlung von Spreadrisiken werden mögliche Risikoaufschläge bzw. -abschläge im Interbankenmarkt für das „Geldgeschäft“ simuliert. Im „Fördergeschäft“ werden eine Erhöhung der CCY-Basiswap-Spreads und der Basiswap-Spreads sowie eine Reduzierung der Credit-Spreads berechnet. Bei der Aggregation der Einzelrisiken werden Korrelationseffekte berücksichtigt.

Es wird eine Eintrittswahrscheinlichkeit von 99 % unterstellt.

#### **Limitierung und Reporting**

Das dem Marktpreisrisiko zugewiesene Risikodeckungspotenzial entspricht dem Risikolimit von 19 Mio. € (61 Mio. €). Nicht mehr benötigte Limits im „Fördergeschäft“ wurden gelöscht. Zusätzlich wurden im Rahmen der Validierung die Limits entsprechend der Anpassung der Standardszenarien skaliert.

Das Limit teilt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt auf:

	31. 12. 2012 Mio. €	31. 12. 2011 Mio. €
Geldgeschäft	12,0	30,0
Fördergeschäft	7,0	31,0
<b>Gesamt</b>	<b>19,0</b>	<b>61,0</b>

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die festgelegten Risikolimiten nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limite wird täglich überwacht und an den Gesamtvorstand berichtet. Sensitivitäts-, Szenario- und VaR-Analysen sowie Backtesting-Verfahren sind Bestandteil des Risikomanagements und des Risikocontrollings. Der Bilanzausschuss des Verwaltungsrats wird über die Ergebnisse der Risikoanalysen im Rahmen des Gesamtrisikoberichts quartalsweise informiert.

### Backtesting

Die Verfahren zur Beurteilung der Marktpreisrisiken und die den Standard- und Stressszenarien zugrunde liegenden Marktparameter werden mindestens jährlich validiert.

Unter Verwendung historischer Zinsentwicklungen werden die Szenarioparameter im „Geldgeschäft“ und im „Fördergeschäft“ täglich überprüft.

Zur Überprüfung der Güte des VaR-Modells wird täglich ein Backtesting durchgeführt. Hier werden die entstandenen potenziellen Bewertungsgewinne und verluste aus Markteffekten dem VaR gegenübergestellt.

Die Ergebnisse der täglichen Szenarioanalysen zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankenbene werden quartalsweise mit einem barwertorientierten Modell validiert.

### Aktuelle Risikosituation

Im Geschäftsjahr 2012 wurden die Annahmen und Marktparameter zur Berechnung der Standard- und Stressszenarien validiert. Hierbei führten Spreadänderungen zu erheblichem Anpassungsbedarf in den Szenarien.

#### Standardszenarien

Zum 31.12.2012 ergab sich für das Marktpreisrisiko im „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ bei einer Parallelverschiebung der Zinskurven um +40 Basispunkte (BP) (+100 BP) eine Ausnutzung von 6,7 Mio. € (15,2 Mio. €) auf das Risikodeckungspotenzial. Die

durchschnittliche Limitauslastung im Geschäftsjahr 2012 betrug 5,9 Mio. € (5,8 Mio. €). Dies entspricht einer durchschnittlichen Auslastung von 14,3 % (9,5 %). Im Berichtsjahr betrug der maximale Risikowert 15,6 Mio. € (17,6 Mio. €), der minimale unverändert 0,1 Mio. €. In den Jahren 2012 und 2011 wurden die Limite nicht überschritten.

#### Stressszenarien

Die Risikoberechnung in den Stressszenarien für das Zinsänderungsrisiko erfolgt in den Portfolios „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“. Für jedes Portfolio werden die Zinskurven im Rahmen von zwei Einzelszenarien differenziert verschoben. Für die Ermittlung der Gesamtsumme der Szenarien wird das maximale Verlustpotenzial des jeweiligen Portfolios herangezogen. Zum Berichtsstichtag ergab sich bei der Verschiebung der Zinskurven EONIA-Swap um +2 BP (+150 BP) und Deposit/Swap um + 60 BP (+150 BP) für kurze Restlaufzeiten und EONIA-Swap von -2 BP (+50 BP) und Deposit/Swap von -60 BP (+50 BP) für lange Restlaufzeiten ein Risikowert von 8,1 Mio. € (22,2 Mio. €). Der im Vorjahr noch separat ausgewiesene EONIA-Swap-Deposit-Spread von 2,1 Mio. € wurde zum Berichtsstichtag in die zuvor beschriebenen Stressszenarien integriert.

Die Kosten für den Tausch von Zinszahlungsströmen zwischen Zinsbasen unterschiedlicher Laufzeit in gleicher Währung mittels Zinsswaps betragen bei dem parallelen Anstieg der Basisswap-Spreads um 16 BP (15 BP) 105,1 Mio. € (94,2 Mio. €).

Bei den Kosten für den Tausch von Zahlungsströmen mit gleicher Laufzeit zwischen unterschiedlichen Währungen wird im Szenario eine Erhöhung des CCY-Basisswap-Spread von 105 BP (40 BP) unterstellt. Hieraus ergab sich ein Spreadrisiko von 1 035,4 Mio. € (429,2 Mio. €).

Für Credit-Spreads, die u. a. die Bonitätseinstufung eines Schuldners (strukturelle Bonität), die zugrunde liegenden Sicherheiten, die Marktliquidität, möglicherweise aber auch Marktspreids für den Tausch von Fremdwährungszahlungsströmen in Euro, Staatsanleihspreids des entsprechenden Sitzlandes oder den Einfluss von Arbitrageeffekten widerspiegeln, wird innerhalb der jeweiligen Bonitätsklasse eine Parallel-

verschiebung von 125 BP (120 BP) für Aktiv- und 118 BP (80 BP) für Passivgeschäfte im Stressszenario vorgenommen. Die Credit-Spread-Sensitivität betrug 791,0 Mio. € (245,5 Mio. €).

In den Stressszenarien werden Korrelationseffekte der Kosten für den Tausch von Zahlungsströmen zwischen unterschiedlichen Währungen und der eigenen Credit-Spreads risikomindernd berücksichtigt.

#### Value at Risk (VaR)

Der Value at Risk als der maximale Verlust aus Markteffekten im „Geldgeschäft“ bei 10-tägiger Haltedauer und einer Prognosegüte von 99 % betrug 0,8 Mio. € (2,6 Mio. €) zum 31.12.2012.

#### Zinsänderungsrisiken der Gesamtbank

Gemäß BaFin-Anforderung wurden die plötzlichen und unerwarteten Zinsänderungen mit einem Parallelshift von +(-)200 BP simuliert. Zum Berichtsstichtag ergab sich bei steigenden Zinsen ein Risikowert von 323,1 Mio. € (325,8 Mio. €). In Relation zu den regulatorischen Eigenmitteln errechnete sich eine Quote von 8,6 % (9,3 %). Zu keinem Zeitpunkt lag die Quote in den Jahren 2012 und 2011 oberhalb der Meldegrenze von 20 %.

#### Fremdwährungsrisiken

In keiner Währung war 2012 und 2011 ein materielles Risiko festzustellen.

Die Fremdwährungsnominalbestände gliederten sich wie folgt:

<b>31. 12. 2012</b>									
<b>Nominalwerte in Mio. €</b>	<b>USD</b>	<b>GBP</b>	<b>CHF</b>	<b>JPY</b>	<b>CAD</b>	<b>AUD</b>	<b>Sonstige</b>	<b>Gesamt</b>	
<b>Bilanzaktiva</b>									
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	0,0	49,7	0,0	0,0	0,0	0,0	49,8	
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Finanzanlagen	984,1	331,3	0,0	223,8	221,1	59,0	0,0	1 819,3	
Derivative									
Finanzinstrumente	27 203,8	1 255,5	1 805,8	2 582,5	729,1	8 686,4	4 242,0	46 505,1	
<b>Summe Aktiva</b>	<b>28 188,0</b>	<b>1 586,8</b>	<b>1 855,5</b>	<b>2 806,3</b>	<b>950,2</b>	<b>8 745,4</b>	<b>4 242,0</b>	<b>48 374,2</b>	
<b>Bilanzpassiva</b>									
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	64,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	64,4	
Verbindlichkeiten geg. Kunden	136,4	12,3	0,0	44,0	0,0	0,0	0,0	192,7	
Verbriefte Verbindlichkeiten	26 427,8	1 243,2	1 723,0	2 168,8	729,1	8 686,4	4 242,0	45 220,3	
Nachrangige Verbindlichkeiten	22,7	0,0	82,8	457,7	0,0	0,0	0,0	563,2	
Derivative									
Finanzinstrumente	1 536,6	331,3	49,7	135,8	221,1	59,0	0,0	2 333,5	
<b>Summe Passiva</b>	<b>28 187,9</b>	<b>1 586,8</b>	<b>1 855,5</b>	<b>2 806,3</b>	<b>950,2</b>	<b>8 745,4</b>	<b>4 242,0</b>	<b>48 374,1</b>	
<b>Netto-Währungsposition</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>	

31. 12. 2011

Nominalwerte in Mio. €	USD	GBP	CHF	JPY	CAD	AUD	Sonstige	Gesamt
<b>Bilanzaktiva</b>								
Forderungen								
an Kreditinstitute	0,1	1,0	74,1	0,0	0,0	0,0	6,7	81,9
Forderungen								
an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	1 026,7	323,7	0,0	272,0	212,2	59,0	0,0	1 893,6
Derivative								
Finanzinstrumente	31 684,8	3 439,2	2 171,8	3 392,3	1 107,0	7 613,1	3 842,4	53 250,6
<b>Summe Aktiva</b>	<b>32 711,6</b>	<b>3 763,9</b>	<b>2 245,9</b>	<b>3 664,3</b>	<b>1 319,2</b>	<b>7 672,1</b>	<b>3 849,1</b>	<b>55 226,1</b>
<b>Bilanzpassiva</b>								
Verbindlichkeiten								
geg. Kreditinstituten	38,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	38,6
Verbindlichkeiten								
geg. Kunden	166,2	12,0	0,0	49,9	0,0	0,0	0,0	228,1
Verbriefte								
Verbindlichkeiten	29 503,7	3 427,2	2 089,5	2 469,1	1 107,0	7 571,0	3 842,4	50 009,9
Nachrangige								
Verbindlichkeiten	23,2	0,0	82,3	519,0	0,0	0,0	0,0	624,5
Derivative								
Finanzinstrumente	2 979,8	324,7	74,0	626,3	212,2	101,1	6,7	4 324,8
<b>Summe Passiva</b>	<b>32 711,5</b>	<b>3 763,9</b>	<b>2 245,8</b>	<b>3 664,3</b>	<b>1 319,2</b>	<b>7 672,1</b>	<b>3 849,1</b>	<b>55 225,9</b>
<b>Netto-Währungsposition</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,2</b>

## Liquiditätsrisiken

### Definition

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt nachkommen bzw. die hierfür erforderlichen Mittel nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können.

Das Marktliquiditätsrisiko bezeichnet speziell die Gefahr, dass Vermögensgegenstände nicht, nicht sofort oder nur mit Einbußen veräußert, also liquidiert werden können.

### Steuerung und Überwachung

Die Liquiditätsrisiken aus den offenen Liquiditätssalden der Bank werden durch ein vom Gesamtvorstand vorgegebenes und an den Refinanzierungsmöglichkeiten orientiertem Limit begrenzt. Der Bereich Finanzen überwacht die Liquiditätsrisiken täglich und informiert den Gesamtvorstand und die zuständigen Fachabteilungen über die Ergebnisse entsprechend.

Als Instrumente für die Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsposition stehen Interbankengelder, besichertes Geldgeschäft, ECP-Emissionen und Offenmarktgeschäfte mit der Bundesbank zur Verfügung. Darüber hinaus können Wertpapiere zur Liquiditätssteuerung angekauft und Gelder bis zu zwei Jahren über das

Euro Medium Term Note (EMTN)-Programm, Loans, Globalanleihen bzw. inländische Kapitalmarktinstrumente aufgenommen werden.

Zur Eingrenzung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken darf der Liquiditätsbedarf für einen Zeitraum bis zu zwei Jahren das jeweilige frei verfügbare Refinanzierungspotenzial nicht überschreiten. Nach MaRisk werden ausreichend bemessene, nachhaltige, hochliquide Liquiditätsreserven vorgehalten, um kurzfristigen Refinanzierungsbedarf von mindestens einer Woche zu überbrücken und gegebenenfalls zusätzlich erforderlichen Refinanzierungsbedarf aus Stressszenarien zu decken.

In der mittel- und langfristigen Liquiditätsrechnung werden die Mittelzu- und -abflüsse der kommenden fünfzehn Jahre quartalsweise einem Limit über die Laufzeitenbereiche ab zwei bis fünfzehn Jahre gegenübergestellt. Die negativen kumulierten Zahlungsströme dürfen das Limit nicht überschreiten.

Die Angemessenheit der Stresstests sowie die zugrunde liegenden Annahmen und Verfahren zur Beurteilung der Liquiditätsrisiken werden mindestens jährlich überprüft.

Die Liquiditätsrisiken werden im Risikotragfähigkeitskonzept nicht mit Risikodeckungspotenzial unterlegt, da der Konzern über ausreichende liquide Mittel

verfügt und sich im Übrigen aufgrund der Triple-A-Ratings jederzeit weitere benötigte liquide Mittel am Interbankengeldmarkt bzw. bei Marktstörungen im Rahmen der hinterlegten Sicherheiten bei der Eurex Clearing AG (besichertes Geldgeschäft) und bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite) beschaffen kann.

#### *Stressszenarien*

Stressszenarien sollen den Einfluss von unerwarteten, außergewöhnlichen Ereignissen auf die Liquiditätsposition untersuchen. Die wesentlichen Liquiditäts-szenarien sind Bestandteil des internen Steuerungsmodells und werden monatlich berechnet und überwacht. Die Szenarioanalysen berücksichtigen einen Kursverfall für Wertpapiere, ein gleichzeitiges Abrufen aller unwiderruflichen Kreditzusagen, den Ausfall bedeutender Kreditnehmer und den Abruf der Barsicherheiten aus Besicherungsvereinbarungen aufgrund eines Anstiegs der negativen bzw. eines Rückgangs der positiven Marktwerte von Derivateportfolios. Mit dem Szenario-Mix wird das gleichzeitige (kombinierte) Eintreten von institutsspezifischen und marktbedingten Stressszenarien simuliert. Bei risikorelevanten Ereignissen werden Stresstests auch anlassbezogen durchgeführt.

#### *Liquiditätskennziffer nach Liquiditätsverordnung*

Nach aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Liquiditätsverordnung) werden täglich die gewichteten Zahlungsmittel den gewichteten Zahlungsverpflichtungen fristenkongruent gegenübergestellt. Ferner werden im Rahmen einer Hochrechnung diese Kennziffern auch für zukünftige Stichtage berechnet. Im Berichtsjahr 2012 lag die monatlich gemeldete Liquiditätskennziffer für den Zeitraum bis 30 Tage zwischen 2,70 und 4,82 (2,31 und 5,83) und somit deutlich über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert von 1,0.

#### **Reporting**

Der Gesamtvorstand wird mit der kurzfristigen Liquiditätsvorschau täglich und mit dem Liquiditätsrisikobericht monatlich über die kurz- und langfristige Liquidität, die Ergebnisse der Szenarioanalysen sowie die Ermittlung des Liquiditätspuffers nach MaRisk unterrichtet. Der Bilanzausschuss des Verwaltungsrats wird hierüber quartalsweise informiert.

#### **Aktuelle Risikosituation**

Das Liquiditätsrisiko bei nicht fristgerecht eingehenden Tilgungs- und Zinszahlungen wird bei funktionierenden Märkten als beherrschbar eingeschätzt, da aufgrund des Triple-A-Ratings der Bank kurzfristig Refinanzierungsmöglichkeiten im Geld- und Kapitalmarkt zur Verfügung stehen. Bei Marktstörungen kann Liquidität in Höhe des frei verfügbaren Refinanzierungspotenzials beschafft werden. Dieses deckte stets den Liquiditätsbedarf bis zu zwei Jahren ab.

Das Limit für die mittel- und langfristige Liquidität wurde in den Geschäftsjahren 2012 und 2011 stets eingehalten.

#### *Stressszenarien*

Auch in Bezug auf die Liquiditätsrisiken führt die Rentenbank Szenarioanalysen durch. Hierbei wird der aus allen Szenarien resultierende Liquiditätsbedarf zu den bereits bekannten Zahlungsströmen hinzugerechnet, um so die Auswirkung auf die Zahlungsfähigkeit der Bank zu untersuchen. Die Ergebnisse der Szenarioanalysen zeigten zum Berichtstag, ebenso wie im Vorjahr, dass der Konzern seinen Zahlungsverpflichtungen jederzeit uneingeschränkt hätte nachkommen können.

### **Operationelle Risiken**

#### **Definition**

Operationelle Risiken sind Risiken aus nicht funktionierenden oder fehlerhaften Systemen, Prozessen, aus Fehlverhalten von Menschen oder aus externen Ereignissen. Zu den operationellen Risiken zählen Rechtsrisiken, Risiken aus Rechtsverstößen und sonstigen strafbaren Handlungen, Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereignis- bzw. Umweltrisiken. Nicht dazu zählen unternehmerische Risiken, wie z. B. Geschäfts-, Regulierungs- und Reputationsrisiken.

#### **Organisation**

Die operationellen Risiken des Konzerns werden durch ein Bündel von Maßnahmen gesteuert, welche an der Ursache, der Kontrolle oder der Schadensabsicherung ansetzen. Dazu zählen organisatorische Vorkehrungen (z. B. Trennung von Handel und Abwicklung bzw. Markt und Marktfolge, striktes Vier-Augen-Prinzip), detaillierte Arbeitsanweisungen und qualifiziertes Personal.

Rechtsrisiken aus Geschäftsabschlüssen reduziert der Konzern, indem soweit wie möglich standardisierte Verträge genutzt werden. Die Rechtsabteilung wird hierbei frühzeitig in Entscheidungen einbezogen.

Auf Basis einer Gefährdungsanalyse gemäß § 25c KWG werden Risiken aus Rechtsverstößen und sonstigen strafbaren Handlungen, die das Vermögen des Konzerns in Gefahr bringen könnten, identifiziert und Maßnahmen zur Optimierung der Organisation zur Betrugsprävention abgeleitet. Innerhalb betrugsrelevanter Themengebiete wird die Einhaltung genereller und institutsspezifischer Anforderungen an eine wirksame Organisation zur Betrugsprävention analysiert.

Die Risiken aus Auslagerungen sind grundsätzlich unter den operationellen Risiken erfasst. Auf Grundlage einer standardisierten Risikoanalyse wird zwischen wesentlichen und unwesentlichen Auslagerungen unterschieden. Wesentliche Auslagerungen werden durch Einrichtung eines dezentralen Outsourcing-Controllings explizit in die Risikosteuerung und Überwachung einbezogen.

Betriebsrisiken und Ereignis- oder Umweltrisiken werden konzernweit identifiziert und nach Wesentlichkeitsaspekten gesteuert und überwacht.

Der Konzern hat einen IT-Sicherheitsbeauftragten benannt und ein IT-Sicherheitskonzept implementiert. Der IT-Sicherheitsbeauftragte überwacht die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität von informationsverarbeitenden und -lagernden Systemen. Bei allen IT-Störfällen ist er eingebunden.

Ein Notfall-Handbuch beschreibt die Vorgehensweise zur Katastrophenvorsorge bzw. im Katastrophenfall. Weitere Notfallpläne regeln den Umgang mit eventuell auftretenden Betriebsstörungen. Auch Auslagerungen von zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen werden in diese Pläne integriert.

### **Quantifizierung der operationellen Risiken**

Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes mit einem an den Basisindikatoransatz angelehnten Verfahren quantifiziert. Die Faktoren, die dem Standard- und Stressszenario zugrunde liegen, wurden aufgrund des Geschäftsumfanges festgelegt.

#### *Schadensfallerhebung*

Alle Schadensereignisse des Konzerns werden in einer Schadensfalldatenbank strukturiert gesammelt und ausgewertet. Alle laufenden Schäden und Beinahe-

Schäden erfassen dezentral die Operational-Risk-Beauftragten. Operationelle Risiken werden in den einzelnen Geschäftsbereichen gemanagt, sodass bei diesem dezentralen Ansatz die Maßnahmen zur Vermeidung und Begrenzung der Risiken primär in der Verantwortung der jeweiligen Organisationseinheiten liegen. Die Aufgaben, Schadensfälle zu analysieren und zu aggregieren sowie das Instrumentarium methodisch weiterzuentwickeln, sind dem Risikocontrolling zugeordnet.

#### *Self Assessment*

Die Bank führt regelmäßig Self Assessments durch. Ziel der Self Assessments ist es, das Wissen zur Erkennung und Beurteilung von Risiken aus den Geschäftseinheiten, in denen sich die Risiken konkretisieren, zu nutzen. Basierend auf einer unternehmensweiten Prozesslandkarte werden wesentliche, potenzielle operationelle Risikoszenarien auch unter Aspekten der Betrugsprävention für alle bedeutenden Geschäftsprozesse mindestens jährlich in einem Workshop identifiziert, anschließend nach Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet und gegebenenfalls durch zusätzliche Präventivmaßnahmen reduziert.

#### *Risikoindikatoren*

Um frühzeitig auf Veränderungen im Risikoprofil des Konzerns reagieren zu können, wurden Risikoindikatoren für drohende Verluste definiert. Auf dieser Basis können angemessene Maßnahmen zur Risikobewältigung ergriffen werden. Deren Effektivität spiegelt sich in der Entwicklung der Indikatoren unmittelbar wider. Ausgehend von den durch Selbsteinschätzung oder anderweitige Risikoanalyse gewonnenen Erkenntnissen entwickelt das Risikocontrolling derzeit ein System zur Überwachung von Risikoindikatoren. Geplant ist, einen entsprechenden Bericht erstmalig im ersten Quartal 2013 zu erstellen und ihn dem Gesamtvorstand sowie dem Führungskreis I vorzulegen.

### **Limitierung und Reporting**

Für die operativen Risiken wird das Limit anhand eines modifizierten Basisindikatorenansatzes ermittelt. Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise an den Gesamtvorstand, den Verwaltungsrat und den Führungskreis I.

### **Aktuelle Risikosituation**

Die Auslastung des operationellen Risikos im Standard-szenario betrug am Stichtag 31,5 Mio. € (30,9 Mio. €).

Im Stressszenario wurde zum Stichtag ein Risikowert von 63,1 Mio. € (61,8 Mio. €) ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden vier bedeutende Schadensereignisse (ab 5 Tsd. €) in der Schadensfalldatenbank erfasst, deren Nettoverlust 97 Tsd. € betrug. Im Vorjahr gab es vier bedeutende Einzelverluste aus operationellen Risiken mit einem Nettoverlust 284 Tsd. €.

## Regulierungs- und Reputationsrisiken

### Definition

Regulierungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen sich negativ auf die Geschäftstätigkeit oder das Betriebsergebnis des Konzerns auswirkt. Zusätzlich besteht das Risiko, dass regulatorische Anforderungen unzureichend erfüllt werden.

Reputationsrisiken sind Gefahren aus einer Rufschädigung des Konzerns, die sich wirtschaftlich negativ auswirken.

### Steuerung und Überwachung

Regulierungsrisiken können das auf dem gesetzlichen Förderauftrag beruhende Geschäftsmodell der Rentenbank beeinträchtigen. Ohne die rechtlichen nationalen und europäischen Rahmenbedingungen, insbesondere für Förderkredite, wäre eine nachhaltige Förderung der Landwirtschaft sowie des ländlichen Raums nicht möglich. Basis des Geschäftsmodells sind u. a. ein geringes Risiko im Kreditgeschäft sowie eine stabile Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Auch zusätzliche regulatorische Anforderungen an Kreditinstitute, z. B. aus den Basel III- und CRD (Capital Requirements Directive) IV-Vorschriften, wird die Rentenbank nach den bereits durchgeführten Hochrechnungen erfüllen.

Reputationsrisiken können u. a. die Refinanzierungsfähigkeit der Rentenbank gefährden. Aufgrund der Triple-A-Ratings bestehen aber entsprechende Refinanzierungsmöglichkeiten. Bei der Vergabe der Triple-A-Ratings stellen der gesetzliche Förderauftrag der Rentenbank und die damit verbundene besondere Haftung (Anstaltslast) des Bundes maßgebliche Faktoren dar.

Regulierungs- und Reputationsrisiken können sich auf das Neugeschäft und damit auf die Marge negativ auswirken. Sie werden durch die Berücksichtigung in den verschiedenen Szenarien der Ertragsplanung gesteuert. Neben den monatlichen Soll-Ist-Abgleichen in der

Gewinn-und-Verlustrechnung werden die Risiken auch über die Einträge in der Schadensfalldatenbank und in den durchgeführten Self Assessments überwacht.

### Reporting

Der vom Verwaltungsrat gebildete Verwaltungsausschuss erörtert die Ertragsplanung. Der Gesamtvorstand und der Bilanzausschuss des Verwaltungsrats werden quartalsweise über bedeutende Schadensereignisse und wesentliche Risiken aus den Self Assessments informiert.

### Aktuelle Risikosituation

Im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses werden Szenarien berechnet, die Regulierungs- und Reputationsrisiken berücksichtigen. Dies sind im Wesentlichen das Risiko einer geringeren Marge und damit Ertragsrisiken. Das Risiko wird, wie die Zahlen aus der Ertragsplanung zeigen, als beherrschbar eingeschätzt, da kein Szenario die Risikotragfähigkeit gefährdet.

Schadensereignisse aus Regulierungs- oder Reputationsrisiken traten im Berichtszeitraum nicht ein.

## Risikotragfähigkeit - „Going Concern-Ansatz“

In der Risikotragfähigkeitsrechnung wird die Summe der Anrechnungsbeträge aus den Adressenausfall-, Marktpreis- und operationellen Risiken des Konzerns einem Anteil des Risikodeckungspotenzials in Abhängigkeit von unterschiedlichen Risikoszenarien gegenübergestellt. Liquiditäts-, Reputations- und Regulierungsrisiken werden gemäß dem Risikotragfähigkeitskonzept nicht angerechnet. Sie werden aufgrund ihrer Eigenart nicht einbezogen, da sie nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotenzial begrenzt werden können. Stattdessen werden diese Risikoarten im Rahmen ihrer Risikostrategie in den Risikosteuerungs- und -controllingprozessen berücksichtigt.

Das Risikotragfähigkeitskonzept basiert auf dem „Going Concern-Ansatz“. Der Betrachtungshorizont ist auf ein Jahr festgelegt.

Im „Going Concern-Ansatz“ wird von einer Unternehmensfortführung ausgegangen. Bei Eintritt der konservativ festgesetzten Stressszenarien mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von mindestens 99 % müssen dabei immer noch genügend Kapitalbestandteile vorhanden sein, um die aufsichtsrechtlichen Eigenkapital-



stellt, um die Tragfähigkeit der möglichen Verluste zu ermitteln. Der mögliche Verlust nach dem Standardszenario soll das verfügbare Betriebsergebnis zuzüglich eines Anteils der Gewinnrücklagen nicht übersteigen (Risikodeckungspotenzial 1). Die Eintrittswahrscheinlichkeit der Standardszenarien für Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken beträgt 95 %. Die Risiken werden auf Tagesbasis überwacht.

Die Risikowerte der einzelnen Risikoarten sowie die Auslastung des Risikodeckungspotenzials sind in folgender Tabelle dargestellt:

	Standardszenario			
	31.12.2012		31.12.2011	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Adressenausfallrisiko	89,0	69,9	97,1	67,8
Marktpreisrisiko	6,7	5,3	15,2	10,6
Operationelles Risiko	31,5	24,8	30,9	21,6
<b>Gesamtrisiko</b>	<b>127,2</b>	<b>100,0</b>	<b>143,2</b>	<b>100,0</b>
<b>Risikodeckungspotenzial 1</b>	<b>314,0</b>		<b>356,0</b>	
<b>Auslastung</b>		<b>40,5</b>		<b>40,2</b>

Zum 31.12.2012 entfielen im Standardszenario 70 % (68 %) der Gesamtrisiken auf Adressenausfallrisiken. Für sektorale Konzentrationsrisiken ist zum 31.12.2012 erstmals ein pauschaler Risikobetrag in den Szenarien für Adressenausfallrisiken von 50 Mio. € enthalten. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist auf Fälligkeiten in den schlechteren Bonitätsklassen und die Bonitätsverbesserung einzelner Bank-Geschäftspartner zurückzuführen. Im Abschnitt „Adressenausfallrisiken“ sind die Risikoaktiva tabellarisch nach Bonitätsklassen für die Geschäftsjahre 2012 und 2011 dargestellt.

Die Marktpreisrisiken betragen im Standardszenario 5 % (11 %) und die operationellen Risiken 25 % (22 %) der Gesamtrisiken des Konzerns.

Das Gesamtrisiko unter Annahme eines Standardszenarios betrug 127,2 Mio. € (143,2 Mio. €). Das Gesamtrisikolimit wurde zu 41 % (40 %) ausgelastet.

#### Stressszenarien

Mit dem Stressszenario werden die Auswirkungen außergewöhnlicher Parameteränderungen analysiert. Für das Adressenausfallrisiko werden hier eine volle Ausnutzung aller intern eingeräumten Limite, Bonitätsverschlechterungen unserer Kontrahenten, eine Er-

höhung der länderspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie höhere Verlustquoten für potenzielle Ausfälle besicherter Geschäfte innerhalb des Gesamtkreditportfolios unterstellt.

Das Stressszenario der Marktpreisrisiken umfasst eine differenzierte Verschiebung der Zinsstrukturkurven, eine Ausweitung der Risikoaufschläge im Interbankenmarkt, eine Veränderung der Kosten für den Tausch von Zinszahlungsströmen zwischen zwei Zinsbasen in gleicher Währung und eine Veränderung der Kosten für den Tausch von Zahlungsströmen zwischen unterschiedlichen Währungen sowie eine Veränderung der Credit-Spreads.

Für operationelle Risiken wird im Stressszenario gegenüber dem Standardszenario eine Verdopplung der Schadenshöhe unterstellt.

Es wird eine Eintrittswahrscheinlichkeit von 99 % unterstellt.

Die Risikowerte aus den einzelnen Risikoarten (Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken) werden addiert und dem Risikodeckungspotenzial 2 gegenübergestellt. Bei der Aggregation der Einzelrisiken innerhalb des Marktpreisrisikos, insbesondere bei den Spreadrisiken, werden Korrelationseffekte berücksichtigt.

Die folgende Tabelle stellt die Risikowerte der einzelnen Risikoarten sowie die kalkulatorische Inanspruchnahme des Risikodeckungspotenzials dar:

	Stressszenario			
	31.12.2012		31.12.2011	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Adressenausfallrisiko	242,0	36,5	384,8	42,1
Marktpreisrisiko	8,1	1,2	22,2	2,4
Marktpreisrisiko (Spreadrisiko)	349,5	52,8	445,7	48,7
Operationelles Risiko	63,1	9,5	61,8	6,8
<b>Gesamtrisiko</b>	<b>662,7</b>	<b>100,0</b>	<b>914,5</b>	<b>100,0</b>
<b>Risikodeckungspotenzial 2</b>	<b>2 088,3</b>		<b>1 574,8</b>	
<b>Auslastung</b>		<b>31,7</b>		<b>58,1</b>

Zum 31.12.2012 entfielen 37 % (42 %) der Gesamtrisiken auf Adressenausfallrisiken. Der Anteil der Marktpreisrisiken betrug 54 % (51 %) und der der operationellen Risiken 9 % (7 %). Korrelationen werden bei der Aggregation der Stressszenarien aus Marktpreisrisiken in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Das Gesamtrisiko unter Stressszenario-Annahmen betrug 662,7 Mio. € (914,5 Mio. €). Für das Risikodeckungspotenzial 2 ergab sich eine Auslastung von 32 % (58 %).

#### „Going Concern-Ansatz“

Nach Anrechnung der Risikowerte aus den Stressszenarien muss im „Going Concern-Ansatz“ noch genügend Risikodeckungspotenzial (Kapital) zur Verfügung stehen, um die in Anlehnung an die SolvV berechneten Kapitalquoten einzuhalten. Das hierbei zugrunde gelegte Kapital wird maßgeblich auf Basis des modifizierten Risikodeckungspotenzials 3 (mod. RDP 3) unter Berücksichtigung der von der Aufsicht vorgegebenen „Prudential Filters“ ermittelt. Die „Prudential Filters“ beziehen sich dabei im Wesentlichen auf die Anrechnung der Neubewertungsrücklage und des Eigenbonitätseffektes.

Die in der SolvV vorgeschriebenen Mindestkapitalquoten von 4 % für das Kernkapital und von 8 % für das Gesamtkapital wurden eingehalten – auch nach Berücksichtigung der Risikowerte aus den Stressszenarien.

In der Mehrjahresplanung werden die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten im „Going Concern-Ansatz“ gleichfalls eingehalten.

## Risikotragfähigkeit – „Liquidationsansatz“

In einem weiteren Steuerungskreis wird die Risikotragfähigkeit nach dem „Liquidationsansatz“ beobachtet.

### „Liquidationsansatz“

Bei einem „Liquidationsansatz“ steht der Gläubigerschutz im Vordergrund. Daher werden sämtliche stillen Reserven und Lasten im Risikodeckungspotenzial berücksichtigt. Danach muss noch genügend Risikodeckungspotenzial vorhanden sein, um die Effekte aus den nochmals konservativeren Stressszenarien abzudecken. Es werden für Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken Liquidations- bzw. Extremszenarien mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 99,99 % simuliert. Die Szenarien werden mit strengen, auf seltene Verlustausprägungen abstellenden Risikomaßen und Parametern quantifiziert.

Die Extremszenarien für Adressenausfallrisiken beurteilen Risikokonzentrationen des Kreditgeschäfts auf Regionen, Branchen oder Adressen. Die Marktpreisrisiken werden mit höheren Eintrittswahrscheinlichkeiten unter den gleichen Prämissen wie bei den Stressszenarien ermittelt. Für operationelle Risiken wird im Liquidationsszenario gegenüber dem Standardszenario eine Vervierfachung der Schadensfälle unterstellt.

Um Risiken aus den Extrem- bzw. Liquidationsszenarien mit Risikodeckungspotenzial zu unterlegen, wird das maximal zur Risikoabdeckung eingesetzte Risikodeckungspotenzial bestimmt. Es werden keine geplanten und noch nicht erzielten Gewinne (verfügbares Betriebsergebnis) berücksichtigt. Stille Reserven und stille Lasten fließen dagegen vollständig ein.

Der in den Liquidations- bzw. Extremszenarien ermittelte potenzielle Ausfall soll das Risikodeckungspoten-

zial nicht überschreiten. Dieser Steuerungskreis dient vorrangig dazu, Ergebnisse zu beobachten und kritisch zu reflektieren.

Die Risikotragfähigkeit nach dem Liquidationsansatz war im Jahr 2012 gegeben.

### **Inverse Stresstests und konjunktureller wirtschaftlicher Abschwung**

Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken werden darüber hinaus inversen Stresstests unterzogen. Sie stellen im Gegensatz zum regulären Stresstest die Überlebensfähigkeit der Kreditinstitute in den Mittelpunkt der Analyse. Ausgangspunkt ist ein maximal zu tragender Verlust, abgeleitet aus dem Risikodeckungspotenzial des Konzerns. Inverse Stresstests können insbesondere für die Adressenausfallrisiken konstruiert werden. Die angenommenen Szenarien haben eine niedrige Eintrittswahrscheinlichkeit.

Außerdem werden die Auswirkungen eines konjunkturellen wirtschaftlichen Abschwungs auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Auch in diesem Szenario war die Risikotragfähigkeit des Konzerns in den Jahren 2012 und 2011 nicht gefährdet.

## **Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, waren nicht zu verzeichnen.

## **Prognosebericht**

Die wirtschaftliche Entwicklung der Rentenbank hängt wesentlich von den Rahmenbedingungen an den Kredit- und Finanzmärkten ab. Diese werden durch die Konjunktur, die jeweilige Geldpolitik der Notenbanken, die Preis- und Währungsentwicklung sowie die Entwicklung der öffentlichen Finanzen beeinflusst. Für die Nachfrage nach Förderkrediten spielen sowohl die Zinsentwicklung als auch die wirtschaftliche Lage an den Agrarmärkten eine wichtige Rolle. Mittel- und langfristig sind die Aussichten des Agrarsektors insbesondere mit Blick auf die zunehmende Weltbevölkerung sehr positiv. Doch auch die Agrarmärkte sind nicht unabhängig von konjunkturellen Schwankungen.

Die Weltkonjunktur hat sich im Jahr 2012 weiter abgeschwächt. Der Tiefpunkt scheint jedoch erreicht zu sein. Verschiedene Indikatoren deuten auf eine leicht anziehende konjunkturelle Dynamik im laufenden Jahr hin. Allerdings belasten Unsicherheiten den Ausblick, insbesondere die anhaltende Staatsschuldenkrise im Euroraum und der zukünftige finanzpolitische Kurs in den Vereinigten Staaten.

Für Deutschland prognostizieren Wirtschaftsforschungsinstitute für 2013 ein Wirtschaftswachstum von weniger als einem Prozent. Im Euroraum insgesamt wird sogar ein weiteres Jahr mit einer leichten Rezession nicht ausgeschlossen. In vielen europäischen Staaten dürften die Bemühungen, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen. Die konjunkturelle Erholung in den Schwellenländern könnte dagegen zumindest dem Außenhandel Impulse geben.

Im Euroraum zeichnet sich für das Jahr 2013 eine niedrigere durchschnittliche Inflationsrate ab. Grund dafür sind die trüben Konjunkturaussichten und Basiseffekte bei den Preisen für Energie und Nahrungsmittel. Die Europäische Zentralbank (EZB) erwartet einen Preisanstieg von unter 2 % im laufenden Jahr.

Vor diesem Hintergrund wird die EZB auf absehbare Zeit ihre Geldpolitik vermutlich nicht ändern und ihren Leitzins vorerst bei 0,75 % belassen. Sollte sich die Staatsschuldenkrise erneut verschärfen, ist jedoch auch eine weitere Lockerung nicht völlig auszuschließen. Die Zentralbank dürfte darüber hinaus den Finanzsektor weiterhin mit reichlich Liquidität versorgen, obwohl sich bereits eine gewisse Beruhigung an den Kapitalmärkten in den ersten Wochen des laufenden Jahres abgezeichnet hat. Diese leichten Normalisierungstendenzen führten außerdem dazu, dass die langfristigen Renditen sicherer Anlageformen, wie Bundesanleihen, angestiegen sind. Dennoch dürfte der Anstieg begrenzt bleiben, da sich viele Anleger angesichts der noch ungelösten Staatsschuldenkrise weiterhin risikoscheu verhalten werden.

Auch unter diesen Rahmenbedingungen geht die Rentenbank aufgrund ihrer risikobewussten Geschäftspolitik und ihren Triple-A-Ratings davon aus, ihren Förderauftrag erfolgreich erfüllen zu können.

Zur Prognose der zukünftigen Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage werden umfassende Jahres- und Mehrjahrespläne erstellt. Sie beinhalten eine Bestands-, Ertrags- und Kostenplanung einschließlich Kostenbudgets sowie Stressszenarien. Dabei geht die Jahresplanung detaillierter auf Einzelheiten ein als die Mehrjahresplanung.

Im Rahmen der aktuellen Planung wird im Konzern aufgrund der Entwicklung an den Kredit- und Kapitalmärkten sowohl im Fördergeschäft als auch bei der Refinanzierung der Bank für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 ein Neugeschäftsvolumen auf dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres erwartet. Der Bestand wird sich durch die absehbar hohen Fälligkeiten wahrscheinlich reduzieren und so voraussichtlich zu geringeren Erträgen führen. Dabei wird der Schwerpunkt in der Kreditvergabe weiterhin bei Programmkrediten liegen. Der Konzern geht von einer stabilen bis steigenden Nachfrage bei den Programmkrediten „Landwirtschaft“ sowie „Agrar- und Ernährungswirtschaft“, einem Rückgang in den Programmen „Erneuerbare Energien“ sowie einer stabilen Nachfrage in „Ländliche Entwicklung“, insbesondere bei der Zusammenarbeit mit den Landesförderinstituten, aus. Das Neugeschäft kann unverändert mittels aller Emissionsprogramme refinanziert werden. Leicht steigende Erträge werden im Segment „Kapitalstockanlage“ durch ein erhöhtes Anlagevolumen aus der Neuzuweisung – trotz der unterstellten niedrigeren Anlagezinsen – erwartet. Das Zinsergebnis des Segments „Treasury Management“ wird sich aus heutiger Sicht 2013 und 2014 voraussichtlich aufgrund der prognostizierten Margeneinengung rückläufig entwickeln.

Auch bei der von der Rentenbank praktizierten risikoaversen Neugeschäftspolitik kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch im Jahresverlauf 2013 weitere bonitätsbeeinträchtigende Informationen über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Geschäftspartner bekannt werden. Dies kann weitere Ratingverschlechterungen nach sich ziehen und damit das Risikodeckungspotenzial belasten.

Die Kostenplanung für die Jahre 2013 und 2014 berücksichtigt insbesondere die erforderlichen Investitionen in die Datenverarbeitung. Darin enthalten sind Investitionen für die Implementierung des neuen Handelssystems und der neuen Meldewesen-Software sowie für die Erneuerung der im Einsatz befindlichen sonstigen Software. Die vielfältigen Änderungen im Aufsichts- und Bilanzrecht werden – trotz eines strengen Kostenmanagements – weiterhin steigende Verwaltungsaufwendungen in den kommenden Jahren in den relevanten Bereichen auslösen. Dies gilt insbesondere für die Personalkosten, da neue Stellen geschaffen werden müssen.

Vor diesem Hintergrund werden im Konzern 2013 und 2014 um bis zu 20 % rückläufige operative Ergebnisse erwartet. Sie werden jedoch weiterhin über dem

Vorkrisenniveau (Geschäftsjahr 2007: 146 Mio. €) liegen. Durch diese zufriedenstellenden Ertragsaussichten wird es möglich sein, die Förderdividende leicht zu erhöhen. Sie dient dazu, den gesetzlich vorgeschriebenen Förderauftrag zu erfüllen insbesondere die Programmkredite zu verbilligen, den Förderfonds und das Zweckvermögen zu stärken sowie besondere Förderungen zu ermöglichen, wie z. B. das Kapital der Edmund Rehwinkel-Stiftung aufzustocken. Darüber hinaus werden die Erträge eingesetzt, um die Kapitalausstattung weiter zu stärken.

Die unter drei verschiedenen Szenarien ermittelten operativen Ergebnisse für 2013 bis 2014 schwanken in einer Bandbreite von bis zu 25 %. Auch unter Stressbedingungen liegen sie über dem Vorkrisenniveau des Jahres 2007.

Die marktbedingten Veränderungen der Bewertungsparameter im ersten Monat des Jahres 2013, insbesondere die Erholung der Marktkurse für Anleihen aus den Euro-Peripherie-Staaten, wirkten sich positiv auf das Bewertungsergebnis aus. Durch die hohe Volatilität der Marktparameter ist die weitere Entwicklung des Bewertungsergebnisses nicht verlässlich prognostizierbar.

Das Fördergeschäft entwickelte sich im ersten Monat des laufenden Geschäftsjahres nach Plan. Der Gesamtvorstand ist zuversichtlich, das Planvolumen im mittel- und langfristigen Fördergeschäft und die Planergebnisse für das Geschäftsjahr 2013 zu erreichen.

Der Prognosebericht enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf gegenwärtigen Erwartungen, Annahmen, Vermutungen und Prognosen des Gesamtvorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen basieren. Hierbei handelt es sich insbesondere um Aussagen hinsichtlich unserer Pläne, Geschäftsstrategien und -aussichten. Wörter wie „erwarten“, „antizipieren“, „beabsichtigen“, „planen“, „glauben“, „anstreben“, „schätzen“ und ähnliche Begriffe kennzeichnen solche zukunftsgerichteten Aussagen. Diese Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen zu verstehen, sondern sind vielmehr von Faktoren abhängig, die Risiken und Unwägbarkeiten beinhalten und auf Annahmen beruhen, die sich gegebenenfalls als unrichtig erweisen. Sofern keine anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen bestehen, können wir keine Verpflichtung zur Aktualisierung der zukunftsgerichteten Aussagen nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen.

## Konzernabschluss

## Konzern-Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	Notes	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €
<b>1) Gewinn- und Verlustrechnung</b>			
Zinserträge		3 959,5	3 906,5
Zinsaufwendungen		3 593,6	3 544,6
<b>Zinsüberschuss</b>	26	<b>365,9</b>	<b>361,9</b>
Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	13, 27	20,7	15,6
davon Zuführung Zinsunterdeckung		74,9	68,5
davon Verbrauch Zinsunterdeckung		54,1	48,6
<b>Zinsüberschuss nach Risikovorsorge/Zinsunterdeckung</b>		<b>345,2</b>	<b>346,3</b>
Provisionserträge		0,3	0,3
Provisionsaufwendungen		2,5	2,6
Provisionsergebnis	28	-2,2	-2,3
Ergebnis aus Finanzanlagen	29	3,1	-11,3
Verwaltungsaufwendungen	30	48,9	48,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	31	2,0	-0,4
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	32	-55,7	-352,4
Ergebnis aus Steuern	33	0,3	-1,2
<b>Konzernjahresüberschuss (-fehlbetrag)</b>		<b>243,8</b>	<b>-69,3</b>
<b>2) Sonstiges Ergebnis</b>			
Veränderung der Neubewertungsrücklage	57	583,8	-359,8
<b>3) Konzerngesamtergebnis</b>		<b>827,6</b>	<b>-429,1</b>

### Informativ: Überleitungsrechnung zum Bilanzgewinn

	Notes	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €
Konzernjahresüberschuss (-fehlbetrag)		243,8	-69,3
Entnahmen aus den Gewinnrücklagen			
a) aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank		21,8	21,4
b) aus den Anderen Gewinnrücklagen		0,0	118,4
Einstellungen in die Gewinnrücklagen			
a) in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank		60,1	58,2
b) in die Anderen Gewinnrücklagen		192,7	0,0
<b>Bilanzgewinn</b>		<b>12,8</b>	<b>12,3</b>

## Konzernbilanz zum 31. Dezember 2012

<b>Aktiva</b>	Notes	31. 12. 2012 Mio. €	31. 12. 2011 Mio. €
Barreserve	36	204,4	778,6
Forderungen an Kreditinstitute	37	51 164,0	51 383,0
<i>davon Förderbeitrag Forderungen an Kreditinstitute</i>	39	-291,1	-270,7
Forderungen an Kunden	38	4 652,4	2 853,9
<i>davon Förderbeitrag Forderungen an Kunden</i>	39	-0,1	-0,1
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	40	1 210,7	772,5
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	41	7 486,4	7 847,6
Finanzanlagen	42	22 588,7	24 737,7
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	15, 43	15,9	16,3
Sachanlagen	16, 44	22,5	22,4
Immaterielle Vermögenswerte	17, 45	14,9	5,7
Laufende Ertragsteueransprüche	20, 46	1,1	2,0
Aktive latente Steuern	20, 47	0,9	0,5
Sonstige Aktiva	19, 48	1 035,6	456,9
<b>Gesamt</b>		<b>88 397,5</b>	<b>88 877,1</b>

<b>Passiva</b>	Notes	31. 12. 2012 Mio. €	31. 12. 2011 Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	49	2 868,0	3 107,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50	5 802,6	6 147,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	51	66 632,3	68 161,8
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	52	5 832,2	4 262,5
Rückstellungen	21, 22, 53	103,9	104,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	54	924,4	912,4
Passive latente Steuern	20, 55	0,2	0,1
Sonstige Passiva	23, 56	3 712,9	4 475,3
Eigenkapital	24, 57	2 521,0	1 705,7
<i>Gezeichnetes Kapital</i>		135,0	135,0
<i>Gewinnrücklagen</i>		2 552,8	2 321,8
<i>Neubewertungsrücklage</i>		-179,6	-763,4
<i>Bilanzgewinn</i>		12,8	12,3
<b>Gesamt</b>		<b>88 397,5</b>	<b>88 877,1</b>

## Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

### Entwicklung des Eigenkapitals vom 01. Januar bis 31. Dezember 2012

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Gewinn- rücklagen	Neube- wertungs- rücklage	Bilanz- gewinn	Gesamt 2012
<b>Eigenkapital zum 01. 01. 2012</b>	<b>135,0</b>	<b>2 321,8</b>	<b>-763,4</b>	<b>12,3</b>	<b>1 705,7</b>
Konzernjahresüberschuss		231,0		12,8	243,8
Veränderung unrealisierter Gewinne und Verluste			583,8		583,8
<b>Konzerngesamtergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>231,0</b>	<b>583,8</b>	<b>12,8</b>	<b>827,6</b>
Auszahlung des Bilanzgewinns				-12,3	-12,3
<b>Eigenkapital zum 31. 12. 2012</b>	<b>135,0</b>	<b>2 552,8</b>	<b>-179,6</b>	<b>12,8</b>	<b>2 521,0</b>

### Entwicklung des Eigenkapitals vom 01. Januar bis 31. Dezember 2011

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Gewinn- rücklagen	Neube- wertungs- rücklage	Bilanz- gewinn	Gesamt 2011
<b>Eigenkapital zum 01. 01. 2011</b>	<b>135,0</b>	<b>2 403,4</b>	<b>-403,6</b>	<b>11,8</b>	<b>2 146,6</b>
Konzernjahresfehlbetrag		-81,6		12,3	-69,3
Veränderung unrealisierter Gewinne und Verluste			-359,8		-359,8
<b>Konzerngesamtergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>-81,6</b>	<b>-359,8</b>	<b>12,3</b>	<b>-429,1</b>
Auszahlung des Bilanzgewinns				-11,8	-11,8
<b>Eigenkapital zum 31. 12. 2011</b>	<b>135,0</b>	<b>2 321,8</b>	<b>-763,4</b>	<b>12,3</b>	<b>1 705,7</b>

Für weitere Erläuterungen des Eigenkapitals wird auf die Abschnitte (24) und (59) verwiesen.

## Konzern-Kapitalflussrechnung

	Notes	2012 Mio. €	2011 Mio. €
<b>Konzernjahresüberschuss (-fehlbetrag)</b>		<b>243,8</b>	<b>-69,3</b>
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	30	2,2	4,9
Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	27	20,8	16,2
Wertminderung von Finanzanlagen	29	0,0	11,3
Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen	53	11,9	14,6
Gewinn aus der Veräußerung von Sachanlagen		0,0	-0,3
Gewinn aus der Veräußerung von Finanzanlagen	29	-3,1	0,0
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		-0,3	1,1
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	32	55,7	352,4
Zinsüberschuss	26	-365,9	-361,9
<b>Zwischensumme</b>		<b>-34,9</b>	<b>-31,0</b>
Veränderung der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:			
Forderungen an Kreditinstitute	37	198,6	-2 114,0
Forderungen an Kunden	38	-1 798,5	-1 336,6
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	41	361,2	-1 807,9
Finanzanlagen	42	-963,9	4,2
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit		-1 015,7	-931,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	49	-239,5	613,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50	-345,0	518,7
Verbrieftete Verbindlichkeiten	51	-1 529,5	3 060,0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	52	1 569,7	920,7
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit		-179,2	82,5
Erhaltene Zinsen	26	3 956,7	3 901,3
Erhaltene Dividenden	26	2,8	5,2
Gezahlte Zinsen	26	-3 593,6	-3 544,6
Sonstige Anpassungen (per saldo)		-55,7	-352,4
<b>Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit</b>		<b>-3 666,5</b>	<b>-1 011,9</b>
Einzahlungen aus der Rückzahlung/Veräußerung von:			
Finanzanlagen	42	5 281,6	6 627,8
Sachanlagen		0,0	1,1
Auszahlungen für den Erwerb von:			
Finanzanlagen	42	-2 165,6	-4 828,0
immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen	44, 45	-11,4	-7,6
<b>Cash-Flow aus Investitionstätigkeit</b>		<b>3 104,6</b>	<b>1 793,3</b>
Nachrangige Verbindlichkeiten	54	0,0	-44,5
Auszahlung des Bilanzgewinns		-12,3	-11,8
<b>Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit</b>		<b>-12,3</b>	<b>-56,3</b>
<b>Zahlungsmittelbestand jeweils zum 01. 01.</b>		<b>778,6</b>	<b>53,5</b>
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		-3 666,5	-1.011,9
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit		3 104,6	1 793,3
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit		-12,3	-56,3
Effekte aus Wechselkursänderungen		0,0	0,0
<b>Zahlungsmittelbestand jeweils zum 31. 12</b>		<b>204,4</b>	<b>778,6</b>

Die Konzern-Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestands der Geschäftsjahre 2012 und 2011 aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitions- und Finanzierungstätigkeit im Vergleich. Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Bilanzposition Barreserve.

Die Cash-Flows aus operativer Geschäftstätigkeit wurden nach der indirekten Methode ermittelt. Hierbei wird der Konzernjahresüberschuss um zahlungsunwirksame Posten sowie den mit Investitions- und Finanzierungstätigkeit verbundenen Ein- und Auszahlungen bereinigt. Der bereinigte Konzernjahresüberschuss wird um die Veränderungen der Vermö-

genswerte und Verpflichtungen korrigiert. Erhaltene und gezahlte Zinsen und Dividenden werden den Cash-Flows aus operativer Geschäftstätigkeit zugerechnet. Die Cash-Flows aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit wurden nach der direkten Methode ermittelt.

Die Liquiditätssteuerung des Konzerns ist auf die Rentenbank konzentriert. Die pflichtgemäß nach IAS 7 erstellte Konzern-Kapitalflussrechnung hat als Indikator für die Liquiditätslage nur eine geringe Aussagekraft. In diesem Zusammenhang wird auf die Ausführungen im Lagebericht zur Liquiditätssteuerung des Konzerns verwiesen.

## Konzernanhang (Notes)

Grundlagen der Rechnungslegung .....	111
--------------------------------------	-----

Anwendung neuer oder geänderter Standards und Interpretationen .....	111
---	-----

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden .....	112
---	-----

(1) Allgemeine Angaben .....	112
(2) Schätzungen .....	113
(3) Konsolidierungskreis .....	113
(4) Konsolidierungsgrundsätze .....	113
(5) Finanzinstrumente .....	113
(6) Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts für Finanzinstrumente .....	116
(7) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen .....	117
(8) Hybride Finanzinstrumente (Embedded Derivatives) .....	118
(9) Wertberichtigung von finanziellen Vermögenswerten .....	118
(10) Währungsumrechnung .....	119
(11) Echte Pensionsgeschäfte, Pfandkredite und Wertpapierleihegeschäfte .....	119
(12) Bilanzierung von Leasingverhältnissen .....	119
(13) Risikovorsorge/ Zinsunterdeckung .....	119
(14) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte .....	119
(15) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien .....	120
(16) Sachanlagen .....	120
(17) Immaterielle Vermögenswerte .....	120
(18) Wertminderung bei nicht-finanziellen Vermögenswerten .....	120
(19) Sonstige Aktiva .....	120
(20) Steuerforderungen/-verbindlichkeiten .....	120
(21) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen .....	120
(22) Andere Rückstellungen .....	121
(23) Sonstige Passiva .....	121
(24) Eigenkapital .....	121
(25) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen .....	121

Erläuterungen zur Konzern-Gesamtergebnisrechnung .....	122
--	-----

(26) Zinsüberschuss .....	122
(27) Risikovorsorge/ Zinsunterdeckung .....	122
(28) Provisionsergebnis .....	123
(29) Ergebnis aus Finanzanlagen .....	123
(30) Verwaltungsaufwendungen .....	123
(31) Sonstiges betriebliches Ergebnis .....	124
(32) Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung .....	124
(33) Ergebnis aus Steuern .....	125

Segmentberichterstattung .....	125
--------------------------------	-----

(34) Erläuterungen zur Segmentberichterstattung .....	125
(35) Segmente .....	126

**Erläuterungen zur Bilanz** ..... 126

(36)	Barreserve	126
(37)	Forderungen an Kreditinstitute	127
(38)	Forderungen an Kunden	127
(39)	Risikovorsorge/Zinsunterdeckung im Kreditgeschäft	127
(40)	Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	127
(41)	Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	128
(42)	Finanzanlagen	128
(43)	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	128
(44)	Sachanlagen	129
(45)	Immaterielle Vermögenswerte	129
(46)	Laufende Ertragsteueransprüche	130
(47)	Aktive latente Steuern	130
(48)	Sonstige Aktiva	131
(49)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	131
(50)	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	131
(51)	Verbriefte Verbindlichkeiten	131
(52)	Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	132
(53)	Rückstellungen	132
(54)	Nachrangige Verbindlichkeiten	134
(55)	Passive latente Steuern	134
(56)	Sonstige Passiva	134
(57)	Eigenkapital	135

**Erläuterungen zu Finanzinstrumenten** ..... 136

(58)	Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien	136
(59)	Finanzinstrumente der Kategorie „Designated as at Fair Value“	137
(60)	Nettogewinne oder -verluste nach Bewertungskategorien	137
(61)	Angaben zum beizulegenden Zeitwert	138
(62)	Derivative Geschäfte	142
(63)	Liquiditätsanalyse	143

**Sonstige Angaben** ..... 144

(64)	Eigenkapitalmanagement	144
(65)	Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital	144
(66)	Als Sicherheit übertragene bzw. erhaltene Vermögenswerte	145
(67)	Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	145
(68)	Anteilsbesitzliste	146
(69)	Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	146

**Zusatzangaben nach HGB** ..... 149

(70)	Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer	149
(71)	Abschlussprüferhonorare	149

## Grundlagen der Rechnungslegung

Der vorliegende Konzernabschluss der Rentenbank wurde in Übereinstimmung mit allen in der EU für das Geschäftsjahr 2012 verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend gemäß § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Er basiert auf der Verordnung 1606/2002 des Europäischen Parlaments und Rates vom 19. Juli 2002 sowie den Verordnungen, mit denen die IFRS in das EU-Recht übernommen wurden. Die IFRS umfassen neben den als IFRS bezeichneten Standards auch die International Accounting Standards (IAS) sowie Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) und des Standing Interpretations Committee (SIC).

Der Konzernabschluss besteht aus der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzernbilanz, der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, der Konzern-Kapitalflussrechnung und dem Konzernanhang. Ergänzend wird ein Konzernlagebericht erstellt.

Der Konzernabschluss sowie der Konzernlagebericht wurden vom Gesamtvorstand der Landwirtschaftlichen Rentenbank aufgestellt. Er wird voraussichtlich am 22.03.2013 mit Billigung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts durch den Verwaltungsrat zur Veröffentlichung freigegeben.

Die Berichtswährung ist Euro. Alle Beträge werden grundsätzlich in Millionen Euro angegeben.

Die erforderlichen Informationen zu den Bonitäts-, Liquiditäts- und Marktpreisrisiken aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.31 bis 7.42 enthält grundsätzlich der Risikobericht als Teil des Konzernlageberichts.

Die Offenlegungsvorschriften im Rahmen der Solvabilitätsverordnung (SolvV) werden in einem gesonderten Offenlegungsbericht erfüllt. Dieser verweist u. a. auf Darstellungen im Risikobericht als Teil des Konzernlageberichts sowie im Konzernanhang ab Abschnitt (64).

## Anwendung neuer oder geänderter Standards und Interpretationen

Nachfolgend wird pflichtgemäß auf Standards und Interpretationen bzw. deren Änderungen hingewiesen, die von der Rentenbank im Geschäftsjahr 2012 erst-

mals verpflichtend anzuwenden waren. Diese hatten jedoch keine Auswirkungen auf den vorliegenden Konzernabschluss.

<b>Standard/ Interpretation</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>anzuwenden in der EU für Geschäftsjahre ab</b>
IFRS 7	Angabepflichten bei der Übertragung finanzieller Vermögenswerte	1. Juli 2011

Folgende Standardänderungen sind bereits veröffentlicht, aber in der EU erst für zukünftige Geschäftsjahre verpflichtend anzuwenden:

<b>Standard/ Interpretation</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>anzuwenden in der EU für Geschäftsjahre ab</b>
IAS 1	Darstellung von Posten des sonstigen Ergebnisses	1. Juli 2012
IAS 12	Ertragsteuern – Latente Steuern: Realisierung zugrunde liegender Vermögenswerte	1. Januar 2013
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer	1. Januar 2013
IAS 27	Einzelabschlüsse	1. Januar 2014
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen	1. Januar 2014
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung – Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten	1. Januar 2014
IFRS 1	Erstmalige Anwendung – Ausgeprägte Hochinflation und Beseitigung der festen Zeitpunkte für Erstanwender	1. Januar 2013
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben – Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten	1. Januar 2013
IFRS 10	Konzernabschlüsse	1. Januar 2014
IFRS 11	Gemeinsame Vereinbarungen	1. Januar 2014
IFRS 12	Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen	1. Januar 2014
IFRS 13	Bemessung des beizulegenden Zeitwerts	1. Januar 2013
IFRIC 20	Abraumkosten in der Produktionsphase eines Tagebaubergwerks	1. Januar 2013

Mit Anwendung des neuen IAS 19 entfällt die sogenannte Korridorregelung, nach der versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste erst erfasst werden, nachdem diese 10 % der tatsächlichen Pensionsverpflichtung übersteigen. Die versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste werden zukünftig direkt bei Entstehung im Sonstigen Ergebnis respektive im Eigenkapital erfasst. Dies führt entsprechend zu einer erhöhten Volatilität im Gesamtergebnis und im Eigenkapital. Zudem fordert der neue IAS 19 zusätzliche Anhangangaben für die Pensionsverpflichtungen. Diese umfassen neben einer detaillierten Beschreibung der Versorgungszusagen ein Fälligkeitsprofil der Pensionsverpflichtungen und eine Sensitivitätsanalyse für alle wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen, die den Einfluss auf die Pensionsverpflichtung zeigt.

IFRS 13 wurde am 29.12.2012 von der EU übernommen. Die Rentenbank hat IFRS 13 im vorliegenden Konzernabschluss bereits umgesetzt. In Übereinstimmung mit den Übergangsvorschriften werden die Vorschriften des IFRS 13 prospektiv ab dem Geschäftsjahr 2012 angewendet. IFRS 13 definiert den beizulegenden Zeitwert, fasst die Regelungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in einem einzelnen Standard zusammen und fordert Angaben zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts. Die Anwendung des IFRS 13 wirkt sich für den Konzern im Wesentlichen auf die Verwendung notierter Marktpreise aus. Es ist nicht mehr verpflichtend, für finanzielle Verbindlichkeiten den Brief-Kurs und für finanzielle Vermögenswerte den Geld-Kurs zu verwenden. Vielmehr ist innerhalb der Geld-Brief-Spanne derjenige Kurs zu wählen, der den beizulegenden Zeitwert am Besten widerspiegelt.

Die Anwendung des IFRS 13 wirkt sich auf folgende Posten des Konzernabschlusses aus:

	Ausweis zum 31.12.2012 Mio. €	davon Anpassungs- betrag zum 31.12.2012 Mio. €
<b>Konzernbilanz:</b>		
Finanzanlagen	22 588,7	48,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	66 632,3	-47,7
Eigenkapital		
Neubewertungsrücklage	-179,6	38,4
Gewinnrücklagen	2 552,8	57,9
<b>Konzern-Gesamtergebnisrechnung:</b>		
1) Gewinn- und Verlustrechnung		
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	-55,7	57,9
2) Sonstiges Ergebnis		
Veränderung der Neubewertungsrücklage	583,8	38,4

Die übrigen neuen und geänderten Standards werden voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Die Vorschriften dieser Standards werden nicht vorzeitig angewendet.

Die vom Standardsetzer zum 31.12.2012 verabschiedeten, aber von der EU noch nicht übernommenen Standards werden im Konzern nicht vorzeitig angewendet.

## Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### (1) Allgemeine Angaben

Bei der Bilanzierung und Bewertung wurde angenommen, dass das Unternehmen fortgeführt wird. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden, sofern nicht anders vermerkt, einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt.

Dem Konzernabschluss liegen sowohl Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert als auch zu (fortgeführten) Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugrunde. Erträge und Aufwendungen werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzu-

rechnen sind (periodengerechte Abgrenzung). Bei Finanzinstrumenten werden direkt zuzuordnende Anschaffungsnebenkosten (z. B. Provisionen) sowie Zinsbestandteile, die einmalig gezahlt werden (z. B. Agien und Disagien, Upfront/Backend Payments bei Derivaten) nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit GuV-wirksam abgegrenzt und direkt mit dem Bilanzposten verrechnet. Anteilige Zinsen werden in dem Bilanzposten ausgewiesen, in dem das zugrunde liegende Finanzinstrument bilanziert wird.

## **(2) Schätzungen**

Die Aufstellung des Konzernabschlusses nach IFRS erfordert bestimmte Schätzungen. Diese können sich wesentlich auf die Vermögens- und Ertragslage auswirken. Die verwendeten Schätzungen werden laufend validiert. Sie basieren – neben Erfahrungswerten aus der Vergangenheit – auch auf Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse.

Schätzungen beeinflussen wesentlich insbesondere die Ermittlung von Wertminderungen aufgrund erwarteter Zahlungsausfälle, die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts für Finanzinstrumente und die Berechnung von Pensionsverpflichtungen und werden deshalb im Rahmen der jeweiligen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden detailliert erläutert.

## **(3) Konsolidierungskreis**

In den Konzernabschluss der Rentenbank für das Geschäftsjahr 2012 wurden neben der Bank als Konzernmuttergesellschaft die beiden Töchter LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, (LRB) und DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, (DSV) einbezogen. Eine detaillierte Aufstellung der von der Bank gehaltenen Anteile enthält Abschnitt (68).

Zwei Unternehmen (Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH, Frankfurt am Main) mit untergeordneter Bedeutung für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden nicht als Tochter- bzw. assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Die Anteile an diesen Unternehmen werden in den Finanzanlagen ausgewiesen. Anhand der Jahresabschlussdaten der zwei Gesellschaften ergab sich bezogen auf die Bilanzsumme des Konzerns bzw. den Konzernjahresüberschuss ein Anteil von jeweils unter 1 %. Diese Daten basieren für die Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, auf dem Jahresabschluss zum 31.12.2012, für die Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH, Frankfurt am Main, auf dem Jahres-

abschluss zum 31.12.2011. Der Jahresabschluss der Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH für das Jahr 2012 steht noch aus, wird aber voraussichtlich nur unwesentlich abweichen.

## **(4) Konsolidierungsgrundsätze**

Der Konzernabschluss wurde unter einheitlicher Anwendung der für die Bank geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erstellt. Konzerninterne Forderungen, Schulden und Zwischenergebnisse werden ebenso wie konzerninterne Erträge und Aufwendungen im Rahmen der Konsolidierung eliminiert.

Die Bilanzsumme des handelsrechtlichen Jahresabschlusses der LRB betrug am 31.12.2012 220,5 Mio. € (219,9 Mio. €), die der DSV 14,5 Mio. € (15,0 Mio. €).

## **(5) Finanzinstrumente**

Alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente werden gemäß IAS 39 in der Bilanz erfasst. Nicht-derivative Finanzinstrumente werden zum Erfüllungstag angesetzt und Derivate zum Handelstag.

Finanzinstrumente werden im Zeitpunkt ihres Zugangs zum beizulegenden Zeitwert bewertet, welcher in der Regel dem Kauf-/Verkaufspreis entspricht. Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen hängt von der Kategorisierung nach IAS 39 ab.

### **Kategorien der Finanzinstrumente**

#### **Financial Assets/ Liabilities at Fair Value through Profit or Loss**

Diese Kategorie umfasst zwei Unterkategorien:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen („Held for Trading“)
- Als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten“ eingestufte finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen („Designated as at Fair Value“)

Der Unterkategorie „Held for Trading“ sind neben allen Derivaten auch finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen zuzuordnen, die mit einer kurzfristigen Verkaufsabsicht abgeschlossen worden sind. Im Konzern sind dies ausschließlich Derivate inklusive zu trennender eingebetteter Derivate. Die Derivate dienen ausschließlich dazu, bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken abzusichern.

Bestimmte finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen können beim erstmaligen Ansatz der Unterkategorie „Designated as at Fair Value“ zugeordnet werden (Fair Value Option). Gemäß IAS 39 kommt die Fair Value Option nur unter folgenden Bedingungen in Betracht:

- Die Anwendung beseitigt oder verringert ansonsten entstehende Bewertungsinkongruenzen.
- Die finanziellen Vermögenswerte und/oder Verpflichtungen sind Teil eines Portfolios, welches auf Grundlage des beizulegenden Zeitwerts gesteuert wird.
- Der finanzielle Vermögenswert oder die Verpflichtung enthalten zu trennende eingebettete Derivate.

Befinden sich finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen mit Derivaten in einer wirtschaftlichen Sicherungsbeziehung und können die restriktiven bilanziellen Vorschriften des Hedge Accountings (siehe Abschnitt (7)) nicht dauerhaft angewendet werden, so wird für die finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen die Fair Value Option genutzt. Die betreffenden finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen würden ansonsten zu fortgeführten Anschaffungskosten oder GuV-neutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wohingegen die Sicherungsderivate GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden müssen. Diese drohende Bewertungsinkongruenz wird somit vermieden.

Die finanziellen Vermögenswerte oder Verpflichtungen der Kategorie „Financial Assets/Liabilities at Fair Value through Profit or Loss“ werden GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Gewinne oder Verluste aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ausgewiesen. Vorliegende Wertminderungen bzw. -aufholungen werden hierbei implizit berücksichtigt. Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation von Agien oder Disagien werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis berücksichtigt.

### Loans and Receivables

Der Kategorie „Loans and Receivables“ werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- Kein Derivat
- Nicht an einem aktiven Markt notiert
- Feste oder bestimmbare Zahlungen

Von dieser Kategorie ausgeschlossen sind:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte („Held for Trading“) und solche, für die die Fair Value Option angewendet wurde

- Finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz per Designation der Kategorie „Available for Sale“ zugeordnet wurden
- Finanzielle Vermögenswerte, für die der Inhaber seine ursprüngliche Investition infolge anderer Gründe als einer Bonitätsverschlechterung nicht mehr nahezu vollständig wiedererlangen könnte (z. B. Indexzertifikate, deren Rückzahlung von einer Indexentwicklung abhängig ist)

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Loans and Receivables“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Hierbei werden eventuelle Agien oder Disagien bzw. sonstige Anschaffungsnebenkosten effektivzinsgerecht amortisiert und dem Bilanzposten direkt zu- bzw. abgeschrieben. Die Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis ausgewiesen. Vorliegende Wertminderungen bzw. -aufholungen werden direkt mit dem Buchwert verrechnet und in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung im Posten Risikovorsorge erfasst.

### Held to Maturity

Der Kategorie „Held to Maturity“ werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- Kein Derivat
- Feste oder bestimmbare Zahlungen
- Absicht und Fähigkeit, diese bis zur Endfälligkeit zu halten

Von dieser Kategorie ausgeschlossen sind:

- Finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz per Designation den Kategorien „Designated as at Fair Value“ oder „Available for Sale“ zugeordnet wurden
- Finanzielle Vermögenswerte, die per Definition der Kategorie „Loans and Receivables“ zugeordnet sind

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Held to Maturity“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Hierbei werden eventuelle Agien oder Disagien bzw. sonstige Anschaffungsnebenkosten dem Bilanzposten direkt zu- bzw. abgeschrieben und effektivzinsgerecht amortisiert. Die Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis ausgewiesen. Vorliegende Wertminderungen bzw. -aufholungen werden direkt mit dem Buchwert verrechnet und in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

## Available for Sale

Der Kategorie „Available for Sale“ werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die zu keiner der anderen aktivischen Kategorien gehören.

Die finanziellen Vermögenswerte dieser Kategorie werden GuV-neutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Gewinne oder Verluste aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital ausgewiesen.

Bei Abgang oder Wertminderung werden die in der Neubewertungsrücklage kumulierten Gewinne oder Verluste in die Konzern-Gesamtergebnisrechnung, und zwar in das Ergebnis aus Finanzanlagen, umgliedert.

Nicht notierte Eigenkapitaltitel, deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen bewertet. Im Konzern betrifft dies die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Beteiligungen.

## Other Liabilities

Der Kategorie „Other Liabilities“ werden alle finanziellen Verpflichtungen zugeordnet, die nicht in der Kategorie „Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss“ erfasst sind.

Finanzielle Verpflichtungen der Kategorie „Other Liabilities“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Hierbei werden eventuelle Agien oder Disagien bzw. sonstige Anschaffungsnebenkosten dem Bilanzposten direkt zu- bzw. abgeschrieben und effektivzinsgerecht amortisiert. Die Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis ausgewiesen.

## Überblick der im Konzern verwendeten Klassen von Finanzinstrumenten

### Finanzielle Vermögenswerte

Klasse	Bewertungskategorie
Barreserve	Loans and Receivables
Forderungen an Kreditinstitute	Loans and Receivables Designated as at Fair Value
Forderungen an Kunden	Loans and Receivables Designated as at Fair Value
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	Held for Trading
Finanzanlagen	Available for Sale Held to Maturity Designated as at Fair Value
Sonstige Aktiva	Loans and Receivables
Unwiderrufliche Kreditzusagen	-

### Finanzielle Verbindlichkeiten

Klasse	Bewertungskategorie
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Verbriefte Verbindlichkeiten	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	Held for Trading
Nachrangige Verbindlichkeiten	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Sonstige Passiva	Other Liabilities

## Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten

Nicht-derivative, ursprünglich zu Handelszwecken erworbene finanzielle Vermögenswerte, für die keine kurzfristige Verkaufsabsicht mehr besteht, können nur bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände aus der Kategorie „Held for Trading“ umgliedert werden. Finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz der Definition „Loans and Receivables“ entsprochen hätten (z. B. Schuldscheindarlehen), können aus den Kategorien „Held for Trading“ und „Available for Sale“ umgliedert werden, wenn sie auf absehbare Zeit oder bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen und können.

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Available for Sale“ dürfen in die Kategorie „Held to Maturity“ umgliedert werden, wenn sie bis zur Endfälligkeit

gehalten werden sollen und können. Eine umgekehrte Umgliederung von der Kategorie „Held to Maturity“ in die Kategorie „Available for Sale“ ist nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

#### **(6) Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts für Finanzinstrumente**

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, den Marktteilnehmer in einer marktgerechten Transaktion bei Verkauf eines Vermögenswertes erhalten bzw. bei Übertragung einer Verbindlichkeit zahlen.

Er wird mithilfe verschiedener Bewertungsmethoden ermittelt. Die dort einfließenden Bewertungsparameter werden nach IFRS 13 folgenden drei Stufen (Level) zugeordnet:

- Level 1: quotierte Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verpflichtungen
- Level 2: andere beobachtbare Parameter außer den in Level 1 genannten quotierten Preisen
- Level 3: nicht beobachtbare Parameter

Für Finanzinstrumente, für die keine quotierten Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verpflichtungen vorliegen (Level 1), wird der beizulegende Zeitwert anhand folgender Bewertungsmethoden ermittelt:

- Quotierte Preise vergleichbarer Vermögenswerte oder Verpflichtungen auf aktiven Märkten (Level 2)
- Quotierte Preise identischer oder vergleichbarer Vermögenswerte oder Verpflichtungen auf Märkten, die nicht aktiv sind (Level 2)
- Aufsichtsrechtlich anerkannte Bewertungsmodelle, denen für den zu bewertenden Vermögenswert bzw. die zu bewertende Verpflichtung im Wesentlichen beobachtbare (Level 2) oder im Wesentlichen nicht beobachtbare (Level 3) Bewertungsparameter zugrunde liegen

Quotierte Preise werden von Preisberechnungsdienstleistern bezogen. Für die Zuordnung der quotierten Preise zu den Hierarchieleveln werden die von den Dienstleistern zur Verfügung gestellten Dokumentationen und Informationen zur Preisfeststellung herangezogen. Sofern keine quotierten Preise vorliegen wird der beizulegende Zeitwert von Kontrakten ohne optionale Bestandteile auf Basis der abgezinsten erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (Discounted Cash-Flow (DCF)-Methode) ermittelt.

Bei nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten wird zur Abzinsung die Deposit/Swap-Kurve zuzüglich eines geschäftsspezifischen Credit-Spreads herangezogen. Bei den Credit-Spreads wird nach Rating, Laufzeit, Währung und Besicherungs-

grad differenziert. In den Credit-Spreads für die eigenen finanziellen Verbindlichkeiten ist die Bonität der Bundesrepublik Deutschland durch die Anstaltslast berücksichtigt. Bei der Entscheidung, aus welchen Marktdatenquellen die Credit-Spreads abgeleitet werden, bestehen Ermessensspielräume. Änderungen bei den Marktdatenquellen für die Credit-Spreads wirken sich auf die im Konzernabschluss dargestellten beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente aus.

Für die Derivate werden zur Diskontierung neben der EONIA-Swap- oder Deposit/Swap-Kurve zusätzlich sog. Basisswap-Spreads und Cross Currency-Basiswap-Spreads (CCY-Basiswap-Spreads) verwendet. Sie werden differenziert nach Laufzeit und Währung von einem externen Marktdatenanbieter bezogen.

Kontrakte mit optionalen Bestandteilen werden mit bankaufsichtsrechtlich anerkannten Optionspreismodellen bewertet. Neben den oben erwähnten Zinskurven bzw. Spreads gehen zudem Volatilitäten und Korrelationen zwischen beobachtbaren Marktdaten in die Berechnung ein.

Eine Erhöhung der eigenen Refinanzierungskosten durch Spreadveränderungen führt zu Bewertungsgewinnen, da der Wert der Verbindlichkeiten sinkt. Dagegen führen sinkende Refinanzierungskosten zu Bewertungsverlusten, da der Wert der Verbindlichkeiten steigt. Für finanzielle Vermögenswerte ist der Effekt aus der Veränderung der Credit-Spreads umgekehrt. Höhere Margen durch steigende Credit-Spreads führen zu Bewertungsverlusten, sinkende Margen zu Bewertungsgewinnen.

Im Rahmen der Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen werden beim Grundgeschäft nur die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind. Im Konzern beschränkt sich in diesem Zusammenhang das gesicherte Risiko ausnahmslos auf das Zinsrisiko. Der zinsinduzierte beizulegende Zeitwert wird anhand der Deposit/Swap-Kurve zuzüglich der konstanten geschäftsspezifischen Marge ermittelt.

Die Bewertungsprozesse, einschließlich der Festlegung der Bewertungsmethoden und der Bestimmung der Bewertungsparameter, werden im Bereich Finanzen in Abstimmung mit dem Bereich Treasury definiert. Die Ergebnisse aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert analysiert der Bereich Finanzen und berichtet an den Gesamtvorstand und die zuständigen Bereichs- und Abteilungsleiter. Die Entwicklung der Bewertungsergebnisse wird täglich anhand der Veränderung der zugrunde liegenden Marktdaten plausibilisiert.

Die in den Bewertungsmodellen verwendeten Parameter werden laufend validiert. Hierzu wird z. B. der mit dem Bewertungsmodell berechnete beizulegende

Zeitwert zum Abschlussstichtag eines Geschäfts mit dem Transaktionspreis verglichen.

### (7) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

Die Bank schließt Derivate ausschließlich zur Sicherung von bestehenden oder absehbaren Marktpreisrisiken ab. Derivate werden immer GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die abgesicherten Grundgeschäfte dagegen werden zunächst zu fortgeführten Anschaffungskosten oder GuV-neutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Durch die unterschiedlichen Ansätze kommt es zu entsprechenden Bewertungskonkurrenzen und damit zu Schwankungen in der GuV.

Die IFRS erlauben eine bilanzielle Abbildung dieser wirtschaftlichen Sicherungszusammenhänge im Rahmen des Hedge Accounting. Können die sehr restriktiven Anforderungen zum Hedge Accounting nicht dauerhaft erfüllt werden, ordnet die Bank die abgesicherten Grundgeschäfte der Kategorie „Designated as at Fair Value“ zu.

Bei den bilanziellen Sicherungszusammenhängen wird zwischen Fair Value Hedges und Cash-Flow Hedges unterschieden. Durch die geschäftspolitische Ausrichtung der Bank, Zinsrisiken im Wesentlichen über Derivate in eine variable Struktur in Euro zu transferieren, kommt bilanziell nur der Fair Value Hedge zum Einsatz.

Beim Fair Value Hedge werden die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des abgesicherten Grundgeschäfts, die auf das abgesicherte Zinsrisiko zurückzuführen sind, unabhängig von der Kategorie GuV-wirksam erfasst. Die GuV-wirksam erfassten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Derivate werden dadurch in hohem Maße kompensiert.

Geschäfte mit größeren Volumina werden grundsätzlich auf Einzelbasis (Mikro Hedge) abgesichert. Die im Rahmen des Förderauftrags begebenen Programmkredite werden aufgrund der geringen Volumina je Einzelgeschäft im Wesentlichen auf Portfoliobasis (Makro Hedge) abgesichert.

Bei Abschluss einer Transaktion werden die Beziehung zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft sowie die Art des gesicherten Risikos dokumentiert. Ebenso wird sowohl zu Beginn (ex ante) als auch fortlaufend (ex ante und ex post) die Einschätzung dokumentiert, dass die Absicherung in hohem Maße effektiv ist.

Im **Mikro Hedge**-Bereich werden ein oder auch mehrere gleichartige Grundgeschäfte mit einem oder mehreren Sicherungsderivaten in einer Sicherungsbeziehung zusammengefasst. Zu Beginn der Sicherungsperiode

wird ex ante von Effektivität ausgegangen, sofern die wesentlichen Ausstattungsmerkmale des Sicherungsderivats und des Grundgeschäfts übereinstimmen (Critical Term Match). Die Ex post-Effektivität sowie die Ex ante-Effektivität werden während der Sicherungsperiode zu den Bilanzierungsstichtagen mittels einer Regressionsanalyse gemessen. Ein Sicherungszusammenhang gilt als effektiv, wenn die Steigung der durch die zinsinduzierten Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft bestimmten linearen Regressionsgeraden zwischen -0,8 und -1,25 liegt. Darüber hinaus muss die Güte der Regression, gemessen mittels Bestimmtheitsmaß, einen Wert von größer oder gleich 0,8 aufweisen. Für die halbjährlich durchgeführte Regressionsanalyse werden Daten der letzten sechs Monate herangezogen. Bei effektiven Sicherungsbeziehungen wird der Buchwert der abgesicherten Grundgeschäfte um die zinsinduzierte Veränderung des beizulegenden Zeitwerts angepasst und zusammen mit der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der Sicherungsgeschäfte GuV-wirksam im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung erfasst.

Für ineffektive Sicherungsbeziehungen können die Vorschriften des Hedge Accounting für den entsprechenden Zeitraum nicht angewendet werden. Das Grundgeschäft wird für diesen Zeitraum entsprechend seiner Kategoriezuordnung bewertet. In vorangegangenen effektiven Sicherungsperioden erfasste zinsinduzierte Wertänderungen des designierten Grundgeschäfts werden unter Verwendung der Effektivzinsmethode GuV-wirksam im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung über die Restlaufzeit amortisiert.

Die im Rahmen des Fair Value Hedge auf Portfoliobasis (**Makro Hedge**) abgesicherten Grundgeschäfte werden zu Beginn jeder Sicherungsperiode auf Basis der Fälligkeit der einzelnen erwarteten Zahlungsströme einem vierteljährlichen Laufzeitband zugeordnet. Für jedes Laufzeitband werden Zinsswaps als Sicherungsinstrumente maximal in Höhe des Nominalwerts der kumuliert zugrunde liegenden Grundgeschäfte bestimmt. Die Sicherungsperiode umfasst in der Regel einen Monat. Übersteigt das Neugeschäft in einem Laufzeitband innerhalb der Sicherungsperiode ein bestimmtes Volumen, kann die Sicherungsbeziehung für dieses Laufzeitband vorzeitig beendet und neu definiert werden.

Beim Makro Hedge wird die Ex ante-Effektivität abweichend zum Mikro Hedge mittels einer Sensitivitätsanalyse bestimmt, bei der die relevante Zinskurve um 100 Basispunkte parallel verschoben wird. Die Ex post-Effektivität wird nach der Dollar Offset-Methode gemessen. Hier werden die zinsinduzierten Wertänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte zueinander in Relation gesetzt. Effektivität ist gegeben, wenn

das Verhältnis der Wertveränderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften in einer Bandbreite von -80 % bis -125 % liegt.

Bei effektiven Laufzeitbändern werden am Ende der Sicherungsperiode die zinsinduzierten Wertänderungen der Grundgeschäfte zusammen mit den gegenläufigen Wertänderungen der Sicherungsgeschäfte GuV-wirksam im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung erfasst. In der Bilanz wird im Gegensatz zum Mikro Hedge Accounting nicht der Buchwert der einzelnen Grundgeschäfte angepasst. Stattdessen wird die Anpassung des Buchwerts der Grundgeschäfte in dem separaten Bilanzposten Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte ausgewiesen. Dieser wird über die Restlaufzeit der jeweiligen Laufzeitbänder GuV-wirksam gegen das Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung amortisiert bzw. bei außerplanmäßiger Rückzahlung der Grundgeschäfte anteilig ausgebucht. Für ineffektive Laufzeitbänder werden zinsinduzierte Wertänderungen der Grundgeschäfte nicht erfasst.

#### **(8) Hybride Finanzinstrumente (Embedded Derivatives)**

Als hybride Finanzinstrumente werden Geschäfte bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Hierbei sind die eingebetteten Derivate integraler Vertragsbestandteil und können nicht separat gehandelt werden.

Bestimmte eingebettete Derivate werden bilanziell als eigenständige Derivate behandelt, wenn deren wirtschaftliche Charakteristika und Risiken keine eindeutige und enge Beziehung zu denen des Basisvertrags aufweisen. Darüber hinaus darf das strukturierte Finanzinstrument nicht bereits GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Ein Beispiel für zu trennende eingebettete Derivate stellen Darlehensverträge dar, deren Rückzahlung wahlweise in Aktien oder in Geld erfolgen kann. In diesem Fall ist die Wertentwicklung der Rückzahlungsoption nicht eng mit der Wertentwicklung des zinstragenden Basisvertrags (Darlehen) verbunden.

Im Konzern werden grundsätzlich alle strukturierten Produkte mit ansonsten trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten der Kategorie „Designated as at Fair Value“ zugeordnet. Davon ausgenommen sind Liquiditätshilfedarlehen mit täglichem Kündigungsrecht, bei denen der Basisvertrag zur Kategorie „Loans and Receivables“ gehört.

Bei nicht trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten ist für die Bewertung des gesamten strukturierten Produkts die Kategorie des Basisvertrags maßgeblich.

Trennungspflichtige eingebettete Derivate werden GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Nicht trennungspflichtige eingebettete Derivate werden zusammen mit dem Basisvertrag unter dem jeweiligen Konzernbilanzposten ausgewiesen. Trennungspflichtige eingebettete Derivate werden je nach aktuellem Marktwert unter den Positiven bzw. Negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten ausgewiesen.

#### **(9) Wertberichtigung von finanziellen Vermögenswerten**

Zu jedem Bilanzstichtag wird untersucht, ob es objektive Hinweise dafür gibt, dass nicht alle Zins- und Tilgungsleistungen vertragskonform erbracht werden können. Dies wird im Wesentlichen anhand folgender Kriterien beurteilt:

- Zahlungsverzug bei Zinsen oder Tilgung von länger als 90 Tagen
- Wesentliche Herabstufung im internen Rating-system
- Aufnahme in die Überwachung der bemerkenswerten Engagements

Die Festlegung der Wesentlichkeit bei der Herabstufung und die Kriterien für die Einstufung als bemerkenswertes Engagement erfordern Ermessensentscheidungen. Die Kriterien zur Überwachung der Adressenausfallrisiken und zur Bonitätsklasseneinstufung werden detailliert im Konzernlagebericht dargestellt.

Für finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Designated as at Fair Value“ entfällt aufgrund der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert eine gesonderte Überprüfung auf Wertminderungen, da diese bereits im beizulegenden Zeitwert enthalten und GuV-wirksam erfasst sind.

*Forderungen und zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Finanzanlagen*

In der Bank wird die Werthaltigkeit sowohl für signifikante Forderungen und Wertpapiere als auch für Forderungen von betragsmäßig untergeordneter Bedeutung auf Einzelbasis beurteilt. Liegen objektive Hinweise auf eine Wertminderung vor, wird die Wertberichtigung als Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Die Bestimmung der erwarteten Zahlungsströme basiert auf qualifizierten Schätzungen, bei denen neben den wirtschaftlichen Verhältnissen des Geschäftspartners auch die Verwertung eventueller Sicherheiten sowie weitere Unterstützungsfaktoren, wie die Zugehörigkeit zu einer Sicherungseinrichtung

oder staatliche Haftungsmechanismen, berücksichtigt werden. Diskontierungsfaktor für festverzinsliche Forderungen und Wertpapiere ist der ursprüngliche Effektivzins, für variabel verzinsliche Forderungen und Wertpapiere der aktuelle Effektivzins und für die zu Anschaffungskosten bewerteten Beteiligungen die aktuelle Markttrendite eines vergleichbaren finanziellen Vermögenswerts.

Nach IFRS werden Wertminderungen aufgrund von Zahlungsausfällen nur für bereits eingetretene Verluste ermittelt, jedoch nicht für zukünftig erwartete. Der Konzern legt Kredite nahezu ausschließlich über andere Banken aus. Aufgrund der Publizitätspflichten von Banken werden eventuelle Verluste zeitnah identifiziert. Eine Wertberichtigung auf Portfolioebene muss somit nicht gebildet werden.

*Finanzanlagen der Kategorie „Available for Sale“, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden*

Sofern bei den Finanzanlagen objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung vorliegt, wird diese als Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem aktuellen beizulegenden Zeitwert ermittelt. Der so berechnete Verlust wird für Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“ als Korrektur der Neubewertungsrücklage und für Wertpapiere der Kategorie „Held to Maturity“ sowie für die Beteiligungen als Korrektur des Buchwerts im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Entfallen die Gründe für eine Wertminderung, ist für Schuldtitel eine GuV-wirksame Wertaufholung vorzunehmen.

#### **(10) Währungsumrechnung**

Monetäre Fremdwährungspositionen werden täglich zum Stichtagskurs umgerechnet. Nicht-monetäre, in Fremdwährung erworbene Positionen (z. B. Sachanlagen) befinden sich nicht im Bestand.

Die Ergebnisse aus der Währungsumrechnung werden in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung erfasst. Für gesicherte Währungspositionen werden sie im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung und für die offenen Währungspositionen aus den Zahlungsverrechnungskonten im Sonstigen betrieblichen Ergebnis gebucht.

Aufwendungen und Erträge werden mit dem Stichtagskurs des Tages umgerechnet, an dem sie erfolgswirksam werden.

#### **(11) Echte Pensionsgeschäfte, Pfandkredite und Wertpapierleihegeschäfte**

Im Konzern werden – neben den Pfandkrediten mit der Deutschen Bundesbank – besicherte Fest- und Tagesgelder bei der Eurex Clearing AG aufgenommen bzw. an die Eurex Clearing AG gegeben (siehe Abschnitt (66)). Echte Pensionsgeschäfte werden nicht getätigt.

#### **(12) Bilanzierung von Leasingverhältnissen**

Leasingverhältnisse werden unterschieden in Finanzierungsleasing und Operating-Lease. Werden im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem rechtlichen Eigentum am Leasinggegenstand verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen, gilt dies als Finanzierungsleasing. In allen anderen Fällen liegt ein Operating-Lease vor.

Der Konzern tritt als Leasingnehmer auf. Die abgeschlossenen Leasingverträge sind als Operating-Lease eingestuft. Gegenstand sind technische Büroausstattung und Kraftfahrzeuge. Die vom Konzern zu leistenden Leasingraten werden als Verwaltungsaufwand erfasst. Untermietverhältnisse liegen nicht vor.

#### **(13) Risikovorsorge/Zinsunterdeckung**

Der Posten Risikovorsorge/Zinsunterdeckung in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung beinhaltet im Wesentlichen die im Berichtsjahr zugesagten, diskontierten Zinsunterdeckungen der Programmkredite und deren Verbrauch über die Restlaufzeit.

Daneben werden hier Wertberichtigungen bzw. Abschreibungen auf Forderungen aufgrund von Zahlungsausfällen sowie Erträge aus abgeschrieben Forderungen ausgewiesen.

#### **(14) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte**

Der Posten Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte wird ausgewiesen, wenn langfristige Vermögenswerte (z. B. Immobilien) innerhalb eines Jahres veräußert werden sollen und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist.

Der Ansatz erfolgt zum niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten. Außerplanmäßige Abschreibungen werden als Wertminderungsaufwand in den Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.

#### **(15) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien**

Die als Finanzinvestition gehaltenen fremdgenutzten Immobilien dienen dazu, Mieteinnahmen zu generieren. Sie werden analog zu den Sachanlagen zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und eventueller kumulierter Wertminderungen bewertet. Die Abschreibungen werden in den Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.

#### **(16) Sachanlagen**

Die selbst genutzten Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden als Sachanlagen ausgewiesen.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger Abschreibungen und kumulierter außerplanmäßiger Wertminderungsaufwendungen bewertet. Die planmäßige Abschreibung erfolgt linear, für Gebäude über eine Nutzungsdauer von 33 bis 50 Jahre und für die Betriebs- und Geschäftsausstattung über drei bis sechs Jahre. Grundstücke werden nicht planmäßig abgeschrieben.

Geringwertige Vermögenswerte werden sofort als Aufwand erfasst.

Alle anfallenden Abschreibungen werden in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

#### **(17) Immaterielle Vermögenswerte**

Unter den immateriellen Vermögenswerten wird erworbene und selbst erstellte Software ausgewiesen.

Der Ansatz erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Planmäßige Abschreibungen werden linear über vier Jahre vorgenommen. Sofern dauerhafte Wertminderungen vorliegen, werden diese GuV-wirksam als außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand dargestellt.

#### **(18) Wertminderung bei nicht-finanziellen Vermögenswerten**

Zu jedem Bilanzstichtag werden die Sachanlagen, die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und die immateriellen Vermögenswerte auf eine Wertminderung überprüft. Wenn der erzielbare Betrag unter dem Buchwert liegt, wird der Wert herabgesetzt. Der erzielbare Betrag entspricht hierbei dem Nutzungswert oder dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten, je nachdem, welcher Wert höher ist.

#### **(19) Sonstige Aktiva**

Der Bilanzposten Sonstige Aktiva beinhaltet im Rahmen von Besicherungsvereinbarungen für derivative Geschäfte gegebene Barsicherheiten. Daneben werden hier Vermögenswerte ausgewiesen, die einzeln betrachtet keine wesentliche Bedeutung haben und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Der Ansatz erfolgt mit den Anschaffungskosten, die dem Nominalwert entsprechen.

#### **(20) Steuerforderungen/-verbindlichkeiten**

Die Steuerforderungen/-verbindlichkeiten unterteilen sich in laufende Ertragsteueransprüche/-verbindlichkeiten und in latente Steueransprüche/-verpflichtungen und entfallen ausschließlich auf die konsolidierten Konzerntöchter LRB und DSV. Tatsächlich laufende Ertragsteueransprüche, die von den Steuerbehörden erstattet werden, sind mit den aktuell gültigen Steuersätzen berechnet worden. Latente Steueransprüche und -verpflichtungen basieren auf unterschiedlichen Wertansätzen für bilanzierte Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und der Steuerbilanz. Darüber hinaus werden die bestehenden steuerlichen Verlustvorräte berücksichtigt. Es werden die für die Tochterunternehmen erwarteten Steuersätze angesetzt.

#### **(21) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**

Im Konzern bestehen ausschließlich leistungsorientierte Versorgungszusagen, die intern refinanziert werden. Abhängig vom Eintrittsdatum der Mitarbeiter gibt es unterschiedliche Versorgungsregelungen. Die Höhe der Versorgungsleistung bestimmt sich unter Berücksichtigung der anrechnungsfähigen Dienstzeit und des ruhegeldfähigen Jahresgehalts. Mit den Mitgliedern des Gesamtvorstands wurden Einzelverträge abgeschlossen. Die Leistungen im Versorgungsfall sind vertraglich zugesagt.

Für leistungsorientierte Versorgungszusagen wird als Rückstellung der Barwert des zum Bilanzstichtag erreichten Verpflichtungsumfangs korrigiert um bisher nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste angesetzt, gegebenenfalls abzüglich eines bisher nicht erfassten nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwands. Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste entstehen aus Abweichungen zwischen der tatsächlichen und der erwarteten Entwicklung der Bemessungsgrundlagen bzw. der Parameter. Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand wird durch die erstmalige Erteilung oder die Änderung bestehender leistungsorientierter Versorgungszusagen

verursacht, soweit die Ansprüche vorangegangene Arbeitsjahre betreffen. Der Verpflichtungsumfang wird jährlich von einem unabhängigen Versicherungsmathematiker nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt.

Der Barwert des Verpflichtungsumfangs ist von diversen Parametern abhängig, die auf Basis von Annahmen und Schätzungen bestimmt werden. Deren Veränderungen beeinflussen den Buchwert der ausgewiesenen Pensionsrückstellungen. Ein wesentlicher Parameter ist der zur Diskontierung des Verpflichtungsumfangs herangezogene Zinssatz. Dieser orientiert sich zum jeweiligen Bilanzstichtag am Zinssatz für erstrangige Unternehmensanleihen in Euro mit Restlaufzeiten, die der Pensionsverpflichtung entsprechen.

Nachdem zum Bilanzstichtag versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste den Betrag von 10 % des Verpflichtungsumfangs übersteigen, werden diese über die geschätzte durchschnittliche Restarbeitszeit aufwandswirksam verteilt und erfasst. Gewinne bzw. Verluste innerhalb des 10 %-Korridors bleiben unberücksichtigt. Eine gesonderte Angabe hierzu erfolgt in den Erläuterungen zur Bilanz in Abschnitt (53).

## **(22) Andere Rückstellungen**

Für Verpflichtungen gegenüber Dritten, die bezüglich ihrer Fälligkeit oder ihrer Höhe ungewiss sind, werden Rückstellungen nach bestmöglicher Schätzung in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme gebildet. Veränderungen dieser Schätzungen beeinflussen den Buchwert der ausgewiesenen Rückstellungen. Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern ein wesentlicher Effekt entsteht. Die Bildung und Auflösung der Rückstellungen erfolgt GuV-wirksam über die Verwaltungsaufwendungen bzw. das Sonstige betriebliche Ergebnis.

## **(23) Sonstige Passiva**

Der Bilanzposten Sonstige Passiva beinhaltet im Rahmen von Besicherungsvereinbarungen für derivative Geschäfte erhaltene Barsicherheiten. Daneben werden hier die Bewertung für die offenen Zusagen der Programmkredite sowie sonstige Verpflichtungen ausgewiesen, die einzeln betrachtet keine wesentliche Bedeutung haben und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Der Ansatz erfolgt mit den Anschaffungskosten mit Ausnahme der diskontierten Förderbeiträge für die offenen Zusagen der Programmkredite.

## **(24) Eigenkapital**

Im Eigenkapital werden nach IFRS die Komponenten gezeichnetes Kapital, Gewinnrücklagen, Neubewertungsrücklage und Bilanzgewinn zusammengefasst.

Das gezeichnete Kapital spiegelt das eingezahlte Kapital wider. Es wurde in den Jahren 1949 bis 1958 von der Land- und Forstwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland aufgebracht. Das gezeichnete Kapital ist mit keinerlei Rechten verbunden. Die Gewinnrücklagen beinhalten neben der aus dem Jahresabschluss nach HGB übernommenen und nach dem Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank bestimmten Haupt- und Deckungsrücklage die anderen Gewinnrücklagen.

In der Neubewertungsrücklage werden im Wesentlichen die Credit-Spread-induzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“ erfasst. Credit-Spread-induzierte Wertänderungen resultieren aus Änderungen der Risikoaufschläge. Die zinsinduzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Wertpapieren in bilanziell effektiven Sicherungsbeziehungen werden zusammen mit den Wertänderungen der dazugehörigen Sicherungsderivate im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ausgewiesen.

## **(25) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen**

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die entweder

- zu möglichen Verpflichtungen führen, deren Bestehen erst noch durch das Eintreten ungewisser zukünftiger Ereignisse, die nicht in der Kontrolle des Unternehmens liegen, bestätigt werden muss (z. B. Bürgschaften) oder
- zu gegenwärtigen Verpflichtungen führen, bei denen es nicht wahrscheinlich ist, dass sie das Vermögen mindern werden bzw. bei denen der Erfüllungsbetrag nicht mit ausreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann (z. B. unentschiedene Rechtsstreitigkeiten).

Diese Verpflichtungen werden gemäß IAS 37.27 nicht passiviert. Eventualverpflichtungen werden in Abschnitt (67) offengelegt.

## Erläuterungen zur Konzern-Gesamtergebnisrechnung

<b>(26) Zinsüberschuss</b>	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Zinserträge aus</b>			
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	1 421,5	1 435,8	-14,3
Derivativen Finanzinstrumenten	1 830,6	1 692,4	138,2
Finanzanlagen	704,6	773,1	-68,5
<b>Laufende Erträge aus</b>			
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,0	0,0	0,0
Beteiligungen	2,8	5,2	-2,4
<b>Zinserträge gesamt</b>	<b>3 959,5</b>	<b>3 906,5</b>	<b>53,0</b>
<i>davon aus nicht GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten</i>	<i>1 850,3</i>	<i>1 837,4</i>	<i>12,9</i>
<b>Zinsaufwendungen für</b>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	291,7	316,4	-24,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	2 046,2	2 090,4	-44,2
Derivative Finanzinstrumente	1 221,4	1 102,7	118,7
Nachrangige Verbindlichkeiten	24,7	24,5	0,2
Agien aus Finanzanlagen	8,5	9,4	-0,9
Sonstiges	1,1	1,2	-0,1
<b>Zinsaufwendungen gesamt</b>	<b>3 593,6</b>	<b>3 544,6</b>	<b>49,0</b>
<i>davon aus nicht GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten</i>	<i>645,2</i>	<i>650,2</i>	<i>-5,0</i>
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>365,9</b>	<b>361,9</b>	<b>4,0</b>

<b>(27) Risikovorsorge/Zinsunterdeckung</b>	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Aufwendungen für Zuführung Zinsunterdeckung	74,9	68,5	6,4
Erträge aus Verbrauch Zinsunterdeckung	54,1	48,6	5,5
Wertberichtigungen und Forderungsabschreibungen	0,0	0,1	-0,1
Auflösung von Portfoliowertberichtigungen	0,0	3,8	-3,8
Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	0,1	0,6	-0,5
<b>Risikovorsorge/Zinsunterdeckung</b>	<b>20,7</b>	<b>15,6</b>	<b>5,1</b>

Der Posten Risikovorsorge/Zinsunterdeckung beinhaltet insbesondere die diskontierten zukünftigen Förderaufwendungen für die Programmkredite

(Zuführung Zinsunterdeckung) und deren Verbrauch über die Restlaufzeit.

<b>(28) Provisionsergebnis</b>	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Provisionserträge aus</b>			
Verwaltungskostenvergütungen	0,2	0,2	0,0
Treuhand- und Durchleitungskrediten	0,1	0,1	0,0
<b>Provisionserträge gesamt</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,0</b>
<i>davon aus nicht GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten</i>	<i>0,2</i>	<i>0,3</i>	<i>-0,1</i>
<b>Provisionsaufwendungen für</b>			
Depotgebühren	2,2	2,2	0,0
Sonstige	0,3	0,4	-0,1
<b>Provisionsaufwendungen gesamt</b>	<b>2,5</b>	<b>2,6</b>	<b>-0,1</b>
<i>davon aus nicht GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten</i>	<i>1,7</i>	<i>1,6</i>	<i>0,1</i>
<b>Provisionsergebnis</b>	<b>-2,2</b>	<b>-2,3</b>	<b>0,1</b>

<b>(29) Ergebnis aus Finanzanlagen</b>	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Abschreibungen für Wertpapiere	0,0	-11,3	11,3
Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren	3,1	0,0	3,1
<b>Gesamt</b>	<b>3,1</b>	<b>-11,3</b>	<b>14,4</b>

<b>(30) Verwaltungsaufwendungen</b>	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Andere Verwaltungsaufwendungen für</b>			
Personal	31,1	29,6	1,5
IT-Lizenzen, -Gebühren, -Beratung	6,8	5,0	1,8
Öffentlichkeitsarbeit	2,1	1,9	0,2
Prüfungen, Beiträge, Spenden	1,8	1,7	0,1
Refinanzierungsmittel	1,4	1,4	0,0
Raum- und Gebäudekosten	1,0	1,0	0,0
Softwarewartung	1,0	0,9	0,1
Sonstiges	1,5	1,6	-0,1
<b>Andere Verwaltungsaufwendungen gesamt</b>	<b>46,7</b>	<b>43,1</b>	<b>3,6</b>
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf</b>			
Immaterielle Vermögenswerte	0,8	3,4	-2,6
<i>davon selbstentwickelte Software</i>	<i>0,2</i>	<i>2,5</i>	<i>-2,3</i>
IT-Anlagen	0,5	0,6	-0,1
Wohn- und Bürogebäude	0,5	0,5	0,0
Büroeinrichtungen und Fahrzeuge	0,3	0,2	0,1
Technische und sonstige Einrichtungen	0,1	0,2	-0,1
<b>Abschreibungen gesamt</b>	<b>2,2</b>	<b>4,9</b>	<b>-2,7</b>
<b>Verwaltungsaufwendungen gesamt</b>	<b>48,9</b>	<b>48,0</b>	<b>0,9</b>

Im Posten Sonstige Verwaltungsaufwendungen sind Leasingaufwendungen in Höhe von 83,9 Tsd. € (95,0 Tsd. €) enthalten. Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen bis zu einem Jahr beträgt 76,9 Tsd. € (77,3 Tsd. €), die über einem Jahr und bis zu fünf Jahren 95,3 Tsd. € (60,2 Tsd. €). Verträge mit Zahlungsverpflichtungen von mehr als fünf Jahren

wurden nicht abgeschlossen. Es handelt sich um Mindestleasingzahlungen (feste Leasingraten). Durch Leasingvereinbarungen auferlegte Beschränkungen lagen nicht vor. Der Konzern war zum Jahresende an 11 (16) Leasingverträge gebunden, von denen 6 (6) eine mögliche Vertragsverlängerung von jeweils einem Jahr vorsehen.

<b>(31) Sonstiges betriebliches Ergebnis</b>	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>			
Mietererträge	1,8	1,8	0,0
Kostenerstattungen	0,5	0,4	0,1
Auflösung Rückstellungen/Verbindlichkeiten	2,4	2,3	0,1
Übrige Erträge	0,4	1,2	-0,8
<b>Sonstige betriebliche Erträge gesamt</b>	<b>5,1</b>	<b>5,7</b>	<b>-0,6</b>
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			
Kapitalaufstockung Edmund Rehwinkel-Stiftung	2,0	2,7	-0,7
Zuweisung Rückstellungen	0,0	1,9	-1,9
Bankeigene Wohnungen	0,4	0,8	-0,4
Übrige Aufwendungen	0,7	0,7	0,0
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen gesamt</b>	<b>3,1</b>	<b>6,1</b>	<b>-3,0</b>
<b>Sonstiges betriebliches Ergebnis</b>	<b>2,0</b>	<b>-0,4</b>	<b>2,4</b>

<b>(32) Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung</b>	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Fair Value-Bewertung</b>			
Bilanzgeschäfte	-368,9	-258,3	-110,6
Derivate	556,5	-20,5	577,0
Ergebnis Währungsbewertung	2,0	-9,0	11,0
<b>Fair Value-Bewertung Gesamt</b>	<b>189,6</b>	<b>-287,8</b>	<b>477,4</b>
<b>Mikro Hedge Accounting</b>			
Grundgeschäfte	89,4	161,6	-72,2
Sicherungsgeschäfte	-85,9	-174,4	88,5
<b>Mikro Hedge Accounting Gesamt</b>	<b>3,5</b>	<b>-12,8</b>	<b>16,3</b>
<b>Makro Hedge Accounting</b>			
Grundgeschäfte	438,2	487,3	-49,1
<i>davon Amortisation Portfoliobewertung</i>	-194,2	-45,1	-149,1
Sicherungsgeschäfte	-687,0	-539,1	-147,9
<b>Makro Hedge Accounting Gesamt</b>	<b>-248,8</b>	<b>-51,8</b>	<b>-197,0</b>
<b>Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung</b>	<b>-55,7</b>	<b>-352,4</b>	<b>296,7</b>

Derivate und Finanzinstrumente der Kategorien „Financial Assets/Liabilities at Fair Value through Profit or Loss“ werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden als unrealisierte Gewinne oder Verluste im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung erfasst.

Zudem fließen aus Grundgeschäften in bilanziell effektiven Sicherungsbeziehungen die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die aus Änderungen der Deposit/Swap-Kurve resultieren, in das Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ein. Nach bilanzieller Auflösung von Sicherungsbeziehungen wegen Ineffektivität werden die zuvor gebuchten zins-

induzierten Wertänderungen der Grundgeschäfte über die Restlaufzeit amortisiert.

Im Konzern bestehen grundsätzlich keine offenen Fremdwährungspositionen. Durch die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert kommt es dennoch zu einem Ergebnis aus der Währungsumrechnung, das hier ausgewiesen wird.

Die Erträge und Aufwendungen aus der Amortisation von Agien/Disagien, Upfront-Zahlungen, Förderbeiträgen usw., die Teil der Änderungen der beizulegenden Zeitwerte sind, werden aufgrund ihres Zinscharakters im Zinsergebnis ausgewiesen.

(33) Ergebnis aus Steuern	01.01. bis	01.01. bis	Veränderung
	31.12.2012	31.12.2011	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Latente Steuern auf Verlustvorträge	0,4	-1,0	1,4
Latente Steuern auf temporäre Differenzen	-0,1	-0,1	0,0
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	-0,1	0,1
<b>Gesamt</b>	<b>0,3</b>	<b>-1,2</b>	<b>1,5</b>

## Segmentberichterstattung

### (34) Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

Entsprechend den Regelungen des IFRS 8 sind wesentliche Ergebnisse nach operativen Geschäftsfeldern und Ländern aufzugliedern. Bei der Definition der Segmente wurden die Organisations- und Führungsstruktur sowie die interne finanzielle Berichterstattung des Konzerns berücksichtigt. Die Segmente sind:

- **Das Fördergeschäft:** Dieses Segment zeigt die Fördergeschäftstätigkeit und die Refinanzierung mit Ausnahme der Kapitalstockanlage. Neben den Ergebnissen der Bank sind sämtliche Ergebnisse der Tochtergesellschaften einschließlich der von diesen gehaltenen Beteiligungen enthalten.
- **Die Kapitalstockanlage:** In diesem Segment werden die Ergebnisbeiträge aus der Anlage der eigenen Mittel und der mittel- bzw. langfristigen Rückstellungen in Form von Wertpapieren, Förderkrediten und der direkten Beteiligungen der Bank dargestellt.
- **Das Treasury Management:** In diesem Segment werden die Ergebnisse der Liquiditätsversorgung und -steuerung sowie der kurzfristigen Zinssteuerung des Konzerns dargestellt. Es handelt sich um Geschäfte, die eine Zinsbindung von maximal einem Jahr aufweisen dürfen (z. B. Tages- und Termingelder, Euro Commercial Papers (ECP), Derivate).

Der Konzern wird ausschließlich aus Frankfurt am Main zentral gesteuert. Sämtliche Erträge und Aufwendungen werden an diesem Standort generiert. Somit erübrigen sich die nach IFRS 8 geforderten Angaben nach geografischen Gebieten.

Die Ergebnisse werden gemäß der margenorientierten Steuerung der Bank in der Segmentberichterstattung netto dargestellt. Segmentvermögen/-schulden bestehen gegenüber Dritten und entsprechend werden die Segmentergebnisse nur mit externen Kontrahenten erzielt. Zwischen den Segmenten werden keine internen Geschäfte abgeschlossen. Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zwischen der internen Berichterstattung und der Rechnungslegung nach IFRS. Aufgrund von fehlenden internen Geschäften und der Übereinstimmung zwischen dem internen Reporting und dem externen Rechnungswesen wird auf weitergehende Überleitungsrechnungen verzichtet.

Die Verteilung der Komponenten aus dem Zins-, Provisions- und Finanzanlageergebnis sowie dem Ergebnis aus der Fair Value- und Hedge-Bewertung erfolgt auf Einzelgeschäftsbasis. Die Verwaltungsaufwendungen, das Sonstige betriebliche Ergebnis sowie das Ergebnis aus Steuern aus den konsolidierten Tochtergesellschaften werden entweder direkt oder indirekt anhand von Schlüsseln den jeweiligen Segmenten zugeordnet. Diese Schlüssel basieren im Wesentlichen auf der Anzahl der jeweiligen Mitarbeiter, dem Ressourcenverbrauch und den sonstigen Ressourcenzuordnungen in den jeweiligen Segmenten.

Segmentvermögen/-verbindlichkeiten werden analog der Ergebnisbeiträge den einzelnen Segmenten zugeordnet.

**(35) Segmente**

jeweils vom 01.01. bis zum 31.12.	Förder- geschäft		Kapitalstock- anlage		Treasury Management		Gesamt	
	2012 Mio. €	2011 Mio. €						
Zinsüberschuss	194,5	186,7	114,2	107,5	57,2	67,7	365,9	361,9
Risikovorsorge/ Zinsunterdeckung	20,7	15,6	0,0	0,0	0,0	0,0	20,7	15,6
Provisionsüberschuss	-2,1	-2,2	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-2,2	-2,3
Ergebnis aus Finanzanlagen	3,1	-11,3	0,0	0,0	0,0	0,0	3,1	-11,3
Andere Verwaltungs- aufwendungen	35,4	32,3	6,7	6,2	4,7	4,5	46,8	43,0
Planmäßige Abschreibungen	1,6	3,7	0,3	0,7	0,2	0,6	2,1	5,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	2,0	-0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	2,0	-0,4
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	-53,0	-348,7	0,0	0,0	-2,7	-3,7	-55,7	-352,4
Ergebnis aus Steuern	0,3	-1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3	-1,2
<b>Konzernjahresüberschuss</b>	<b>87,1</b>	<b>-228,7</b>	<b>107,2</b>	<b>100,6</b>	<b>49,5</b>	<b>58,8</b>	<b>243,8</b>	<b>-69,3</b>
	31.12. 2012 Mrd. €	31.12. 2011 Mrd. €						
<b>Segmentvermögen</b>	<b>75,5</b>	<b>72,8</b>	<b>3,1</b>	<b>3,0</b>	<b>9,8</b>	<b>13,1</b>	<b>88,4</b>	<b>88,9</b>
<b>Segmentsschulden (inkl. Eigenkapital)</b>	<b>76,1</b>	<b>72,9</b>	<b>3,1</b>	<b>3,0</b>	<b>9,2</b>	<b>13,0</b>	<b>88,4</b>	<b>88,9</b>

Es wurden – wie im Vorjahr – keine Zinserträge aus Geschäften mit einem einzelnen Geschäftspartner generiert, deren Anteil 10 % oder mehr am gesamten Zinsertrag betrug.

**Erläuterungen zur Bilanz**

<b>(36) Barreserve</b>	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Kassenbestand	0,2	0,2	0,0
Guthaben bei Zentralnotenbanken	204,2	778,4	-574,2
<b>Gesamt</b>	<b>204,4</b>	<b>778,6</b>	<b>-574,2</b>

Bei den Guthaben bei Zentralnotenbanken handelt es sich – wie im Vorjahr – um Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

**(37) Forderungen an Kreditinstitute**

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Täglich fällig	808,4	10,2	798,2
Termingelder	3 718,3	7 618,2	-3 899,9
Schuldscheindarlehen/Namensschuldverschreibungen	15 689,6	16 616,5	-926,9
Programmkredite	29 661,1	26 194,9	3 466,2
<i>davon Förderbeitrag</i>	-291,1	-270,7	-20,4
Offenmarktgeschäfte	800,1	300,0	500,1
Globalrefinanzierungsdarlehen	385,9	407,0	-21,1
Sonstige	100,6	236,2	-135,6
<b>Gesamt</b>	<b>51 164,0</b>	<b>51 383,0</b>	<b>-219,0</b>
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>42 320,8</i>	<i>39 075,1</i>	<i>3 245,7</i>

**(38) Forderungen an Kunden**

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Täglich fällig	0,2	0,1	0,1
Mittel- und langfristige Kredite	0,2	1,2	-1,0
Schuldscheindarlehen	4 241,3	2 391,0	1 850,3
Programmkredite	409,1	459,6	-50,5
<i>davon Förderbeitrag</i>	-0,1	-0,1	0,0
Sonstige	1,6	2,0	-0,4
<b>Gesamt</b>	<b>4 652,4</b>	<b>2 853,9</b>	<b>1 798,5</b>
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>4 232,4</i>	<i>2 567,9</i>	<i>1 664,5</i>

**(39) Risikovorsorge/Zinsunterdeckung im Kreditgeschäft**

	Förder- beitrag		Einzelwert- berichtigungen		Portfoliowert- berichtigungen		Gesamt	
	2012 Mio. €	2011 Mio. €	2012 Mio. €	2011 Mio. €	2012 Mio. €	2011 Mio. €	2012 Mio. €	2011 Mio. €
Bestand zum 01.01.	287,3	267,4	0,1	0,0	0,0	3,8	287,4	271,2
Zuführungen	74,9	68,5	0,0	0,1	0,0	0,0	74,9	68,6
Verbrauch	54,1	48,6	0,0	0,0	0,0	0,0	54,1	48,6
Auflösungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,8	0,0	3,8
<b>Bestand zum 31.12.</b>	<b>308,1</b>	<b>287,3</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>308,2</b>	<b>287,4</b>
<i>davon für</i>								
Forderungen an Kreditinstitute	291,1	270,7	0,0	0,0	0,0	0,0	291,1	270,7
Forderungen an Kunden	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,2	0,2
Kreditzusagen	16,9	16,5	0,0	0,0	0,0	0,0	16,9	16,5
<b>Gesamt</b>	<b>308,1</b>	<b>287,3</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>308,2</b>	<b>287,4</b>

**(40) Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte**

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Zinsinduzierte Wertänderungen aus Krediten im Makro Hedge Accounting	1 210,7	772,5	438,2
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>1 198,9</i>	<i>749,4</i>	<i>449,5</i>

#### (41) Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten

Die Derivate gliedern sich nach den wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen wie folgt:

	31. 12. 2012 Mio. €	31. 12. 2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Absicherung für Grundgeschäfte:			
Hedge Accounting (Fair Value Hedge)	1 531,8	1 005,7	526,1
Designated as at Fair Value	5 900,1	6 788,8	-888,7
Sonstige	54,5	53,1	1,4
<b>Gesamt</b>	<b>7 486,4</b>	<b>7 847,6</b>	<b>-361,2</b>
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>5 652,6</i>	<i>6 062,6</i>	<i>-410,0</i>

Derivate zur Absicherung von sonstigen Grundgeschäften resultieren im Wesentlichen aus Sicherungsbeziehungen, die nach den Vorschriften zum Hedge Accounting ineffektiv waren.

#### (42) Finanzanlagen

	31. 12. 2012 Mio. €	31. 12. 2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Geldmarktpapiere	0,0	40,1	-40,1
Anleihen und Schuldverschreibungen	22 469,7	24 578,6	-2 108,9
Beteiligungen	118,8	118,8	0,0
Sonstige Finanzanlagen	0,2	0,2	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>22 588,7</b>	<b>24 737,7</b>	<b>-2 149,0</b>
<i>davon:</i>			
<i>nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>18 574,4</i>	<i>19 279,1</i>	<i>-704,7</i>
<i>beleihbar</i>	<i>21 192,1</i>	<i>22 533,0</i>	<i>-1 340,9</i>

Die Beteiligungen wurden gemäß IAS 39.46 (c) mit den Anschaffungskosten angesetzt, da sowohl quotierte Preise als auch sonstige Bewertungsinformationen fehlten. Abschreibungen waren zum 31.12.2012 nicht erforderlich.

#### (43) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Der Posten Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien enthält eine komplett fremd vermietete Immobilie. Die voraussichtliche Nutzungsdauer wurde auf 33 Jahre geschätzt.

Es gab keine Beschränkungen im Hinblick auf die Immobilie, die eine Veräußerung beeinträchtigen würden.

Der Impairmenttest nach IAS 36 für die als Finanzinvestition gehaltene Immobilie ergab keinen Abschreibungsbedarf, da keine dauerhafte Wertminderung vorlag.

Die Entwicklung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilie stellte sich folgendermaßen dar:

	2012 Mio. €	2011 Mio. €
<b>Anschaffungskosten/ Herstellungskosten per 01. 01.</b>	<b>19,7</b>	<b>19,7</b>
Zugänge	0,1	0,0
Abgänge	0,0	0,0
Umgliederungen	0,0	0,0
Abschreibungen kumuliert	3,9	3,4
<i>Abschreibungen</i>	<i>0,5</i>	<i>0,5</i>
<b>Buchwert per 31.12.</b>	<b>15,9</b>	<b>16,3</b>

Der beizulegende Zeitwert der Immobilie betrug rund 18,5 Mio. € (rund 18,9 Mio. €). Die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts erfolgte nach dem Ertragswertverfahren unter Berücksichtigung eines unabhängigen Gutachtens.

In den Sonstigen betrieblichen Erträgen wurden Miet-  
einnahmen in Höhe von 0,9 Mio. € (0,9 Mio. €) ausge-  
wiesen. Der Immobilie direkt zurechenbare Ausgaben

von 7,3 Tsd. € (45,8 Tsd. €) sowie die Grundsteuer in  
Höhe von 35,9 Tsd. € (35,9 Tsd. €) wurden unter den  
Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

#### (44) Sachanlagen

Unter den Grundstücken und Gebäuden wird das  
eigengenutzte Bürogebäude in der Hochstraße 2,  
Frankfurt am Main, ausgewiesen. Des Weiteren besitzt  
die Bank Mitarbeiterwohnungen, welche gemäß IAS

40.9 (c) nicht zu den als Finanzinvestition gehaltenen  
Immobilien zählen, sondern den Vorschriften des IAS  
16 unterliegen und damit den Sachanlagen zugeordnet  
wurden.

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens stellt sich wie folgt dar:

	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Gesamt	
	2012 Mio. €	2011 Mio. €	2012 Mio. €	2011 Mio. €	2012 Mio. €	2011 Mio. €
<b>Anschaffungskosten/ Herstellungskosten per 01.01.</b>	<b>23,1</b>	<b>23,1</b>	<b>9,6</b>	<b>10,2</b>	<b>32,7</b>	<b>33,3</b>
Zugänge	0,0	0,0	1,3	1,0	1,3	1,0
Abgänge	0,0	0,0	0,6	1,6	0,6	1,6
Abschreibungen kumuliert	0,1	0,1	9,1	8,5	9,2	8,6
<i>Abschreibungen</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,9</i>	<i>1,0</i>	<i>0,9</i>	<i>1,0</i>
Wertminderungen kumuliert	1,7	1,7	0,0	0,0	1,7	1,7
<i>Wertminderungen</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>
<b>Buchwert per 31.12.</b>	<b>21,3</b>	<b>21,3</b>	<b>1,2</b>	<b>1,1</b>	<b>22,5</b>	<b>22,4</b>

Die Werthaltigkeit der Grundstücke wurde anhand aktueller Bodenrichtwerte überprüft. Es gab für 2012 – wie  
im Vorjahr – keinen Wertberichtigungsbedarf.

#### (45) Immaterielle Vermögenswerte

Im Konzern wird bei den Immateriellen Vermögens-  
werten in erworbene und selbst erstellte Software  
unterschieden.

Die Abschreibungen werden unter den Verwaltungs-  
aufwendungen ausgewiesen. Ein Wertberichtigungs-  
bedarf gemäß IAS 36 lag – wie im Vorjahr – nicht vor.

Die Entwicklung der Immateriellen Vermögenswerte stellt sich wie folgt dar:

	Erworbene Software		Selbstentwickelte Software		Gesamt	
	2012 Mio. €	2011 Mio. €	2012 Mio. €	2011 Mio. €	2012 Mio. €	2011 Mio. €
<b>Anschaffungskosten/ Herstellungskosten per 01.01.</b>	<b>7,4</b>	<b>1,7</b>	<b>10,4</b>	<b>11,7</b>	<b>17,8</b>	<b>13,4</b>
Zugänge	9,6	5,8	0,5	0,8	10,1	6,6
Abgänge	0,8	0,1	2,6	2,1	3,4	2,2
Abschreibungen kumuliert	2,0	2,2	7,6	9,9	9,6	12,1
<i>Abschreibungen</i>	<i>0,6</i>	<i>0,9</i>	<i>0,2</i>	<i>2,5</i>	<i>0,8</i>	<i>3,4</i>
<b>Buchwert per 31.12.</b>	<b>14,2</b>	<b>5,2</b>	<b>0,7</b>	<b>0,5</b>	<b>14,9</b>	<b>5,7</b>

#### (46) Laufende Ertragsteueransprüche

	31. 12. 2012	31. 12. 2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Erstattungsansprüche	0,6	1,3	-0,7
Ertragsteueransprüche	0,5	0,7	-0,2
<b>Gesamt</b>	<b>1,1</b>	<b>2,0</b>	<b>-0,9</b>

Die Erstattungsansprüche an das Finanzamt resultieren aus Geschäftsvorgängen, in denen Kapitalertragsteuer erhoben wurde. Darüber hinaus ergaben sich

Laufende Ertragsteueransprüche aus der Verrechnung der Vorauszahlungen mit dem voraussichtlichen Ergebnis aus dem Steuerbescheid.

#### (47) Aktive latente Steuern

Im Konzern sind die konsolidierten Tochtergesellschaften steuerpflichtig. Die Bank ist von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit. Zur

Ermittlung der latenten Steuern wurden generell ein Körperschaftsteuersatz (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,8 % (15,8 %) und ein einheitlicher Gewerbesteuersatz von 16,1 % (16,1 %) verwendet.

	31. 12. 2012	31. 12. 2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Steuerliche Verlustvorträge	0,9	0,5	0,4
<b>Aktive latente Steuern</b>	<b>0,9</b>	<b>0,5</b>	<b>0,4</b>

Im Konzern bestanden nach den aktuellen Steuerbescheiden zum 31.12.2011 steuerliche Verlustvorträge bei der DSV in Höhe von 50,5 Mio. € (50,6 Mio. €). Davon entfielen 26,3 Mio. € (26,3 Mio. €) auf die Körperschaftsteuer und 24,2 Mio. € (24,3 Mio. €) auf die Gewerbesteuer. Die Verlustvorträge der DSV stammen im Wesentlichen aus Wertberichtigungen, die in den vorangegangenen Geschäftsjahren vorgenommen worden sind.

Bei der LRB betragen die steuerlichen Verlustvorträge 73,0 Mio. € (72,3 Mio. €), die sich mit 67,7 Mio. € (65,1 Mio. €) aus der Körperschaftsteuer und mit 5,3 Mio. € (7,2 Mio. €) aus der Gewerbesteuer zusammensetzen. Die Verlustvorträge der LRB sind im

Wesentlichen aus der Abschreibung von Beteiligungen bis zum Geschäftsjahr 1999 entstanden.

Für die Ermittlung der latenten Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge wurde bei der DSV auf einen Planungshorizont von 20 Jahren (Basis 01.01.2006) zur Abwicklung ihrer Pensionsverpflichtungen und den Durchschnittsgewinn der letzten Jahre abgestellt. Auf Basis in Zukunft erwarteter negativer Ergebnisse wurden keine latenten Steuern auf die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer gebildet.

Der Planungshorizont der LRB wurde aufgrund der Planungsunsicherheiten ihrer Einkünfte, die im Wesentlichen auf Dividendenzahlungen basieren, auf 5 Jahre festgelegt.

	31. 12. 2011	Verbrauch	Zuführung	31. 12. 2012
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
<b>Aktive latente Steuern</b>				
<b>DSV</b>				
Körperschaftsteuer	0,2	0,2	0,0	0,0
Gewerbesteuer	0,3	0,3	0,0	0,0
<b>Summe DSV</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>LRB</b>				
Körperschaftsteuer	0,0	0,0	0,0	0,0
Gewerbesteuer	0,0	0,0	0,9	0,9
<b>Summe LRB</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,9</b>	<b>0,9</b>
<b>Gesamt</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,9</b>	<b>0,9</b>

**(48) Sonstige Aktiva**

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Barsicherheiten Collateral Management (täglich fällig)	1 033,5	454,3	579,2
Periodenabgrenzung	1,2	1,4	-0,2
Sonstiges	0,9	1,2	-0,3
<b>Gesamt</b>	<b>1 035,6</b>	<b>456,9</b>	<b>578,7</b>

**(49) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Täglich fällig	1,0	437,7	-436,7
Termingelder	204,0	110,0	94,0
Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	1 405,4	1 336,2	69,2
Globaldarlehen	1 257,6	1 223,6	34,0
<b>Gesamt</b>	<b>2 868,0</b>	<b>3 107,5</b>	<b>-239,5</b>
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>2 274,1</i>	<i>2 468,0</i>	<i>-193,9</i>

**(50) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Täglich fällig	67,6	416,7	-349,1
Termingelder	39,4	24,8	14,6
Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	5 592,9	5 601,7	-8,8
Loan Agreements	47,4	52,2	-4,8
Sonstige	55,3	52,2	3,1
<b>Gesamt</b>	<b>5 802,6</b>	<b>6 147,6</b>	<b>-345,0</b>
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>4 977,9</i>	<i>5 223,5</i>	<i>-245,6</i>

**(51) Verbriefte Verbindlichkeiten**

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Medium Term Notes	48 946,3	47 261,4	1 684,9
Globalanleihen	12 432,6	13 500,4	-1 067,8
Euro Commercial Papers	5 190,7	7 351,1	-2 160,4
Inhaberschuldverschreibungen	61,6	47,9	13,7
Rentenbankbriefe	1,1	1,0	0,1
<b>Gesamt</b>	<b>66 632,3</b>	<b>68 161,8</b>	<b>-1 529,5</b>
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>50 732,9</i>	<i>50 960,9</i>	<i>-228,0</i>

## (52) Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten

Die Derivate gliedern sich nach den wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen wie folgt:

	31. 12. 2012 Mio. €	31. 12. 2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Absicherung für Grundgeschäfte:			
Hedge Accounting (Fair Value Hedge)	4 296,9	2 998,4	1 298,5
Designated as at Fair Value	940,8	930,1	10,7
Sonstige	594,5	334,5	260,0
<b>Gesamt</b>	<b>5 832,2</b>	<b>4 263,0</b>	<b>1 569,2</b>
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>4 678,1</i>	<i>3 377,6</i>	<i>1 300,5</i>

Derivate zur Absicherung von sonstigen Grundgeschäften resultieren im Wesentlichen aus Sicherungs-

beziehungen, die nach den Vorschriften zum Hedge Accounting ineffektiv waren.

## (53) Rückstellungen

	31. 12. 2011 Mio. €	Verbrauch Mio. €	Auflösung Mio. €	Zuführung Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €
Rückstellungen für Pensionen					
u. ä. Verpflichtungen	90,8	5,6	0,0	6,3	91,5
Andere Rückstellungen	13,4	6,6	1,6	7,2	12,4
<b>Gesamt</b>	<b>104,2</b>	<b>12,2</b>	<b>1,6</b>	<b>13,5</b>	<b>103,9</b>

### a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Entwicklung der Pensionsverpflichtungen sowie die in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung erfassten Beträge zeigt folgende Aufstellung:

	2012 Mio. €	2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Barwert der Pensionsverpflichtung zum 01. 01.</b>	<b>91,3</b>	<b>90,0</b>	<b>1,3</b>
Abzgl. noch nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	0,5	0,0	0,5
<b>Rückstellung zum 01. 01.</b>	<b>90,8</b>	<b>90,0</b>	<b>0,8</b>
Laufender Dienstzeitaufwand	1,7	1,7	0,0
Zinsaufwand	4,6	4,7	-0,1
<b>Zuführung zu den Pensionsrückstellungen</b>	<b>6,3</b>	<b>6,4</b>	<b>-0,1</b>
Pensionsleistungen	-5,6	-5,6	0,0
<b>Rückstellung zum 31. 12.</b>	<b>91,5</b>	<b>90,8</b>	<b>0,7</b>
Zuzgl. noch nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	18,5	0,5	18,0
<b>Barwert der Pensionsverpflichtung zum 31. 12.</b>	<b>110,0</b>	<b>91,3</b>	<b>18,7</b>

Abweichungen zwischen dem Barwert der Pensionsverpflichtung und der in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellung resultieren aus der Anwendung der Korridor-Regelung des IAS 19.92ff. Hiernach werden Gewinne und Verluste, die aus Änderungen der Bemessungsgrundlagen und Bewertungsparameter entstehen (sog. versicherungsmathematische Gewinne/Verluste), erst dann zeitanteilig erfasst, nachdem diese 10 % der tatsächlichen Pensionsverpflichtung übersteigen. Versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste innerhalb des 10 %-Korridors bleiben un-

berücksichtigt. Zum 31.12.2012 bestanden nicht erfasste versicherungsmathematische Verluste von 18,5 Mio. € (0,5 Mio. €).

Von den Pensionsrückstellungen waren 86,1 Mio. € (85,3 Mio. €) nach mehr als zwölf Monaten fällig.

Die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen von 6,3 Mio. € (6,4 Mio. €) wurden vollständig in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen wurden im Wesentlichen unter folgenden versicherungsmathematischen Annahmen berechnet:

	31. 12. 2012	31. 12. 2011
Rechnungszinsfuß	3,4%	4,8%
Einkommenstrend		
Tariferhöhung	2,3%	2,3%
Karrieretrend bis Alter 45	1,0%	1,0%
Rententrend	1,0% – 2,3%	1,0% – 2,3%
Inflationsrate	2,0%	2,0%
Fluktuationsrate	2,0%	2,0%

Im Konzern existieren verschiedene Versorgungsregelungen. Die Bandbreite beim Rententrend ergibt sich aus den je Versorgungsregelung zugrunde gelegten Rententrends.

Die Entwicklung der barwertigen Pensionsverpflichtung im Mehrjahresvergleich stellt sich wie folgt dar:

	31. 12. 2012 Mio. €	31. 12. 2011 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	31. 12. 2008 Mio. €
Barwert der Pensionsverpflichtung	110,0	91,3	90,0	87,9	87,9
Erfahrungsbedingte Anpassung der Pensionsverpflichtung	0,0	0,5	1,5	-1,8	1,1

Als erfahrungsbedingte Anpassungen der Pensionsverpflichtung werden die Auswirkungen der Abweichungen zwischen früheren versicherungsmathematischen Annahmen und der tatsächlichen Entwicklung bezeichnet.

#### b) Andere Rückstellungen

	31. 12. 2012 Mio. €	31. 12. 2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Beteiligungsabwicklung	6,5	7,1	-0,6
Förderung der Landwirtschaft	3,0	2,5	0,5
Sonstige Rückstellungen	2,9	3,8	-0,9
<b>Gesamt</b>	<b>12,4</b>	<b>13,4</b>	<b>-1,0</b>

Die Rückstellungen für Beteiligungsabwicklung betreffen die von der Rentenbank vertraglich übernommene Verpflichtung zur Deckung von Pensionszahlungen der in Abwicklung befindlichen Deutschen Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main. Die Bank hat sich zusammen mit den anderen Gesellschaftern der DGL verpflichtet, anteilige Deckungsbeiträge zu leisten, um die Zahlungsfähigkeit der DGL bis zu deren voraussichtlicher Abwicklung in rund 50 Jahren sicherzustellen.

Bei den Rückstellungen für die Förderung der Landwirtschaft handelt es sich um noch nicht vergebene Mittel aus dem Förderungsfonds.

Die Sonstigen Rückstellungen enthielten im Wesentlichen Rückstellungen für eventuelle Zahlungen wegen Jubiläen, dem Vorruhestand und Prozesskosten.

#### (54) Nachrangige Verbindlichkeiten

	31. 12. 2012	31. 12. 2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Medium Term Notes	698,8	677,2	21,6
Loan Agreements	157,8	171,2	-13,4
Schuldscheindarlehen	67,8	64,0	3,8
<b>Gesamt</b>	<b>924,4</b>	<b>912,4</b>	<b>12,0</b>
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>792,2</i>	<i>903,5</i>	<i>-111,3</i>

#### (55) Passive latente Steuern

Im Konzern sind nur die konsolidierten Tochtergesellschaften steuerpflichtig. Die Bank ist von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit. Zur Ermittlung der latenten Steuern wurden generell ein Körperschaftsteuersatz (inklusive Solidaritäts-

zuschlag) von 15,8 % (15,8 %) und ein einheitlicher Gewerbesteuersatz von 16,1 % (16,1 %) verwendet.

Passive latente Steuern wurden aus temporären Differenzen zwischen IFRS- und Steuerbilanz ermittelt.

	31. 12. 2012	31. 12. 2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Temporäre Differenzen	0,2	0,1	0,1
<b>Passive latente Steuern</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>

Auf den Unterschiedsbetrag im Ausweis der Pensionsrückstellungen zwischen der Steuerbilanz und der IFRS-Bilanz in Höhe von 0,5 Mio. € (0,4 Mio. €)

wurde eine passive latente Steuer von 172,0 Tsd. € (125,7 Tsd. €) gebildet.

	31. 12. 2011	Verbrauch	Zuführung	31. 12. 2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Passive latente Steuern				
<b>DSV</b>				
Körperschaftsteuer	62,3	0,0	23,0	85,3
Gewerbesteuer	63,4	0,0	23,3	86,7
<b>Gesamt</b>	<b>125,7</b>	<b>0,0</b>	<b>46,3</b>	<b>172,0</b>

#### (56) Sonstige Passiva

	31. 12. 2012	31. 12. 2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Barsicherheiten Collateral Management (täglich fällig)	3 669,7	4 422,7	-753,0
Rechnungsabgrenzungsposten	16,2	27,3	-11,1
Diskontierte Förderbeiträge	16,9	16,5	0,4
Abzugrenzende Schulden	5,7	5,9	-0,2
Sonstige Verbindlichkeiten	4,4	2,9	1,5
<b>Gesamt</b>	<b>3 712,9</b>	<b>4 475,3</b>	<b>-762,4</b>

Die Bank hat Barsicherheiten aus Besicherungsvereinbarungen (Credit Support Annex) erhalten. Diese werden kontrahentenbezogen aus den positiven Marktwerten unter Berücksichtigung der vertraglich definierten Frei- und Mindesttransferbeträge ermittelt.

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind die barwertig erhaltenen Vorauszahlungen von Zinsverbilligungen dargestellt. Diese Zinsverbilligungen verringern die Zinskosten und werden von Bundesländern im Rahmen der Investitionsförderprogramme

geleistet. Die Bank gibt sie in Verbindung mit ihren Förderkrediten an die Landwirtschaft weiter.

Die diskontierten Förderbeiträge betreffen die Zinsunterdeckungen und Verwaltungskostenpauschalen von zugesagten, aber noch nicht ausgezahlten Programmkrediten.

Die abzugrenzenden Schulden beinhalten im Wesentlichen Verpflichtungen aus Abschlussvergütungen.

In den Sonstigen Verbindlichkeiten waren als größter Posten Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt in Höhe von 1,3 Mio. € (1,1 Mio. €) enthalten.

**(57) Eigenkapital**

	31. 12. 2012 Mio. €	31. 12. 2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen			
Hauptrücklage	769,9	709,8	60,1
Deckungsrücklage	115,9	137,7	-21,8
Andere Gewinnrücklagen	1 667,0	1 474,3	192,7
Gewinnrücklagen insgesamt	2 552,8	2 321,8	231,0
Neubewertungsrücklage	-179,6	-763,4	583,8
Bilanzgewinn	12,8	12,3	0,5
<b>Gesamt</b>	<b>2 521,0</b>	<b>1 705,7</b>	<b>815,3</b>

Die Haupt- und Deckungsrücklage werden im Jahresabschluss der Bank gebildet und in den Konzern übergeleitet. Der verbleibende Konzernjahresüberschuss

wurde unter Anrechnung des auszuschüttenden Bilanzgewinns in den anderen Gewinnrücklagen berücksichtigt.

## Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

### (58) Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien

	Held for Trading	Designa- ted as at Fair Value	Loans and Receiv- ables	Available for Sale	Held to Maturity	Other Liabilities	Summe
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
<b>31.12.2012</b>							
<b>Aktiva</b>							
Guthaben Zentralnotenbanken			204,2				204,2
Forderungen an Kreditinstitute		12 799,3	38 364,7				51 164,0
Forderungen an Kunden		352,6	4 299,8				4 652,4
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte			1 210,7				1 210,7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7 486,4						7 486,4
Finanzanlagen		5 925,5		14 240,7	2 422,5		22 588,7
Sonstige Aktiva			1 033,5				1 033,5
<b>Summe Aktiva</b>	<b>7 486,4</b>	<b>19 077,4</b>	<b>45 112,9</b>	<b>14 240,7</b>	<b>2 422,5</b>	<b>-</b>	<b>88 339,9</b>
<b>Passiva</b>							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1 532,0				1 336,0	2 868,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		1 567,8				4 234,8	5 802,6
Verbriefte Verbindlichkeiten		47 772,4				18 859,9	66 632,3
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5 832,2						5 832,2
Nachrangige Verbindlichkeiten		856,6				67,8	924,4
Sonstige Passiva						3 669,9	3 669,9
<b>Summe Passiva</b>	<b>5 832,2</b>	<b>51 728,8</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>28 168,4</b>	<b>85 729,4</b>
<b>31.12.2011</b>							
<b>Aktiva</b>							
Guthaben Zentralnotenbanken			778,4				778,4
Forderungen an Kreditinstitute		18 030,9	33 352,1				51 383,0
Forderungen an Kunden		356,0	2 497,9				2 853,9
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte			772,5				772,5
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7 847,6						7 847,6
Finanzanlagen		8 212,5		14 050,9	2 474,3		24 737,7
Sonstige Aktiva			454,3				454,3
<b>Summe Aktiva</b>	<b>7 847,6</b>	<b>26 599,4</b>	<b>37 855,2</b>	<b>14 050,9</b>	<b>2 474,3</b>	<b>-</b>	<b>88 827,4</b>
<b>Passiva</b>							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1 778,7				1 328,8	3 107,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		1 584,5				4 563,1	6 147,6
Verbriefte Verbindlichkeiten		52 791,3				15 370,5	68 161,8
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	4 262,5						4 262,5
Nachrangige Verbindlichkeiten		848,4				64,0	912,4
Sonstige Passiva						4 422,7	4 422,7
<b>Summe Passiva</b>	<b>4 262,5</b>	<b>57 002,9</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>25 749,1</b>	<b>87 014,5</b>

**(59) Finanzinstrumente der Kategorie „Designated as at Fair Value“**

	Forderungen „Designated as at Fair Value“		Finanzanlagen „Designated as at Fair Value“		Verbindlichkeiten „Designated as at Fair Value“	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
maximales Ausfallrisiko zum 31.12.	13 151,9	18 386,9	5 925,5	8 212,5	-	-
Änderungen des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Änderungen beim Ausfallrisiko						
- in der Berichtsperiode	-3,2	-14,7	-5,5	-12,6	0,0	0,0
- kumuliert	-55,7	-52,5	-91,9	-86,4	0,0	0,0

Die ausfallrisikobedingten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden als der Betrag der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts bestimmt, der nicht auf marktpreisrisikobedingte Änderungen zurückzuführen ist. Das bedeutet, dass diese Größe auf Basis der Bewertungseffekte aus Änderungen der Bonitätseinstufung von Geschäftspartnern bzw. der eigenen Bonität ermittelt wird.

Die Bewertung der Verbindlichkeiten enthielt in der Berichtsperiode sowie in den Vorjahren nur marktbedingte Änderungen. Das Bonitätsrating der Bank und damit der Verbindlichkeiten blieb im Jahr 2012 - ebenso wie in den Vorjahren - unverändert.

Verbindlichkeiten „Designated as at Fair Value“

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Buchwert	50 844,3	55 327,3	-4 483,0
Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	49 701,4	55 057,0	-5 355,6
<b>Differenz</b>	<b>-1 142,9</b>	<b>-270,3</b>	<b>-872,6</b>
davon:			
Kapitalisierung zukünftig fälliger Zinsen	-1 052,5	-1 403,3	350,8

Der Unterschiedsbetrag zwischen Buchwert und vertraglich vereinbarter Rückzahlung bei Fälligkeit resultiert - neben der Bewertung zum beizulegenden

den Zeitwert - aus der Kapitalisierung zukünftig fälliger Zinsen, insbesondere bei Null-Kupon-Anleihen.

**(60) Nettogewinne oder -verluste nach Bewertungskategorien**

	Gewinn- und Verlustrechnung				Sonstiges Ergebnis	
	Ergebnis aus Finanzanlagen		Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung		Veränderung der Neubewertungs- rücklage	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Held for Trading	0,0	0,0	-211,0	-734,8	0,0	0,0
Designated as at Fair Value	0,0	0,0	-356,8	-245,9	0,0	0,0
Loans and Receivables	0,0	0,0	736,2	754,7	0,0	0,0
Available for Sale	3,1	-11,3	275,0	311,8	575,3	-402,9
Held to Maturity	0,0	0,0	0,0	0,0	8,5	43,1
Other Liabilities	0,0	0,0	-499,1	-438,2	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>3,1</b>	<b>-11,3</b>	<b>-55,7</b>	<b>-352,4</b>	<b>583,8</b>	<b>-359,8</b>

**(61) Angaben zum beizulegenden Zeitwert**

Finanzinstrumente mit Bilanzansatz zum beizulegenden Zeitwert:

	beizulegender Zeitwert		Quotierte Preise auf aktiven Märkten (Level 1)		Wesentliche beobachtbare Bewertungspara- meter (Level 2)		Wesentliche unbeobachtbare Bewertungspara- meter (Level 3)	
	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	12 799,3	18 030,9	0,0	0,0	4 518,4	18 030,9	8 280,9	0,0
Forderungen an Kunden	352,6	356,0	0,0	0,0	0,0	356,0	352,6	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7 486,4	7 847,6	0,0	0,0	7 486,4	7 847,6	0,0	0,0
Finanzanlagen	20 047,4	22 144,6	15 520,1	19 694,7	4 417,1	2 449,9	110,2	0,0
<b>Summe Aktiv</b>	<b>40 685,7</b>	<b>48 379,1</b>	<b>15 520,1</b>	<b>19 694,7</b>	<b>16 421,9</b>	<b>28 684,4</b>	<b>8 743,7</b>	<b>0,0</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 532,0	1 778,7	0,0	0,0	1 532,0	1 778,7	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 567,8	1 584,5	0,0	0,0	290,6	1 584,5	1 277,2	0,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	47 772,4	52 791,3	31 551,4	40 508,3	16 104,0	12 283,0	117,0	0,0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5 832,2	4 262,5	0,0	0,0	5 832,2	4 262,5	0,0	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	856,6	848,4	0,0	0,0	0,0	848,4	856,6	0,0
<b>Summe Passiv</b>	<b>57 561,0</b>	<b>61 265,4</b>	<b>31 551,4</b>	<b>40 508,3</b>	<b>23 758,8</b>	<b>20 757,1</b>	<b>2 250,8</b>	<b>0,0</b>

In Buchwerten zum 31.12.2012 wurden zwischen den Leveln 1 und 2 übertragen:

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €
<b>Übertragungen von Level 1 nach Level 2</b>		
Finanzanlagen	2 977,3	1 074,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	6 759,1	1 314,5
<b>Übertragungen von Level 2 nach Level 1</b>		
Finanzanlagen	507,0	1 507,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	1 625,9	89,3

Die Übertragungen wurden vorgenommen, da quotierte Preise auf aktiven Märkten vorlagen bzw. weggefallen sind. Sie werden unabhängig vom tatsächlichen

Zeitpunkt des Ereignisses, das die Übertragung verursacht hat, immer zu Beginn der Berichtsperiode erfasst.

Überleitungsrechnung für die Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert in Level 3:

	Forderungen an Kreditinstitute Mio. €	Forderungen an Kunden Mio. €	Finanzanlagen Mio. €
Beizulegender Zeitwert zum 01.01.2012	0,0	0,0	0,0
Übertragungen in Level 3	8 232,3	353,7	91,7
Übertragungen aus Level 3	0,0	0,0	0,0
Gewinne und Verluste			
im Ergebnis aus Fair Value- und			
Hedge-Bewertung	48,6	-1,1	-2,1
im sonstigen Ergebnis	0,0	0,0	0,1
Käufe	0,0	0,0	20,5
Verkäufe	0,0	0,0	0,0
Fälligkeiten	0,0	0,0	0,0
<b>Beizulegender Zeitwert zum 31.12.2012</b>	<b>8 280,9</b>	<b>352,6</b>	<b>110,2</b>
Unrealisierte Gewinne und Verluste im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung aus den Vermögenswerten zum 31.12.2012	48,6	-1,1	-2,1
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden Mio. €	Verbriefte Verbindlichkeiten Mio. €	Nachrangige Verbindlichkeiten Mio. €
Beizulegender Zeitwert zum 01.01.2012	0,0	0,0	0,0
Übertragungen in Level 3	953,5	128,7	850,0
Übertragungen aus Level 3	0,0	0,0	0,0
Gewinne und Verluste			
im Ergebnis aus Fair Value- und			
Hedge-Bewertung	-323,7	11,7	-6,6
im sonstigen Ergebnis	0,0	0,0	0,0
Neuemissionen	0,0	0,0	0,0
Fälligkeiten	0,0	0,0	0,0
<b>Beizulegender Zeitwert zum 31.12.2012</b>	<b>1 277,2</b>	<b>117,0</b>	<b>856,6</b>
Unrealisierte Gewinne und Verluste im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung aus den Verpflichtungen zum 31.12.2012	-323,7	11,7	-6,6

Die Übertragungen in Level 3 resultierten aus der erstmaligen Anwendung des IFRS 13. In IFRS 13 wurde im Vergleich zu IFRS 7 die Zuordnung der verwendeten Bewertungsparameter zu den drei Hierarchieleveln deutlich konkretisiert. Für einige Bewertungsparameter, die im Vorjahr nach IFRS 7 noch dem Level 2 zugeord-

net werden konnten, war für das aktuelle Berichtsjahr nach IFRS 13 eine Zuordnung zu Level 3 erforderlich. Übertragungen werden unabhängig vom tatsächlichen Zeitpunkt des Ereignisses, das die Übertragung verursacht hat, immer zu Beginn der Berichtsperiode erfasst.

Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte in Level 3 wurden folgende unbeobachtbare Bewertungsparameter verwendet:

	beizulegender Zeitwert 31.12.2012 Mio. €	Bewertungs- methode	unbeobachtbare Bewertungs- parameter	Bandbreite (Durchschnitt) 31.12.2012 in bp	Sensitivität +40bp 31.12.2012 Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	8.280,9	Discounted Cash Flow	Creditspread für Darlehensgeschäfte	-79 bis 1 293 (13,4)	-101,4
Forderungen an Kunden	352,6	Discounted Cash Flow	Creditspread für Darlehensgeschäfte	1 bis 6 846 (31,9)	-3,6
Finanzanlagen	110,2	Discounted Cash Flow	Creditspread für Anleihen mit Gewährträgerhaftung	-1 bis 5 (3,3)	-0,6
			Creditspread für von ausländischen Regierun- gen garantierte Anleihen	-26 (-26)	-0,1
			Creditspread für ungesicherte Anleihen mit BBB-Rating	322 (322)	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.277,2	Discounted Cash Flow	Creditspread für eigene Emissionen in EUR für Restlauf- zeiten > 9 Jahre	6 bis 26 (17)	115,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	117,0	Discounted Cash Flow	Creditspread für eigene Emissionen in BRL	20 (20)	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	856,6	Discounted Cash Flow	Creditspread für nachrangige Emissionen	2 bis 45 (24,1)	34,1

#### Angabe des beizulegenden Zeitwerts im Anhang:

Bei allen Finanzinstrumenten, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert angesetzt werden, wird dem beizulegenden Zeitwert der Buchwert gegenübergestellt:

	31.12.2012			31.12.2011		
	Fair Value Mio. €	Buchwert Mio. €	Differenz Mio. €	Fair Value Mio. €	Buchwert Mio. €	Differenz Mio. €
<b>Aktivpositionen</b>						
Barreserve	204,2	204,2	0,0	778,4	778,4	0,0
Forderungen an Kreditinstitute	39 985,6	38 364,7	1 620,9	34 181,4	33 352,1	829,3
Forderungen an Kunden	4 386,5	4 299,8	86,7	2 516,8	2 497,9	18,9
Portfoliobewertung						
Bilanzgeschäfte	1 210,7	1 210,7	0,0	772,5	772,5	0,0
Finanzanlagen	2 552,1	2 422,5	129,6	2 449,2	2 474,3	-25,1
<b>Summe Aktivpositionen</b>	<b>48 339,1</b>	<b>46 501,9</b>	<b>1 837,2</b>	<b>40 698,3</b>	<b>39 875,2</b>	<b>823,1</b>
<b>Passivpositionen</b>						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 399,5	1 336,0	63,5	1 364,0	1 328,8	35,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 390,7	4 234,8	155,9	4 542,3	4 563,1	-20,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	19 005,7	18 859,9	145,8	15 450,8	15 370,5	80,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	67,0	67,8	-0,8	56,2	64,0	-7,8
<b>Summe Passivpositionen</b>	<b>24 862,9</b>	<b>24 498,5</b>	<b>364,4</b>	<b>21 413,3</b>	<b>21 326,4</b>	<b>86,9</b>

In den Finanzanlagen sind eine Beteiligung an einer Bank und mehrere Unternehmensbeteiligungen mit Buchwerten von insgesamt 118,8 Mio. € (118,8 Mio. €) enthalten. Für diese Beteiligungen ließ sich der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermitteln. Die Beteiligungen werden nicht auf einem aktiven Markt ge-

handelt, sodass keine quotierten Preise zur Verfügung stehen. Auch eine Modellbewertung ist nicht möglich, da die zukünftigen Zahlungsströme nicht verlässlich geschätzt werden können. Es ist nicht beabsichtigt, diese Beteiligungen zu veräußern.

Die in den Notes angegebenen beizulegenden Zeitwerte sind folgenden Hierarchieleveln zugeordnet:

	beizulegender Zeitwert		Quotierte Preise auf aktiven Märkten (Level 1)		Wesentliche beobachtbare Bewertungspara- meter (Level 2)		Wesentliche unbeobachtbare Bewertungspara- meter (Level 3)	
	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	39 985,6	34 181,4	0,0	0,0	0,0	34 181,4	39 985,6	0,0
Forderungen an Kunden	4 386,5	2 516,8	0,0	0,0	0,0	2 516,8	4 386,5	0,0
Portfoliobewertung								
Bilanzgeschäfte	1 210,7	772,5	0,0	0,0	1 210,7	772,5	0,0	0,0
Finanzanlagen	2 552,1	2 449,2	2 065,6	2 273,0	486,5	176,2	0,0	0,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	18,5	18,9	0,0	0,0	0,0	0,0	18,5	18,9
<b>Summe Aktiv</b>	<b>48 153,4</b>	<b>39 938,8</b>	<b>2 065,6</b>	<b>2 273,0</b>	<b>1 697,2</b>	<b>37 646,9</b>	<b>44 390,6</b>	<b>18,9</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 399,5	1 364,0	0,0	0,0	1 367,4	1 364,0	32,1	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 390,7	4 542,3	0,0	0,0	3 171,8	4 542,3	1 218,9	0,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	19 005,7	15 450,8	17 868,7	15 083,5	1 137,0	367,3	0,0	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	67,0	56,2	0,0	0,0	0,0	56,2	67,0	0,0
<b>Summe Passiv</b>	<b>24 862,9</b>	<b>21 413,3</b>	<b>17 868,7</b>	<b>15 083,5</b>	<b>5 676,2</b>	<b>6 329,8</b>	<b>1 318,0</b>	<b>0,0</b>

## (62) Derivative Geschäfte

### Darstellung der Volumina

	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €
<b>Zinsrisiken</b>						
Zinsswaps	88 257	84 650	2 812	2 357	4 973	3 435
– davon EONIA-Swaps	0	200	0	0	0	0
– davon in Swaps eingebettete Kündigungs- und Wandlungsrechte	588	715	48	38	1	12
Swaptions						
– Käufe	0	0	0	0	0	0
– Verkäufe	984	986	0	0	35	48
Sonstige Zinstermingeschäfte	3	7	4	6	0	0
<b>Zinsrisiken – gesamt</b>	<b>89 244</b>	<b>85 643</b>	<b>2 816</b>	<b>2 363</b>	<b>5 008</b>	<b>3 483</b>
<b>Währungsrisiken</b>						
Zins-Währungsswaps	43 514	46 888	4 662	5 160	712	780
– davon in Swaps eingebettete Devisenoptionen	158	186	21	27	1	5
– davon in Swaps eingebettete Kündigungsrechte	88	100	0	0	1	2
Währungsswaps	5 186	7 235	5	324	112	0
<b>Währungsrisiken – gesamt</b>	<b>48 700</b>	<b>54 123</b>	<b>4 667</b>	<b>5 484</b>	<b>824</b>	<b>780</b>
<b>Aktien- und sonstige Preisrisiken</b>						
Aktienindex-Swaps	30	45	3	1	0	0
– davon in Swaps eingebettete Aktienoptionen	30	45	3	1	0	0
<b>Aktien- und sonstige Preisrisiken – gesamt</b>	<b>30</b>	<b>45</b>	<b>3</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Gesamt</b>	<b>137 974</b>	<b>139 811</b>	<b>7 486</b>	<b>7 848</b>	<b>5 832</b>	<b>4 263</b>

### Kontrahentengliederung

	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €
Banken in der EU/OECD	126 350	127 976	6 638	6 737	5 293	4 093
Sonstige Kontrahenten in der EU/OECD	11 624	11 835	848	1 111	539	170
<b>Gesamt</b>	<b>137 974</b>	<b>139 811</b>	<b>7 486</b>	<b>7 848</b>	<b>5 832</b>	<b>4 263</b>

### (63) Liquiditätsanalyse

	bis 3 Monate		mehr als 3 Monate bis 1 Jahr		mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre		über 5 Jahre bzw. unbestimmt	
	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	279,7	553,8	311,7	85,4	1 755,4	1 573,8	460,0	880,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	306,6	512,6	526,8	409,1	1 047,1	1 635,4	4 327,5	4 499,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	10 165,8	10 314,1	5 668,7	6 620,0	34 819,6	35 922,9	13 337,1	13 424,3
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	296,0	271,0	90,0	51,0	386,0	313,0	57,0	100,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	29,2	5,5	118,3	17,3	10,4	125,4	690,1	759,4
<b>Gesamt</b>	<b>11 077,3</b>	<b>11 657,0</b>	<b>6 715,5</b>	<b>7 182,8</b>	<b>38 018,5</b>	<b>39 570,5</b>	<b>18 871,7</b>	<b>19 662,7</b>

Die in der Liquiditätsanalyse angegebenen Beträge sind die vertraglich vereinbarten Rückzahlungsbeträge.

Diese weichen von den in der Bilanz ausgewiesenen Buchwerten ab.

## Sonstige Angaben

### (64) Eigenkapitalmanagement

Über die Anlage des Eigenkapitals im Segment „Kapitalstockanlage“ entscheidet der Gesamtvorstand auf Vorschlag des Liquiditätsausschusses. Von zentraler Bedeutung sind dabei die prognostizierten Zinsentwicklungen als auch Fälligkeitsstrukturen.

### (65) Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital

Gemäß IAS 1.135 ist im Konzernabschluss über die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel zu berichten.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel des Konzerns wurden nach den Vorschriften der §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Gemäß dem im § 10a Abs. 7 KWG verankerten Wahlrecht wurde dabei nicht der nach den IFRS aufgestellte Konzernabschluss zugrunde gelegt. Die Eigenmittel wurden gemäß § 64h Abs. 4 KWG nach dem Aggregationsverfahren auf Basis der nach HGB aufgestellten Jahresabschlüsse der Konzerngesellschaften ermittelt. Somit bestehen in den folgenden ausgewiesenen Posten Abweichungen sowohl zum Konzernabschluss nach IFRS als auch zum Jahresabschluss nach HGB. Beim Aggregationsverfahren werden die Eigenmittel der einbezogenen Gesellschaften nicht konsolidiert, sondern unter Abzug der Beteiligungsbuchwerte addiert. Die Eigenmittel setzen sich aus Kern- und Ergänzungskapital (haftendes Eigenkapital) zusammen.

Die Zusammensetzung der aggregierten Eigenmittel zum 31. 12. 2012 auf Basis der HGB-Werte ist folgender Tabelle zu entnehmen:

	31. 12. 2012 Mio. €	31. 12. 2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Zusammensetzung der Eigenmittel</b>			
Gezeichnetes Kapital	176	176	0
Offene Rücklagen	882	842	40
Fonds für allgemeine Bankrisiken	1 884	1 304	580
Immaterielle Vermögensgegenstände	-15	-6	-9
Verlustvortrag	-13	-12	-1
<b>Kernkapital</b>	<b>2 914</b>	<b>2 304</b>	<b>610</b>
Nachrangige Verbindlichkeiten	765	823	-58
Übrige Bestandteile	79	406	-327
<b>Ergänzungskapital</b>	<b>844</b>	<b>1 229</b>	<b>-385</b>
<b>Haftendes Eigenkapital</b>	<b>3 758</b>	<b>3 533</b>	<b>225</b>
Drittangmittel	0	0	0
davon genutzte Drittangmittel	0	0	0
<b>Eigenmittel insgesamt</b>	<b>3 758</b>	<b>3 533</b>	<b>225</b>

Gemäß Solvabilitätsverordnung darf die Kernkapitalquote 4 % und die Gesamtkapitalquote 8 % nicht unterschreiten.

Zum Berichtstag ergeben sich für die Unternehmensgruppe folgende Kennziffern:

	31. 12. 2012 %	31. 12. 2011 %
Kernkapitalquote gemäß SolvV	21,9	17,2
Gesamtkapitalquote gemäß SolvV	28,2	26,4

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden im Berichtsjahr – ebenso wie im Vorjahr – jederzeit eingehalten.

**(66) Als Sicherheit übertragene bzw. erhaltene Vermögenswerte**

Das Derivategeschäft wird im Konzern von der Bank ausschließlich zur Sicherung von bestehenden oder absehbaren Marktpreisrisiken getätigt und beschränkt sich auf bonitätsmäßig einwandfreie Geschäftspartner im EU-/OECD-Raum. Die Bank hat mit allen solchen Kontrahenten Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen. Dadurch werden die über die vertraglich definierten, bonitätsabhängigen Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehenden positiven Marktwerte

aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen in Euro besichert. Andererseits verpflichtet sich die Bank bei negativem Marktwert Bareinlagen in Euro bereitzustellen, sofern diese über dem entsprechenden Frei- und Mindesttransferbetrag liegen. Die gestellten und erhaltenen Sicherheiten werden täglich mit EONIA verzinst, die Zinsen monatlich gezahlt. Die Buchwerte der Barsicherheiten aus dem Collateral Management betragen für die gegebenen Sicherheiten 1 033,5 Mio. € (454,3 Mio. €) und für die erhaltenen Sicherheiten 3 669,7 Mio. € (4 422,7 Mio. €).

Für gedeckte Schuldverschreibungen in Höhe von 2 347,9 Mio. € (2 778,9 Mio. €) waren folgende Vermögenswerte als Sicherheiten in die Deckungsregister eingetragen:

	31. 12. 2012 Mio. €	31. 12. 2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	6 718,5	8 046,9	-1 328,4
Forderungen an Kunden	627,4	636,1	-8,7

Zur Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft bestanden zum Bilanzstichtag frei verfügbare Refinanzierungsfazilitäten in Höhe von insgesamt nominal 24 104 Mio. € (26 958 Mio. €). Zum 31.12.2012 hatte die Bank keine besicherten Tages- und Termingelder (510 Mio. €) von der Deutschen Bundesbank aufgenommen. Ende 2012 bestanden – wie im Vorjahr – keine Wertpapiere im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank in Frankfurt am Main.

Zum 31.12.2012 bestanden Forderungen aus Geldgeschäften in Höhe von 2,5 Mrd. € (5,9 Mrd. €) gegenüber der Eurex Clearing AG. Hierfür hatte die Bank Wertpapiere mit einem Nominalwert von 2,5 Mrd. € (7,0 Mrd. €) als Sicherheit erhalten. Im Rahmen der Besicherungsvereinbarung hinterlegte die Bank Wertpapiere mit einem Nominalwert von 1,5 Mrd. € (1,2 Mrd. €) als Initial Margin.

**(67) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen**

	31. 12. 2012 Mio. €	31. 12. 2011 Mio. €	Veränderung Mio. €
Eventualverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	3,0	3,1	-0,1
Andere Verpflichtungen			
Unwiderrufliche Kreditzusagen	496,2	177,5	318,7
<b>Gesamt</b>	<b>499,2</b>	<b>180,6</b>	<b>318,6</b>

Die Eventualverbindlichkeiten beinhalten ausschließlich Ausfallbürgschaften für zinsverbilligte Kredite. Hierfür bestehen Rückbürgschaften der öffentlichen Hand zugunsten der Bank, die die Ausfallbürgschaften zu 100 % absichern. Mit der Inanspruchnahme aus den Bürgschaften ist nicht zu rechnen.

Die anderen Verpflichtungen enthalten unwiderrufliche Kreditzusagen aus dem Kreditbereich. Diese Zusagen werden voraussichtlich im Jahr 2013 in Anspruch genommen.

**(68) Anteilsbesitzliste**

	31.12.2012			31.12.2011		
	Gezeichnetes Kapital in Mio. €	Anteil am Kapital in %	Einbezug in den Konzernabschluss	Gezeichnetes Kapital in Mio. €	Anteil am Kapital in %	Einbezug in den Konzernabschluss
LR-Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt	28,6	100,0	ja	28,6	100,0	ja
DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt	17,9	100,0	ja	17,9	100,0	ja
Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt	7,7	100,0	nein	7,7	100,0	nein
Deutsche Bauernsiedlung - Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt	8,7	25,1	nein	8,7	25,1	nein
LAND-DATA Gesellschaft für Verarbeitung landwirtschaftlicher Daten GmbH, Hannover	-	-	-	0,8	10,9	nein
LAND-DATA Beteiligungs GmbH, Hannover	0,8	10,9	nein	-	-	-
LAND-DATA GmbH, Hannover	1,0	10,9	nein	-	-	-
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH, Leezen	10,2	9,8	nein	10,2	9,8	nein
Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover	0,8	6,3	nein	0,8	6,3	nein
Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH, Magdeburg	9,2	5,6	nein	9,2	5,6	nein
DZ BANK AG Deutsche Zentral- Genossenschaftsbank, Frankfurt	3 160,1	3,4	nein	3 160,1	3,4	nein
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	27,5	3,2	nein	27,5	3,2	nein

Die Anteile der Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und der Deutschen Bauernsiedlung - Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main, wurden aufgrund von Wesentlichkeitsaspekten nicht in den Konzern-

abschluss einbezogen. Die restlichen Gesellschaften werden weder beherrscht noch kann ein maßgeblicher Einfluss auf diese Unternehmen ausgeübt werden. Die Anteile an diesen Unternehmen werden somit unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die aktuell verfügbaren Finanzinformationen nach HGB der Deutschen Bauernsiedlung - Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main, als assoziiertes Unternehmen stellen sich zusammenfassend wie folgt dar:

	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €
Vermögenswerte	22 588,1	8 994,9
Schulden	14 807,2	1 012,5
Jahresfehlbetrag	-0,2	-0,2

**(69) Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen**

Nach den Vorschriften des IAS 24 sind die Geschäfte zwischen nahestehenden Personen und dem Konzern der Landwirtschaftlichen Rentenbank darzustellen. Als nahestehende Personen gelten die Mitglieder des Gesamtvorstands und des Verwaltungsrats,

das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie die nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen und die nicht at equity-bewerteten assoziierten Unternehmen (Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und Deutsche Bauernsiedlung - Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main).

Folgende Geschäfte wurden mit nahestehenden Personen und Unternehmen getätigt:

Angaben in Tsd. €	Gesamtvorstand		Tochterunternehmen		Assoziierte Unternehmen	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Einlagen	289,6	220,1	9 160,5	9 281,5	430,5	472,6

Die genannten Einlagen sind unbesichert, variabel verzinst, täglich fällig und entsprechen den allgemein gültigen Konditionen für Mitarbeiter der Rentenbank. Kredit- und Wertpapiergeschäfte wurden nicht getätigt.

Für die von der Rentenbank vertraglich übernommene Verpflichtung zur Deckung von Pensionszahlungen der in Abwicklung befindlichen Deutschen Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main, bestanden Rückstellungen von 6,5 Mio. € (7,1 Mio. €).

Zwischen der Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und dem Konzern besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag. Daraus flossen Erträge in Höhe von 89,4 Tsd. € (90,2 Tsd. €) zu. Für Revisionsleistungen des Konzerns entstand bei der Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, in 2012 ein Aufwand von 4,5 Tsd. € (2,5 Tsd. €).

Aus Pensionsunterdeckungsverpflichtungen hatte die GiG für 2012 einen Anspruch von 54,9 Tsd. € (153,3 Tsd. €) gegenüber dem Konzern. Auf Grundlage eines Ergebnisabführungsvertrags hat der Konzern den Jahresfehlbetrag der GiG in Höhe von 62,7 Tsd. € (11,7 Tsd. €) übernommen.

Auf Grundlage eines Dienstleistungsvertrags zahlte die Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main, im Jahr 2012 24,6 Tsd. € (26,6 Tsd. €) an die Rentenbank.

Es wurden keine Geschäfte mit Verwaltungsratsmitgliedern abgeschlossen.

Die Bank untersteht der Aufsicht des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Aufsichtsbehörde), das seine Entscheidungen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen trifft. Die Aufsichtsbehörde trägt dafür Sorge, dass der Geschäftsbetrieb der Bank mit dem öffentlichen Interesse insbesondere an der Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums sowie mit den Gesetzen und der Satzung in Einklang steht.

Wesentliche Geschäftsvorfälle mit der Aufsichtsbehörde oder mit Unternehmen, die ebenfalls unter der Kontrolle oder dem maßgeblichen Einfluss der Aufsichtsbehörde stehen, wurden im Jahr 2012 – ebenso wie im Vorjahr – nicht getätigt.

Für die einzelnen Mitglieder des Gesamtvorstands wurde folgende Vergütung für das Geschäftsjahr 2012 festgesetzt:

Angabe in Tsd. €	Fixe Bezüge		Variable Bezüge		Sonstige Bezüge		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Hans Bernhardt	510,0	485,0	235,0	235,0	35,9	34,7	780,9	754,7
Dr. Horst Reinhardt	510,0	485,0	235,0	235,0	24,6	23,9	769,6	743,9
<b>Gesamt</b>	<b>1 020,0</b>	<b>970,0</b>	<b>470,0</b>	<b>470,0</b>	<b>60,5</b>	<b>58,6</b>	<b>1 550,5</b>	<b>1 498,6</b>

Die Bezüge sind ausschließlich kurzfristige Leistungen, die spätestens innerhalb von zwölf Monaten nach Ende des Geschäftsjahres gezahlt werden.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber den Mitgliedern des Gesamtvorstands beliefen sich zum 31.12.2012 auf 5 792,3 Tsd. € (3 745,1 Tsd. €). Der Personalaufwandsanteil der Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen der Mitglieder des Gesamtvorstands betrug im Jahr 2012 292,9 Tsd. € (260,0 Tsd. €).

Gegenüber früheren Mitgliedern des Gesamtvorstands sowie früheren Geschäftsführern und ihren Hinterbliebenen bestanden zum 31.12.2012 Pensions- und andere Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 17 700,5 Tsd. € (16 174 Tsd. €). An laufenden Versorgungsleistungen und anderen Bezügen sind 1 219,6 Tsd. € (1 292 Tsd. €) gezahlt worden.

Im Jahr 2012 wurde eine neue Vergütungsregelung für die Mitglieder des Verwaltungsrats beschlossen. Gemäß der neuen Vergütungsregelung erhalten der Vorsitzende des Verwaltungsrats 30 Tsd. €, sein Stellvertreter 20 Tsd. € und alle weiteren Verwaltungsratsmitglieder jeweils 10 Tsd. € jährliche Grundvergütung. Hinzu treten je Ausschussmitgliedschaft eine Vergütung von 2 Tsd. € bzw. für den jeweiligen Ausschussvorsitzenden 4 Tsd. €.

Nach der alten Vergütungsregelung erhielt der Vorsitzende des Verwaltungsrats eine fixe Vergütung von 25 Tsd. € und der Stellvertreter eine fixe Vergütung von 12,5 Tsd. €. Mitglieder, die Vorsitzende eines Ausschusses des Verwaltungsrates waren, erhielten 10 Tsd. €, soweit sie nicht anderweitig höher vergütet wurden. Verwaltungsratsmitglieder mit Ausschusstätigkeit wurden mit 8,5 Tsd. €, Verwaltungsratsmitglieder ohne Ausschusstätigkeit mit 7 Tsd. €

honoriert. Darüber hinaus wurde ein zusätzliches Sitzungsgeld von 0,5 Tsd. € pro Tag gezahlt, das durch die Neuregelung entfallen ist. Die im Jahr 2012 gezahlten Sitzungsgelder wurden im Rahmen der Umstellung auf die neuen Verwaltungsratsbezüge angerechnet.

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betrugen 295 Tsd. € (211 Tsd. €) inklusive Umsatzsteuer.

In der folgenden Tabelle sind die individuellen Bezüge (jeweils ohne Umsatzsteuer) aufgelistet:

Angaben in Tsd. €	Mitgliedschaft		Vergütung		Sitzungsgelder	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Gerd Sonnleitner (Vorsitzender)	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	44,0	25,0	–	3,0
Ilse Aigner*	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	22,0	12,5	–	1,0
Dr. Hermann Onko Aeikens	01.01. – 31.12.	–	10,0	–	–	–
Dr. Helmut Born	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	14,0	8,5	–	1,5
Georg Fahrenschon	05.07. – 31.12.	–	5,6	–	–	–
Bruno Fehse	–	01.01. – 15.11.	–	6,1	–	1,0
Udo Folgart	–	01.01. – 30.06.	–	3,5	–	0,5
Heinrich Haasis	01.01. – 04.07.	01.01. – 31.12.	7,0	8,5	–	0,0
Dr. Robert Habeck	14.06. – 31.12.	–	5,4	–	–	–
Dr. Werner Hildenbrand	01.01. – 31.12.	16.11. – 31.12.	10,0	0,9	–	0,0
Werner Hilse	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	12,0	8,5	–	2,0
Dr. Benjamin-Immanuel Hoff	–	01.01. – 06.12.	–	6,4	–	1,5
Ulrike Höfken	01.01. – 31.12.	–	10,0	–	–	–
Dietrich Jahn	–	01.01. – 30.06.	–	4,3	–	0,0
Wolfgang Kirsch	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	14,0	8,5	–	1,0
Dr. Robert Kloos	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	14,0	8,5	–	1,0
Franz-Josef Möllers	01.01. – 28.06.	01.01. – 31.12.	6,0	8,5	–	1,5
Klaus-Peter Müller	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	16,0	10,0	–	1,0
Manfred Nüssel	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	12,0	8,5	–	1,5
Johannes Rimmel	–	01.01. – 31.12.	–	7,0	–	0,5
Joachim Rukwied	29.06. – 31.12.	–	5,6	–	–	–
Dr. Juliane Rumpf**	01.01. – 13.06.	–	4,6	–	–	–
Brigitte Scherb	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	12,0	8,5	–	2,0
Norbert Schindler	01.01. – 31.12.	09.08. – 31.12.	10,6	2,9	–	0,5
Dr. Klaus Stein	01.01. – 31.12.	01.07. – 31.12.	14,0	3,7	–	1,0
Klaus Wiesehügel	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	12,0	8,5	–	0,5
Herbert Wolff	–	01.01. – 31.12.	–	7,0	–	1,0
<b>Gesamtvergütung</b>			<b>260,8</b>	<b>165,8</b>	<b>–</b>	<b>22,0</b>

\* direkte Spende an das SOS Kinderdorf Irschenberg

\*\* oder Vertreter

## Zusatzangaben nach HGB

### (70) Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2012			2011		
	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt
Vollzeitbeschäftigte	129	81	210	127	77	204
Teilzeitbeschäftigte	4	36	40	4	31	35
<b>Gesamt</b>	<b>133</b>	<b>117</b>	<b>250</b>	<b>131</b>	<b>108</b>	<b>239</b>

### (71) Abschlussprüferhonorare

	2012
	Tsd. €
Abschlussprüfungsleistungen	308,0
Andere Bestätigungsleistungen	68,7
Sonstige Leistungen	4,0

Die Erklärung zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes wurde abgegeben und ist auf der Internetseite der Rentenbank öffentlich zugänglich.

Frankfurt am Main, den 4. März 2013

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK

Der Vorstand

Dr. Horst Reinhardt

Hans Bernhardt

## Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des

Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 4. März 2013

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK

Der Vorstand

Dr. Horst Reinhardt

Hans Bernhardt

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Konzernanhang (Notes) – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartun-

gen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 4. März 2013

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bernhard  
Wirtschaftsprüfer

Liebermann  
Wirtschaftsprüfer

## Vorstand

Dipl.-Volkswirt Dr. Horst Reinhardt, MBA (Sprecher)  
Dipl.-Kaufmann Hans Bernhardt

## Verwaltungsrat

### Vorsitzender:

Gerd Sonnleitner  
Ehrenpräsident des Deutschen Bauernverbands e.V., Berlin

### Stellvertreterin des Vorsitzenden:

Ilse Aigner, MdB  
Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz, Berlin

### Vertreter des Deutschen Bauernverbands e.V.:

Dr. Helmut Born  
Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands e.V.,  
Berlin

Joachim Rukwied  
Präsident des Deutschen Bauernverbands e.V., Berlin  
(ab 29.06.2012)

Werner Hilde  
Präsident des Landvolks Niedersachsen-Landesbauernverband e.V.,  
Hannover

Brigitte Scherb  
Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbands e.V., Berlin

Franz-Josef Möllers  
Präsident des Westfälisch-Lippischen-Landwirtschaftsverbands e.V.,  
Münster (bis 28.06.2012)

Norbert Schindler, MdB  
Präsident des Bauern- und Winzerverbands Rheinland-Pfalz Süd e.V.,  
Mainz

### Vertreter des Deutschen Raiffeisenverbands e.V.:

Manfred Nüssel  
Präsident des Deutschen Raiffeisenverbands e.V., Berlin

### Vertreter der Ernährungswirtschaft:

Dr. Werner Hildenbrand  
stv. Vorsitzender des Vorstands der Bundesvereinigung der  
Deutschen Ernährungsindustrie e.V., Berlin

### Landwirtschaftsminister der Länder:

*Rheinland-Pfalz:*  
Ulrike Höfken  
Staatsministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung,  
Weinbau und Forsten, Mainz

*Schleswig-Holstein:*  
Dr. Juliane Rumpf  
Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume  
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel (bis 13.06.2012)

*Sachsen-Anhalt:*  
Dr. Hermann Onko Aeikens  
Minister für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt,  
Magdeburg

Dr. Robert Habeck  
Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche  
Räume des Landes Schleswig-Holstein, Kiel (ab 14.06.2012)

### **Vertreter der Gewerkschaften:**

Klaus Wiesehügel

Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt,  
Frankfurt am Main

### **Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Dr. Robert Kloos

Staatssekretär, Berlin

### **Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen:**

Dr. Klaus Stein

Ministerialdirigent, Berlin

### **Vertreter von Kreditinstituten oder andere Kreditsachverständige:**

Klaus-Peter Müller

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Commerzbank AG,  
Frankfurt am Main

Heinrich Haasis

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands e.V.,  
Berlin (bis 04.07.2012)

Wolfgang Kirsch

Vorsitzender des Vorstands der DZ BANK AG  
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,  
Frankfurt am Main

Georg Fahrenschon

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands e. V.,  
Berlin (ab 05.07.2012)

## **Anstaltsversammlung**

### **Vom Land Baden-Württemberg berufen:**

Gerd Hockenberger

Ehrenpräsident des Landesbauernverbands  
in Baden-Württemberg e.V., Stuttgart

Werner Räßle

Präsident des Badischen  
Landwirtschaftlichen Hauptverbands e.V., Freiburg

### **Vom Freistaat Bayern berufen:**

Werner Reihl

Arzberg-Bergnersreuth

Jürgen Ströbel

Rügland

### **Von den Ländern Berlin und Brandenburg berufen:**

Jürgen Ebel

Oberkrämer-Vehlefan

Karsten Jennerjahn

Präsident des Bauernbunds Brandenburg e.V.,  
Schreppow

Bernhard Groß

Vizepräsident des Landesbauernverbands  
Brandenburg e.V., Tauche

**Von der Freien Hansestadt Bremen berufen:**

Hermann Sündermann

Präsident der Landwirtschaftskammer Bremen,  
Bremen

**Von der Freien und Hansestadt Hamburg berufen:**

Heinz Behrmann

Präsident des Bauernverbands Hamburg e.V.,  
Hamburg

**Vom Land Hessen berufen:**

Jürgen Mertz

Präsident des Hessischen Gärtnereiverbands e.V.,  
Frankfurt am Main

Friedhelm Schneider

Präsident des Hessischen Bauernverbands e.V.,  
Friedrichsdorf

**Vom Land Mecklenburg-Vorpommern berufen:**

Harald Nitschke

Geschäftsführer der Raminer Agrar GmbH, Ramin

Rainer Tietböhl

Präsident des Bauernverbands  
Mecklenburg-Vorpommern e.V., Neubrandenburg

**Vom Land Niedersachsen berufen:**

Heinz Korte

Vizepräsident des Landvolks Niedersachsen  
Landesbauernverband e.V., Bremervörde

Helmut Meyer

Vizepräsident des Landvolks Niedersachsen  
Landesbauernverband e.V., Betheln

**Vom Land Nordrhein-Westfalen berufen:**

Johannes Frizen

Präsident der Landwirtschaftskammer  
Nordrhein-Westfalen, Alfter

Friedrich Ostendorff, MdB

Landwirt, Bergkamen

**Vom Land Rheinland-Pfalz berufen:**

Leonhard Blum

Präsident des Bauern- und Winzerverbands  
Rheinland-Nassau e.V., Niederbettingen

Michael Prinz zu Salm-Salm

Schloss Wallhausen

**Vom Saarland berufen:**

Klaus Fontaine

Präsident des Bauernverbands Saar e.V.,  
Saarwellingen

**Vom Freistaat Sachsen berufen:**

Gerhard Förster

Vizepräsident des Sächsischen Landesbauernverbands e.V.,  
Dresden

Roland Freiherr von Fritsch

Präsident des Verbands der privaten Landwirte  
und Grundeigentümer Sachsen e.V. – VDL, Pfaffroda-Dittmannsdorf

**Vom Land Sachsen-Anhalt berufen:**

Jochen Dettmer  
Mitglied des Vorstands des  
Bauernbunds Sachsen-Anhalt e.V., Belsdorf

Torsten Wagner  
Mitglied des Vorstands des Landesbauernverbands  
Sachsen-Anhalt e.V., Sangerhausen

**Vom Land Schleswig-Holstein berufen:**

Christoph Freiherr von Fürstenberg,  
Nehnten

Werner Schwarz  
Präsident des Schleswig-Holsteinischen  
Bauernverbands, Rethwisch

**Vom Freistaat Thüringen berufen:**

Siegmar Arnoldt  
Thüringer Bauernverband e.V., Erfurt

Joachim Lissner  
Landesverband Gartenbau Thüringen e.V., Erfurt

**Treuhänder**

Dr. Theodor Seegers  
Ministerialdirektor  
Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Berlin

**Stellvertreter:**

Dr. Karl Wessels  
Ministerialrat  
Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Berlin

## Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat und die von ihm gebildeten Ausschüsse haben während des Geschäftsjahres die ihnen nach Gesetz, Satzung und den Corporate-Governance-Grundsätzen der Rentenbank übertragenen Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand in der Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung beraten und überwacht.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss sowie ergänzend der Lagebericht nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB zum 31.12.2012 sind durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG, Berlin, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Konzernabschluss sowie ergänzend der Konzernlagebericht wurden zum 31.12.2012 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften vom Vorstand aufgestellt und durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG, Berlin, geprüft sowie mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Verwaltungsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss inklusive der ergänzenden Lageberichte sowie den Geschäftsbericht für die Landwirtschaftliche Rentenbank geprüft. Er beschließt den Jahresabschluss 2012 der Bank und billigt den Konzernabschluss sowie ergänzend die Lageberichte 2012.

Der Verwaltungsrat beschließt darüber hinaus, dass aus der Deckungsrücklage aufgrund der gesetzlichen Regelung in § 2 Abs. 3 LR-Gesetz, die die Deckungsrücklage auf maximal 5 % der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen begrenzt, € 21 820 127,82 entnommen werden und der Hauptrücklage in derselben Höhe zugeführt werden.

Von dem in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss von € 51 000 000,- werden € 38 250 000,- der Hauptrücklage nach § 2 Abs. 2 LR-Gesetz zugewiesen.

Der Verwaltungsrat beschließt weiterhin, den Bilanzgewinn von € 12 750 000,- in der Weise zu verwenden, dass € 6 375 000,- dem Zweckvermögen und € 6 375 000,- für sonstige das Allgemeininteresse wahrende Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums zur Verfügung gestellt werden.

Der Verwaltungsrat hat sich davon überzeugt, dass Vorstand und Verwaltungsrat den Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der Fassung vom 30. Juni 2009 beachten. Er wird dessen Beachtung und Umsetzung fortlaufend prüfen. Der Verwaltungsrat billigt den Corporate-Governance-Bericht einschließlich der Entsprechenserklärung.

Frankfurt am Main, den 22. März 2013

DER VERWALTUNGSRAT  
DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN RENTENBANK



Der Vorsitzende  
Gerd Sonnleitner

## Glossar

**Adressenausfallrisiko:** Risiko, dass ein Vertragspartner seinen Verpflichtungen nicht oder nur teilweise nachkommt. Es wird zwischen Kreditausfall-, Wiedereindeckungs- und Settlementrisiko unterschieden.

**Aktiver Markt:** Ein aktiver Markt liegt vor, wenn für ein Finanzinstrument Preise von Börsen, Brokern, Maklern, Industriegruppen, Preisagenturen oder Aufsichtsbehörden leicht und regelmäßig verfügbar sind und tatsächlich und regelmäßig Markttransaktionen zu diesen Preisen stattfinden.

**Amortisation:** Prozess, in dem anfängliche Aufwendungen für eine Investition durch hieraus entstehende zukünftige Erträge gedeckt werden. Für Finanzinstrumente bezieht sich die Amortisation auf eine periodengerechte Abgrenzung von einmaligen Aufwendungen oder Erträgen über die Laufzeit des jeweiligen Geschäfts.

**Annuitätendarlehen:** Darlehen, das der Kreditnehmer durch gleich bleibende Jahresleistungen (Annuitäten) zurückzahlt, wobei im Zeitablauf der Zinsanteil abnimmt und der Tilgungsanteil entsprechend zunimmt.

**Anschaffungskosten:** Aufwendungen, die geleistet werden, um einen Vermögensgegenstand zu erwerben und ihn in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen, soweit sie dem Vermögensgegenstand einzeln zugeordnet werden können. Für Finanzinstrumente entsprechen die Anschaffungskosten dem Kaufpreis.

**Anstaltslast:** Rechtliche Verpflichtung des Anstalts-trägers, eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit den für die Funktionsfähigkeit notwendigen Mitteln auszustatten.

**Asset Backed Securities (ABS):** Ein forderungsbesichertes Wertpapier (ABS) ist ein verzinsliches Wertpapier, das Zahlungsansprüche gegen eine Zweckgesellschaft zum Gegenstand hat, wobei die Zweckgesellschaft die Mittel ausschließlich zum Erwerb von Forderungen meist mehrerer Gläubiger verwendet und zu einem Wertpapier verbrieft. Forderungsverkäufer in einer solchen Transaktion sind in der Regel Banken, die so Teile ihrer Kreditforderungen handelbar machen, um sich wieder Liquidität zu verschaffen.

**Assets/Liabilities at Fair Value through Profit and Loss (A/LFVTP&L):** Bilanzielle Bewertungskategorie mit den Unterkategorien „Held for Trading“ und „Designated as at Fair Value“. Es wird auf die Definitionen der Unterkategorien verwiesen.

**Available for Sale (AfS):** „Available for Sale“ ist eine bilanzielle Bewertungskategorie nach IFRS. Die Kategorie „Available for Sale“ enthält alle finanziellen Vermögenswerte, die keiner der anderen aktivistischen Bewertungskategorien zugeordnet sind. Die Ergebnisschwankungen aus der Bewertung der hier zugeordneten finanziellen Vermögenswerte werden in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen, die eine Teilkomponente des Eigenkapitals darstellt.

**Backtesting:** Überprüfung der Qualität von Modellen bzw. der Gültigkeit von Szenarioannahmen. Das Backtesting erfolgt stichtagsbezogen unter Verwendung von historischen Daten.

**Barwertsensitivität:** Die Barwertsensitivität ist die Veränderung des Barwertes (Fair Value) aufgrund von geänderten Marktparametern (z. B. Zins- oder Spreadänderungen).

**Basispunkte (BP):** Hundertster Teil eines Prozentpunktes. 1 BP entspricht 0,01 Prozentpunkt.

**Beizulegender Zeitwert (Fair Value):** Der Preis, der aus objektiver Sicht im Rahmen einer auf einem definierten Markt vorgenommenen Transaktion für einen Vermögenswert erzielbar wäre bzw. zur Tilgung einer Schuld bezahlt werden müsste. Der Fair Value ist somit aus Perspektive eines Marktteilnehmers zu bestimmen, der nur auf öffentlich zugängliche Daten zu seiner Preisfindung zurückgreifen kann.

**Bestimmtheitsmaß:** Ein statistisches Maß, mit dem die Güte einer Regression gemessen wird. Das Bestimmtheitsmaß kann Werte zwischen 0 (kein linearer Zusammenhang) und 1 (perfekter linearer Zusammenhang) annehmen. Im Konzern findet das Bestimmtheitsmaß Verwendung bei der Effektivitätsmessung im Rahmen des Hedge Accounting.

**Bewertungsrisiko:** Potenzieller Verlust, der bei angenommenen Parameteränderungen in den bilanzierten Ergebnissen nach IFRS ausgewiesen würde. Realisiert wird dieser erst, wenn die Buy and Hold-Strategie durchbrochen wird oder der Kontrahent ausfällt. Auf der Passivseite ist dies insgesamt ausgeschlossen, da es kein realistisches Szenario gibt, in dem die Rentenkasse Verbindlichkeiten zurückkaufen müsste.

**Bilanzgeschäfte:** Bilanzgeschäfte umfassen originäre Kreditgeschäfte (z. B. Darlehensforderungen und Schuldscheindarlehen) und Wertpapier- bzw. Emissionsgeschäfte (z. B. Anleihen und Schuldverschreibungen). Derivate zählen nicht zu den Bilanzgeschäften.

**Collateralized Debt Obligation (CDO):** CDO ist ein Überbegriff für Finanzinstrumente, die zu der Gruppe von forderungsbesicherten Wertpapieren (Asset Backed Securities) und strukturierten Kreditproduk-

ten gehören. CDOs bestehen aus einem Portfolio aus festverzinslichen Wertpapieren. Das Ausfallrisiko steigt mit sinkendem Rating aufgrund der nachrangigen Bedienung im Fall eines Ausfalls.

**Continuous Linked Settlement (CLS):** CLS ist ein privatwirtschaftliches, globales System zur Abwicklung und Verrechnung von Devisenhandelstransaktionen (z. B. Währungsswaps). Mit der Entwicklung des CLS-Systems reagierte der Bankensektor auf die Forderung der Zentralbanken der Zehnergruppe (G 10, Group of Ten), Maßnahmen zur Reduzierung des „Erfüllungsrisikos im Devisenhandel“ zu ergreifen. Das System basiert auf dem Verfahren „Zahlung gegen Zahlung“. Dadurch wird sichergestellt, dass ein Devisengeschäft (z. B. Währungsswap) nur dann abgewickelt wird, wenn die aus diesem Geschäft resultierenden zwei Zahlungen in unterschiedlichen Währungen gleichzeitig ausgeführt werden können. Die zentrale Abwicklung bei der CLS Bank erfordert eine entsprechende Systeminfrastruktur. CLS sieht unterschiedliche Teilnahmemöglichkeiten vor. Sogenannte Settlement Member (SM) nehmen an CLS direkt teil und regulieren eigene Transaktionen sowie Transaktionen von sogenannten Third Parties wie der Rentenbank. Third Parties haben keinen direkten Zugang zur CLS-Bank. Sie bedienen sich zur Abwicklung ihrer Transaktionen über CLS eines SM, mit dem sie in Vertragsbeziehung stehen.

**Control and Risk Self Assessments (CRSA):** Methode zur Identifizierung von operationellen Risiken (Risikoereignisse), um gegebenenfalls präventiv Gegenmaßnahmen einzuleiten. CRSA können dezentral mittels Befragungstechniken oder mittels Workshops durchgeführt werden. Die Rentenbank hat sich für Workshops entschieden.

**CP (Commercial Paper):** Inhaberschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von weniger als zwei Jahren, die im Rahmen eines nicht befristeten Programms bis zu einem vereinbarten Gesamtvolumen revolving emittiert werden können. CPs werden in der Regel als abgezinste Papiere gegeben.

**Credit-Spread:** Siehe Definition zu den Spreadrisiken (Credit-Spread).

**Credit Support Annex (CSA):** Vereinbarungen über die Hinterlegung von Sicherheiten, um Risiken aufgrund von Marktwertschwankungen bei Derivategeschäften auszugleichen. Die Bank hat mit allen Derivatepartnern CSA abgeschlossen. In diesen Fällen wird der über die vertraglich definierten, bonitätsabhängigen Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen ausschließlich in Euro besichert. Andererseits verpflichtet sich die Bank, bei negativen Marktwerten Bareinlagen in Euro bereitzustellen,

sofern diese über dem vereinbarten Frei- und Mindesttransferbetrag liegen.

**Derivate:** Finanzinstrumente, deren eigener Wert vom Wert eines anderen Finanzinstrumentes abhängt. Der Preis des Derivats wird vom Preis eines Basiswerts abgeleitet (z. B. Zinssatz, Wechselkurs).

**Deposit/Swap-Kurve:** Die Deposit/Swap-Kurve setzt sich bis zu einem Jahr aus den Zinssätzen für unbesicherte Termingelder in Euro im Interbankengeschäft und ab zwei Jahren aus verschiedenen Swapsätzen zusammen. Die Rentenbank nutzt entsprechende am Markt quotierte Deposit-/Swapsätze für die Bewertungskurve.

**Designated as at Fair Value:** Bilanzielle Bewertungskategorie für finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten, für die die sogenannte „Fair Value Option“ ausgeübt wurde.

**Eingebettetes Derivat (Embedded Derivative):** Derivativer Bestandteil eines strukturierten Finanzinstruments, das auf einen nicht derivativen Basisvertrag aufbaut. Hierbei stellt das eingebettete Derivat einen integralen Vertragsbestandteil dar und kann nicht separat gehandelt werden.

**EONIA (Euro Overnight Index Average):** Von der Europäischen Zentralbank offiziell berechneter Tagesgeldzinssatz für den Euro. Er setzt sich aus dem gewichteten Durchschnitt derjenigen Zinssätze zusammen, die eine Gruppe größerer Institute im Euro-Währungsgebiet auf dem Interbankenmarkt für unbesicherte Übernachtkontrakte effektiv abgeschlossen hat.

**EONIA-Swap-Kurve:** Zinsstrukturkurve für EONIA-Swaps. EONIA-Swaps sind Zinsswaps, bei denen zwei Geschäftspartner feste Zinszahlungen gegen EONIA tauschen.

**Fair Value (Barwert):** Siehe Definition zu Beizulegender Zeitwert (Fair Value).

**Fair Value Hedge:** Bilanzielle Abbildung einer Absicherung des Risikos einer Fair Value-Änderung von Vermögenswerten bzw. Verbindlichkeiten mit Hilfe eines Swaps. Beim Fair Value Hedge werden die Wertänderungen des abgesicherten Bilanzgeschäfts und die des Sicherungsgeschäfts weitestgehend kompensiert.

**Fair Value Option:** Ermöglicht die Fair Value-Bewertung von Bilanzgeschäften unter IFRS. Die Bewertungsschwankungen spiegeln sich in der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) wider. Wenn die Bilanzgeschäfte durch Derivate gesichert sind, wird die Fair Value Option teilweise ausgeübt um Wertschwankun-

gen aufgrund der verpflichtenden Fair Value-Bewertung der Derivate in der GuV kompensieren zu können.

**Finanzinstrumente:** Vertragliche Vereinbarung, die bei dem einen Unternehmen einen finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen eine finanzielle Verbindlichkeit oder ein Eigenkapitalinstrument darstellt.

**Förderdividende:** Die Förderdividende beinhaltet die zur Verbilligung der im Berichtsjahr vergebenen Programmkredite eingesetzten Erträge, den Bilanzgewinn, der hälftig an den Förderungsfonds sowie das Zweckvermögen des Bundes bei der Rentenbank ausgeschüttet wird, sowie sonstige Förderleistungen des Berichtsjahrs, z. B. Zustiftungen zur Edmund Rehwinkel-Stiftung.

**Fortgeführte Anschaffungskosten:** Anschaffungskosten abzüglich Tilgungen, zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation sowie abzüglich etwaiger Minderung für Wertminderungen oder Uneinbringlichkeit.

**Fristentransformation:** Fristentransformation entsteht, wenn die Fälligkeiten bei der Mittelbeschaffung und Mittelanlage nicht identisch sind. Daneben kann ein Fristentransformationsergebnis entstehen, wenn die Laufzeit von Mittelbeschaffung und Mittelanlage identisch sind, jedoch nicht die Zinsbindung. Werden z. B. langfristige finanzielle Vermögensgegenstände durch kurzfristige Geldmarktinstrumente refinanziert, spricht man von positiver Fristentransformation. Da die Zinssätze für langlaufende Geschäfte oder längere Zinsbindungen meistens höher sind als die für kurzlaufende, kann bei positiver Fristentransformation ein Zinsüberschuss erzielt werden. Sollten die Zinssätze für kurzlaufende Geschäfte oder kurze Zinsbindungen höher sein als die ursprünglich vereinbarten Zinssätze für langlaufende Geschäfte, kommt es bei positiver Fristentransformation zu einem Verlust im Zinsergebnis. Außerdem besteht bei unterschiedlichen Fälligkeiten zwischen Mittelbeschaffung und Mittelanlage ein erhöhtes Liquiditätsrisiko, falls der Zugang zum Geldmarkt nur noch schwer möglich oder nicht mehr vorhanden ist.

**Gesamtkreditportfolio:** Alle mit Geschäftspartnern getätigten Förderkredite, verbrieften Fördergeschäfte, Geld- und Derivatgeschäfte sowie strategischen Beteiligungen, die die Rentenbank eingegangen ist. Dem Gesamtkreditportfolio werden auch extern zugesagte Linien zugerechnet.

**Globalanleihe (Global Bond):** Anleihe, die aufgrund ihrer Registrierung bei der US-amerikanischen Wertpapier- und Börsenaufsicht SEC (Securities and Exchange Commission) nicht nur außerhalb der USA,

sondern auch in den Vereinigten Staaten platziert werden kann.

**Hedge Accounting:** Vorschriften zur bilanziellen Abbildung von Sicherungsbeziehungen. Für den in der Rentenbank angewendeten Fair Value Hedge wird auf die entsprechende Definition verwiesen.

**Held for Trading (HfT):** Bilanzielle Bewertungskategorie für Derivate und Finanzinstrumente, die zu Handelszwecken gehalten werden.

**Held to Maturity (HtM):** Kategorie für nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und kann.

**Inhaberschuldverschreibung:** Wertpapier, in dem der Berechtigte nicht namentlich genannt ist, da der Schuldner jedem Inhaber zur Leistung verpflichtet ist.

**International Financial Reporting Standards (IFRS):** Internationale Rechnungslegungsvorschriften, die die Rentenbank aufgrund ihrer Kapitalmarktorientierung und der Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses anwenden muss.

**Kapitalflussrechnung:** Darstellung der Veränderung des Zahlungsmittelbestandes innerhalb eines Geschäftsjahres aufgeteilt nach der operativen Tätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

**Kapitalkonsolidierung:** Verrechnung der Beteiligungswerte des Mutterunternehmens mit dem auf diese Anteile entfallenden anteiligen Eigenkapitalbetrag des einzubeziehenden Unternehmens, so dass im Konzernabschluss weder das Eigenkapital der Töchter noch der zugehörige Beteiligungswert der Mutter enthalten sind.

**Kategorisierung:** Einteilung der finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in unterschiedliche bilanzielle Kategorien zur Erst- und Folgebewertung.

**Korrelation:** Maß für die gegenseitige Abhängigkeit im Zeitablauf von zwei Variablen (Risikofaktoren). Die Risikofaktoren verändern sich im Falle positiver Korrelation gleichläufig, im Falle negativer Korrelation gegenläufig. Existiert zwischen zwei Variablen kein Zusammenhang, so ist die Korrelation gleich Null. Zum Beispiel werden in der Value at Risk-Analyse die Korrelationen zwischen der EONIA-Swap- und der Deposit-Kurve berechnet und verwendet.

**Kreditausfallrisiko:** Potenzieller Verlust aufgrund von Zahlungsausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Das Kreditausfallrisiko sub-

sumiert den potenziellen Verlust durch den Ausfall von Kontrahenten, Emittenten, Ländern und Branchen.

**Ländertransferlimit:** Begrenzt je Land das Risiko, dass Geldbeträge nicht von einem Land in ein anderes transferiert werden können. Auf das Ländertransferlimit werden Inanspruchnahmen aus Geldgeschäften und Währungsswaps angerechnet. Limite werden nur für Staaten außerhalb der EU eingerichtet.

**Latente Steuern:** Zukünftig zahlungswirksame Ertragsteuern, die aus bilanziellen Differenzen zwischen steuer- und handelsrechtlich ermitteltem Steueraufwand resultieren.

**Liquiditätspuffer nach MaRisk:** Zur Überbrückung des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs von mindestens einer Woche und zur Deckung des zusätzlichen erforderlichen Refinanzierungsbedarfs aus Stressszenarien ist die Rentenbank verpflichtet, ausreichend bemessene, nachhaltige, hochliquide Liquiditätsreserven („Liquide Aktiva MaRisk“ für eine Woche) vorzuhalten. Zur Deckung des Liquiditätsbedarfs von mindestens einem Monat unter Beachtung institutsindividueller Liquiditätsszenarien müssen hinreichende, nachhaltige Reserven (z. B. zentralbankfähige Wertpapiere) vorhanden sein.

**Liquidity Coverage Ratio (LCR):** Liquiditätskennziffer, die sicherstellen soll, dass die Banken in ausreichendem Maße über hochliquide Aktiva verfügen, um ein akutes Stressszenario von einem Monat zu überstehen. Das Verhältnis hochliquider Aktiva zu den Nettoliquiditätsabflüssen muss mindestens 100 % betragen. Dabei werden Nettoliquiditätsabflüsse über 30 Tage inklusive der Abflüsse unter Stressszenarien berücksichtigt.

**Loans and Receivables (LaR):** Kategorie für nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind.

**Marktpreisrisiko:** Potenzieller Verlust aus sich verändernden Marktparameter (-daten). Marktpreisrisiken bestehen in Form von Zinsänderungs-, Spread- und anderen Marktpreisrisiken. Letztere, wie z. B. Fremdwährungsrisiken, sind nur in sehr geringem Umfang relevant.

**MTN (Medium Term Notes):** Inhaberschuldverschreibungen, die unter einem Emissionsprogramm begeben werden. MTN können in einer Vielzahl von Währungen und Strukturen sowie mit unterschiedlichen Laufzeiten unter einheitlicher Dokumentation begeben werden.

**Namenschuldverschreibung:** Schuldverschreibung, die auf eine bestimmte Person lautet. Der Schuldner hat direkt an den Benannten zu leisten.

**Neubewertungsrücklage:** Unterposten des Eigenkapitals, in dem Marktwertänderungen von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“ erfolgsneutral erfasst werden.

**Net Stable Funding Ratio (NSFR):** Liquiditätskennziffer, die sicherstellen soll, dass die Institute auch auf längere Sicht über ausreichend stabile Refinanzierungsquellen verfügen. Das Verhältnis aus verfügbaren stabilen Refinanzierungsmitteln zu den erforderlichen stabilen Refinanzierungen muss mindestens 100 % betragen.

**Operationelles Risiko:** Risiko aus nicht funktionierenden oder fehlerhaften Systemen, Prozessen, aus Fehlverhalten von Menschen oder externen Ereignissen. Zu den operationellen Risiken zählen auch Rechtsrisiken, Risiken aus Rechtsverstößen und sonstigen strafbaren Handlungen (Fraud), Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereignis- bzw. Umwelt Risiken. Nicht enthalten sind jedoch unternehmerische Risiken, wie z. B. Geschäfts-, Regulierungs- oder Reputationsrisiken.

**OTC (Over the Counter):** Finanzielle Transaktionen zwischen Finanzmarkt-Teilnehmern, die nicht über die Börse abgewickelt werden.

**Other Liabilities (Otl):** Kategorie für finanzielle Verbindlichkeiten, für die nicht die sogenannte „Fair Value Option“ ausgeübt wurde.

**Pfanddepot:** Das Pfanddepot der Rentenbank enthält alle an die Deutsche Bundesbank verpfändeten sowie die als Sicherheit übereigneten Wertpapiere. Im Rahmen von freien Refinanzierungsfazilitäten bei der Deutschen Bundesbank kann in dieser Höhe Liquidität beschafft werden.

**Prozesslandkarte:** Veranschaulichung der Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen den Geschäftsprozessen. Die Risikoprozesslandkarte strukturiert die Geschäftsprozesse in drei Ebenen: Steuerungs-, Ausführungs- und Unterstützungsprozesse. Ausführungsprozesse dienen der primären Wertschöpfung. Steuerungsprozesse haben übergreifende und strategische Bedeutung. Unterstützungsprozesse stellen benötigte Ressourcen bereit.

**Rating:** Bonitätsbeurteilung von Finanzpapieren und ihren Emittenten sowie von Unternehmen. Ratings werden entweder intern durch eigene Analysen oder extern durch unabhängige Bewertungsagenturen ermittelt.

**Refinanzierungsfazilitäten:** Allgemein, die von einer Bank ihren Kunden eingeräumte Möglichkeit, innerhalb festgelegter Bedingungen, kurzfristig Kredite gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten in Anspruch

zu nehmen. Der Begriff wird besonders im Zusammenhang mit Zentralbankfazilitäten verwendet, die Zentralbanken den Geschäftsbanken einräumen, indem sie für diese z. B. Über-Nacht-Liquidität bereitstellen. Refinanzierungsfazilitäten bestehen bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite). Darüber können sich Banken bei der Eurex Clearing AG (besichertes Geldgeschäft) refinanzieren.

**Rentenbankbriefe:** Gedeckte festverzinsliche Inhaberschuldverschreibungen der Rentenbank.

**Reputationsrisiko:** Risiko negativer wirtschaftlicher Auswirkungen infolge des beschädigten Rufs eines Unternehmens.

**Risikogerechtes Zinssystem (RGZS):** Mit dem „Risikogerechten Zinssystem“ werden die Kreditnehmer von Förderkrediten in Abhängigkeit von der Bonität und der Werthaltigkeit der gestellten Sicherheiten von den Hausbanken in Preisklassen mit maximalen Zinssätzen eingruppiert. Damit setzen die deutschen Förderbanken die Eigenkapitalvorschriften des Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel II) um.

**Settlementrisiko (Vorleistungsrisiko):** Potenzieller Verlust, der entsteht, wenn die eigene Leistung erbracht wird, die Gegenleistung bzw. die Lieferung aber nicht erfolgt. Das Settlementrisiko ist Teil des Adressenausfallrisikos.

**Spreadrisiko (Basiswap-Spread):** Der Basiswap-Spread entspricht dem Preis für den Tausch von Zinszahlungsströmen zwischen zwei Zinsbasen in gleicher Währung. Bei Geschäftsabschluss ist der Basis-Spread ein Teil der erzielten Marge.

**Spreadrisiko (CCY-Basiswap-Spread):** Beim Tausch von Zahlungsströmen mit gleicher Laufzeit zwischen unterschiedlichen Währungen werden im Swapmarkt zusätzliche Aufwände/Erträge – die sogenannten Cross Currency (CCY)-Basiswap-Spreads – berücksichtigt. Die Höhe der Spreads ist abhängig von der Währung, der Laufzeit des Swapgeschäfts und davon, ob die Währungsseite des Swaps aktivisch oder passivisch ist. Der Spread wird bei der Abzinsung der Währungsseite des Swaps berücksichtigt. Die Änderungen im Spread wirken sich auf die Bewertung und den Barwert des Swaps aus. Das Bewertungsrisiko des Derivateportfolios wird mit einem parallelen Anstieg der CCY-Basiswap-Spreads (für Aktiv- und Passivposten) um +105 BP gemessen.

**Spreadrisiko (Credit-Spread):** Bei Abschluss eines Geschäfts (ausgenommen Derivate) wird eine risikoadequate Marge in Form eines Credit-Spreads auf die Deposit/Swap-Kurve kalkuliert. Der Credit-Spread in Euro und Fremdwährung enthält somit eine Vielzahl von Einzelkomponenten, wie z. B. die Boni-

tätseinstufung eines Schuldners (strukturelle Bonität), die zugrunde liegenden Sicherheiten, die Marktliquidität, möglicherweise auch Marktspreads für den Tausch von Fremdwährungszahlungsströmen in Euro, die Staatsanleihespreads des entsprechenden Sitzlandes oder den Einfluss von Arbitragestrategien. Zur Ermittlung der potenziellen Bewertungsverluste aus Credit-Spread-Veränderungen, unter Berücksichtigung der Korrelationen zu den Cross Currency-Basiswap-Spreads, wird der Risikoaufschlag (Credit-Spread) parallel für Aktivpositionen um +125 BP und Passivpositionen um +118 BP erhöht. Hierbei werden ausschließlich die nach IFRS zum Fair Value bewerteten Bestände herangezogen.

**Spreadrisiko (Marktpreisrisiko):** Die Darstellung der Spreadrisiken aufgrund von Änderungen der CCY-Basiswap-Spreads, Basiswap-Spreads, OIS-Deposit-Spreads sowie Credit-Spreads soll Verlustpotenziale aufzeigen, die realisiert werden müssten, falls die Buy and Hold-Strategie durchbrochen wird oder ein Kontrahent ausfallen würde. Auf der Passivseite ist dies insgesamt ausgeschlossen, da es kein realistisches Szenario gibt, in dem die Rentenbank Verbindlichkeiten zurückkaufen müsste. Auch ohne Durchbrechung der Haltestrategie müssen Bewertungseffekte aus Spreadveränderungen in der IFRS Gewinn- und Verlustrechnung bzw. der Neubewertungsrücklage ausgewiesen werden.

**Spreadrisiko (OIS- und Deposit-Sätze):** Dieses Spreadrisiko beschreibt die Bewertungsrisiken aus einer Ausweitung der Risikoaufschläge im Interbankenmarkt. Die OIS-Sätze dienen der Preisfeststellung von OIS Swaps und kurzlaufenden EUR Zinsswaps, die Deposit-Sätze dienen der Bewertung von Interbankenkrediten und -einlagen. Spreadveränderungen zwischen den OIS- und den Deposit-Sätzen wirken sich abhängig von der Positionierung direkt auf die Barwertermittlung aus.

**Swaps:** Finanzinstrumente, bei denen der Austausch von Zahlungsströmen über einen festgelegten Zeitraum vereinbart wird.

**Szenarioanalysen:** Zur Berechnung einer möglichen Inanspruchnahme des Risikodeckungspotenzials werden Szenarioanalysen durchgeführt. Hierbei werden die zugrunde liegenden Risikofaktoren einer Veränderung gemäß vordefinierter Szenarien unterzogen. Es werden für Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle und Liquiditätsrisiken Standard- und Stressszenarien analysiert.

**VaR (Value at Risk):** Risikomaß zur Prognose des maximalen Verlusts in Euro aufgrund von Markteffekten, bei denen historische Marktdaten mit einer vorgegebenen Haltedauer von zehn Tagen und einer Prognosegüte von 99 % verwendet werden. Beim

prognostizierten Verlust wird eine Normalverteilung angenommen.

**Verbriefte Finanzierungen:** Die verbrieften Finanzierungen entsprechen Schuldverschreibungen, für die nicht auf den Namen lautende, übertragbare Urkunden ausgestellt sind. Allgemeingebräuchlich werden diese Schuldverschreibungen auch als Inhaberschuldverschreibungen oder Wertpapiere bezeichnet. Zu den verbrieften Finanzierungen gehören keine ABS-Strukturen.

**Verbriefte Verbindlichkeiten:** Schuldverschreibungen und andere Verbindlichkeiten, für die nicht auf den Namen lautende, übertragbare Urkunden ausgestellt sind.

**Volatilität:** Maß für die Schwankung einer Variablen in einem vorgegebenen Zeitraum. Man unterscheidet zwischen impliziten und historischen Volatilitäten. Während erstere sich aus aktuellen Optionspreisen bestimmen, leiten sich historische Volatilitäten aus Zeitreihen der Basiswerte ab. Eine historische Zinsvolatilität zeigt z. B., wie stark die Zinsen in der Ver-

gangenheit über eine bestimmte Periode schwankten. Die Zinsvolatilität wird neben der Optionspreisberechnung u. a. im Value at Risk Model angewendet.

**Wiedereindeckungsrisiko:** Potenzieller zusätzlicher Aufwand, der bei Neuabschluss aufgrund eines ausgefallenen Geschäfts entsteht. Er entspricht der Höhe des positiven Marktwerts des Geschäfts. Das Wiedereindeckungsrisiko ist Teil des Adressenausfallrisikos.

**Zinsänderungsrisiko:** Der Barwert von zinstragenden Finanzinstrumenten hängt u. a. vom Marktzins ab. Steigt der Marktzins, sinkt der Barwert. Bei einem Vermögensgegenstand führt dies zu einem Bewertungsverlust, bei einer Verbindlichkeit zu einem Bewertungsgewinn. Sinkende Marktzinsen führen zu steigenden Barwerten, die sich bei Vermögenswerten in Bewertungsgewinnen und bei Verbindlichkeiten in Bewertungsverlusten widerspiegeln. Die Rentenbank bestimmt regelmäßig die Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs und simuliert mit Hilfe von Zinsänderungsszenarien mögliche Auswirkungen auf die Barwerte.

*Dieser Geschäftsbericht enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf gegenwärtigen Erwartungen, Annahmen, Vermutungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen basieren. Hierbei handelt es sich insbesondere um Aussagen hinsichtlich unserer Pläne, Geschäftsstrategien und -aussichten. Wörter wie „erwarten“, „antizipieren“, „beabsichtigen“, „planen“, „glauben“, „anstreben“, „schätzen“ und ähnliche Begriffe kennzeichnen solche zukunftsgerichteten Aussagen. Diese Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen zu verstehen, sondern sie sind vielmehr von Faktoren abhängig, die Risiken und Unwägbarkeiten beinhalten und auf Annahmen beruhen, die sich ggf. als unrichtig erweisen. Sofern keine anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen bestehen, können wir keine Verpflichtung zur Aktualisierung der zukunftsgerichteten Aussagen nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen.*

Landwirtschaftliche Rentenbank  
Hochstraße 2 / 60313 Frankfurt am Main  
Postfach 101445 / 60014 Frankfurt am Main

Telefon 069 2107-0  
Telefax 069 2107-6444  
office@rentenbank.de  
www.rentenbank.de

*Produktion:*  
Ariel Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

*Fotos:*  
Robert Lichtenberg

*Gestaltung:*  
Rottmar/Peter/Lang

Dieser Geschäftsbericht wurde CO<sub>2</sub>-neutral produziert. Das Papier stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern. Beides ist entsprechend zertifiziert.

